

Stenographisches Protokoll

57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

VII. Gesetzgebungsperiode

Dienstag, 14. Dezember 1954

	Inhalt	
1. Personalien		
a) Krankmeldungen (S. 2603)		
b) Entschuldigungen (S. 2603)		
2. Bundesregierung		
Schriftliche Anfragebeantwortung (S. 2603)	221	
3. Ausschüsse		
Zuweisung des Antrages 133 (S. 2603)		
4. Regierungsvorlagen		
a) Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern (416 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 2604)		
b) Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Erbschaftsteuern (417 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 2604)		
c) Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Rechtsschutz und Rechtshilfe in Abgabensachen (418 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 2604)		
5. Verhandlungen		
Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (385 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1955 (412 d. B.)		
Spezialdebatte		
Gruppe X: Kapitel 24: Verkehr, Kapitel 28 Titel 1: Post- und Telegraphenanstalt, und Kapitel 29: Eisenbahnen		
Spezialberichterstatte: Weikhart (S. 2604)		
Redner: Dr. Stüber (S. 2607), Bleyer (S. 2612), Dr. Gredler (S. 2619), Freund (S. 2625), Koplenig (S. 2630 und S. 2665),		

Sebinger (S. 2636), Haberl (S. 2640), Guth (S. 2645), Wunder (S. 2646), Dr. Kraus (S. 2649), Dipl.-Ing. Pius Fink (S. 2652), Dr. Gschnitzer (S. 2653), Hartleb (S. 2656), Zechtl (S. 2658) und Katzengruber (S. 2663)

Gruppe XI: Kapitel 4: Staatsschuld, Kapitel 5: Finanzausgleich, Kapitel 6: Pensionen (Hoheitsverwaltung), Kapitel 16: Finanzverwaltung, Kapitel 17: Öffentliche Abgaben, Kapitel 18: Kassenverwaltung, Kapitel 25: Postsparkassenamt, Kapitel 26: Übergangsmaßnahmen (mit Ausnahme von Titel 2 und Titel 2 a § 2), Kapitel 27: Monopole, Kapitel 28 Titel 7: Hauptmünzamt, und Kapitel 30: ERP-Gebahrung

Spezialberichterstatte: Dr. Rupert Roth (S. 2665)

Redner: Dr. Stüber (S. 2667), Dr. Hofeneder (S. 2673), Dr. Kraus (S. 2678), Honner (S. 2683), Dipl.-Ing. Dr. Lechner (S. 2690) und Dr. Pfeifer (S. 2694)

Ausschußentschließung, betreffend rechtzeitige Verhandlungen über den Finanzausgleich 1956 (S. 2666)

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Wunder, Grubhofer, Dengler u. G. an den Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend die Durchführung der Arbeiterkammerwahlen am 24. Oktober 1954 (242/J)

Wallner, Weinmayer, Seidl u. G. an die Bundesregierung, betreffend eine Unterredung des Herrn Vizekanzlers Dr. Adolf Schärff mit dem Korrespondenten der Amsterdamer Zeitung „Het Parool“ (243/J)

Anfragebeantwortung

Eingelangt ist die Antwort

des Bundesministers für Unterricht auf die Anfrage der Abg. Dr. Zechner u. G. (221/A.B. zu 232/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Hurdes,
Zweiter Präsident Böhm, Dritter Präsident Hartleb.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abg. Dipl.-Ing. Rapatz, Lola Solar und Wührer.

Entschuldigt haben sich die Abg. Dwořak, Pötsch, Rainer und Ernst Fischer.

Den eingelangten Antrag 133/A der Abg. Dr. Pfeifer und Genossen auf Abänderung des Bundesgesetzes vom 7. Juli 1954, BGBl. Nr. 152, habe ich dem Finanz- und Budget-

ausschuß zugewiesen. Dieses Gesetz behandelt die Aufhebung der Besatzungskostenbeiträge und die Erhebung eines Beitrages vom Einkommen zur Förderung des Wohnbaues und für Zwecke des Familienlastenausgleiches. Wird dagegen ein Einwand erhoben? — Das ist nicht der Fall. Der Vorschlag ist daher angenommen.

Die schriftliche Beantwortung der Anfrage Nr. 232 der Abg. Dr. Zechner und Genossen, betreffend die Bundeshandelsschulen in Wien, wurde den Fragestellern übermittelt.

Ich ersuche die Schriftführerin, Frau Abg. Jochmann, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführerin Rosa **Jochmann**: Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern (416 d. B.);

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Erbschaftsteuern (417 d. B.);

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Rechtsschutz und Rechtshilfe in Abgabensachen (418 d. B.).

Die drei Vorlagen werden dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen.

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und setzen die **Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag für das Jahr 1955** fort.

Wir kommen zur **Gruppe X**. Diese umfaßt: Kapitel 24: Verkehr, Kapitel 28 Titel 1: Post- und Telegraphenanstalt, und Kapitel 29: Eisenbahnen.

Spezialberichterstatter ist Herr Abg. Weikhart. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Weikhart**: Hohes Haus! Das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe umfaßt die Angelegenheiten der Eisenbahnen, der Post- und Telegraphenanstalt einschließlich des Rundfunkwesens, der See- und Flußschifffahrt, des zivilen Luftverkehrs (Flugsicherungsdienst), die Angelegenheiten der Fremdenverkehrsförderung, soweit sie sich auf die öffentlichen Verkehrsbetriebe beziehen, und im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau Angelegenheiten des Personen-KraftfahrLinienwesens, die Wahrnehmung des gesetzlichen Schutzes der Bediensteten der Eisenbahnen (Straßenbahnen) und der Post- und Telegraphenanstalt, außerdem die Angelegenheiten der Elektrizitätswirtschaft und deren Planung, die Förderung der Elektrifizierung, die Angelegenheiten der Bewirtschaftung von elektrischer Energie sowie die Angelegenheiten der verstaatlichten Betriebe.

Die Gesamtausgaben des Kapitels 24, Verkehr, einschließlich der außerordentlichen Gebarung betragen 110,5 Millionen Schilling und weisen gegenüber dem Voranschlag des Vorjahres Mehrausgaben von 38,7 Millionen Schilling auf. Die Einnahmen betragen 2,9 Millionen Schilling und sind gegenüber dem Vorjahr in gleicher Höhe präliminiert.

Bei der Schifffahrt ist für die notwendige Ausgestaltung der Häfen Linz und Wien in

der ordentlichen Gebarung ein Betrag von 12,4 Millionen Schilling, für den Neubau von Schiffen in der außerordentlichen Gebarung ein Betrag von 12,8 Millionen Schilling veranschlagt.

Die Steigerung beim Sachaufwand im Titel 3, Zivil-Luftverkehr, von 10,6 Millionen Schilling auf 19,4 Millionen Schilling ist darauf zurückzuführen, daß Österreich gezwungen ist, sich der technischen Entwicklung in der ganzen Welt anzupassen und den international festgesetzten Normen zu entsprechen. Ferner müssen die den Alliierten gehörigen und meist überalteten Geräte und Anlagen durch neue, eigene Anlagen ersetzt werden.

Die Betriebsausgaben der Post- und Telegraphenanstalt sind in der ordentlichen Gebarung mit 2.183,1 Millionen Schilling veranschlagt, die sich in persönliche Ausgaben in der Höhe von 1.301,1 Millionen Schilling und in sachliche Ausgaben in der Höhe von 882 Millionen Schilling unterteilen. Die Betriebseinnahmen wurden mit 1.982,4 Millionen Schilling präliminiert. Die außerordentliche Gebarung sieht Ausgaben im Betrage von 377,1 Millionen Schilling vor. Gegenüber dem Jahre 1954 stehen in der ordentlichen Gebarung den Mehrausgaben von 203 Millionen Schilling Mehreinnahmen von 85 Millionen Schilling gegenüber; in der außerordentlichen Gebarung beträgt die Vermehrung der Ausgaben 93,6 Millionen Schilling.

Der um 131,2 Millionen Schilling erhöhte Personalaufwand ist durch die Auswirkungen der 2. und 3. Etappe der Bezugszuschlagsverordnung 1953, der Erhöhung der Beitragsgrundlage in der Sozialversicherung, ferner durch die Erhöhung des Wohnbauförderungsbeitrages und außerdem durch eine aus betrieblichen Gründen notwendige Personalvermehrung bedingt. Der Personalstand für das Jahr 1955 wird mit insgesamt 39.666 aktiven Bediensteten beziffert, wofür ein Aufwand von 921,5 Millionen Schilling notwendig ist. Für insgesamt 22.780 Pensionisten ist ein Betrag in der Höhe von 379,6 Millionen Schilling präliminiert.

Den Steigerungen des Sachaufwandes im Bundesvoranschlag stehen in den letzten Jahren auch große Leistungen der Post- und Telegraphenanstalt gegenüber. Durch die folgende Übersicht soll die Leistungssteigerung gezeigt werden:

Im Jahre 1936 wurden an Postsendungen 1032 Millionen, im Jahre 1948 848,5 Millionen, im Jahre 1953 1021 Millionen Stück verzeichnet.

Ein- und Auszahlungen im Postsparkassen-Spar- und Scheckverkehr waren im Jahre 1936 für 69,7 Milliarden Schilling, im Jahre 1948

57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954 2605

für 47,2 Milliarden und im Jahre 1953 für 71,1 Milliarden Schilling zu verzeichnen.

Der Telegraph hatte im Jahre 1936 2,786.000 Telegramme, im Jahre 1948 3,934.000 Telegramme und im Jahre 1953 4,017.000 Telegramme zu bewältigen.

Fernsprechgebühreneinheiten in drei Minuten waren im Jahre 1936 mehr als 9 Millionen, im Jahre 1948 28,7 Millionen und im Jahre 1953 25 Millionen zu verzeichnen, Fernschreibergebühreneinheiten im Jahre 1953 23,3 Millionen.

Die Anzahl der Rundfunkteilnehmer betrug im Jahre 1937 619.623, 1946 890.743, im Jahre 1952 1,549.820 und im Jahre 1953 1,624.053.

Für die von der Post- und Telegraphenanstalt für das Postsparkassenamt erbrachten Leistungen werden vom Postsparkassenamt im Jahre 1955 48,5 Millionen Schilling als Vergütung bezahlt.

Der von der Postverwaltung betriebene Postautodienst dient zur Personen- und Sachbeförderung im Überlandverkehr, zur Postbeförderung und Postvermittlung zwischen den Postdienststellen usw. Derzeit werden 478 Linien befahren.

Neuanschaffungen werden um einen Betrag von 59,3 Millionen Schilling getätigt, und zwar: 150 Omnibusse für einen Betrag von 49,4 Millionen Schilling, 31 Paketwagen mit Verbrennungsmotoren 4,6 Millionen Schilling, 27 Lastkraftwagen und Spezialkraftfahrzeuge 3,2 Millionen Schilling, 14 Personenkraftwagen für den Verwaltungs- und Betriebsdienst 0,6 Millionen Schilling, 101 verschiedene Motorräder und Dreiräder 1,2 Millionen Schilling, 14 Anhänger und 7 Abschleppkarren 0,3 Millionen Schilling. Durch diese Anschaffungen sollen alte, unwirtschaftlich gewordene Fahrzeuge ausgeschieden und damit der Zustand des Fahrparkes verbessert werden.

Beim Hochbau werden vor allem begonnene Bauten fortgesetzt, darunter der Neubau der Postämter Graz 2, Wien 40, Wiener Neustadt 1, Kitzbühel und Kapfenberg, der Postgaragen Judenburg, Klagenfurt, Bad Ischl, Ried im Innkreis und Tulln und der Neubau des Telegraphenzeugverwaltungsagers Wien-Arsenal.

Neue Bauten sind vorgesehen für die Postämter Feldkirchen und Marchtrenk, ein Zubau in Feldbach und Golling, ferner der Ausbau der Postwerkstätten in Wien, Graz, Linz und Salzburg.

Im Rahmen des Hochbauprogrammes werden in Dienstgebäuden 19 Dienstwohnungen fertiggestellt. In den neu zu beginnenden Bauten sind 13 neue Dienstwohnungen vorgesehen. Die Förderung des Baues von etwa 50 Woh-

nungen durch Darlehensgewährung seitens der Post- und Telegraphenverwaltung ist in Aussicht genommen.

In der außerordentlichen Gebarung sind insgesamt 22 Millionen Schilling für die Fortführung des Bahnpostamtsneubaus am Wiener Westbahnhof und für die Inangriffnahme der Bauarbeiten für ein neues Bahnpostamt am Wiener Süd-Ost-Bahnhof vorgesehen.

Mit Anlagekrediten sollen, der steigenden Nachfrage entsprechend, 200 Fernschreiberapparate samt Zusatz- und Amtseinrichtungen beschafft und aufgebaut werden. Zur Ausgestaltung des Funkfernsprechens sollen sowohl Funksprechgeräte für den mobilen Einsatz als auch Richtfunkanlagen und Einrichtungen zur Erweiterung der Überseetelephonie auf dem Funkwege beschafft werden.

In der außerordentlichen Gebarung sind unter anderem auch 48 Millionen Schilling für die Vollautomatisierung des Fernsprechbetriebes im gesamten Bereich des Landes Salzburg sowie der Netzgruppe Bad Ischl und Wiener Neustadt vorgesehen. Weiters werden noch Kredite zur Finanzierung der Kosten zur Verlegung des Koaxialkabels auf den Strecken Wien—Wr. Neustadt—Hartberg—Graz und Graz—Bruck an der Mur benötigt. Nach Fertigstellung dieser Arbeiten sind alle Landeshauptstädte außer Klagenfurt und Eisenstadt unmittelbar an das Koaxialkabel angeschlossen.

Der Voranschlag der Österreichischen Bundesbahnen weist im Kapitel 29 Titel 1 für 1955 in der ordentlichen Gebarung Betriebsausgaben von 5098,9 Millionen Schilling, einschließlich der außerordentlichen Gebarung 5782,9 Millionen Schilling auf, denen Einnahmen von 3986,2 Millionen Schilling gegenüberstehen. Gegenüber dem Vorjahr weist die Ausgaben-seite eine Erhöhung um rund 500 Millionen Schilling, die Einnahmenseite eine Erhöhung um rund 182 Millionen Schilling auf. Der kassamäßige Betriebsabgang beträgt 1112,7 Millionen Schilling, der kassamäßige Gesamtabgang 1796,7 Millionen Schilling.

Der Aufwand für das Personal beträgt rund 3,2 Milliarden Schilling, einschließlich des Personalaufwandes bei der außerordentlichen Gebarung und der im Sachaufwand veranschlagten Aufwandsentschädigungen 3,3 Milliarden Schilling. Mit diesem Betrag wird der Aufwand für 77.686 aktive Bedienstete und für 83.365 Pensionisten, also für insgesamt 161.051 Personen gedeckt. Einschließlich der Familienangehörigen beziehen somit rund 5 Prozent der Gesamtbevölkerung Österreichs ihren Lebensunterhalt von den Österreichischen Bundesbahnen.

Als Beweis für die sparsame Personalwirtschaft soll dem Hohen Haus folgender Vergleich dienen: Nach beiden Weltkriegen mußten die österreichischen Bundesbahnen einen stark angestiegenen Personalstand übernehmen. Während im Jahre 1924, das ist im sechsten Jahre nach dem ersten Weltkrieg, noch ständiges Personal in der Höhe von 86.526 Bediensteten vorhanden war, betrug der Personalstand im sechsten Jahre nach dem zweiten Weltkrieg, das ist im Jahre 1950, einschließlich des Kraftwagendienstes 77.811 Bedienstete.

Das Jahr 1955 ist das elfte Jahr nach dem Kriege; der Personalstand ist mit 68.990 ständigen Bediensteten einschließlich des Kraftwagendienstes veranschlagt. Im elften Jahr nach dem ersten Weltkrieg, im Jahre 1929, betrug die Zahl der ständigen Bediensteten 79.342. Trotz des geringeren Personalstandes nach dem zweiten Weltkrieg sind, gemessen nach den Bruttotonnenkilometern, höhere Leistungen zu verzeichnen.

Beim Vergleich der Jahre 1924 und 1950 ergibt sich im Jahre 1950 ein um 10 Prozent geringerer Personalstand als 1924, dagegen eine um 43,4 Prozent höhere Bruttotonnenkilometerleistung, und beim Vergleich der Jahre 1929 und 1955 ist der für 1955 veranschlagte Personalstand um 13 Prozent niedriger gegenüber 1929, während die Leistungen von 1929 auf die veranschlagten Leistungen für 1955 um 19,8 Prozent gestiegen sind. Damit ist nach dem Voranschlag 1955 der niedrigste Stand an Bediensteten, und zwar 3,7 Bedienstete auf 1 Million Bruttotonnenkilometer, der jemals erreicht werden konnte, zu erwarten.

Für die Erhaltung und Erneuerung der Anlagen und des Fahrparkes und für Investitionen auf diesem Gebiete ergeben die im Voranschlag 1955 vorgesehenen Aufwendungen für Geräte und maschinelle Anlagen einen Betrag von 44,5 Millionen Schilling, für bauliche Anlagen einen Betrag von 681,1 Millionen Schilling, für den Starkstromdienst einschließlich Elektrifizierung einen Betrag von 393,4 Millionen Schilling und für den Fahrpark einen Betrag von 325,7 Millionen Schilling.

Von dem Aufwand für bauliche Anlagen sind für den Oberbau mehr als 50 Prozent, und zwar 348,6 Millionen Schilling, vorgesehen. Es ist der höchste Aufwandsbetrag, der für diesen Zweck in den Voranschlägen der vergangenen Jahre bisher enthalten war. Dieser Aufwand für Anlagen und Fahrpark in der Höhe von 1434,5 Millionen Schilling fließt ausnahmslos der österreichischen Wirtschaft zu.

Unter den Erneuerungs- und Investitionsausgaben sind hervorzuheben bei Unterbau und Brücken die Lawinensicherung auf der Arlberg-Westrampe infolge der Lawinenkatastrophe des

heurigen Jahres, die einen auf mehrere Jahre verteilten Aufwand von 25 Millionen Schilling verursacht, mit einer Quote von 6 Millionen Schilling für 1955. Fünf Traunbrücken auf der Strecke Stainach-Irdning—Schärding sind mit einem Aufwand von rund 10 Millionen Schilling zu erneuern. Weiters kommen hier die Investitionsaufwendungen für den Ausbau der Konzertkurve in Innsbruck, den zweigleisigen Ausbau der Nordbahnbrücke, die teilweise Verlegung eines zweiten Gleises auf der Strecke Klagenfurt—Villach sowie für die Nord-Süd-Schnellbahn mit den entsprechenden Jahresquoten hinzu.

Auf dem Gebiete des Hochbaues sind besonders zu nennen der Aufbau der Bahnhöfe Wien-Süd, Innsbruck, Graz, Wiener Neustadt, Wien-Franz-Josefs-Bahn, Solbad Hall und Fehring, der Neubau der Zugförderungsanlage Wien-West, der Buchdruckerei Wien und des Materialmagazins Linz.

Für die Oberbauauswechslung sind vorgesehen: 120 Gleiskilometer Gleisneulagen, 35 Gleiskilometer Schienenneulagen (70 Schienenkilometer), 130 Gleiskilometer Gleisaltlagen, 20 Gleiskilometer Schienenaltlagen (40 Schienenkilometer), 280 Einheiten Weichenneulagen, 320 Einheiten Weichenaltlagen. Das jährliche Soll der Gleisauwechslungen beträgt 300 Gleiskilometer, das der Weichenauwechslungen 600 Einheiten.

Von dem für Elektrifizierungszwecke vorgesehenen Ansatz in der Höhe von 380 Millionen Schilling sind rund 38 Prozent für elektrische Triebfahrzeuge veranschlagt.

Ein Hauptaugenmerk werden die österreichischen Bundesbahnen auf die Ergänzung des Güterwagenparkes — auch durch Bestellungen von Spezialwagen — richten, aber auch Personenwagen werden neu bestellt und der Aufbau von 67 Spantenwagen durchgeführt.

Für den Personenverkehr auf der Straße ist die Bestellung von rund 38 Omnibussen vorgesehen.

Die zu Lasten der außerordentlichen Gebarung zu verrechnenden Ausgaben decken sich mit der Jahresquote des langfristigen Investitionsprogrammes des Bundes.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Gruppe X zusammengefaßten Kapitel eingehendst beraten. An der Debatte haben sich 17 Abgeordnete beteiligt.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 24: Verkehr, dem Kapitel 28 Titel 1: Post- und Telegraphenanstalt samt dem dazugehörigen Geldvoranschlag (Anlage III/1), und dem Kapitel 29: Eisenbahnen samt dem zu diesem Kapitel gehörigen Geldvoranschlag (An-

lage III/11), des Bundesvoranschlages für das Jahr 1955 in der Fassung der Regierungsvorlage (385 d. B.) wird unter Berücksichtigung der Druckfehlerberichtigungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Präsident: Zum Wort gemeldet ist als Gegenredner der Herr Abg. Dr. Stüber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Stüber: Hohes Haus! Eine Debatte über diesen Verhandlungsgegenstand muß wohl eingeleitet werden mit einem nachdrücklichen Protest, mit einem Protest nicht nur allgemein dagegen, daß die Alliierten Österreich noch immer die Lufthoheit vorenthalten, sondern insbesondere gegen den in der letzten Sitzung des Alliierten Rates gefaßten Beschluß, daß Österreich sogar die Anschaffung von alpinen Rettungsflugzeugen verweigert wird. Mit der wie eine grausige Ironie wirkenden Begründung, daß die militärische Aufrüstung in Österreich verboten sei, hat das Sowjetelement die Annahme des von den Westalliierten eingebrachten Vorschlages, Österreich die Anschaffung von alpinen Rettungsflugzeugen zu bewilligen, abgelehnt. Es ist eine Ironie von einer solchen Grausigkeit, daß man sie kaum zu fassen imstande ist; denn hier geht es um Menschenleben, um in Bergnot geratene Menschen, die durch einen aviatischen Bergrettungsdienst geborgen werden könnten und die vielleicht auch in Zukunft, wie dies schon in der Vergangenheit mehrmals der Fall war, zugrunde gehen müssen um eines politischen Justament-Standpunktes willen. Nicht bald ist uns das Bewußtsein der entwürdigenden Rolle, die wir als Objekt der Weltpolitik spielen müssen, schmerzlicher zum Bewußtsein gekommen als bei dieser jüngsten Entscheidung des Alliierten Rates. Man höre doch endlich auf, bei einer solchen Sachlage im zehnten Nachkriegsjahr weiterhin von der „Befreiung“ Österreichs zu sprechen.

Ebenfalls hierher gehört der Mangel an den notwendigen Luftfahrtausrüstungsgegenständen und Luftfahrteinrichtungen auf den österreichischen Flughäfen. Erst unlängst wieder, am 3. und 4. Dezember, wurden mehrere planmäßig Wien anfliegende Maschinen infolge des dichten Bodennebels zur Umkehr gezwungen, da auf den Wiener Flughäfen keine Blindfluganlagen eingebaut sind. Einige Flugzeuge mußten ihre Reisenden, anstatt sie nach Wien zu bringen, hilfswise wieder nach München zurückbefördern und dort absetzen, von wo die Reisenden dann entweder mit der Bahn oder am nächsten Tag mit dem Flugzeug ihr Endziel erreichen konnten. Die während des Krieges auf Wiener Flugplätzen verwendeten Nebelfluggeräte sind zerstört worden, andere sind demontiert worden. Soweit noch vorhanden, sind die seit zehn Jahren eingesetzten deutschen

Geräte heute nicht mehr gebräuchlich. Aber auch hier weigert sich der Alliierte Rat trotz wiederholter Appelle Österreichs, Österreich endlich die Lufthoheit zu geben oder ihm wenigstens zu gestatten, sich auf dem Bundesgebiete jene Flugeinrichtungen zu besorgen, die halbwegs einen Anschluß der Luftfahrt über Österreich an den internationalen Luftverkehr ermöglichen. Wir erwarten, daß auch in dieser Frage die österreichische Bundesregierung mit allem Nachdruck und aller Entschiedenheit abermals beim Alliierten Rat vorstellig wird, damit Österreich endlich das ihm durch keinerlei stichhaltige Rechtsbegründung verweigerter Recht der Freiheit und Hoheit seines Luftraumes endlich zurückgegeben wird.

Und nun zu dem Kapitel Bundesbahnen. Die Österreichischen Bundesbahnen veranschlagen ihren voraussichtlichen Betriebsabgang im Jahre 1955 mit der runden Summe von 1,11 Milliarden Schilling. Das heißt, daß, auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, jeder Österreicher im kommenden Jahr mit durchschnittlich 160 S belastet ist, die er, da ja das Betriebsdefizit aus Steuermitteln gedeckt werden muß, allein für die Bundesbahnen zahlen darf. Und rechnet man dazu noch die Investitionsausgaben, kommt man auf eine Durchschnittsbelastung allein aus dem Titel Bundesbahnen von 258 S pro Kopf der Bevölkerung.

Diese eindrucksvolle Rechnung, die jeder leicht nachrechnen kann, ist übrigens auch im Blatt der Österreichischen Volkspartei, in der „Neuen Wiener Tageszeitung“ vom 3. Dezember dieses Jahres aufgestellt worden, wie es denn überhaupt so ist, daß man das Interessanteste über jene Ressorts, die von sozialistischen Ministern verwaltet werden, aus der Presse der schwarzen Regierungspartei erfährt und umgekehrt wieder die interessantesten Zuckerln über jene Ressorts, die ÖVP-Minister leiten, aus der Presse des Koalitionspartners.

Was die Eisenbahnen betrifft, die als ewiger Defizitbetrieb schon in der Ersten Republik ein fressendes Geschwür unserer Finanzwirtschaft darstellten, muß mit allen Mitteln getrachtet werden, mittels der Investitionen des außerordentlichen Aufwandes den Abgang der laufenden Gebarung zu senken. Bisher aber wirken sich diese kostspieligen Investitionen auf den Gebarungserfolg noch keineswegs aus. Auch die Elektrifizierung, von der wir uns so viel versprochen haben, die doch die Zugförderungskosten und auch die Personalkosten zwangsläufig senken muß, hinterläßt bisher noch keinen finanziellen Niederschlag im Gesamtgebarungserfolg. Das Defizit für 1955 ist gegenüber 1954 laut Präliminare um 20 Prozent weiter gestiegen. Freilich besteht, das darf nicht vergessen werden, auf der

Einnahmenseite auch eine gewisse Reserve, da die mit 3,99 Milliarden veranschlagten Einnahmen um zirka 180 Millionen Schilling unter dem voraussichtlichen Kassenerfolg des laufenden Jahres in Höhe von 4,18 Milliarden liegen. Wenn kein weiterer Frequenzverlust eintritt, was allerdings für den Personenverkehr zu befürchten ist, kann sich also das Betriebsergebnis hinsichtlich der Einnahmenseite noch günstiger gestalten. Die Einnahmen aus dem Güterverkehr dürften ebenfalls steigen. Andererseits ist zu bedenken, daß in den Ausgaben die Mehrkosten für die dritte Stufe des Lohn-Nachziehverfahrens per 150 Millionen Schilling noch nicht enthalten sind, sodaß sich das Gesamtdefizit gegenüber dem Präliminare zweifellos noch erhöhen kann.

Nun hat man auch bei unvoreingenommenster Beurteilung der Verhältnisse bei den Österreichischen Bundesbahnen den Eindruck, daß die Tarifpolitik falsch ist. Wenn für 1955 ein weiterer Rückgang der Einnahmen aus dem Personenverkehr von 11 Millionen Schilling erwartet wird, dann kann dies nicht immer nur mit der stereotypen Begründung der zunehmenden Konkurrenz der Straße gegenüber der Schiene begründet werden. Gewiß zwingt die zunehmende Motorisierung des Straßenverkehrs den Bahnen einen immer härteren Leistungswettkampf auf. Daß die vielen Eisenbahnunglücke, auf die ich noch zu sprechen kommen werde, wie die zum Teil sehr argen Zugsverspätungen usw. das Renommee der Bahn nicht gerade heben, ist sicher; aber der eigentliche Grund für den ständigen Schwund, die H-Linie des Personenverkehrs auf unseren Bundesbahnen dürfte doch woanders zu suchen sein, nämlich in dem grundsätzlich falschen Aufbau des gegenwärtigen Personentarifs.

Wieder, wie so oft, hat das letztmal der Hauptausschuß, das heißt die Koalitionsmehrheit im Hauptausschuß, einer generellen Erhöhung des Personentarifs zugestimmt, statt sich an eine grundsätzliche Reform der Tarifgrundlagen zu wagen. Es ist überhaupt die Frage, ob der Hauptausschuß das richtige Forum für die Tariffragen der Bundesbahnen ist und ob hier nicht ein Verkehrsbeirat, wie er sich ja beispielsweise auch in anderen Ländern, sagen wir Westdeutschland, als beratendes Organ des Verkehrsministers sehr bewährt, eine bessere Institution zur Beratung und Beschließung der Tarife wäre als das politische Organ, die politische Körperschaft des Hauptausschusses. Der Erfolg der Erhöhung des Personentarifes hat jedenfalls die Erwartungen, die man daran geknüpft hat, nicht erfüllt. Ein solcher Erfolg hängt ja möglichst weitgehend von der restlosen Aus-

nützung der Sitzplätze ab, und ein wesentliches Mittel dazu wäre eine vollständige Gleichstellung der Personenzugs- und Schnellzugstaxen, wie sie tatsächlich auch in fast allen übrigen europäischen Ländern gilt.

Im übrigen muß wiederholt werden, daß die Sanierung des Bundesbahnbudgets nicht von der Einnahmenseite oder zumindest nicht allein von der Einnahmenseite her kommen kann, sondern auf der Ausgabenseite durch eine entsprechende Rationalisierung und Einsparung erfolgen muß. Tarifierhöhungen allein werden nie das Mittel zu einer solchen Sanierung sein.

Und nun zu den vielen Katastrophen und Unglücksfällen des heurigen Jahres: Ich muß vorausschicken, daß man nicht ungerecht und einseitig sein darf und daß gerade im heurigen Jahr auch in anderen Staaten sehr schwere Katastrophen im Verkehrswesen, auf den Eisenbahnen erfolgt sind. Immerhin, wenn der Herr Minister Waldbrunner in Beantwortung einer kürzlich gestellten parlamentarischen Anfrage erklärte, daß die vier schweren Unfälle, die sich in den letzten Monaten ereigneten, bahnseits zu vertreten seien, dann kann man, glaube ich, einer solchen Auffassung nicht beistimmen. Zugegeben, die Unfälle bei der Martinswand, bei Linz und Hengersdorf gingen auf menschliches Versagen zurück, aber das Personal ist auch vielfach überlastet und wird keineswegs immer rationell eingesetzt. Das plötzliche Aussetzen der Reaktionsfähigkeit ist ja sehr oft kein unvorhersehbarer Zufall, sondern die lang vorhersehbare Folge der Übermüdung und dauernden Überbeanspruchung. Außerdem ist zu beklagen, daß immer und überall „höherenorts“ die Tendenz besteht, untergeordnetes Personal verantwortlich zu machen, auch wenn die eigentlichen Ursachen in Organisationsmängeln liegen.

Ganz anders aber als bei diesen drei Fällen liegt der Fall der Stockerauer Katastrophe, die 3 Tote, 29 Schwer- und 20 Leichtverletzte gekostet hat. Der Herr Minister Waldbrunner hat in der schon erwähnten Antwort darauf verwiesen, daß die Ursache der Zugsentgleisung bei Stockerau ein abnormaler Fall sei, wie er sich Jahrzehnte hindurch nicht ereignet habe. Demgegenüber stehen aber die Äußerungen von Fachleuten, deren Feststellungen man nicht einfach mit einem wegwerfenden Achselzucken abtun kann und die man autoritär als unbewiesene Mutmaßungen Bahnfremder hinstellt. Dazu sind sie sachlich doch zu sehr fundiert und daher ernst zu nehmen. Dazu ist der Fall zu tragisch, um ihn zu bagatelisieren. Daß die Schwellen der Nordwestbahn noch aus der Kriegszeit stammen, daß es sich

57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954 2609

dabei um Ersatzartikel handelt, die, statt wie üblich mit Teerprodukten konserviert, nur oberflächlich mit Steinsalzlösung bestrichen waren, wurde nicht bestritten.

Wenn der Herr Minister erklärt, daß der Anschluß an die normale Erhaltung des Oberbaues der Eisenbahnstrecken erst im Jahr 1959 oder gar erst 1960 gefunden sein wird, dann ist das eine alarmierende Feststellung, denn sie bedeutet, daß das Reisepublikum bis dahin dauernd gefährdet sein wird.

Meines Erachtens müßte alles getan werden, damit die gründliche Erneuerung des Oberbaues und die Auswechslung aller irgendwie bedenklichen Schwellen sofort, unter Zurückstellung aller anderen Investitionen erfolgen kann. Ich betrachte in dieser Hinsicht Bahnhofsbauten für durchaus nicht so dringlich wie die unerläßlichen Voraussetzungen für die Sicherheit des Reiseverkehrs und auch des Bahnpersonals selbst. Und nicht zu vergessen sind dabei die Bahnschwellen.

Kürzlich verlautete nun, daß auch auf der Westbahnstrecke solche Eisenbahnschwellen, die noch aus der Kriegszeit stammen, vorhanden sind. Das ist besonders alarmierend, denn die Westbahn ist ja die stärkst befahrene Bahnstrecke Österreichs und für den Verkehr Österreichs von ausschlaggebender Bedeutung.

Eine jahrzehntelange Verwendung von Bahnschwellen mag vielleicht im allgemeinen üblich sein, aber jene Schwellen, die nicht eingeteert, sondern nur mit Zinkchlorid durchsetzt worden sind, weil Teerprodukte in Kriegszeiten Mangelware waren, haben nach Ansicht der Fachleute eine bedeutend geringere Lebensdauer, und das müßte doch auch die Bahnverwaltung wissen. Solche Bahnschwellen sind gegen die Witterung nicht so widerstandsfähig, weil ihr Holz von innen heraus verfault. Eine weitere Verwendung solcher Schwellen, zehn Jahre nach Kriegsende, kann, das sei nochmals gesagt, vom Gesichtspunkt der Sicherheit des Reisepublikums und des Bahnpersonals unter gar keinen Umständen vertreten werden. Gerade die Stockerauer Eisenbahnkatastrophe sollte uns eine Warnung dafür sein, daß diese Kriegsschwellen ehestens ausgewechselt werden müssen.

Und nun, weil ich mich eben mit dem Gegenstand Österreichische Bundesbahnen beschäftige, will ich ihn nicht verlassen, ohne hier abermals etwas zu vertreten, was ich schon mehrere Male bei Budgetdebatten und sonstigen Gelegenheiten in diesem Hause mit allem Nachdruck vorgebracht habe. Ich meine die Angelegenheit jener verstaatlichten 18 Privatbahnen, für die der Staat nunmehr schon seit 26 Jahren keinen angemessenen Ersatz geleistet hat. Da ich, wie gesagt,

dieses Thema schon so oft ausführlich behandelt habe, kann ich mich kürzer fassen und auf meine diesbezüglichen früheren Budgetreden verweisen.

18 Privatbahnen, darunter solche, die heute, wie zum Beispiel die Mittersillbahn, die schönsten Teilstrecken unserer Bundesbahnen darstellen und deren Bau Riesensummen gekostet hat, wurden im Jahr 1928 gesetzlich enteignet. Damals hatte man den Anteilhabern, durchwegs kleinen Sparern, versichert, der Staat werde sie vor Notlage schützen. In Wirklichkeit hat dieser Schutz des Staates so ausgesehen, daß für die Privateisenbahngläubiger, beispielsweise die der Bahn Krems—Mauthausen, für die ein Kapital von 17,85 Millionen Goldkronen gezeichnet worden war, ein Betrag von sage und schreibe 1785 S als Ablösesumme angeboten und bei Gericht hinterlegt worden ist.

Unsere Bundesbahnen bilanzieren heute, wie kürzlich ein Wiener Montagblatt sehr richtig bemerkt hat, 500.000 Goldkronen für einen Bahnkilometer; das entspräche für die 108 Kilometer lange Strecke Krems—Grein einer Summe von 54 Millionen Goldkronen oder, bei richtiger Aufwertung, von 432 Millionen Schilling. Aber 26 Jahre lang kämpfen die Gläubiger, soweit sie noch am Leben sind, vergebens um eine halbwegs tragbare Lösung. Bei einigem guten Willen könnte man die Geschädigten durch ein einfaches Nachziehverfahren, durch eine Konvertierung der vom Staate garantierten Obligationen, leicht zufriedustellen.

Der Herr Bundeskanzler Raab hat erst kürzlich wieder im Rahmen der Veranstaltung des Freedom House nachdrücklichst unterstrichen, daß letztlich und endlich Recht immer Recht bleiben müsse und werde. Diese Erklärung, die sich unter Bezug auf die völkerrechtswidrige Besetzung Österreichs an die Alliierten gerichtet hat, hat aber ebensolche Bedeutung auch für die innerrechtlichen Verhältnisse Österreichs, und zu dem vielen heute noch in Österreich bestehenden Unrecht und ungleichen Recht gehört auch die entschädigungslose Enteignung der Privateisenbahngläubiger. Dem Vernehmen nach soll der Plan einer Konvertierung vom Finanzministerium bereits gutgeheißen worden sein, und wir wollen hoffen, daß er nun endlich einmal auch wirklich zur Ausführung gelangt.

Nun noch zum Gegenstand Post- und Telegraphenanstalt. Obwohl die Betriebseinnahmen bei der Post- und Telegraphenanstalt um 85 Millionen Schilling höher veranschlagt sind, rechnet das Budget für 1955 mit einem gegenüber dem laufenden Jahr um 94 Millionen Schilling höheren

Defizit von 377 Millionen Schilling. Diese bedauerliche Entwicklung, die ungefähr derjenigen bei den Bundesbahnen kongruent ist und zeigt, daß unsere Post also ein ewiger Defizitbetrieb geworden ist, hat verschiedene Ursachen. Vor allem sind daran die letzten maßlosen Gebührenerhöhungen schuld, die gerade das Gegenteil von dem bewirkt haben, was man sich davon erwartet hat.

Es entspräche im übrigen nur dem vom Herrn Finanzminister durch die Steuer-senkungen gegebenen Beispiel, wenn auch auf dem Gebiete der Post durch entsprechende Senkung der weit überhöhten Tarife dem Publikum ein Anreiz geboten würde, die Einrichtungen der Post mehr zu benutzen. Allerdings müßten dann auch die Leistungen verbessert werden, denn die derzeitigen Leistungen der Post sind nicht im mindesten dazu angetan, ihre hohen Tarife zu rechtfertigen.

Die bloß einmal täglich erfolgende Postzustellung ist ein Anachronismus höchst spezifisch österreichischer Art. In der Großstadt Wien hat es bereits vor einem halben Jahrhundert die täglich zweimalige Postzustellung gegeben, dazwischen vorübergehend sogar die dreimalige. Heute, in der Zeit der außerordentlichen Wirtschafts- und Verkehrsintensivierung, mitten im Siegeslauf der Technik, halten wir wieder bei der einmaligen Postzustellung wie zu Großvaters Zeiten.

Alle Vorstellungen an die Generaldirektion der Post- und Telegraphenverwaltung, darunter auch solche von der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, haben bisher nicht das mindeste gefruchtet. Es kann nicht deutlich genug gesagt werden, daß die gegenwärtige langsame Postzustellung eine unver-tretbare Behinderung der Wirtschaft darstellt. Sie hat auch keinerlei Einsparungen zur Folge gehabt, denn gegenüber 1935 hat sich der Personalstand der Postverwaltung um rund 50 Prozent vermehrt, wogegen der Aufgabenkreis der Postverwaltung keineswegs im gleichen Ausmaß zugenommen hat.

Worauf die Bundeskammer ebenfalls immer mit Recht hinwies, ist, daß durch die technischen Fortschritte längst eine produktivere Arbeitsweise gegenüber der Vorkriegszeit hätte erreicht werden müssen. Im strikten Gegensatz dazu aber geht die Arbeitsleistung der Post zurück, wie aus den Geschäftsberichten der Generaldirektion der Post- und Telegraphenverwaltung ersichtlich ist.

Die täglich bloß einmal erfolgende Postzustellung bedeutet für die Wirtschaft oft Zeitverluste von einem halben Tag, oft von mehreren Stunden. In zahlreichen anderen Fällen treten nicht wieder gutzumachende

Einbußen auf. Es ist daher zu verstehen, daß immer mehr große Firmen zur Ortszustellung durch Boten übergehen, was allerdings wieder überflüssige Mehrausgaben verursacht.

Wir haben im Kapitel Soziale Verwaltung das unverhältnismäßige Überhandnehmen der Überstunden beklagt, aber nicht wenige solcher Überstunden mögen auf die langsame Postzustellung zurückzuführen sein. Aus der Unmenge von Klagen, die hier tagtäglich auftauchen und allerdings meist unberücksichtigt bleiben, seien nur einige wenige Beispiele herausgegriffen.

Ein Betrieb in der Mariahilfer Straße, also einer der wichtigsten Geschäftsstraßen Wiens, ein Betrieb, der 80 Arbeiter beschäftigt, erhält um 12 Uhr 30 die Post zugestellt. Der Postbote, befragt, woher diese Verspätung eigentlich komme, antwortet, von seinem Standpunkt aus sicherlich richtig, daß er sich ohnehin sehr abschleppen und beeilen hätte müssen, um wenigstens diese Zeit noch einzuhalten.

Tatsächlich wird den Zustellorganen im allgemeinen zuviel zugemutet, und es ist höchst ungerecht, wenn sich die Verärgerung des Publikums an den Postboten abreagiert. Man braucht die Verhältnisse nur an Tagen zu studieren, an denen das Radioinkasso erfolgt. Links und rechts mit schweren Paketen beladen und mit schweren Paketen auf dem Rücken behängt, muß sich der Briefträger bis in den 5. Stock hinauf abschleppen und gleichzeitig noch Geld wechseln, Geld herausgeben und die Bestätigungen des Radioinkassos besorgen. Es fragt sich sehr, ob gerade zu diesem beschwerlichen, die Postzustellung so ungemein verzögernden Radioinkasso namentlich in der Großstadt nicht die Geldbriefträger verwendet werden könnten, deren sachlicher Aufgabenbereich das ja eigentlich naturgemäß wäre.

Häufig kann man von den Postboten zu hören bekommen, daß die Schuld an den ganz unzulänglichen Verhältnissen der Postzustellung die Nazizeit trüge, weil in ihr keine Postboten geschult worden seien. Da wären wir glücklich wieder bei der Nazizeit, die für alles und jedes die Begründung und Entschuldigung abzugeben hat. Ich glaube, daß seit 1945 genug Zeit gewesen wäre, um die Postzustellorgane zu schulen, und daß es sich hier nur um eine alberne Ausrede handelt.

Ständige berechtigte Klage wird auch über die Postzustellung von Massendrucksachen, ehemals Postwurf genannt, geführt. Zugegeben, daß beispielsweise in Wahlzeiten die Beförderung von Millionen Massendrucksachen in wenigen Wochen eine bedeutende Arbeitsvermehrung bedeutet, aber gerade hier haben die Aufgeber ein besonderes Recht auf eine rasche

und korrekte Zustellung, da ja sonst der Zweck nicht erreicht wird und das Geld zum Fenster hinausgeworfen ist. Unter zahlreichen Beschwerden fällt nur einer: Eine von der Freiheitlichen Sammlung Österreichs — FSÖ — am 13. Oktober zur Post gegebene Massendrucksache wurde den Adressaten nachweislich erst am 25. Oktober, also acht Tage nach der Wahl, zugestellt. Das Kuvert ist hier in meinem Besitz. Das heißt doch wirklich einem das Geld aus der Tasche stehlen. In einer Reihe von Postsprengeln wurden unsere Stimmzettel überhaupt nicht ausgetragen, in anderen erfolgte dafür allerdings eine doppelte Belieferung. Ich behaupte nicht, daß hier gerade schlechter Wille am Werk gewesen sei oder daß politische Einflüsse geltend waren, obwohl man manchmal auch derartiges hört. Ich weiß, daß es auch den anderen wahlwerbenden Parteien und Gruppen regelmäßig ähnlich geht und daß sie ähnliche Erfahrungen sammeln. Allerdings haben die bedeutend mehr Geld und können bei mehreren Massendrucksaachen eine einmalige Panne leichter vertragen. Jedenfalls zeigt sich hier ein schwerer Mangel an Organisation, der auf unsere Postverwaltung durchaus kein gutes Licht wirft.

Die österreichische Post zeichnet sich auch durch einen kleinlichen tarifarischen Fiskalismus aus. Die Einhebung einer Lagergebühr für postlagernde Briefsendungen von 30 Groschen pro Stück gehört dazu. Auch die Einhebung der Nachgebühr für nicht hinreichend frankierte Briefe stellt oft eine Härte dar, die mehr Erbitterung erzeugt, als die ganze Sache wert ist. Die mindeste Nachgebühr beträgt nämlich 40 Groschen, wenn auch nur ein einziger Groschen auf das Vollfranko fehlt. Geradezu als Unfug mutet es aber an, daß der Staatsbürger für jede Zustellung vom Gericht Strafporto zahlen muß. Wer also beispielsweise die Verständigung von der Verlegung eines Gerichtstermines bekommt, die er ohnehin schon längst persönlich oder telephonisch erfahren hat und wobei er bei Gericht gebeten hat, nicht separat verständigt zu werden, weil er den Umstand der Verlegung bereits zur Kenntnis genommen hat, muß trotzdem 2,50 S Strafporto zahlen. Ich glaube, wenn sich ein Privater einfallen lassen sollte, nach derartigen Methoden zu wirtschaften, wie sie hier von seiten der Monopolverwaltung geübt werden, hätte er bald abgewirtschaftet.

Ein besonderes Kapitel bildet auch der Briefverkehr mit dem Ausland. Erst kürzlich wieder ist in einer Zeitung darauf verwiesen worden, daß die an sich gewiß löbliche Absicht der österreichischen Postverwaltung, durch Ausgabe der sogenannten Aerogramme den Briefverkehr ins Ausland billiger zu gestalten,

durch die miserable Qualität des Papiers dieser Aerogramme weitgehend wieder zunichte gemacht wird. Während zum Beispiel die von der kanadischen Postverwaltung in den Verkehr gesetzten Aerogramme aus einwandfreiem, undurchlässigem, überall beschreibbarem Papier bestehen und nur 10 Cents, das ist also 2,60 S, pro Stück kosten, muß der Österreicher für ein Übersee-Aerogramm, das aus minderwertigstem, kaum beschreibbarem Papier besteht, 3,60 S bezahlen.

Sehr beklagt muß auch werden, daß es für den Postversand von wissenschaftlichen Separatdrucken ins Ausland keine Ermäßigung gibt, während dies in anderen Ländern der Fall ist. Da wird immer so viel von der österreichischen Kultur und von Kulturwerbung geredet. Wenn ein wissenschaftlicher Schriftsteller, ein Gelehrter, seine Arbeiten aus Österreich ins Ausland verschickt, dann leistet er doch zweifellos für Österreich einen wertvollen kulturellen Beitrag. Daß er dabei vom Staat unterstützt wird, kommt nicht in Frage, sondern er muß von seinem meist ohnehin sehr kargen Einkommen noch die vollen Postgebühren bezahlen.

Was noch grundsätzlich den Briefverkehr mit dem Ausland anlangt, so ist sehr zu bedauern, daß es noch nicht gelungen ist, für den Verkehr mit Deutschland, so wie dies früher war, wieder den Inlandstarif in Gültigkeit zu setzen. Für Österreich, dessen Fremdenverkehr so sehr auf den Zuspriech deutscher Gäste angewiesen ist, wäre dies ein Vorteil und für die deutschen Gäste selbst ein sehr fühlbares Entgegenkommen. Ich kenne die staatsrechtlichen Schwierigkeiten, die hier eingewendet werden, glaube aber, daß sie bei gutem Willen zu überbrücken wären.

Zusammenfassend ist an unserer Postverwaltung zu rügen, daß sie anscheinend noch nicht gelernt hat, ihren Betrieb nach echten kaufmännischen Leistungsgrundsätzen zu führen, sondern, wie in Zeiten des seligen Postregals, glaubt, daß sich ihre Kunden alles gefallen lassen müssen, weil es keine Konkurrenz gibt.

Die Abschaffung der Paketkarte, um nur noch ein einziges Beispiel hier zu nennen, für gewöhnliche Sendungen, soweit sie einen Wert von 300 S nicht übersteigen, war hiefür außerordentlich bezeichnend. Diese Maßnahme mochte für die Post eine Vereinfachung darstellen, die kaufmännischen Buchhalter aber brachte sie in Verlegenheit und zur Verzweiflung. Während man nämlich bei der Aufgabe eines Paketes über Verlangen eine Bescheinigung bekommen kann, ist das bei Retour-Paketen nicht der Fall. Früher behielt sich der Empfänger als Beleg für ein

zurückgekommenes Paket den entsprechenden Abschnitt der Paketkarte, jetzt läßt sich wohl der Postbeamte die Übergabe des Paketes bestätigen und kassiert die Zustellgebühr, verlangt man aber seinerseits von ihm eine Bestätigung des Empfanges, verweigert er die Unterschrift und beruft sich auf seine Vorschriften. Er hat recht mit dieser Berufung, er darf nach der „Vurschrift“ wirklich keine Unterschrift geben. Die Post selbst aber verlangt Quittungen, sie hat offenbar noch nicht gelernt, was Kundendienst in Wirklichkeit bedeutet.

In all diesen und vielen weiteren Umständen erblicke ich den eigentlichen Grund für das stets wachsende Defizit unserer Postverwaltung.

Wenn nun 1955, im kommenden Jahr, eine aus betrieblichen Gründen notwendige Personalvermehrung erfolgt, dann kann man daran nur die berechnete Forderung knüpfen, daß die aufgezeigten Mängel ehestens beseitigt werden, vor allem die täglich zweimalige Postzustellung wenigstens in den Großstädten schleunigst eingeführt wird. Derartiges hat ja nun tatsächlich auch die Generaldirektion versprochen; ob ihre Versprechungen wirklich wahr gemacht werden, bleibt abzuwarten.

Nun noch kurz zum Radio: Bei der Ravag insbesondere gibt es, wie männiglich bekannt, eine Reihe sehr gut bezahlter Posten, die nicht unbedingt notwendig erscheinen und die ohneweiters einzusparen wären. Dort wäre geradezu ein ideales Betätigungsfeld für eine Verwaltungsreform. Was aber noch die Programmgestaltung anbelangt, so entspricht es einem vielfach geäußerten Wunsch der Bevölkerung, daß das Programm in den Sendern I und II besser zu koordinieren wäre, sodaß die Leute abends, wenn sie von der Arbeit nach Hause gekommen sind und beispielsweise auch leichte Musik hören wollen, hiezu Gelegenheit haben. Es kann ja ohneweiters auf dem anderen Sender die entsprechende schwere, ernste Musik gesendet werden. Mit Rücksicht auf die sehr hohen Einnahmen, die unser Rundfunk zu verzeichnen hat, kann man wohl feststellen, daß die Programmgestaltung im allgemeinen keineswegs noch befriedigend ist.

Aus allen den genannten Gründen stimme ich gegen diese Verwaltungsgruppe.

Präsident: Ich erteile dem nächsten vorgemerkten Redner, Herrn Abg. Bleyer, das Wort.

Abg. Bleyer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich gehöre jahrzehntelang einem Betrieb an, der im Jahre 1945 verstaatlicht wurde und in einem Gebiet liegt, das zum Herzen der verstaatlichten Industrie zählt.

Als Arbeiter eines verstaatlichten Betriebes habe ich schon einmal über das Thema verstaatlichte Betriebe von dieser Stelle aus gesprochen und möchte die heutige Gelegenheit dazu benützen, nochmals eingehend zu diesem großen Fragenkomplex Stellung zu nehmen und auf bestimmte Dinge in der verstaatlichten Industrie hinzuweisen.

Wir Arbeiter in der verstaatlichten Industrie sehen in diesen Betrieben die Grundlage für unsere Existenz, wie jeder Arbeiter an dem Betrieb, in dem er arbeitet, ein lebhaftes Interesse hat, weil er ihm Arbeit und damit das tägliche Brot gibt. Wir Arbeiter in der verstaatlichten Industrie haben aber an unseren Betrieben ein doppeltes Interesse: Wir müssen in diesen Betrieben auch die Grundlage unserer Wirtschaft sehen, anerkennen und schätzen. Wir freuen uns daher, wenn wir aus dem Munde von Rednern dieses Hauses, aus dem Munde des Herrn Ressortministers und schließlich aus dem Bericht des Rechnungshofes vieles über die verstaatlichte Industrie hören, was erfreulich ist, denn sie umfaßt rund 40 Prozent der österreichischen Industrie und ist für einen weiteren hohen Prozentsatz unserer Industrie Grundlage und Voraussetzung.

Vorausschicken möchte ich, daß unsere Partei weder ein grundsätzlicher Gegner der Verstaatlichung ist, noch als grundsätzlicher Anhänger der Verstaatlichung betrachtet werden darf. Wir stehen dem Gedanken der Verstaatlichung absolut objektiv gegenüber. Wenn die Verstaatlichung eines Betriebes volkswirtschaftlich förderlich ist, dann sind wir die letzten, die sie ablehnen. Wenn aber der Betrieb zumindest ebenso gut oder, wie die Erfahrung lehrt, in der Regel besser von einem privaten Unternehmer geführt wird, dann lehnen wir die Verstaatlichung ab. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Zu diesem Grundsatz bekennen auch wir Arbeitervereine von der Österreichischen Volkspartei uns durchaus nicht aus einer Rücksichtnahme auf das Unternehmertum oder gar aus Gründen der Liebedienerei vor den Wirtschaftstreibern, sondern weil der Arbeiter im Staat keinen besseren Unternehmer sehen kann als im privaten. Die Länder, in denen aus ideologischen Gründen die Verstaatlichung im besonderen Maße vorwärtsgetrieben wurde, belehren uns eindeutig, daß der Staat unter allen Unternehmern der unangenehmste, ja der härteste Unternehmer ist. Wenn das bei uns erfreulicherweise nicht der Fall ist *(Abg. Horn: Wer hat denn das aufgesetzt?)*, so hat das seine Ursache darin, daß die privatwirtschaftliche Form unserer wirtschaftlichen Betriebe gewahrt worden ist

und Organe vorhanden sind, die für die Führung des Betriebes verantwortlich gemacht werden können und die ihre Entwicklung zum größten Teil in einer Zeit durchgemacht haben und in einer Zeit ihre Erfahrung sammelten, in der sie noch wirklich privatwirtschaftliche Betriebe waren. Daher herrscht in solchen Betrieben auch ein verhältnismäßig gutes und zumindest ein befriedigendes Einvernehmen zwischen Belegschaft und Betriebsführung. Wo diese Tradition fehlt, sieht es schon anders aus, und es wird Aufgabe des Herrn Ressortministers sein, in solchen Fällen mäßigend und beruhigend einzuwirken.

Dieses gute Verhältnis zwischen Führung und Belegschaft ist eine Voraussetzung für das von uns allen gewünschte lebendige Band zwischen Betrieb und dem einzelnen Arbeiter. Dieses gute und einvernehmliche Verhältnis darf nicht gestört werden, das liegt im Interesse des einzelnen, aber auch im Interesse der gesamten Volkswirtschaft. Daher hat die Öffentlichkeit ein Recht darauf, zu erfahren, wenn in diesem Bereiche der verstaatlichten Betriebe noch Mängel herrschen.

Wenn ich von Mängeln spreche, so maße ich mir nicht an, Fragen der technischen Ausgestaltung oder der kommerziellen und technischen Leitung zu behandeln. Ich darf aber als ein Vertreter der Arbeiter in der verstaatlichten Industrie der Öffentlichkeit eine Grundwahrheit in Erinnerung rufen: So wie der Staat nicht für die Parteien da ist, so gehören diese Betriebe auch nicht den Parteien oder gar einer Partei. (*Beifall bei der ÖVP.*) Diese verstaatlichten Betriebe sind Besitz des Staates und haben daher dem ganzen Volk zu dienen, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit. (*Abg. Kindl: Sehr richtig!* — *Abg. Horn: Das gilt auch für die NEWAG!* — *Abg. Polcar: Und für die Freiwillige Feuerwehr in Schwechat!* — *Anhaltende Zwischenrufe.*) Es hat daher auch jeder Arbeiter und Angestellte in einem solchen Betrieb einen Anspruch darauf, ohne Rücksicht auf seine parteipolitische Einstellung nach seiner Leistung und nach seinem Verhalten im Betrieb beurteilt und behandelt zu werden. (*Neuerliche lebhafte Zwischenrufe.*) Dem Herrn Ressortminister mag es vielleicht nicht angenehm klingen, wenn ich das sage, und ich bringe dies nicht vor, um ihn oder das Ministerium anzugreifen, sondern ich halte mich für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß dem durchaus nicht so ist und daß der Umstand, daß diese Betriebe unter einem sozialistischen Minister stehen, gar manchen Angehörigen der Sozialistischen Partei zu der Annahme verleitet, er könne sich in diesem Betrieb so benehmen, als wäre dieser Betrieb Eigentum der Sozialistischen Partei.

Mir kommen immer wiederum Klagen zu (*Zwischenrufe des Abg. Czettel*) — Herr Kollege, ich werde noch darauf zurückkommen —, daß bei der Aufnahme in die verstaatlichten Betriebe in mehr oder minder versteckter Form, oft auch unter sehr geringer Zurückhaltung, die Forderung nach dem Mitgliedsbuch der SPÖ erhoben wird. (*Zustimmung bei der ÖVP.* — *Abg. Freund: Konkrete Fälle nennen!*) Herr Kollege, hierfür Beispiele: Böhlerwerke Kapfenberg, Elin-Weiz, Schoeller-Bleckmann in Hönigsberg und Ternitz. Man wende hier nicht ein (*andauernde Zwischenrufe*), das sei eine Behauptung, für die ich den Beweis schuldig bleibe, denn die Öffentlichkeit weiß nur zu gut, daß bei solchen Dingen mit besonderen Instrumenten aufgespielt wird.

Die Tatsache der parteipolitischen Beeinflussung der Betriebe in ihrer Leitung und in ihrer Belegschaft kann nicht durch einfaches Leugnen aus der Welt geschafft werden, wenn ich auch zugeben muß, daß es nicht immer möglich ist, einen gerichtsordnungsmäßigen Beweis zu führen. (*Abg. Freund: Aha, also nicht!*) Das sagt aber nichts, meine Herren, gegen die Richtigkeit meiner Behauptung, sondern zeigt nur das Raffinement auf, mit dem zu Werke gegangen wird. (*Abg. Frühwirth: Wir haben die Beweise aus der Lueger-Zeit!*)

Ich appelliere an Ihren Gerechtigkeitssinn: Stellen Sie diese Zustände ab! Gerade der Sozialist, der so gerne vom Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft spricht, sollte es seiner unwürdig halten, gegen einen anderen Arbeiter Stellung zu nehmen (*Beifall bei der ÖVP*), nur weil er einer anderen Weltanschauung oder politischen Partei angehört. (*Lebhaftes Zwischenrufe bei der SPÖ.* — *Abg. Frühwirth: Schönerianer und Sozialdemokraten werden nicht angestellt, haben die Christlich-sozialen schon vor 40 Jahren gesagt!*) Wo bleibt da das Klassenbewußtsein? Wir alle, Herr Kollege Frühwirth, bekennen uns zu den Grundsätzen der Demokratie. Wahren wir die demokratische Freiheit auf allen Gebieten und in jeder Hinsicht (*erneute lebhaftes Zwischenrufe bei der SPÖ*), wahren Sie in den verstaatlichten Betrieben auch die demokratische Freiheit jener Arbeiter und Angestellten, die der Sozialistischen Partei nicht angehören können, weil es ihre aufrechte Gesinnung und ihre Weltanschauung nicht dulden! (*Abg. Horn: In der NEWAG sitzen Ihre Patentdemokraten!*)

Zum Gedanken der Verstaatlichung kann man sich verschieden einstellen. Ausser bei den marxistischen Parteien ist der Verstaatlichungsgedanke in der ganzen

Welt in seinem Kurs nicht gerade gestiegen. In England, in einem Land, von dem man sicher sagen kann, daß es zu den fortschrittlichsten Ländern der Erde gehört, hat man sogar den Verstaatlichungsgedanken nicht unerheblich zurückgestellt. Dabei muß man sich vor Augen halten, daß in England im Verhältnis zu seiner Größe lange noch nicht so viel verstaatlicht worden ist wie bei uns in Österreich. Wir Arbeiter von der Volkspartei haben niemals geleugnet, daß es Gebiete gibt, wo wir offen und ehrlich für den Verstaatlichungsgedanken eintreten. Dies gilt hinsichtlich der Urindustrie, also der eisen-schaffenden Industrie, des Kohlenbergbaues, der Metallproduktion und auch für einen bestimmten Teil der Energiewirtschaft, nämlich überall dort, wo es sich um Großwerke handelt. Abgelehnt haben wir von jeher die Verstaatlichung von Betrieben, die der Fertigungsindustrie dienen. Wir glauben daher, daß auch der Zeitpunkt nicht ferne liegt, wo man die Liste der verstaatlichten Betriebe nach dieser Richtung hin wird überprüfen müssen. So überzeugt wir an der Verstaatlichung der anderen Betriebe festhalten, ebenso sehr sind wir davon überzeugt, daß die Verstaatlichung der Fertigungsindustrie ein Fehler war und rückgängig zu machen ist. Das gilt insbesondere von der Elektroindustrie. Ob es uns paßt oder nicht, auf diesem Gebiet wird uns die Konkurrenz, insbesondere die deutsche Konkurrenz, früher oder später zu einer Änderung zwingen.

Hohes Haus! In jüngster Zeit gelangen Gerüchte in die Wirtschaft, daß das Verkehrsministerium auf dem Gebiete der Leichtmetallfertigung gerade den entgegengesetzten Weg zu gehen beabsichtigt und unter Zuhilfenahme der Vereinigten Aluminiumwerke, der Österreichischen Metallaktiengesellschaft, der Vereinigten Wiener Metallwerke und der Simmering-Graz-Pauker-Werke einen Fertigungsbetrieb ins Leben rufen will. Ursprünglich war geplant, die Russen zu bewegen, Berndorf zurückzugeben und im Rahmen der Berndorfer Produktion das österreichische Aluminiumhalbzeug zu verarbeiten. Dieser Plan ist mißlungen, da die Russen nicht zu bewegen waren, diesen Betrieb an Österreich zurückzugeben.

Der neue Betrieb hat in erster Linie, so wird angegeben, die Aufgabe, die Notstandsverhältnisse im Gebiet von Berndorf und Enzesfeld zu beheben und den arbeitslosen Metallarbeitern dort Arbeit zu verschaffen. Das ist eine Zielsetzung, die jeder von uns gutheißt und der auch meine Gesinnungsfreunde von der Wirtschaft zustimmen.

Eine andere Frage ist es, ob es nicht zweckmäßig gewesen und nicht längst in unserem

Vermögen gestanden wäre, dort eine privatwirtschaftliche Produktion einzurichten. (*Abg. Czettel: Ihr seid zu feig gewesen! — Abg. Horn: Habt ihr euch ein einziges Mal eingesetzt?*) Denn grundsätzlich wünschen wir, wir Arbeiter von der Österreichischen Volkspartei, keine Ausdehnung der Verstaatlichung. (*Andauernde Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Der Staat als Unternehmer ist kein Ideal. (*Weitere anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Meine Herren, warum regen Sie sich auf? Warten Sie, Herr Kollege Horn, lassen Sie mich aussprechen. Sprechen Sie dann! Sie haben ja dann Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen. Ich weiß ja, wie es zugeht. (*Abg. Horr: Nichts haben Sie für Berndorf getan!*) Reden Sie keinen Unsinn!

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Meine Herren, ich bitte um Ruhe! (*Abg. Horr: Schweinerei, so etwas!*) Meine Herren Abgeordneten, ich muß Sie ersuchen ... (*Andauernde Zwischenrufe bei der SPÖ. — Der Präsident gibt neuerlich das Glockenzeichen. — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ. — Gegenrufe bei der ÖVP.*)

Ich erteile dem Abgeordneten Roth und dem Abgeordneten ... Wie heißt er denn? Nein, der Abgeordnete oben. Wie ist Ihr Name? Der Abgeordnete, der sich umdreht, möge aufstehen. Wie ist Ihr Name? (*Abg. Czettel erhebt sich.*) Nein, der andere, der Nachbar! (*Abg. Horr erhebt sich.*) Ich erteile dem Abg. Roth und dem Abg. Horr den Ordnungsruf. (*Zwischenrufe des Abg. Horn.*) Ich erteile ebenso dem Abg. Horn den Ordnungsruf.

Meine Herren Abgeordneten! Ich möchte Sie nochmals darauf aufmerksam machen, daß eine Geschäftsführung gänzlich unmöglich ist, wenn Sie mich unterbrechen, wenn ich als Vorsitzender das Wort ergriffen habe. (*Beifall bei der ÖVP.*) Im übrigen mache ich die Abgeordneten neuerdings darauf aufmerksam, daß jeder die Möglichkeit hat, sich hier in der Rednerliste eintragen zu lassen. Es ist aber ganz unmöglich, daß Sie von den Sitzen aus fortlaufend und ununterbrochen reden. Ich habe größtes Verständnis für Zwischenrufe, aber für eine solche Art der parlamentarischen Verhandlung kann ich kein Verständnis haben, weil das bedeuten würde, daß unsere Verhandlungen gänzlich unmöglich werden.

Ich ersuche nochmals die Abgeordneten und mache Sie auf die Bestimmung der Geschäftsordnung neuerdings aufmerksam, daß, wenn der Vorsitzende das Wort ergreift, sofort im Hause Ruhe zu herrschen hat.

Ich bitte den Redner fortzusetzen.

Abg. **Bleyer** (*fortsetzend*): Der Staat als Unternehmer ist kein Ideal. Über den privatwirtschaftlichen Unternehmern steht noch die Gewalt des Staates. Wenn aber der Staat selber Unternehmer ist, wer schützt uns dann noch vor den Übergriffen dieses Unternehmers? (*Abg. Frühwirth: Die Gewerkschaften!*) Ja, ich weiß schon, Herr Kollege. Lassen Sie das, Freund Frühwirth! (*Abg. Frühwirth: Reden Sie als Unternehmer- oder als Arbeitervertreter?*)

Wir erwarten daher, daß das Berndorfer Projekt wirklich eine Notstandsmaßnahme ist und kein Einbruch in die weitere Fertigungsindustrie. Wir wollen gesunde, von echter Initiative geleitete Betriebe und keine von irgendeiner Bürokratie bloß verwaltete Betriebe.

Ich stelle diese Forderung auf, weil wir Arbeiter in der verstaatlichten Industrie ein Interesse daran haben, daß diese Betriebe, die unsere Existenzgrundlage darstellen, gesunde Betriebe sind und so in die Wirtschaft eingebaut erscheinen, wie sie ihr am besten und am meisten zu dienen geeignet sind, damit unsere Arbeitsplätze erhalten werden und damit unsere Leistung den weiteren Industrien die Möglichkeit der Ausgestaltung und der Entfaltung bietet, um anderen Arbeitern ebenso Arbeitsplätze zu gewähren, besonders solchen, die derzeit keinen gesicherten Arbeitsplatz haben.

Dabei wirft sich die Frage auf, ob unsere verstaatlichten Betriebe jene organisatorischen Grundlagen besitzen, die hierfür erforderlich sind. Ich bedaure, erklären zu müssen, daß uns das jetzt nicht der Fall zu sein scheint. Unsere verstaatlichte Industrie wird in ihrer obersten Leitung von einem Ministerium geführt. Die Betriebe selbst haben die Rechtsform der Aktiengesellschaft oder der Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der privatrechtliche Charakter der verstaatlichten Betriebe ist daher juristisch gewährleistet, aber nur formal-juristisch. Die Praxis sieht anders aus.

In der Praxis sind diese Gesellschaften sogenannte Ein-Mann-Gesellschaften, der einzige Besitzer heißt Republik Österreich, und diese wird durch den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe repräsentiert. Eine Generalversammlung eines solchen Betriebes ist daher nicht eine Versammlung mehrerer Aktionäre, die in gegenseitiger Wahrung ihrer Interessen den obersten Willen der Gesellschaft bilden, sondern so eine Generalversammlung ist einfach ein Ministerialakt. (*Abg. Frühwirth: Das hat Ihnen die Bundeswirtschaftskammer aufgeschrieben!*) Schon hier

wäre dem Umstand, daß der Betrieb dem Staat gehört und nicht einer Partei, entsprechend Rechnung zu tragen und dafür zu sorgen, daß die Generalversammlung eine wirkliche Generalversammlung, eine wirkliche Versammlung ist und daß Vertreter der verschiedenen Kräfte in der Volkswirtschaft unseres Landes dort zum Ausdruck kommen, indem sich der Staat durch mehrere Personen repräsentieren läßt, aber nicht nur durch die eine Person des Herrn Ressortministers. Ich könnte mir vorstellen, daß eine solche Generalversammlung auch von Vertretern der Arbeitnehmerschaft und der Wirtschaft besetzt wird, zum Beispiel durch Vertretungen der Arbeiterkammer und des Gewerkschaftsbundes, der Kammern der gewerblichen Wirtschaft und, wo ein besonderes Interesse der Landwirtschaft vorhanden ist, auch der Landwirtschaftskammer — das aus grundsätzlichen Erwägungen.

Aber ganz besonders erscheint mir das notwendig, wenn sich verstaatlichte Industrie auf der einen Seite und Arbeiterschaft der verstaatlichten Industrie auf der anderen Seite gegenüberstehen. Es ist sehr bedenklich, wenn auf der einen Seite als Vertreter des Betriebes in oberster Führung ein Minister einer Partei aufsteht und auf der anderen Seite als Vertreter der Arbeitnehmerschaft Funktionäre zum Beispiel der Gewerkschaft, die der gleichen Partei angehören wie der Herr Minister. (*Abg. Frühwirth: Wie verträgt sich das mit der Stellung des Landesrates Müllner in Niederösterreich?*) Hier tritt nur allzu leicht die Gefahr ein, daß die Interessen des Betriebes genau so wie die Interessen der Belegschaft von dem sich in den Vordergrund drängenden Interesse der politischen Partei in den Hintergrund gedrängt werden.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Als wir einen Teil der österreichischen Industrie, und zwar einen sehr bedeutenden Teil, vor allem die Urindustrie verstaatlichten, war sich die Österreichische Volkspartei stets klar, daß diese Betriebe Eigentum des Staates sind, das heißt dem ganzen Volke gehören. Die Volkspartei hat es daher auch in dieser Zeit, als sie den Minister stellte, der diese Betriebe in oberster wirtschaftlicher Verwaltung führte, als selbstverständlich angesehen, daß die Koalitionspartei an dieser Verwaltung in einem entsprechenden Ausmaße mitbeteiligt wird. Das war der Grund, warum im ehemaligen Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung neben dem ÖVP-Minister ein Staatssekretär wirkte, der der Sozialistischen Partei angehörte. Als das Ministerium aufgelöst wurde und die Agenden dieses Ministeriums im wesentlichen auf das

2616 57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954

Verkehrsministerium und das Finanzministerium aufgeteilt wurden, war es daher für uns ebenfalls eine Selbstverständlichkeit, daß weder wir das Deutsche Eigentum im Ministerium für Finanzen unter Ausschluß des Koalitionspartners verwalten werden, noch daß wir von der Verwaltung der verstaatlichten Betriebe ausgeschaltet werden sollten.

Aus diesem Grunde wurde für beide Ministerien ein beratendes Kollegium, die sogenannte paritätische Kommission oder, wie man sie gewöhnlich nennt, der Sechserausschuß, eingesetzt. Ich möchte hoffen, daß der Herr Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe diese Mitwirkung unserer Partei an der Verwaltung der verstaatlichten Betriebe gerne anerkennt und den Vorwurf, daß er die verstaatlichten Betriebe als seine Domäne betrachtet, in die niemand hineinzueregieren hat, durch eine bessere Praxis widerlegt. Ich betone noch einmal, wir nehmen ein solches Ausschließlichkeitsrecht auch für uns nicht in Anspruch. Die verstaatlichten Betriebe sind Volksbesitz und sollen als solcher objektiv und geschickt verwaltet werden — objektiv aus Gründen der Gerechtigkeit und geschickt aus volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Gründen, damit sie leistungsfähig bleiben und damit uns unsere Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Das Parlament hat durch das Verstaatlichungsgesetz festgelegt, welche Betriebe verstaatlicht werden. Es hat damit auch festgelegt, in welcher Form sie zu führen sind. Ich glaube nicht, daß das Parlament dem Herrn Ressortminister eine Blankovollmacht ausgestellt hat, diese Betriebe nach und nach so zu vereinigen und zu verschmelzen, daß nur mehr eine einzige Generaldirektion übrigbleibt.

Aber nicht nur die organisatorischen Maßnahmen in der verstaatlichten Industrie bedürfen einer parlamentarischen Erörterung, auch die Personalpolitik in manchen Betrieben ist so, daß sie zur Kritik herausfordert. Das beweist der Fall des Direktor Böhmer, der sich bei der VÖEST abgespielt hat. Dieser Mann war dem zweiten öffentlichen Verwalter, Ingenieur Weitzer, zugeteilt. Über Ersuchen des anderen öffentlichen Verwalters, Direktor Hitzinger, wurde er aus dem einen Ressort ausgeschieden und Direktor Hitzinger überstellt. Diese Überstellung erfolgte auf Wunsch Direktor Hitzingers mit der Begründung, daß Direktor Böhmer für die ihm bei Direktor Hitzinger zugeteilte Aufgabe besonders geeignet sei. Dieser Mann wurde plötzlich als minderbegabt und ungeeignet befunden und aus dem Unternehmen hinausmanövriert. Hinausmanövriert, das ist das einzig richtige Wort. Gegen seine Kündigung

hat nicht nur unsere Partei Einspruch erhoben, sondern auch die Betriebsräte, die der Partei des öffentlichen Verwalters Hitzinger selbst angehören, also die sozialistischen Betriebsräte. Wie es um diese Kündigung bestellt war, beweist, daß der öffentliche Verwalter Hitzinger es nicht auf ein Urteil des Richters ankommen ließ, sondern lieber einen kostspieligen Vergleich mit Direktor Böhmer schloß, um aus dieser Affäre herauszukommen. Dabei muß man sich fragen, ob ein öffentlicher Verwalter das Recht hat, mit öffentlichen Geldern so umzugehen, daß er, um eine richterliche Entscheidung zu vermeiden, kostspielige Vergleiche schließt.

Das alles, Herr Minister Waldbrunner, vollzieht sich unter Ihrer Oberleitung, das sehen Sie nicht, und wenn Sie darauf hingewiesen werden, geben Sie die bekannten lakonischen Antworten wie die, die Sie auf die Anfrage im Bundesrat in dieser Sache seinerzeit erteilt haben. Wir können uns mit solchen lakonischen Antworten nicht zufrieden geben. Gerade wir Arbeiter in der verstaatlichten Industrie müssen vom Herrn Ressortminister verlangen, daß er solche Dinge beachtet, untersucht und dem Hause die Ergebnisse dieser Untersuchungen ausführlichst mitteilt. (*Abg. Frühwirth: Ich bin neugierig, wie lang er noch dieses geschäftsordnungswidrige Vorlesen fortsetzen darf!*) Denn es ist die beschworene Pflicht des Herrn Ministers, dafür zu sorgen, daß in diesen Betrieben, die, ich sage es noch einmal, Herr Kollege, dem ganzen Volk gehören, Ordnung und ein sozialer Geist herrschen. Der soziale Geist kann sich aber nicht nur in den Ziffern des Lohnsäckchens ausdrücken, sondern er muß sich in allererster Linie in der Haltung der Vorgesetzten zum Untergebenen ausdrücken. Und hier gibt es da und dort, so scheint es, ebenfalls schwere Mängel.

Andererseits stehe ich nicht an, auch hervorzuheben, daß sich viele leitende Herren, auch solche, die sich zur Sozialistischen Partei bekennen, bemühen, ein gutes und zufriedenstellendes Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Betriebsführung herbeizuführen. Ich halte es daher auch für meine Pflicht, für diese Bemühungen von dieser Stelle aus als einer der Arbeitervorteiler der verstaatlichten Betriebe den gebührenden Dank abzustatten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Die Österreichische Volkspartei hat bei der Besetzung der leitenden Stellen in der verstaatlichten Industrie stets den Standpunkt vertreten, daß für die Berufung die Eignung und nicht die politische Parteizugehörigkeit maßgebend ist. (*Abg. Lackner: So schauen Sie aus!*) Es war der sozialistische Staatssekretär im Bundesmini-

sterium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung Mantler, der den Parteienproporz einführt, und es ist der gegenwärtige Minister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe, Dipl.-Ing. Waldbrunner, der die geringfügigen Veränderungen bei den letzten Nationalratswahlen zum Anlaß nahm, um in Hinkunft den vielgelästerten Proporz durch die Parität zu ersetzen. (*Hört! Hört!-Rufe bei der WdU.*) Dennoch, hören wir von sozialistischer Seite stets, daß die von ihr vorgeschlagenen Kandidaten nur nach fachlichen Gesichtspunkten ausgewählt werden, weil sie nur fachliche Aufgaben zu bestreiten haben. Wie noch in Erinnerung sein wird, gab jedoch auf einem der letzten Parteitage der Sozialistischen Partei der Generaldirektor der Kohlenholding Tambornino laut „Arbeiter-Zeitung“ vom 7. November 1953 eine Erklärung ab, die ganz anders lautete. Die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt wörtlich: „Tambornino (Wien-Wieden) sprach für die in der Wirtschaft an leitender Stelle tätigen Vertrauensmänner der Sozialistischen Partei. Sie haben dort nicht nur als Fachleute, sondern vor allem als bewußte Sozialisten zu wirken; daher haben sie mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen als bürgerliche Direktoren. Um ihre Aufgaben erfüllen zu können, brauchen diese in der Wirtschaft tätigen Sozialisten das Verständnis und die Unterstützung der gesamten Partei. (Beifall.)“

Dieses offenerherzige Bekenntnis verdient festgehalten zu werden, ebenso wie der dem Redner spendete Beifall, denn damit hat sich die Sozialistische Partei dazu bekannt, daß ihre Vertreter in der verstaatlichten Industrie ausgesprochene politische Funktionen auszuüben gedenken. (*Abg. Horn: Das hat ihm einer aufgeschrieben!*) Ich komme das nächste Mal zu Ihnen, Herr Horn, damit Sie mir was aufschreiben! Aber lassen Sie sich von mir einmal etwas aufschreiben, dann werden Sie sehen, wie das aussieht! Ich brauche Ihre Weisheiten nicht, ich habe meine Weisheiten selbst gesammelt! (*Abg. Frühwirth: Kommen Sie einmal zu mir, ich gebe Ihnen Unterricht im Reden, aber nicht im Herunterlesen! Herr Präsident! Das ist geschäftsordnungswidrig! Unerhört ist das!*)

Hohes Haus! (*Abg. Frühwirth: Herr Präsident! Stellen Sie das Lesen ein!*) Wenn wir über die verstaatlichte Industrie reden, ist es leider auch notwendig, eine Tatsache in Erinnerung zu rufen, die anscheinend von der Linken dieses Hauses vergessen worden ist. (*Abg. Frühwirth: Fast eine Stunde liest er schon!*) Als wir das Verstaatlichungsgesetz beschlossen haben — und darauf darf nicht vergessen werden —, haben wir ein zweites Gesetz beschlossen, das Werksgenossenschaftsgesetz. Nach diesem Ge-

setz sollten Betriebe geschaffen werden, die sich von den verstaatlichten Betrieben wesentlich unterscheiden. Unsere heutigen verstaatlichten Betriebe sind Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung, deren gesamte Aktien oder deren sämtliche Gesellschaftsanteile im Eigentum des Staates sind. Nach dem Werksgenossenschaftsgesetz sollen Betriebe geschaffen werden, bei denen 50 Prozent der Anteile in der Hand des Staates sind und 50 Prozent der Anteile allmählich in den Besitz der Genossenschafter, der ständigen Begleitung des Betriebes eingetraget werden sollen. (*Abg. Probst: Das hat Dr. Krawland sabotiert! Das haben Sie selbst sabotiert!*)

Der ehemalige Bundesminister für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung ist seinerzeit bedauerlicherweise zu zögernd an die Verwirklichung dieses Gesetzes gegangen. Die Sozialistische Partei hat zwar das Gesetz zustandekommen lassen, aber zur Verwirklichung dieses Gesetzes haben Sie bisher nichts beigetragen. (*Abg. Probst: Auch der Krawland hat nichts beigetragen!*) Der Österreichische Arbeiter- und Angestelltenbund wird nicht ruhen, bis nicht wenigstens einige der bisher verstaatlichten Betriebe nach der Zielsetzung dieses Gesetzes ausgerichtet werden, denn wir sind der Überzeugung, daß auf diesem Wege ein neues, ein gesünderes Verhältnis als bisher zwischen der Arbeiterschaft und dem Betrieb gefunden werden kann, und daher werden wir in jenen Betrieben, die in erster Linie arbeitsintensiv sind, immer wiederum die Errichtung einer Werksgenossenschaft verlangen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Nur die Werksgenossenschaft macht den verstaatlichten Betrieb für den Arbeiter wertvoll. Die Verstaatlichung allein ist für die Arbeiter völlig unzulänglich.

Der Staat als Arbeitgeber kann dem Arbeiter nur selten erwünscht sein, häufig aber bedenklich erscheinen. Dem privaten Arbeitgeber gegenüber kann sich der Arbeiter durch Organisation, durch Gewerkschaftsbildung usw. zu seinem Recht verhelfen, und im Notfall kann er den Staat als Richter zwischen sich und dem Arbeitgeber anrufen. Wenn der Staat selber Arbeitgeber ist, ist das Verhältnis in einer ungesunden Weise verschoben. Der Staat als Arbeitgeber wird allmächtig, der Arbeitnehmer wird zum Diener und schließlich zum Sklaven des Arbeitgebers Staat. (*Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der WdU: Sehr richtig!*)

Sorgen Sie dafür, daß auch nicht ein Arbeiter das Gefühl hat, kein freier Arbeiter, sondern ein Staatsklave zu sein! Uns liegt jedes Experimentieren mit den verstaatlichten Betrieben fern, aber eingegangene Verpflichtungen müssen eingehalten werden. Über jeder Politik mit den verstaatlichten Betrieben müssen die Forderungen stehen:

1. die verstaatlichten Betriebe müssen so geführt werden, daß sie ihre große, bedeutungsvolle und verantwortungsvolle Aufgabe gegenüber der Gesamtwirtschaft zu leisten vermögen, und

2. die verstaatlichten Betriebe müssen so geführt werden, daß sie eine wirklich soziale, fortschrittliche, die Stellung der Arbeiterschaft hebende Aufgabe zu erfüllen vermögen.

Wir erwarten daher von der obersten Leitung der verstaatlichten Betriebe eine glückliche Preis- und eine gesunde Lohnpolitik. *(Andauernde Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Uhlir: Er hat noch nie einen verstaatlichten Betrieb von innen gesehen und redet so daher!)* Die Preispolitik der verstaatlichten Betriebe wird in erster Linie von den Weltmarktpreisen und bei Kohle und Stahl insbesondere von den Preisen der Montan-Union abhängig sein. *(Abg. Kysela: Der Herr verzeihe ihm, denn er weiß nicht, was er redet! — Weitere Zwischenrufe und Unruhe.)* Sie wissen nicht, was Sie tun, Herr! Wenn Sie das wüßten, Herr Kollege, würden Sie sich wahrscheinlich anders benehmen! *(Beifall bei der ÖVP.)* Und Sie wollen ein Arbeitervertreter sein! *(Abg. Frühwirth: Er ist einer, zum Unterschied von Ihnen!)*

Es wird sich als zwingend notwendig erweisen, die Produktivität in den einzelnen Werken so zu steigern, daß die erzeugten Produkte auf den ausländischen Märkten konkurrenzfähig sind und ohne Stützung durch die Inlandspreise exportiert werden können. *(Weitere Zwischenrufe und Unruhe. — Abg. Frühwirth: Sie sind kein Redner, sondern ein schlechter Vorleser!)* Dieser Forderung kommt, gesamtwirtschaftlich gesehen, eine grundlegende Bedeutung zu. *(Abg. Probst: Sie wissen nicht, was Sie wollen: Wir sind für die Verstaatlichung, wir sind gegen die Verstaatlichung, wir sind in der Verstaatlichung geschlechtslos! — Abg. Altenburger: Wir wissen schon, was wir wollen! — Abg. Probst: Sie wissen es nicht!)* Herr Kollege! Ich unterhalte mich noch mit Ihnen! Sie können dann herauskommen, ich werde gerne zuhören.

Die verstaatlichte Stahlindustrie besitzt einen so wesentlichen Einfluß auf unsere Handelsbilanz, daß ihrer Konkurrenzfähigkeit und ihrer Preispolitik ständig das größte Augenmerk zugewendet werden muß. Die Großinvestitionen unserer Stahlindustrie, die größtenteils vollendet sind und die Produktion aufgenommen haben, bilden eine ausgezeichnete Basis, um zu höherer Produktivität und zu niedrigeren Herstellungskosten zu gelangen, wenn dies nicht durch eine verfehlte Personalpolitik aus politischen Gründen verhindert wird.

Im Rahmen einer sozialen Marktwirtschaft wird man selbstverständlich auch der verstaatlichten Industrie Preise auf dem Weltmarkt-

niveau mit einem bürgerlichen Nutzen zubilligen, damit die laufende Erhaltung und ständig nötige Modernisierung der Anlagen durchgeführt werden kann, ohne daß dem Staat als Besitzer daraus eine Belastung erwächst, diesem vielleicht sogar im Gegenteil ein bescheidener Ertrag zugeführt werden kann. Es muß aber immer das Hauptziel und der ureigenste Zweck der verstaatlichten Grundindustrie bleiben, der Verarbeitungsindustrie das benötigte Material in ausreichender Menge und so billig als möglich zur Verfügung zu stellen. Nur dann ist die Grundlage für eine lohnintensive, exportorientierte Veredlungsindustrie gegeben. Das heißt: Nur dann erfüllt die verstaatlichte Industrie ihre volkswirtschaftliche Aufgabe, wenn sie diese Voraussetzungen erfüllt.

Wir wissen, daß wir in der Lohnpolitik zu äußerster Zurückhaltung gezwungen sind, weil wir alles unterlassen müssen, was die Erfolge, die die letzten Jahre hinsichtlich der Stabilisierung unserer Währung gebracht haben, gefährden könnte. Dennoch werden wir aber dafür sorgen müssen, daß hochwertige Fachkräfte, sei es in der Arbeiterschaft, sei es unter den Angestellten, so bezahlt werden können, daß diese wichtigen Stützen des Betriebes dem Werk erhalten bleiben und nicht wie derzeit alljährlich eine Anzahl der fähigsten und der besten Leute aus allen Schichten der Belegschaft ins Ausland abwandern. Wir Arbeiter in der verstaatlichten Industrie, der einfache Handarbeiter genau so wie die hochqualifizierte Fachkraft — und ich glaube, man darf das auch von den leitenden Personen unserer Betriebe sagen —, lieben unsere Werke, wir sind fest verbunden mit unseren Betrieben, und es tut uns weh, wenn wir ein Wort der Kritik vorbringen müssen. *(Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)* Daher verstehen Sie meine Ausführungen richtig, besonders Sie, sehr geehrter Herr Minister, und Sie, meine Herren Kollegen von der Sozialistischen Partei. Nicht, um herabzusetzen, habe ich gesprochen, sondern um Mängel aufzuzeigen, damit sie beseitigt werden können und damit wir der Zukunft und der Aufwärtsentwicklung unserer verstaatlichten Industrie mit Zuversicht entgegensehen und mit Stolz auf ihre Leistungen hinweisen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe den Mut, zu bekennen, daß wir stolz auf unsere Betriebe sein wollen. Wenn von gewisser Seite dieser Stolz auch als Lokalpatriotismus, als Partikularismus oder gar als Betriebsnationalismus verspöttelt wird, so weisen wir Arbeitervertreter das zurück. Gerade in der Verwurzelung des Arbeiters in seinem Betriebe sehen wir eine Neugestaltung und eine gesündere Gestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitern und Unternehmern. Wenn da kürzlich ein Betriebsrat verspöttet worden ist, weil er

sich äußerte: Wir können doch nicht den Ast absägen, auf dem wir sitzen, außerdem ist es nur ein gutes Zeichen, wenn sich die Kollegen-schaft mit dem Betrieb verbunden fühlt, wir sind stolz auf die Leistungen unseres Unternehmens!, so erkläre ich Ihnen offen, daß wir es mit diesem verspotteten Betriebsrat halten. Das ist kein „dumpfes Tal“, wie der Artikelschreiber meint, sondern das ist ein Zeichen dafür, daß der gesunde Sinn der Arbeiterschaft trotz jahrzehntelangen Versuchen, sie zu einseitiger Klassenkampfpolitik zu verführen, erhalten geblieben ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Im übrigen scheint auf der Linken der eine Linke nicht zu wissen, was der andere Linke tut, denn der Artikelschreiber schreibt weiter: „Im Ringen um die Mitbestimmung wird es Dir schließlich gelingen, solchen Einfluß auf die Geschäftsführung zu erlangen, daß Du mit gutem Gewissen sagen kannst: Ich weiß wirklich, was im Betriebe los ist.“

Es gibt einen solchen Weg zur Mitbestimmung, ich habe ihn gerade zuvor aufgezeigt: die Werksgenossenschaft. Warum fürchten Sie sich vor ihr? *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Wenn Sie aber die Mitbestimmung so verstehen, daß nicht die Belegschaft selber mitbestimmen soll und die von ihr gewählten Betriebsräte, sondern betriebsfremde Elemente, dann lehnen wir diese, auch wenn sie aus unseren Gewerkschaften hervorgehen, als Zwischenträger und Befehlsempfänger einer zentralen Bürokratie ab. Ihr Wirken kann nicht der Arbeiterschaft dienen, sondern kann nur machtpolitischen Zielen dienstbar sein, an denen die christlichen Gewerkschafter kein Interesse haben.

Unser Interesse ist ein möglichst weitgehendes, lebendiges und gesundes dauerhaftes Verhältnis zwischen Belegschaft und Unternehmen. Das gilt für alle Unternehmen. Die verstaatlichten Unternehmungen aber müßten hier beispielgebend vorangehen, wenn die Verstaatlichung für den Arbeiter überhaupt Sinn und Wert haben soll.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nehmen Sie diese Ausführungen, wie schon gesagt, nicht als eine Nörgelei oder als einen Angriff hin, sondern als ein freies Wort eines freien Arbeiters in einem freien Staate! *(Anhaltender starker Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Während der Ausführungen des Herrn Abg. Bleyer hat mich der Herr Abg. Frühwirth durch Zwischenrufe mehrmals aufgefordert, dem Abg. Bleyer zu untersagen, daß er bei seiner Rede ein Manuskript benützt. Dazu möchte ich folgendes erklären:

Ich bin durchaus der Auffassung, daß die Abgeordneten keine Manuskripte benützen sollen. Ich habe diese meine Auffassung auch in der Ohnmännerkonferenz dargelegt, habe

aber leider mit meiner Auffassung nicht die allgemeine Billigung gefunden, sondern es wurde ersucht, zuzulassen, daß die Abgeordneten Manuskripte benützen können. Wenn wir uns auf diesen Standpunkt stellen, werden Sie aber verstehen, Herr Abg. Frühwirth, daß ich nicht dem einen verbieten kann, ein Manuskript zu benützen, wenn es bei dem anderen billig ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Als nächster Redner, und zwar als Gegenredner, hat sich der Herr Abg. Doktor Gredler zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Gredler: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Im Verkehrswesen — und das habe ich bereits im vergangenen Jahr zu dem gleichen Thema ausgeführt — zeigt sich vor allem ein Mangel an weiterreichenden Plänen. Dies gilt sowohl für die einzelnen Verkehrssparten als auch hinsichtlich einer Koordinierung der verschiedenen Verkehrsmittel und Verkehrswege zu einem Gesamtverkehrsplan, in dessen Rahmen sich jeder Verkehrszweig möglichst frei und erfolgreich entwickeln könnte. Es gilt auch für die Koordination zwischen den einzelnen Verkehrsträgern.

Ich vergleiche damit zum Beispiel die gegenwärtige Situation in der Schweiz. Auf einer Tagung des Verbandes schweizerischer Transportanstalten in Sankt Gallen konnte festgestellt werden, daß eine Ordnung im Güternahverkehr erzielt wurde, welche die bereits wesentlich früher in Kraft getretene Güterfernverkehrsordnung zwischen Auto-transportgewerbe, Bundesbahnen und Privatbahnen ergänzt hat. Die koordinierende Funktion dieses Abkommens liegt zum Beispiel darin, daß für den Transportunternehmer ein Anreiz geschaffen wird, nicht in den Überlandverkehr abzuwandern. Freiwillig wird dem Transportgewerbe ein angemessener Anteil gesichert, um so ein Ordnungswerk im Nahverkehr als Ergänzung zum Fernverkehr zu ermöglichen. So ist es in der Schweiz, so auch in vielen anderen Staaten, aber es würde zu weit führen, hier dem Hohen Hause eine vergleichende Übersicht zu geben. Bei uns fehlt derlei.

Auch für die Donauschifffahrt sollte ein mindestens fünfjähriger Investitionsplan ausgearbeitet werden, der den Ausbau der Donauflotte auf das durch die österreichische Volkswirtschaft bedingte Ausmaß verbürgen könnte. Aus den sehr schwankenden Investitionen in den einzelnen Jahren kann weder die österreichische Werft in Linz ein planmäßiges Flottenbauprogramm auf rationeller Basis zustandebringen, noch kann die österreichische Donauschifffahrt die Mittel erlangen, um die Verkehrsmöglichkeiten zu nützen, die sich be-

reits auf der ganzen Donau bieten. Und der Verkehr wäre auch für uns steigerungsfähig, wenn nicht der Schiffspark völlig unzulänglich wäre.

Bei den Österreichischen Bundesbahnen — das hat der erste Redner ja heute schon erwähnt — fällt auf, daß ein förmliches Erstarren in personalwirtschaftlicher, organisatorischer, aber auch in betriebswirtschaftlicher Hinsicht eingetreten ist. Es ist gewissermaßen so, als ob man sich mit einem Defizit abgefunden hätte, als ob man dieses Defizit irgendwie für selbstverständlich hielte. Die Kassenrechnung des Staatsbudgets ist wohl auch nicht geeignet, einen Einblick in die wirtschaftliche Gebarung des Eisenbahnbetriebes zu gewähren. Wenn schon aus politischen Gründen die Bildung eines selbständig bilanzierenden Wirtschaftskörpers, wie wir es immer wieder verlangt haben, nicht möglich ist oder angeblich nicht möglich ist, dann müßte doch das kameralistische Rechnungswesen durch kaufmännische Elemente, durch eine Wirtschaftsrechnung und eine Wirtschaftsplanung in Angliederung an die Kassenrechnung ausgestaltet werden. Bei jedem Unternehmen spielt die Höhe des im Betrieb gebundenen Kapitals und die Frage, ob das in den Anlagen investierte Kapital durch Erneuerung oder Reservenbildung ungemindert erhalten bleibt, eine große Rolle. Sämtliche Privatbetriebe und auch die Betriebe der öffentlichen Hand, die Gemeinde- und Landesbetriebe sind derzeit im Begriff, für die Schillingeröffnungsbilanz, für eine wirtschaftlich richtige Bilanz eine Generalinventur ihrer Bilanzwerte vorzunehmen. Eine solche Generalinventur über die als Treuhandkapital des Staates im Bundesbahnbetrieb arbeitenden Anlagen und anderen Vermögensbestände wäre ebenso notwendig. Erst die Beziehung des Treuhandkapitals und des Treuhandvermögens zu den Aufwendungen und Leistungen gäbe die Möglichkeit, Kosten- und Wirtschaftlichkeitsrechnungen anzustellen und in die wirtschaftliche Gebarung einen wirklich klaren Einblick zu bekommen.

Auch ein uns kürzlich hier vorgelegter Bericht des Bundesministeriums, Sektion Verkehr, gibt nur über Zugs- und Verkehrsleistungen und hinsichtlich des Bauprogramms mit Ausnahme der Elektrifizierung über ein höchstens einjähriges Programm Aufschluß. Über die wirtschaftliche Entwicklung, über die Erfolge auf dem Gebiet der Rationalisierung — wieder mit Ausnahme der Elektrifizierung — ist darin kaum etwas zu finden. Wir müssen daher auf die Forderungen zurückkommen, die wir bereits im vorigen Jahr hier aufgestellt haben.

Ein anderes Gebiet ist heute ebenfalls schon gestreift worden, es ist das Gebiet der traurigen Unglücksfälle. Ich möchte aus diesen Unglücksfällen kein politisches Kapital schlagen, denn dort, wo Menschen trauern, wo Dinge geschehen sind, die wir alle beklagen, hat auch der Parlamentarier zu schweigen und nicht zu versuchen, für seine Gruppe irgend etwas herauszuschlagen. Sicher ist aber, daß sich bereits der Volkswitz dieser Dinge bemächtigt hat, sodaß ich kürzlich über das Radio folgendes hören mußte: Die Tabakregie hätte eine neue Zigarette eingeführt, und zwar eine Zigarette, der man den Spitznamen „Bundesbahn“ gegeben hat, unter der Devise: „Jeder Zug ein Unfall!“

Wenn sich bereits der Volkswitz und Radiostationen dieses Kriteriums angenommen haben, dann ist es wohl klar, daß da wirklich etwas faul ist, daß da irgend etwas nicht stimmt und daß man sich wirklich mit größter Überlegung und mit größter Konzentration mit der Frage befassen muß: Warum? Wieso? Was ist falsch gemacht worden? Was könnte besser geschehen? (*Abg. Frühwirth: Wir leiden noch immer an den Folgen des Nazikrieges!*) Herr Kollege, sehen Sie, wenn ein Herr unserer Fraktion spricht, dann gehen Ihre Zwischenrufe immer um die Nazizeit! Es ist ungefähr so wie im ersten Auftritt in Schillers „Wilhelm Tell“: „Die braune Lisel kenn' ich am Geläut.“ Vielleicht könnten Sie einmal etwas Originelles bringen. (*Beifall bei der WdU.*)

An diesem Zwischenruf ist richtig, daß tatsächlich große Schädigungen vorhanden sind; es ist auch richtig, daß zum Beispiel die Westbahnlinie, ich glaube, auf etwa 30 bis 34 Teilstrecken total zerstört war. Ich habe also Verständnis für dieses Argument, und ich leugne nicht, daß der Herr Bundesminister vor große Probleme gestellt worden ist. Aber wir hätten zur Durchführung des Wiederaufbaues eine andere Hierarchie vorgesehen. Wir dachten uns das richtiger so, wie es in anderen Kriegsgebieten geschehen ist — ich will nicht Westdeutschland anführen, sonst läutet wieder die „braune Liesl“ (*Heiterkeit*) —, etwa in Italien, in Nordfrankreich, das auch stark zerstört war, oder in Belgien, Holland und anderen Gebieten.

Unsere Hierarchie lautet in dieser Hinsicht folgendermaßen: Zuerst den Bahnoberbau in Ordnung bringen — und der Herr Minister hat ja selbst gesagt, erst für 1960 oder 1959 können wir hier mit einer Ordnung rechnen —, dann den Wagenpark, dann die notwendigen Einrichtungen für die Passagiere auf den Bahnen selbst, natürlich auch ordentliche Räume und ordentliche Kassen für die Be-

amenten und die Überdachung, damit man nicht im Regen stehen muß, und dann erst als letztes die Bahnhofsbuffets (*Abg. Dr. Kraus: Und dann die Tintenburgen!*), die Marmorverkleidungen und ähnliches! Nun, bei uns ist es genau umgekehrt geschehen: Zuerst hat man die Prachtbauten mit Tanzsälen, Ausstellungsräumen usw. gestartet — und dann als letztes erst den Oberbau hergerichtet. Und wenn Sie Zwischenrufe machen, dann bedenken Sie doch folgendes: Selbst diese Prachtbauten hat man nach politischen Gesichtspunkten verteilt, denn in meiner Tiroler Heimat ist der Innsbrucker Bahnhof durch fast zehn Jahre vernachlässigt worden, obwohl er — das ist unbestritten — der vielleicht am stärksten benützte Verkehrsknotenpunkt in Österreich ist. (*Abg. Frühwirth: Zuletzt sind die Wiener Bahnhöfe gekommen!*) Der Innsbrucker und der Grazer Bahnhof sind im schlechtesten Zustand, wenn ich den Wiener Südbahnhof ausnehme. (*Abg. Probst: Und sehen Sie, dort bin ich daheim! — Heiterkeit.*)

Dann ist noch ein Punkt, den ich bloß am Rande erwähnen möchte: der betrifft die Bezeichnung der Stationen. Dazu habe ich eine Bitte an den Herrn Minister. Man mußte oft einen Hals wie eine Giraffe haben, um lesen zu können, in welche Station man gerade einfährt, ja es ist ein Glück, wenn einem nicht gerade ein Schuppen die Aussicht verdeckt, sobald man nicht unmittelbar vor dem Hauptgebäude steht. Es gibt Länder, zum Beispiel England, wo man bei der Einfahrt in die Station auf beiden Seiten sehr große Schilder sieht. Ich gebe zu, es gibt auch anderes. Ich bin in Amerika in Long Island über den Bahnknotenpunkt Jamaica gefahren. Dort steht ganz schlicht das Schild „Jaco“, und wer nicht weiß, daß es „Jamaica“ ist, der steigt eben nicht aus. Ich glaube aber, wir müssen uns an die besten Beispiele halten und sollen eben bei den Einfahrten in die Stationen entsprechend große Schilder an beiden Seiten und entsprechend große Aufschriften am Stationsgebäude selbst haben. Es gibt ja immerhin Strecken, die man auch als Parlamentarier noch nicht besucht hat. (*Abg. Frühwirth: Aber, Herr Kollege, Sie werden sich nicht verfahren! Sie haben sicher einen Einser in Geographie gehabt! — Heiterkeit.*) Sie haben zufällig recht, Herr Kollege. (*Heiterkeit. — Beifall bei der WdU.*)

Ich komme zu einem weiteren Gebiet, und zwar zur Frage des Semmeringtunnels. Ich bin nicht in der Lage, zu prüfen, ob die mir gegebenen Unterlagen tatsächlich stimmen, aber ich habe gehört, daß man bei dem neuen Semmeringtunnel, wie er vor vier Jahren gebaut worden ist, nicht auch die Notwendig-

keiten der Elektrifizierung ins Kalkül gezogen hat, daß man daher diesen Tunnel erst umbauen und erhöhen müßte, wenn man die Strecke elektrifiziert. Wenn ich dagegen bedenke, daß Ritter von Ghega die Semmeringtunnels so gebaut hat, daß man sie heute noch benützen und sogar auch noch nach der Elektrifizierung verwenden könnte, wie man hört, dann muß man tatsächlich daran denken, daß auch hier ein Schildbürgerstreich geschehen ist.

Als letztem Punkt zu diesem Gebiet — es ist bereits heute erwähnt worden — komme ich zu den Forderungen der Privateisenbahngläubiger. Wenn man die Sätze liest, die diesen vergütet worden sind, dann muß man tatsächlich den Kopf schütteln. Die Finanzen des Staates sind heute nicht mehr derart, daß man nicht mehr geben könnte; die Tatsache der Entschädigung der verstaatlichten Betriebe spricht ebenfalls dafür, daß man auch für diese Gruppe von Menschen etwas tut. Da dieses Gebiet heute schon einmal gestreift wurde, möchte ich nicht lange dazu sprechen, immerhin aber feststellen, daß der Redner vorhin, Dr. Stüber, der meiner Fraktion nicht angehört, vollkommen recht hat.

Ein besonderes Gebiet habe ich bereits beim Kapitel Handel erwähnt und möchte es, weil es in der praktischen Auswirkung sehr stark zu dem Herrn Minister hier ressortiert, noch einmal streifen. Das ist die Frage der Vergabung von öffentlichen Arbeiten, gewissermaßen ein Stiefmütterchen bei den Dingen, die bisher geregelt worden sind. Manche hohe Verwalter von öffentlichen Geldern setzen bei den Auftragserteilungen noch immer reine Willkürakte, die dem Ansehen der Verwaltung und den seriösen Bewerbungen der Wirtschaftstreibenden bestimmt abträglich sind. Die neueste Entwicklung scheint jetzt dahin zu gehen, daß die Beschaffungsdirektion der Bundesbahnen zwar mehr Firmen zur Offertabgabe einlädt, was pro Geschäftsfall natürlich einige tausend Schilling Spesen für die Firma verursacht, Aufträge jedoch auch weiterhin zu höheren Preisen an protegierte Firmen vergibt. Ich weiß nicht, ob diese Art der Vergabung der Aufträge Gründe der politischen Protektion oder andere Gründe hat — die der politischen Protektion wären vielleicht die verständlichsten —, jedenfalls wird aber über diese Dinge immer geklagt. Allerdings ist auch objektiv zu sagen, daß die entsprechenden gesetzlichen Richtlinien noch nicht aufgestellt worden sind, was die auftragvergebenden Stellen immerhin entlastet. Es ist ja so, daß die Firmen meistens nicht den Mut haben, einen Fall anzuzeigen, denn sie wissen ja, wenn sie so etwas einmal zur Sprache brächten,

dann würden sie niemals wieder irgendwelche Aufträge erhalten.

Die ungeklärte Rechtslage ist also, wie ich sagte, mit ein Hauptgrund dafür, denn wir haben keine wirksame Handhabe, um etwa die Wirtschaftspolizei auf solche Dinge aufmerksam zu machen. Einer inoffiziellen Mitteilung des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes zufolge sind nämlich die Verordnungen von 1909, die Vollzugsanweisung von 1919 und der Durchführungserlaß des Bundesministeriums für Handel und Verkehr von 1930 nicht mehr in Rechtskraft, weil die Verordnung von 1909 seinerzeit nicht im Gesetz verankert war. Nun habe ich schon in der Debatte darauf hingewiesen, daß die Erste Republik bereits nach neun Monaten die Materie geregelt hat. Diesmal handelt es sich um eine schwere Geburt, denn wir haben nun nicht einmal nach neun Jahren eine Regelung dieser öffentlichen Auftragsvergebungen zustandegebracht. Ich habe schon in der letzten Parlamentsdebatte den Eindruck gewinnen müssen, wie schwierig es ist, auf dem Gebiete der Vergabe von öffentlichen Lieferungen Ordnung und eine solide Rechtsgrundlage herzustellen. Man interessiert sich dafür nicht, aber es ist eine klare und wichtige, eine bedeutungsvolle Angelegenheit. Weil man dadurch nämlich den Vorwurf der Korruption oder politischer Protektion ausschalten kann, hoffe ich doch, daß endlich den gemeinsamen Bemühungen ein Erfolg beschieden wird. Allerdings müßte, wie gesagt, diese Regelung vom Handelsministerium kommen; sie ist aber besonders wichtig bei Vergabe der größten öffentlichen Aufträge in dem von mir hier behandelten Ressort.

Nun noch einige Worte zur Post. Ich habe im letzten Jahr die Notwendigkeit der internationalen Verbindungen auf dem Gebiete des Bahnwesens und des postalischen Wesens stark unterstrichen und muß im allgemeinen feststellen, daß sich das Ressort beziehungsweise die österreichische Regierung an den gesamteuropäischen Planungen ordnungsgemäß und richtig beteiligt hat. Leider ist aus einer europäischen Postunion nichts geworden. Das Projekt ist an Frankreich gescheitert; ein Verlust von 100 Millionen Schilling jährlich, der jetzt als Mehreinnahme für Porto in europäischen Staaten der französischen Staatskasse zufließt, war der Grund, daß Frankreich das Projekt torpediert hat. Von deutscher Seite, von den deutschen Sozialisten her wird jetzt die Einführung von Inlandstarifen für Sendungen und Drahtverbindungen mit dem europäischen Ausland vorgeschlagen, und zwar zuerst im deutschen Bundesgebiet. Im Falle einer Annahme würden sie die Grundlage für

Gesamteuropa geben. Ich glaube, daß auch hier ein wichtiger Hinweis ist, der uns vielleicht trotz der Schwierigkeiten, die insbesondere Frankreich bereitet hat, dazu führen wird, daß wir einmal zu einem gesamteuropäischen Bahn- und Postblock kommen.

Ich möchte bezüglich der Post noch zwei heiße Eisen angreifen, und zwar zuerst die Frage der Personalvertretung. Das gilt auch für die Bundesbahnen, aber hier sei es vor allem im Zusammenhang mit der Post behandelt. Es ist uns selbstverständlich klar, daß in einer Zeit mit höchst komplizierten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Mechanismen Interessenvertretungen notwendig sind. So wie die Selbständigen ihre Kammern und ihre Interessenvertretungen brauchen, brauchen auch die Arbeitnehmer ihre Interessenvertretungen. Das wird jeder einsichtige Mensch einsehen, und er wird vielleicht trotz der Doppelgeleisigkeit verstehen, daß sich die Arbeitnehmer in Gewerkschaften zusammenschließen und andererseits auch in den Arbeiterkammern eine Vertretung ihrer Interessen auf anderer Basis erhalten. Es ist fraglich, ob das die richtige Regelung ist; es ist richtig, daß das eine vielfache Überschneidung und Doppelgeleisigkeit ist. Aber bitte, nehmen wir den Fall, wie er ist; es gehört nicht zu diesem Kapitel, darüber zu polemisieren.

Aber mit der Regelung der Personalvertretungswahlen bei der österreichischen Post kann man sich wirklich nicht einverstanden erklären! Mangels einer gesetzlichen Grundlage — und das muß eigentlich erstaunen, denn bei der Massenproduktion von Gesetzen seit 1945 hätte man da schon etwas machen können (*Abg. Probst: Das gehört ja zum Bundeskanzleramt!*) — wurde von der Gewerkschaft der Post- und Telegraphenbediensteten eine Wahlordnung ausgearbeitet. Diese Wahlordnung enthält eine ganze Reihe bedenklicher Punkte. Zum Beispiel wird der bisherige Grundsatz, daß die Bediensteten selbst Listen aufstellen, über Bord geworfen und die Listenaufstellung der Gewerkschaft und der Betriebsführung, also dem Unternehmer, überantwortet. Zweitens: Das Recht zur Zulassung und Ablehnung von Listen wird aus der Betriebsversammlung in das Gewerkschaftspräsidium verlegt. Drittens: Das Einigungsamt wird als neutraler Richter ausgeschaltet und die Gewerkschaft zum Richter in eigener Sache gemacht. Und schließlich überträgt die Gewerkschaft der Betriebsleitung das Recht auf Wahlbeeinflussung, indem ausdrücklich festgehalten wird, daß nur jene dienstliche Wahlbeeinflussung untersagt wird, die von der Betriebsleitung verboten wurde. Damit werden zweifellos auch Einschränkungen der Arbeit-

nehmer in Kraft gesetzt, die sich ein privater Unternehmer niemals leisten könnte. (*Abg. Dr. Kraus: Sehr richtig!*) Genau so ist es bei den Kammerwahlen, genau so bei Vorgängen innerhalb der Bundesbahnen.

Ich muß schon sagen, daß das, was mein Vorredner hier ausgesprochen hat, doch weitgehend richtig ist. Es ist weitgehend richtig, daß bei privaten Betrieben ein geringerer Betriebsterror herrscht als bei öffentlichen. (*Abg. Dr. Kraus: Sehr richtig, das stimmt!*) Als hier die Zwischenrufe erfolgt sind, habe ich genau aufgemerkt. Diese Zwischenrufe gingen nicht dahin, das, was mein Vorredner gesagt hat, zu entkräften, sondern sie gingen dahin, ihm — allerdings richtige — Gegenbeispiele zu geben. Daran hat aber die Bevölkerung gar kein Interesse, daß die einen den anderen Beispiele vorhalten, was schlecht gemacht wird. Die Bevölkerung will, daß nichts schlecht gemacht wird und daß beide Gruppen, die jetzt für die Regierung verantwortlich sind, das Schlechte ausschalten, aber nicht, wie gesagt wurde, Opposition in eigenen Reihen spielen und sich gegenseitig die schlechten Beispiele vorhalten. (*Abg. Frühwirth: Die Sozialisten sind gegen jeden Terror! — Abg. Zeillinger: Ein guter Witz!*) Die Feststellung, daß die Sozialisten gegen jeden Terror sind, hat auch der Herr Vizekanzler gemacht, und wir sind von dieser Feststellung freudig bewegt. Wir hoffen, daß damit auch die Vertrauensmänner der Dritten Kraft in den einzelnen Betrieben wirkliche Wirkungsmöglichkeiten haben, daß sie nicht ihre Posten verlieren, sondern daß ihnen genau die gleichen Chancen gegeben werden, wie es bisher leider nicht der Fall ist. (*Abg. Frühwirth: Wir können nichts dafür, wenn die Dritte Kraft an Kraft verloren hat!*) Ich habe hier schon einmal gesagt, daß ich selbst Versammlungen erlebt habe, in denen Menschen weinend aufgestanden sind, weil sie ihren Posten verloren haben. Solche Fälle gibt es genug, das wissen Sie auch.

Zu den Postwurfsendungen: Es mag richtig sein, daß alle Parteien sich irgendwie belastet fühlen, alle Parteien klagen, daß etwas schlecht geschehen ist, daß da und dort eine Sendung unterblieben ist. In anderen Staaten, zum Beispiel in England, ist die Wahlwerbung in der Kapitalaufwendung beschränkt, das heißt, ein englischer Abgeordneter muß nachweisen, daß er für sein Gebiet, für seinen Wahlkreis nur soundsoviel Geld ausgegeben hat. Es ist sogar einem Abgeordneten, ich glaube der konservativen Partei, einmal das Mandat aberkannt worden oder er wurde zumindest in eine Untersuchung gezogen — ich glaube, es hat mit der Mandatsaberkennung geendet —, weil er sich darüber hinaus eine zusätzliche Zeitungsreklame, bezahlt durch eine Firma, verschafft

hat. In Österreich ist das nicht der Fall. Ich habe mir auskalkuliert, daß wir bei den letzten Wahlen in Wien nur etwa ein Zweiundzwanzigstel beziehungsweise ein Sechzehntel gegenüber den anderen Parteien ausgeben konnten. Ich mache es mir nicht billig und behaupte nicht, daß deswegen vielleicht unsere Wahlniederlage eingetreten ist, aber ich nehme an, Sie sind Praktiker genug, um zu wissen, daß dieses Moment doch bedeutungsvoll ist und daß man auf Grund dieser technischen Dinge zumindest schwere Nachteile in Kauf nehmen muß. Wenn unsererseits nur eine einzige Postwurfsendung hinausgehen kann, so ist diese Postwurfsendung für eine Wahl von vitaler Bedeutung. Wenn um zehnmal mehr Postwurfsendungen anderer Parteien schon Wochen vorher in Form zugestellter Zeitungen ergehen und wenn dann mehrfache Zusendungen von Stimmzetteln kommen, so ist das nicht so wichtig.

Vergessen Sie auch nicht, daß nur in Österreich das System herrscht, daß man sich den Stimmzettel mitbringen muß oder sich, wenn man dazu neigt, auf einen leeren Stimmzettel die Parteibezeichnung selber schreiben kann. Es hat sich ergeben, daß die Stimmzettel unserer Gruppe weitestgehend — Sie wissen das aus Berichten Ihrer Vertrauensmänner — mit der falschen Bezeichnung VdU versehen wurden. Diesmal schon weniger als bei der letzten Wahl, denn im Jahre 1953 waren es ja 8.000 bis 10.000 Stimmen.

In verschiedenen anderen Staaten, wie in Amerika zum Beispiel, gibt es bei der Wahl Schaltapparate, und in allen anderen Staaten gibt es vorgedruckte Stimmzettel, auf denen man die gewählte Partei einzeichnet. In Italien und in Indien ist es so, im Sudan hat man bei den Wahlen Symbole gebraucht. Nur bei uns gibt es diese Art Stimmzettel, und alle unsere Versuche, den amtlichen Stimmzettel einzuführen, sind bisher glatt gescheitert. (*Abg. Probst: Das ist ein anderes Kapitel! Wir sind beim Verkehrsministerium, nicht bei den Wahlen!*) Herr Kollege, das hat mit diesem Kapitel zu tun, weil es mit der Frage der Postzustellung zusammenhängt, weil eine Benachteiligung unsere Gruppe vital trifft, während es Ihnen ziemlich gleichgültig sein kann. (*Abg. Frühwirth: Sie möchten bei uns sudanesischen Wahlen!*) Daher ist es wichtig, daß nicht der einzelne Postbote sich einbildet, er könne gewissermaßen Politik im Großen gestalten, indem er Postsendungen nicht zustellt, denn es ist nachweisbar und nachgewiesen, daß in ganzen Gebieten diese Zustellung falsch erfolgt ist und nicht funktioniert hat. Natürlich, wenn man uns immer abstempelt als eine Partei des Extremes der Rechten, quasi mit dem Hochverrat kokettierend, kann dieser Postbote sich ja als

patriotischer Held fühlen und diese Zettel unterschlagen.

Für uns ist die Tatsache, daß diese Postwurfsendungen an den Mann kommen, viel bedeutungsvoller als für Sie, denn Sie haben genug Kapital aus den Ihnen nachgeordneten Industrien und Wirtschaftskörpern, mit dem Sie auch mehrere Sendungen bezahlen können. *(Abg. Ebenbichler: Sehr richtig!)* Daher gehört das in dieses Kapitel, daher werden wir nicht schweigen, und daher verlangen wir eine ordentliche Zustellung. Wenn Sie fair handeln, führen Sie, wie es in der ganzen Welt ist, ein anderes System, einen amtlichen Stimmzettel ein! *(Beifall bei der WdU. — Abg. Frühwirth: Unser „Kapital“ stammt aus den Parteibeiträgen!)*

Als letztes möchte ich noch zu einer Sache sprechen, die auch in diesem Ressort wichtig ist, weil sich dieses mit Energie und Kohle, sowohl als verstaatlichte Industrie wie als Verbraucher, sehr stark zu befassen hat. Ich habe mich damit auch im Ausschuß, allerdings nur ganz kurz, beschäftigt. Es ist die Frage der Energieversorgung.

Wir müssen zu einer volkswirtschaftlich verantwortungsbewußten Bewirtschaftung des beschränkten österreichischen Kohlevorkommens kommen. Die uferlose Steigerung der heimischen Kohlenproduktion kommt bei dem Fortbestand der rückständigen und, wie Sie selbst wissen, daher weitgehend unwirtschaftlichen Kohlenverbrauchsmethoden einer Ausraubung der Reviere gleich. Durch den Ausbau einer modernen Ferngasversorgung könnten mit wesentlich geringeren Kohlenmengen bessere Wärme- und Qualitätsleistungen erzielt werden. Wollen wir mit dem Aufbau einer modernen Wärmewirtschaft so lange zuwarten, bis die europäischen Staaten mit dem Ausbau ihrer Ferngasversorgung fertig sind und unsere Industrie dann mit ihren besseren Leistungen, die aus der Arbeit mit dem hochwertigen Ferngas und auf Grund ihrer besseren Energieversorgung kommen, niederkonkurrieren können? Wollen wir warten, bis Österreich infolge seiner rückständigen Wärmeversorgung seine intelligente Arbeiterschaft brotlos macht und zur Auswanderung in industriell besser ausgerüstete Nachbarstaaten zwingt? Es muß auch auf diesem Gebiet endlich eine Verantwortung getragen werden, sonst besteht Gefahr, daß die breite Masse der Bevölkerung eine lebensgefährliche Zeche für die Versäumnisse auf diesem Sektor zahlen muß, für Versäumnisse, deren Erträge ja nur einem kleinen Kreis von Nutznießern zugute kommen.

Die österreichische Energiebilanz würde durch den Ausbau der Ferngasversorgung grundlegend verbessert werden. Es ist nicht ein-

zusehen, warum das bis jetzt verhindert worden ist. Es zeugt von einer groben Unordnung in der Planung der energiewirtschaftlichen Grundlagen unserer Volkswirtschaft, wenn trotz ständiger Aufwendung gewaltiger finanzieller Mittel für den Ausbau von Wasserkraften und Kondensationskraftwerken — ein Ausbau, den auch wir wollen und wünschen — der Energiebedarf der Wirtschaft nur teilweise und zu teuer befriedigt werden kann, nur weil ein moderner Ausbau der Kohle- und Wärmewirtschaft dieses Landes durch mächtige Kräfte aus dem Bereich der verstaatlichten Industrie, die teils an den rückständigen Verhältnissen auf dem Wärmesektor bequem verdienen, teils aus planerisch unrichtigen Gesichtspunkten für sich Vorteile erwarten, mit allen Mitteln sabotiert wird.

Der Ausbau der Ferngasversorgung würde eine sachlich begründete Entlastung der Elektrizitätswirtschaft erbringen und eine gesunde Arbeitsteilung zwischen Elektrizität und Kohlenwärme anbahnen; denn die Elektrizität könnte die Kohlenwärme nur in geringem Maße ersetzen. Aus der Fachliteratur ist bekannt, daß in Österreich auch derzeit noch mehr als 90 Prozent des gesamten Bedarfes an Nutzwärme aus Kohle und Öl bestritten werden. Es besteht somit eine volkswirtschaftliche Verpflichtung, diese zirka 90 Prozent des gesamten Nutzwärmebedarfes mit dem höchsten Gewinn für Volk und Staat bereitzustellen. Dies kann aber nur durch Anwendung der technisch vollkommensten Methoden geschehen. Der Ausbau einer leistungsfähigen Ferngasverbundwirtschaft ist die beste und billigste Methode zur Erreichung dieses Zieles.

Österreich besitzt in seinen ausgedehnten Braunkohlenlagerstätten und bedeutenden Erdgasvorräten eine geeignete Grundlage für den Aufbau einer selbständigen Ferngasversorgung des Landes. Erdgaslieferungen aus Italien könnten diese eigenständige Ferngasversorgung wertvoll ergänzen und gleichzeitig zur Verlängerung der Lebensdauer der österreichischen Braunkohlen- und Erdgasvorräte beitragen. Lieferungen größerer Mengen an italienischem Erdgas würden außerdem die Beseitigung des chronischen italienischen Handelsdefizites, der Clearingspitze zu unseren Gunsten mit Italien ermöglichen und damit auch zusätzliche volkswirtschaftliche Aufgaben lösen.

Die beste Beschäftigungspolitik wird dort gemacht, wo mit geringstem Aufwand an finanziellen Mitteln die höchste volkswirtschaftliche Wirkung erzielt wird. Wie aus den verschiedenen Ferngasenqueten zu erfahren war, erfordert der vollkommene Ausbau der österreichischen Ferngaswirtschaft nach dem bekannten Verbundprojekt nur etwa 1,5 oder gar nur 1,3 Milliarden Schilling. Das ist aber nicht mehr

57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954 2625

als das Finanzerfordernis für ein größeres Waserkraftwerk. Grundlagen dazu sind geschaffen. Es wird daher notwendig sein, die Widerstände, die vor allem im Handelsministerium entstanden sind, zu beseitigen, um diesem Problem endlich an den Leib zu rücken.

Die beste Konjunkturpolitik ist schließlich die Ausnützung des technischen Fortschrittes, wie sich in der Welt zeigt. Die Stabilisierung der Rückständigkeit hingegen führt zwangsläufig zu Niedergang und Arbeitslosigkeit. Was wir alle gemeinsam wollen, ist Arbeitslosigkeit vermeiden, wirtschaftlichen Niedergang vermeiden, ist aber auch auf den anderen Sektoren, worüber ich gesprochen habe, einen Terror, ein unfaires Vorgehen zu vermeiden und, um zum Beginn meiner Rede zurückzukehren, zu vermeiden, daß Unfälle geschehen, zu vermeiden, daß etwa durch mangelhafte Vorsorge beim Oberbau sich die Unsicherheit auf den Bahnen erhöht.

Ich glaube, daß die Forderungen, die wir hier von Jahr zu Jahr erheben, richtige und vernünftige Hinweise sind für eine gute und fördernde Verkehrspolitik zum Besten unseres Heimatlandes. *(Lebhafter Beifall bei der WdU.)*

Präsident **Böhm** *(der inzwischen den Vorsitz übernommen hat)*: Als nächster Redner gelangt zum Wort der Herr Abg. Freund.

Abg. **Freund**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der erfreuliche Aufstieg unserer Wirtschaft, welcher von allen aufrechten Österreichern nur begrüßt werden kann, hat sich auch bei den Österreichischen Bundesbahnen durch eine beachtliche Steigerung der Verkehrsverhältnisse ausgewirkt. So haben wir im Güterverkehr gegenüber dem Jahr 1952/1953 trotz der fortschreitenden Motorisierung des Straßenverkehrs eine Steigerung von 10 bis 11 Prozent zu verzeichnen. Durch die hohe Beschäftigtenziffer, eine Folge des großen Investitionsprogramms, wurde immer weiteren Kreisen von Arbeitern und Angestellten ermöglicht, Urlaubs- und Ausflugsreisen im erhöhten Ausmaß zu tätigen. Aber auch der Gedanke des Sozialtourismus hat sich so wie in allen anderen europäischen Ländern auch in Österreich immer mehr durchgesetzt und ist heute bereits Gegenstand eisenbahnfachlicher Diskussionen auf internationaler Ebene geworden. Diese Entwicklung macht sich in der ständig steigenden Zahl der Gesellschaftsreisen bemerkbar. Waren es 1951 2164 solcher Reisen, so stieg die Zahl 1952 auf 2800, 1953 auf 4047 und heuer bis Ende September 1954 bereits auf 5200 an. Das entspricht einer Steigerung gegenüber dem Jahre 1951 um mehr als 140 Prozent.

Auch der Fremdenverkehr stellt an die Österreichischen Bundesbahnen große An-

forderungen. Allein 343 direkte Sonderzüge wurden aus allen Ländern Europas nach und durch Österreich geführt. In den Knotenpunkten des österreichischen Fremdenverkehrs wurden trotz der ungünstigen Witterungsverhältnisse des heurigen Sommers Frequenzziffern erreicht, wie es bisher noch nicht der Fall gewesen ist.

Um diesen Verkehr bewältigen zu können, mußte eine größere Anzahl zusätzlicher Reisezüge geführt werden. 1953 waren es 1880, während wir im heurigen Jahre bereits eine Zahl von 3000 zusätzlichen Reisezügen erreichten, was nur beweist, daß die Betriebsleistungen von Monat zu Monat angestiegen sind. Betrug im Mai 1954 die gefahrenen Zugkilometer 108.200 Kilometer, so erreichten sie im August 1954 bereits 122.500 Kilometer, und es werden voraussichtlich noch weitere Steigerungen zu erwarten sein.

Diese Spitzenleistungen mußten bewältigt werden, obwohl es noch immer Mangel an rollendem Material gibt. Fehlte es doch nicht nur an Lokomotiven und Güterwagen, sondern vor allem auch an Reisezugwagen, was zur Folge hatte, daß das vorhandene rollende Material bei diesen Spitzenleistungen bis zum äußersten eingesetzt werden mußte, um den Bedürfnissen der großen Frequenz gerecht zu werden. Natürlich reichten die vorhandenen Waggons nicht aus, und trotz aller Bemühungen gab es immer Beschwerden wegen Überfüllung der Züge sowie wegen der Verspätungen und vor allem auch über die mangelnde Reinigung der Waggons, was aber in nichts anderem begründet ist als in den kurzen Wendezeiten, die für diese Arbeiten vorhanden gewesen sind.

Aber Ministerium und Verwaltung wie auch das Personal sind ständig bemüht, diesen Mängel Herr zu werden. Dies ist auch aus dem umfangreichen Bericht des Ministeriums zu entnehmen, welcher am 1. Dezember 1954 der 6. Verkehrstagung, aber auch allen Abgeordneten des Hohen Hauses vorgelegt wurde.

Wenn nun der Herr Abg. Gredler hier gemeint hat, daß alljährlich auf diesen Verkehrstagungen immer nur die Leistungen aufgezeigt werden, so glaube ich, kann es nicht anders sein. Im Gegenteil, wir begrüßen die Einführung dieser Verkehrstagungen, weil sie allen Fachleuten und jenen Vertretern, die mit Fremdenverkehrsfragen zu tun haben, die Möglichkeit geben, ihre Ansichten zu äußern. Denn gerade an diesen Verkehrstagungen nehmen Vertreter aller Bundesländer und durchwegs Fachleute des Verkehrswesens teil. Selbst sie haben diese Einrichtung und die Anstrengungen der Österreichischen Bundesbahnen anerkannt und die Leistungen des

Ministeriums, der Verwaltung, aber auch des Personals der Österreichischen Bundesbahnen mit Dank quittiert.

Bei dieser Gelegenheit aber hätte ich noch eine Bitte an den Herrn Bundesminister zu richten. So wertvoll die Einführung der Verkehrstagungen ist, glaube ich doch, daß wir noch eine Ergänzung vornehmen müssen. Meine Bitte geht dahin, daß man neben diesen Verkehrstagungen auch Exkursionen mit den Mitgliedern des Verkehrsausschusses durchführen sollte, um die Herren Abgeordneten mit den Sicherheits- und Verkehrseinrichtungen vertraut zu machen, was dann vielleicht bei den kritischen Beobachtungen und Betrachtungen zu einer anderen, richtigeren Beurteilung führen würde. Ich glaube, wir werden noch Gelegenheit nehmen, uns im Verkehrsausschuß mit dieser Frage zu beschäftigen, denn ich nehme an, daß es der Sache sehr nützen würde, wenn man die Schwierigkeiten, mit denen die Bundesbahnen und ihr Personal zu ringen haben, aus persönlicher Anschauung beobachten kann.

Vergessen wir nicht, meine Damen und Herren, daß wir heute noch Schäden aus der Kriegszeit zu beseitigen haben. Gerade die Erneuerung des Oberbaues ist eines der schwierigsten Probleme, die noch zu lösen sind. Der Herr Abg. Gredler hat hier die Bemerkung gemacht, daß von seiten des Ministeriums alles geschehen soll, um so rasch wie möglich mit der Behebung dieser Schäden und mit der Auswechslung und Neugestaltung der Verkehrswege zu beginnen und sie der Vollendung zuzuführen. Aber wir müssen dabei bedenken, daß bei der Durchführung der notwendigen Arbeiten in den vergangenen Jahren große Schwierigkeiten entstanden sind. Vorerst fehlte es an den notwendigen Geldmitteln, um diese Arbeiten zu beschleunigen. Mußten doch jedes Jahr um die Beistellung dieser Mittel ernste Auseinandersetzungen geführt werden. Man mußte von einem Jahr auf das andere immer mit dem Gefühl der Unsicherheit arbeiten: Werden wir die Mittel bekommen, die wir für die notwendigsten Arbeiten benötigen? Erst seit dem Abschluß des großen Investitionsprogramms ist es dem Ministerium und der Verwaltung möglich geworden, diese Vorkehrungen auf längere Sicht hinaus zu treffen, planmäßig die Arbeiten einzuteilen und vorzuarbeiten. Das wird, glaube ich, eine bedeutende Erleichterung bringen.

Die österreichischen Eisenbahnen haben für die Erhaltung von nicht weniger als 10.200 Kilometer Gleisanlagen und 16.300 Weicheneinheiten zu sorgen. In diesen Anlagen der Österreichischen Bundesbahnen liegen nicht

weniger als 15 Millionen Stück Schwellen, 20 Millionen Tonnen Schotter sowie 1,3 Millionen Tonnen Stahl. Um nun die Betriebssicherheit zu gewährleisten, müßte jährlich ein gewisser Prozentsatz dieser Strecken erneuert werden, was sich aus der Lebensdauer der bisher verwendeten Oberbaustoffe ohneweiters errechnen läßt. Diese Errechnung hat bei uns ergeben, daß jedes Jahr als notwendiges Mindestprogramm 300 Kilometer Schienenstrang und 600 Weicheneinheiten ausgewechselt werden müssen.

Nun ist in den letzten Kriegsjahren auf diesem Gebiete sehr wenig geschehen, und nach dem Ende des Krieges waren nicht weniger als 2500 Kilometer Schienenweg vollständig zerstört oder schwer beschädigt. Die Behebung dieser Kriegsschäden verhinderte ebenfalls eine jährliche normalmäßige Auswechslung und Erneuerung. Dadurch ist ein großer Rückstand in der Durchführung dieser Arbeiten entstanden, was zur Folge hatte, daß das Material weit länger eingebaut bleiben mußte, als es in normalen Zeiten unter Umständen der Fall gewesen wäre.

In den ersten Nachkriegsjahren war man vor allem bemüht, die Schienenwege wieder fahrbar zu machen, und erst in den Jahren 1947 bis 1950 konnte darangegangen werden, eine teilweise Erneuerung der Gleise und Weichen im Ausmaß von 25 bis 30 Prozent des Normalprogramms in Angriff zu nehmen. Mangel an Material und notwendigen Geldmitteln ließen damals ein schnelleres Aufholen der dringenden Neuvorhaben nicht zu. Erst im Jahre 1953 konnte zum erstenmal das vorgeschriebene Erneuerungsprogramm erreicht werden, wobei es im heurigen Jahr gelungen ist, dieses Programm um 5 bis 10 Prozent zu überschreiten. Nun soll durch den Einsatz neuer, moderner Maschinen beim Oberbau im kommenden Jahr eine weitere Steigerung von 15 bis 20 Prozent erzielt werden, womit es gelingen wird, die infolge Kriegseinwirkung und bereits erwähnter anderer Schwierigkeiten in den Nachkriegsjahren entstandene Lücke im Erneuerungsprogramm zu schließen.

Aber eine besondere Schwierigkeit dieses Bauvorhabens bildete die Erneuerung der Schwellen. Neben der normalen Erneuerung mußte auch Vorsorge getroffen werden, den Austausch der weniger dauerhaften und noch dazu schlecht imprägnierten Schwellen, die in den Kriegsjahren eingebaut wurden, durchzuführen. Aus diesem Grund wurde das Normalprogramm in bezug auf die Auswechslung der Schwellen von 600.000 Stück ab 1950 und 1951 bis zu 900.000 Stück erhöht. 1955 soll der Versuch unternommen werden, diese Auswechslung auf 1,2 Millionen Schwellen zu bringen, was einer

hundertprozentigen Steigerung des Normalprogramms entsprechen würde. Allerdings stößt die Beschaffung der Holzschwellen auf große Schwierigkeiten, und ich glaube, daß gerade im kommenden Jahr die große Menge an Schwellen, die die Bundesbahnen benötigten, mit Rücksicht auf die fortwährend steigenden Preise auf dem Holzsektor die Bundesbahn ein ganz gewaltiges Stück Geld kosten wird. Aber diese Schwierigkeit in der Beschaffung trifft nicht nur in unserem Lande zu, sondern diese Schwierigkeiten bestehen auch in anderen Ländern, und vor allem in Deutschland, das mit den gleichen Schwierigkeiten, nur in größerem Umfang, zu kämpfen hat. Es soll daher der Versuch unternommen werden, wo es die Verhältnisse erlauben, Beton- und Stahlschwellen einzubauen, wobei allerdings bemerkt werden muß, daß die letzteren zum größten Teil aus dem Ausland importiert werden müßten.

Gleichzeitig muß auch darauf hingewiesen werden, daß eine weitere Steigerung der Bemühungen um die Verbesserung des Oberbaues kaum mehr möglich ist. Durch die Schwierigkeit in der Materialbeschaffung, aber auch aus verkehrstechnischen Gründen finden diese Bemühungen eine Grenze. Allein der Transport des Oberbaumaterials für das jährlich vorgesehene Erneuerungsprogramm erfordert gewaltige Leistungen. Hiezu ist der Transport von 120.000 t eisernen Oberbaustoffen und 90.000 t neuen und alten Schwellen sowie von 1,1 Millionen Tonnen Schotter und Abraum, zusammen von 1,350.000 t Material notwendig.

Dieser Transport — ich möchte ihn vielleicht durch einige Ziffern demonstrieren — erfordert eine gewaltige zusätzliche Leistung. Zur Beförderung des gesamten Materials werden rund 80.000 Waggonladungen in zirka 2600 Zügen zu je 30 Wagen notwendig, und darüber hinaus ist die Bestellung oder die Beistellung von 1100 Güter- und Spezialwagen aus dem öffentlichen Verkehr erforderlich. Nicht weniger als 12.000 bis 13.000 Arbeitszüge würden notwendig sein, um die Verteilung zu den Baustellen durchzuführen.

Zu diesen umfangreichen Arbeiten für den Oberbau kommen noch die vielen Hochbauten der großen Bahnhöfe in Wien und in den Bundesländern sowie der Bau der modernen Werkstätte in Jedlersdorf dazu.

Es ist hier Kritik geübt worden, daß man bei den Österreichischen Bundesbahnen etwas verkehrt macht: Während man in anderen Ländern zuerst geschaut hat, daß die Schienenstränge intakt werden, hat man sich bei uns zuerst um die Marmorverkleidung gekümmert. Das ist ein Reden, bei dem ich wirklich sagen muß: Es tut mir leid, daß so hochgebildete Menschen derartige Vergleiche ziehen. Wir sind in Österreich

in einer unangenehmen Situation gewesen. Wir mußten nach Ende des Krieges nach allem greifen, was uns geboten wurde. Und daß man da vielleicht in Oberösterreich früher einen schönen Bahnhof gebaut hat als etwa in Wien oder in Innsbruck, das liegt wohl auf einem anderen Gebiet und kann dem Ministerium und der Verwaltung nicht zum Vorwurf gemacht werden.

Die Bauvorhaben, die derzeit im Laufen sind, sind von einem so riesigen Umfang, daß es in der Geschichte der Österreichischen Bundesbahnen Bauvorhaben in diesem Ausmaß überhaupt zum erstenmal gibt. Für den Außenstehenden ist es freilich sehr leicht, das eine und das andere zu kritisieren, aber wer bedenkt, welchen Umfang diese Arbeiten angenommen haben, der muß, wenn er objektiv ist, zugeben, daß von den zuständigen verantwortlichen Stellen alles getan wird, um trotz dieser Schwierigkeiten den Aus- und Umbau der Österreichischen Bundesbahnen so rasch wie möglich zu vollziehen.

Es ist hier davon die Rede gewesen, daß bei diesen Bauvorhaben auch Tunnels gebaut werden und man erst nach der Fertigstellung daraufgekommen sei, daß für die Elektrifizierung ein anderes Lichtprofil notwendig ist. Das ist für jeden, der von Technik etwas versteht, kaum denkbar. Es ist auch nicht richtig, daß beim Neubau des Tunnels — es kommt ja nur der Semmeringtunnel in Frage — die kommende Elektrifizierung nicht berücksichtigt wurde. Selbstverständlich wurde der neue Semmeringtunnel schon unter Berücksichtigung der Elektrifizierung der Südbahn gebaut.

Und der alte Tunnel? Wir haben vor einigen Monaten erst die Hundertjahrfeier der Semmeringbahn gehabt. Und ich muß sagen, damals war jeder beeindruckt von dem Werk eines Ghega. Wer die Viadukte oder Tunnels auf dem Semmering oder anderswo besichtigt, der wird feststellen können, daß es bewundernswert ist, was vor mehr als hundert Jahren geschaffen wurde, umsomehr, wenn man bedenkt, daß diesen Menschen nicht jene technischen Hilfsmittel zur Verfügung gestanden sind, die es heute gibt.

Aber wir denken bei einer solchen Kritik noch an etwas anderes. Wir fragen uns: Wenn wir jetzt, kaum zehn Jahre nach Kriegsende, nach der Überwindung dieser furchtbaren Schäden und Schwierigkeiten heute so vieles schaffen, warum setzen wir das selbst herunter? Warum hat man denn das, was man heute von den Österreichischen Bundesbahnen verlangt, die Elektrifizierung, die neuen Anlagen und weiß Gott was alles, nicht schon in früheren Jahren gemacht (*Beifall bei den Sozialisten*), wo man noch nicht an solchen Kriegsschäden gelitten hat?

Also wie gesagt, meine Damen und Herren, diese Bauvorhaben sind zum erstenmal in der Geschichte der Österreichischen Bundesbahnen in einem solchen Umfang zu verzeichnen, wofür vor allem der umsichtigen Führung des zuständigen Ministers für Verkehr und verstaatlichte Betriebe und seinen Mitarbeitern in der Verwaltung die Anerkennung gebührt.

Die für den Bahnbetrieb aber vielleicht wichtigste Maßnahme, die in diesen Bauvorhaben aufscheint, ist die Fortsetzung der Elektrifizierung der Österreichischen Bundesbahnen. Diese Fortsetzung der Elektrifizierung wird es auch ermöglichen, den Betrieb weitgehend zu modernisieren.

Alle diese Arbeiten, ob Oberbau, Hochbau oder Elektrifizierung, müssen bei Aufrechterhaltung des vollen Verkehrs durchgeführt werden, dieser selbst aber hat ja ebenfalls eine wesentliche Steigerung erfahren. Wir dürfen nicht übersehen, daß die Gesamtzugskilometerleistung bei den Österreichischen Bundesbahnen im Jahre 1937 54,8 Millionen Zugskilometer betrug, im Jahre 1953 konnten bereits 60,2 Millionen erreicht werden und im Jahre 1954 dürften es bis zu 63 oder 64 Millionen Zugskilometer sein. Unter diesen Umständen muß man also verstehen: Große Bauvorhaben bei Steigerung des Verkehrs ohne irgendwelche Behinderung durchzuführen — da müßte wohl ein Wundermensch kommen, der das leisten könnte. Und wenn wir diese Beschleunigung der Verbesserung der Anlagen durchsetzen wollen, so müssen wir dazu alle Kräfte zur Verfügung stellen. Aber da müssen wir auch bedenken, daß nicht gleichzeitig auf den Gleisen, auf denen gearbeitet werden soll, mit gleicher Schnelligkeit durchgebraust werden kann wie auf einer normalen fertigen Fahrbahn. Bei dieser Steigerung der Verkehrsleistungen und bei diesen großen Bauvorhaben — wobei beabsichtigt ist, diese Bauvorhaben im kommenden Jahr noch bedeutend zu steigern — werden natürlich gewisse Vorsichtsmaßnahmen nicht zu vermeiden sein. Solche Arbeiten bedingen irgendwelche Vorkehrungen in Form von Langsamfahrstrecken oder Umstellung von doppelgleisigem auf eingleisigen Verkehr, was unausbleiblich zu Verspätungen führen muß, welche dann immer wieder Gegenstand kritischer Bemerkungen sind. Wenn aber die Bemühungen des Ministeriums und der Verwaltung im gleichen Ausmaß fortgesetzt werden — und die Sicherstellung der Mittel für die notwendigen Investitionen gibt die Gewähr dafür —, dann wird es in absehbarer Zeit so weit sein, daß unsere Bevölkerung schöner und schneller auf den Österreichischen Bundesbahnen fahren wird, also noch besser, als das bisher schon der Fall gewesen ist. Besonders die Forcierung der schon

erwähnten Fortsetzung der Elektrifizierung wird sehr viel dazu beitragen, dieses Ziel zu erreichen.

Aber abgesehen davon, daß dadurch nicht nur Tausende von Arbeitern und Angestellten auf Jahre hinaus in der heimischen Industrie Arbeit und Verdienst finden, wird auch unserer gesamten Wirtschaft ein großer Dienst erwiesen, denn es brauchen dann nicht hunderte Millionen Schilling für ausländische Kohle, die wir heute noch beziehen müssen, ausgegeben zu werden. Und diese freiwerdenden Gelder könnten daher wieder für andere Industrien Verwendung finden, um damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu ermöglichen.

Hohes Haus! Wer also die Entwicklung bei den Österreichischen Bundesbahnen in den letzten Jahren objektiv beobachtet hat, wird zugeben müssen, daß gewaltige Aufbauarbeit geleistet wurde. Man bedenke nur, wie es noch vor einigen Jahren auf den Bundesbahnen ausgesehen hat: tausende Kilometer Schienenstränge, hunderte Brücken, fast alle größeren Bahnhöfe und Werkstätten zerstört, unzählige Waggons und Lokomotiven vernichtet, und soweit sie noch betriebsfähig waren, wurden sie zu tausenden beschlagnahmt und verschleppt. An all das sollte man doch denken, wenn man heute mit dem einen oder dem anderen bei den Österreichischen Bundesbahnen noch unzufrieden ist. Und noch eines soll nicht vergessen werden: Wenn all die ungeheuren Schwierigkeiten überwunden und trotz steigender Verkehrsleistung der Verkehr klaglos durchgeführt werden konnte, so ist dies ein Verdienst der pflichtbewußten Einsatzbereitschaft aller Eisenbahner, wo immer sie ihren Dienst versehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Daran ändern auch die einzelnen bedauerlichen Unfälle nichts, die in einem solch großen Betrieb bei größter Aufmerksamkeit vorkommen und auch in anderen Ländern passieren, wie man es erst vor wenigen Wochen in Belgien erlebt hat. Niemand bedauert einen solchen Unfall mehr als gerade die Eisenbahner. Sie wissen, daß sie für das ihnen anvertraute Gut und Leben verantwortlich sind. Aber gerade diese große Verantwortung ist es, die dem Eisenbahner manchmal zu denken gibt, wenn er diese ständigen Angriffe gegen die Bediensteten und gegen die Verwaltung zur Kenntnis nehmen muß. Es ist bedauerlich, daß man mit diesen Unfällen — wie einer der Herren Vorredner erwähnt hat — schon zum Volkswitz übergegangen ist, indem man also das Sprichwort geprägt hat: Die Tabakregie erzeugt eine Zigarette, bei der jeder Zug ein Unfall ist. Ich muß Ihnen sagen — wer immer das gesagt hat —: Eine größere Gemeinheit kann es nicht geben, als daß

57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954 2629

man solche bedauerliche Unfälle zu so blöden Witzen verwendet. Die Eisenbahner haben selbst alles darangesetzt, um mit allen diesen Schwierigkeiten fertig zu werden.

Aber wir haben ja auch noch mit anderen Sorgen zu kämpfen. Und wenn hier von einer vernünftigen Koordinierung von Schiene und Straße oder der Verkehrsmittel im allgemeinen gesprochen wurde, so erkläre ich: Wir werden zu jeder Zeit bereit sein, eine solche vernünftige Koordinierung vorzunehmen, um die Verkehrsverhältnisse in Österreich bei diesen beiden großen Verkehrsmitteln zu regeln. Aber an uns ist es nicht gelegen, wenn es bisher noch nicht dazu kommen konnte, es sind ganz andere Widersacher gewesen, die sich gegen eine solche vernünftige Koordinierung gestellt haben.

Die große Verantwortung, die der schwere Dienst jedem Eisenbahner aufbürdet, beweist, daß der Ausbildung der Bediensteten ein besonderes Augenmerk gewidmet werden muß. Wie bei so vielem hat sich der Krieg auch beim Personal der Bundesbahnen ungünstig ausgewirkt. Die Altersschichtung des Personals ist durch die Kriegs- und Nachkriegsfolgen sehr ungünstig beeinflußt worden. Seit dem Jahre 1945 sind fast 60 Prozent der alten und erfahrenen Bediensteten, vor allem im Exekutivdienst, durch Pensionierung und natürlichen Abgang ausgeschieden. Sie mußten durch junges Personal und durch junge Arbeitskräfte ersetzt werden. Vielleicht wird man fragen: Warum hat man denn diese Menschen alle pensioniert? Daß nach so großen Entbehrungen und so ungeheuren Anstrengungen, die während der ganzen Kriegszeit den Eisenbahnern auferlegt waren, natürlich die Zahl der Krankheitsfälle größer ist, kann niemand Vernünftiger bestreiten. Aber wir waren bestrebt, das junge Personal auch entsprechend zu schulen, und es muß anerkannt werden, daß auch die Verwaltung besonders auf dem Gebiet der theoretischen Schulung Anerkennenswertes geleistet hat. Dennoch möchte ich auf die Frage der praktischen Schulung der Bediensteten das Augenmerk lenken. Bisher war es vielleicht wegen Mangel an Zeit und Mitteln nicht möglich, die praktische Ausbildung intensiver zu betreiben. Auf diesem Gebiet sollte aber alles getan werden, was nur möglich ist, und es sollten keine Ausgaben dafür gescheut werden. Wir sind der Auffassung, daß die praktische Ausbildung der jungen Bediensteten vielleicht sehr viel dazu beitragen kann, die Ausübung ihres Dienstes noch gewissenhafter zu gestalten.

Diese jungen Menschen haben sehr viel Eifer und auch sehr viel Freude am Dienst,

aber es fehlt ihnen noch die Erfahrung und die Routine des alten Eisenbahners. Denn man kann niemandem theoretisch beibringen, ob er zum Beispiel ohne Gefahr noch zwischen die Puffer hineinspringen oder noch herauspringen kann; das ist eine persönliche Sache, die sich der Mensch nur durch den praktischen Dienst aneignen kann. Und wie gefährlich dieser Beruf der Eisenbahner ist, zeigt am besten, daß wir fast jede Woche einen oder zwei tödliche Unfälle oder schwere Körperverletzungen bei den Bediensteten erleben, die durch ihre mangelhafte Erfahrung vielleicht manchmal selbst an diesen Dingen die Schuld tragen.

Es müßte daher meiner Auffassung nach — wir haben diesbezüglich auch bereits mit der Verwaltung gesprochen — der praktischen Ausbildung der jungen Kräfte mehr Augenmerk gewidmet werden, weil wir dann dem Bediensteten, der draußen den schweren, verantwortlichen Dienst versieht, die Möglichkeit geben, diese Leistung zu bewältigen. Bei den heutigen Anforderungen, die an die österreichischen Bundesbahnen und an ihr Personal gestellt werden, bedarf es dieser längeren praktischen Ausbildung, wenn die erhöhten Verkehrsleistungen anstandslos bewältigt werden sollen.

Am Personal soll es nicht liegen, denn das Personal hat alles getan, was nur möglich ist, um den Anforderungen gerecht zu werden. Das Personal ist nicht so, daß es nicht versteht, welche Pflichten es zu erfüllen hat. Die heurige Spitzenleistung in den Sommermonaten und die ungeheure Steigerung der Zahl der Zugskilometer beweisen, daß diese Menschen fast Übermenschliches geleistet haben, um all diesen Wünschen gerecht zu werden. Eine große Anzahl von Plusstunden und nicht-konsumierten freien Dienststunden ist durch den heurigen Zugverkehr aufgelaufen, und wir begrüßen es daher, daß der Minister durch die Verstärkung der Reserven, wenn auch vorerst nur durch Aushilfskräfte, Vorsorge getroffen hat, daß diese Mehrleistungen in den nächsten Monaten abgedeckt werden können.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch zu einer anderen Frage Stellung nehmen. Durch die technischen Verbesserungen, durch Einführung von neuen Maschinen, von neuen Einrichtungen hat sich im Personal eine Verschiebung in der Bewertung und in der Verantwortlichkeit ergeben. Dadurch sind in der bestehenden Wertung des einzelnen gewisse Härten in dienst- und besoldungsrechtlicher Hinsicht entstanden, die auszugleichen wir uns bemühen wollen. Wir werden auch hier so wie bei der Regelung der Nebenbezugs-

frage für Bahn und Post, über die bereits seit langem Verhandlungen im Zuge sind, um die Unterstützung des Herrn Bundesministers bitten, der ja auch bisher immer Verständnis für die Sorgen und Nöte des ihm unterstellten Personals bewiesen hat. Diese Unterstützung verlangen wir deshalb, weil beide Fragen bereits beim Finanzministerium anhängig sind; sie gehören nicht direkt in das zur Beratung stehende Ressort, es ist aber anzunehmen, daß sie diesem zur Äußerung und Stellungnahme vorgelegt werden.

Das gleiche gilt für die bereits bei der Beratung des Kapitels Finanzen im Budgetausschuß vorgebrachten Wünsche bezüglich des Härteausgleichs im Pensionsüberleitungsgesetz und der Regelung der sogenannten Gnadenpensionen, wozu der Herr Finanzminister die Freundlichkeit hatte, eine wohlwollende Prüfung zuzusagen.

Zum Schlusse möchte ich also bemerken, daß es in Zusammenarbeit aller gelungen ist, aus dem einstigen Trümmerhaufen, den die Bundesbahnen bei Kriegsende darstellten, wieder einen vollwertigen Betrieb zu schaffen. Gewiß gibt es dort und da noch Mängel, aber eines möchte ich doch widerlegen: Es wurde hier davon gesprochen, daß beispielsweise bei den Wahlen in die verschiedenen Körperschaften sogar Menschen aus dem Personalstand entlassen wurden, weil sie nicht einer Richtung angehört haben, die angeblich uns behagt. Ich möchte sagen, mir ist kein einziger Fall bekannt, daß ein Bediensteter wegen der Zugehörigkeit oder wegen der Nichtzugehörigkeit zu irgendeiner Partei entlassen worden wäre, aber es ist natürlich möglich, daß sich der eine oder der andere irgendwelche dienstliche Vergehen zuschulden kommen ließ und dann zu dem einen oder anderen Abgeordneten kam und sich beschwerte, man habe ihn hinausgeschmissen, weil er nicht das richtige Parteibüchel im Sack habe.

Ich muß sagen, solche Dinge nehmen unsere Eisenbahner nicht ernst. Unsere Eisenbahner haben andere Sorgen, sie wissen, welche Aufgaben sie zu lösen haben. Und daß das überwiegende Gros der Eisenbahner sozialistisch ist — ja das kann man doch den Leuten nicht zum Vorwurf machen. Sie sind eben zur Erkenntnis gekommen, daß die Interessen der arbeitenden Menschen in den Reihen der Sozialisten eine bessere Vertretung finden, als es bei den anderen Parteien der Fall ist. *(Beifall bei der SPÖ.)* Aber wenn konkrete Fälle für irgendeinen Druck bekanntgegeben werden, dann sind wir gerne bereit, diese Fälle zu untersuchen und auch die notwendigen Schritte zu unternehmen. *(Abg.*

Polcar: Dann werden wir uns bald melden!) Eines können wir nicht: daß wir euch die Mitglieder bringen. Die müßt ihr euch schon selber suchen! *(Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.)*

Nun möchte ich noch erwähnen, daß uns die bisherigen Bemühungen so weit gebracht haben, daß wir heute auf unsere Österreichischen Bundesbahnen trotz alledem stolz sein können. Daß es noch manches zu bewältigen gibt, das wissen wir selber. Wir wollen unsere Anstrengungen daher verdoppeln, um allen diesen Kritiken gerecht zu werden und dafür zu sorgen, daß sie nicht mehr begründet erscheinen. Und dieses Bestreben gibt uns die berechtigte Hoffnung, daß wir im kommenden Jahr darangehen können, auch die letzten Schwierigkeiten zu beseitigen und damit die Bahn für die Fahrt in eine bessere Zukunft freizumachen.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir aber auch dem Wunsche Ausdruck verleihen: Österreich möge im kommenden Jahr von den Hemmungen, welche die Besatzung des Landes mit sich bringt, befreit werden. Erst dann wird es den Österreichischen Bundesbahnen gelingen, frei von allen Belastungen, die ihr von seiten der Besatzung auferlegt werden, den Betrieb so zu führen, daß sie den Interessen des österreichischen Volkes und seiner Wirtschaft mehr noch als bisher dienen können. Die österreichischen Eisenbahner sind bereit, wenn es einmal darum geht, unsere Befreier in ihre Heimat zu befördern, alle die dazu notwendigen Mehrleistungen auf ihre eigenen Kosten zu nehmen. *(Lebhafter Beifall und Heiterkeit bei den Sozialisten.)*

Präsident Böhm: Als nächster Redner gelangt der Herr Abg. Koplenig zum Wort.

Abg. Koplenig: Meine Damen und Herren! Die verstaatlichte Industrie, die verstaatlichte Energiewirtschaft und der gewaltige Wirtschaftskörper der Bundesbahnen stellen ohne Zweifel Schlüsselpositionen unserer Wirtschaft dar und können, bei einer entsprechenden Politik, einen sehr bedeutenden Einfluß auf die gesamte wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes haben. Mit diesen Positionen in der Hand ist der Staat der größte Unternehmer des Landes und kann mit seiner Haltung gegenüber den Arbeitern und Angestellten, mit seiner Politik der Preise und Tarife richtunggebend für das ganze Land und für die ganze Wirtschaft wirken. Dazu ist aber notwendig, daß sich die Führung und Leitung der verstaatlichten Betriebe von jener kapitalistischer Betriebe grundsätzlich unterscheidet.

Die verstaatlichten Betriebe, insbesondere jene der Schwerindustrie, sind in den letzten

Jahren beträchtlich ausgebaut worden. Ihre Produktion wie auch die Produktivität, die Leistungen der einzelnen Arbeiter, sind mit all dem bedeutend gestiegen. Der Abg. Eibegger hat in der Debatte über den Rechnungsabschluß gesagt, daß diese Unternehmen ihre Gewinne zur Ausgestaltung der Betriebe verwendet und damit den Arbeitern und Angestellten Arbeitsplätze geschaffen haben. Dem muß hinzugefügt werden, daß die verstaatlichten Betriebe auch riesige Rücklagen zur Entschädigung der kapitalistischen Vorbesitzer gemacht haben.

Für die arbeitenden Menschen ist aber die Hauptfrage, wie die verstaatlichten Betriebe verwaltet werden, welchen Einfluß die Arbeiter und Angestellten auf die Verwaltung haben, und vor allem, wie sich die Verstaatlichung auf die gesamte wirtschaftliche und soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung auswirkt. Nach den Angaben des „Wochenspiegels für die Wirtschaft“, eines Organes der verstaatlichten Betriebe, ist die Arbeitsproduktivität in allen verstaatlichten Betrieben von 1950 bis zur Jahreswende 1954 um 28 Prozent gestiegen. Dies kommt darin zum Ausdruck, daß die gleiche Menge von Erzeugnissen von einer viel geringeren Zahl von Arbeitern erzeugt wird. Im Bergbau Fohnsdorf zum Beispiel sind im November 1954 58.000 t Kohle gefördert worden. 1953 waren es rund 46.000 t. Zur gleichen Zeit aber ist die Zahl der Arbeitsschichten um 1200 zurückgegangen. Die Leistung pro Schicht ist also wesentlich gestiegen. Dieser gewaltigen Steigerung der Produktivität in den verstaatlichten Betrieben steht jedoch eine durchaus unzureichende Steigerung der Löhne und Gehälter gegenüber.

Es ist bekannt, daß Donawitz mit seinen Lohnverhältnissen durch längere Zeit beispielgebend für die gesamte Metallindustrie war. Heute, da die Produktivität in diesem Betrieb nach Angaben des Betriebsrates um 25 bis 30 Prozent gestiegen ist, hat die Privatindustrie die Lohnsätze von Donawitz weit überholt, und die Alpine-Arbeiter haben sogar auf die ihnen gebührende Weihnachtsremuneration warten müssen, bis sie schon alle Betriebe der Branche erhalten hatten. Allgemein ist bekannt, daß sich die Angestellten der verstaatlichten Böhler-Werke die von ihnen mit Recht geforderte und bereits längst fällige Gehaltserhöhung erst durch einen Streik erkämpfen mußten.

Daß in den verstaatlichten Betrieben dieselben Grundsätze der Betriebsführung angewendet werden wie in den kapitalistischen Betrieben, kommt darin zum Ausdruck, daß die amerikanische Methode der sogenannten Arbeitsplatzbewertung in einer Reihe ver-

staatlichter Betriebe immer breitere Anwendung findet. Diese Arbeitsplatzbewertung ist eines der Kampfmittel, die die großen amerikanischen Trusts zur Aufspaltung der Arbeiterschaft und damit zur Schwächung der gewerkschaftlichen Kraft erfunden haben. Durch die Arbeitsplatzbewertung hat der größte amerikanische Stahlkonzern seine Arbeiterschaft in nicht weniger als 131 Lohngruppen aufgespalten. Im Aluminiumwerk Ranshofen, dem ersten verstaatlichten Betrieb, in dem die Arbeitsplatzbewertung ebenfalls durchgeführt wurde, ist die Produktivität im Vergleich zu 1949 auf das Doppelte gestiegen, der Reallohn aber nur um ein Viertel. 200 Arbeiter haben dort ihren Arbeitsplatz verloren. In der VÖEST, in einer Reihe von Alpine-Betrieben, bei Simmering-Graz-Pauker und in anderen verstaatlichten Betrieben versucht man ebenfalls, die Arbeitsplatzbewertung durchzuführen, die Arbeiter nach Bewertungsgruppen aufzuspalten, sie gegeneinander auszuspielen und damit die von den Arbeitern erkämpften kollektivvertraglichen Lohnsätze über den Haufen zu werfen. Die verstaatlichten Betriebe sind also keineswegs vorbildlich für eine soziale Lohnpolitik, sondern sie geben vielmehr den Privatunternehmern in Österreich ein Beispiel, wie großkapitalistische Antriebmethode angewendet werden können.

Ein anderes Gebiet, auf dem die verstaatlichten Betriebe beispielgebend sein könnten, sind die freiwilligen Sozialleistungen an die Arbeiter und Angestellten. Die Bilanzen, die die verstaatlichten Betriebe veröffentlicht haben, geben bestimmte Anhaltspunkte für Vergleiche mit den kapitalistischen Betrieben, und diese Vergleiche fallen leider nicht zu Gunsten der verstaatlichten Industrie aus. So hat der Böhler-Konzern nur 2,2 Prozent und die Simmering-Graz-Pauker nur 2,6 Prozent des Rohertrages für freiwillige Sozialleistungen aufgewendet. Bei der Bleiberger Bergwerks-Union ist in der Bilanz überhaupt kein Betrag für freiwillige Sozialleistungen enthalten. Dabei gäbe es sehr vieles, wo die verstaatlichten Betriebe noch zusätzliche soziale Aufwendungen machen könnten.

An das Böhlerwerk in Kapfenberg zum Beispiel ist die Wohnbauorganisation „Gemisag“ angeschlossen. Eine Wohnung kostet dort bis zu 265 S Zins monatlich. Nicht niedriger ist der Mietzins in den Häusern bei der VÖEST in Linz. In diesen Häusern zahlt man bis zu 300 S im Monat Zins. Von den Baracken will ich in diesem Zusammenhang gar nicht reden. In Bleiberg, wo die Wohnverhältnisse besonders unerträglich sind, gibt es für einen Arbeiter der verstaatlichten Bleiberger Berg-

werks-Union nur dann eine Möglichkeit, zu einer Wohnung zu kommen, wenn er 15.000 S auf den Tisch legt und dazu noch zwei zahlungskräftige Bürgen stellt. Ich glaube, meine Damen und Herren, hier gäbe es ein großes Feld für freiwillige Sozialleistungen seitens der Leitungen der verstaatlichten Betriebe.

Oder nehmen wir ein Gebiet, wo schon ein geringer Aufwand eine wesentliche Erleichterung der Lage und der Arbeitsverhältnisse des Arbeiters bringen kann: die Schaffung von sozialen Einrichtungen, von Bädern, Erholungsstätten, Sportplätzen usw. Für die Vernachlässigung der sozialen Verpflichtungen auf diesem Gebiet bietet der Erzberg in Eisenerz ein krasses Beispiel. Der steirische Erzberg ist ein Denkmal der Aufopferung unserer Bergarbeiter. Sie arbeiten dort schwer in großen Höhen, bei jedem Wetter und sind täglich größten Gefahren ausgesetzt. Für einen großen Teil der Arbeiter, die dort in Schmutz und Staub arbeiten, gibt es im Werk keine Badegelegenheit. Auch die Arbeiterwohnungen haben zumeist keine Badegelegenheit. Für den Sportklub am Erzberg gibt die Alpine monatlich sage und schreibe 800 S aus. Von einem Klubheim oder ähnlichem ist überhaupt keine Rede.

Ich glaube, daß es mit keinerlei Sparsamkeit gerechtfertigt werden kann, daß sich die verstaatlichten Betriebe in solchen freiwilligen Spezialleistungen von der vielgeschmähten USIA, ja sogar von Privatbetrieben beschämen lassen. Wir glauben, daß die gesteigerte Produktivität den Arbeitern und Angestellten nicht nur Anspruch auf höhere Löhne und Gehälter, sondern auch Anspruch auf gesteigerte soziale Leistungen der Unternehmungen gibt.

Wenn man sich fragt, warum sich die verstaatlichten Betriebe in vielem praktisch von kleinlichen kapitalistischen Erwägungen leiten lassen, so glaube ich, daß man die Antwort nicht lange zu suchen braucht. Ein Blick auf die Zusammensetzung der Leitungen der verstaatlichten Betriebe sagt hier sehr viel. Die Zeitschrift „Die Zukunft“ hat im Juni dieses Jahres in einem Artikel hervorgehoben, daß ein Teil der Leiter der verstaatlichten Betriebe Anhänger des Gedankens der Gemeinwirtschaft sei. Ich glaube, es ist durchaus am Platze, sich mit dem anderen Teil dieser Leitungen zu befassen, nämlich mit jenen, die keineswegs Anhänger einer Gemeinwirtschaft sind, sondern ihr ganzes Leben hindurch Vertreter kapitalistischer Interessen waren und es auch heute noch sind.

Der Generaldirektor der Böhlerwerke, Mayer-Mallenau, ist gewiß ein Fachmann auf seinem Gebiet, aber aus seiner Haut als Kapitalist

und Vertreter der Unternehmerinteressen kann er nicht heraus, am allerwenigsten jetzt, wo zwischen den von ihm verwalteten verstaatlichten Betrieben und den westdeutschen kapitalistischen Konzernen, die früher diese Betriebe in Händen hatten, sehr enge wirtschaftliche Verbindungen hergestellt worden sind. Unter der Leitung von Herrn Generaldirektor Mayer-Mallenau weiß man oft nicht, wer wirklich im Böhler-Werk anzuschaffen hat: das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe oder der westdeutsche Konzern in Düsseldorf. So stehen die Dinge in Wirklichkeit. Aber das ist nur ein Beispiel von vielen.

In den Aufsichtsräten der verstaatlichten Betriebe sitzen ja die unmittelbaren Vertreter der Kapitalisten selbst. Ich möchte hier das Beispiel der verstaatlichten Lankowitzer Kohlen-Compagnie herausgreifen. In ihrem Aufsichtsrat sitzt unter anderem Legationsrat Dr. Leopold Hayden, der Syndikus, also Rechtsvertreter der Betriebe des Herrn Mayr-Melnhof. Neben ihm sitzt Herr Hans Simoni, Prokurist der Kartonfabrik Frohnleiten, die der Firma Franz Mayr-Melnhof gehört. Die Familie Mayr-Melnhof selbst ist durch zwei ihrer Mitglieder, darunter durch den Chef des Hauses selbst, den Herrn Baron, wie man ihn nennt, im Aufsichtsrat der Lankowitzer Kohlen-Compagnie vertreten. Vor der Verstaatlichung gehörte diese Lankowitzer Kohlen-Compagnie dem Konzern Mayr-Melnhof, nach der Verstaatlichung sitzen er selbst und seine wichtigsten Vertrauenspersonen im Aufsichtsrat. Mehr noch: Die Lankowitzer liefert bedeutende Teile ihrer Produktion an den steirischen Kohlenhandel, unter anderem an die Firma Dittler & Co., Graz, Reisinger, Graz, Uray in Leoben und schließlich auch an die Firma Pibersteiner. Das alles sind aber Firmen, die der Familie Mayr-Melnhof gehören. Herr Mayr-Melnhof, der zweitgrößte Grundbesitzer Österreichs, ist also nach wie vor für einen Großteil der steirischen Kohlenproduktion maßgebend. Nebenbei bemerkt hat die verstaatlichte Lankowitzer Kohlen-Compagnie ihren Sitz in Wien in denselben Räumen, in denen die Privatfirmen der Firma Mayr-Melnhof untergebracht sind. Der Fall Mayr-Melnhof ist nur ein Fall von vielen.

Entscheidenden Einfluß auf die Führung der verstaatlichten Unternehmungen haben auch die Banken. Die Großbanken sind zwar verstaatlicht, aber an ihrer Spitze stehen in der Regel die alten Sachwalter des Kapitals, auch des ausländischen Kapitals, zum Beispiel Herr Dr. Joham, dessen enge Bindungen an Westdeutschlands Hochfinanz ihn heute

geradezu zum offiziellen Vertreter der west-deutschen Kapitalisteninteressen machen.

Staatssekretär Kreisky hat vor kurzem erklärt, daß 57,8 Prozent des gesamten Aktienkapitals in Österreich im Besitz der öffentlichen Hand sind. Aber zu diesen 57,8 Prozent gehören auch alle jene Betriebe, die sich in den Händen der verstaatlichten Großbanken befinden. Diese Banken sind von der Verwaltung der verstaatlichten Betriebe losgetrennt und unterstehen ausschließlich dem Finanzminister Kamitz, also einem erbitterten Gegner jeder Verstaatlichung.

Alle diese Beispiele zeigen zur Genüge, daß das Privatkapital des Inlandes wie auch des Auslandes stärksten Einfluß auf die Leitung der verstaatlichten Betriebe hat und daß dieser Einfluß sogar ständig zunimmt. Mit diesem Einfluß hängt es auch zusammen, daß durch falsche Lenkung der Investitionen und der Produktion verstaatlichte Betriebe immer wieder in Mißkredit gebracht werden.

Der Einfluß des Kapitals kommt auch darin zum Ausdruck, daß der Partei des Kapitals, der ÖVP, immer stärkere Positionen in der verstaatlichten Industrie eingeräumt werden. Fragen Sie einmal einen Arbeiter von Donawitz, von Eisenerz oder von Hüttenberg, wie er seine Werksdirektion nennt; er wird nur von der „schwarzen“ Direktion reden. Die Arbeiter wissen ganz genau, wer in der Leitung sitzt, und sie merken auch, was es bedeutet, wenn die schwarze Reaktion die Leitungen in den verstaatlichten Betrieben beherrscht.

Wie steht es aber demgegenüber mit der Vertretung der Arbeiter? Das Gesetz schreibt vor, daß in den Aufsichtsrat jeder größeren Aktiengesellschaft Vertreter des Betriebsrates aufgenommen werden. Dieses Gesetz wird in den verstaatlichten Betrieben ebenso angewendet wie in den Privatbetrieben. Das heißt: Die Vertreter des Betriebsrates sind bei den Aufsichtsratssitzungen dabei, aber sie haben genau so viel oder, besser gesagt, genau so wenig mitzureden wie in den Privatbetrieben.

Als die beiden Verstaatlichungsgesetze angenommen wurden, haben die Arbeiter erwartet, daß in diesen Betrieben ein weitgehendes demokratisches Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten gesichert sein würde. Sie sind schwer enttäuscht worden. Während früher die Arbeiter wenigstens über die wichtigsten Pläne und Absichten der Betriebsleitungen informiert wurden, hat das in letzter Zeit fast ausnahmslos aufgehört. Seitdem nämlich die neuen Leitungen, die Vorstände und Aufsichtsräte gebildet wurden, beruft man sich auf die Vertretung des Betriebsrates im Aufsichtsrat. Dort aber sind

die Betriebsräte-Vertreter an die Geheimhaltungspflicht gebunden und werden außerdem noch der Fraktionsdisziplin unterstellt. Das Ergebnis ist: die Mayr-Melnhof, Joham und so weiter haben weiter das erste Wort in den verstaatlichten Betrieben, aber von einer wirklichen Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten ist keine Rede.

Die gegenwärtige Politik in den verstaatlichten Betrieben entspricht somit nicht dem, was die Arbeiter mit Recht erwartet haben, weder in der Lohnpolitik und auf dem Gebiet der sozialen Maßnahmen noch in der so wichtigen Frage des Mitbestimmungs- und Mitspracherechtes der Arbeiter und Angestellten.

Nun zum Kapitel Bundesbahnen. Nach einer öffentlichen Feststellung des Ministers Waldbrunner haben die Verkehrsleistungen der Bundesbahnen im ablaufenden Jahr einen Höchststand erreicht. Die Beanspruchung der Bahnen — nach wie vor des entscheidendsten Verkehrsmittels — wird im Laufe des nächsten Jahres noch weiter zunehmen. Trotz dieser vor auszusehenden Mehrleistung sieht der Bundesvoranschlag eine Herabsetzung des Personalstandes um mehr als 700 Bedienstete vor. Aber schon heute ist die Belastung der Bundesbahnbediensteten außerordentlich groß. Die unverständliche Sparpolitik beim Personal der Bundesbahn hat dazu geführt, daß die Bundesbahnbediensteten ihre Nächte und oft auch ihre Freizeit für den Dienst opfern mußten, daß der Staat ihnen hunderttausende Überstunden schuldet, die sie mehr gearbeitet haben, als das Gesetz vorschreibt.

In den letzten fünf Jahren hat sich, wie der Minister Waldbrunner feststellte, die Zugskilometerleistung um ein Drittel erhöht, und die Frequenz im Personenverkehr ist um 20 Prozent gestiegen. Das bedeutet eine beträchtliche Mehrleistung der Eisenbahner. Im kommenden Jahr aber soll die Leistung noch mehr gesteigert werden. Man erwartet eine um 7,5 Millionen Zugskilometer höhere Leistung im Personen- und Güterverkehr, aber gleichzeitig soll das Personal weiter vermindert werden.

Man muß sich dabei vor Augen halten, daß allein das Zugspersonal bis zum 1. November dieses Jahres über 860.000 Stunden Mehrleistung erbracht hatte, die bis dahin weder durch Freizeit noch durch Überstundenbezahlung abgegolten war. Beim Bahnhofspersonal steht es ähnlich. Bis zum 1. November hatte das Personal Anspruch auf 10.000 noch nicht abgeglichene Freischichten. Das Lokpersonal hat bis September ebenfalls 700.000 Stunden mehr gearbeitet, als den Vorschriften ent-

spricht. Es ist ein offenes Geheimnis, daß viele Lokführer ihren freien Tag nicht in ihrer Wohnung verbringen, um nicht zu riskieren, plötzlich wieder zum Dienst geholt zu werden. Diese Überbelastung des Personals als Folge der falschen Sparpolitik kann durch nichts gerechtfertigt werden. Die Sicherung der vollen Leistung des Eisenbahners hat zur Voraussetzung, daß er seine Freizeit voll genießen kann und an den Wendestationen die notwendigen Vorkahrungen vorfindet, um sich dort gründlich auszuruhen. Weder das eine noch das andere ist aber gesichert.

Die Öffentlichkeit ist mit Recht darüber alarmiert, daß sich gerade in diesem Jahr eine Reihe schwerer Eisenbahnkatastrophen zugetragen hat. Es ist nur zu leicht und zu einfach, die Schuld an diesen Katastrophen einzelnen Eisenbahnern zuzuschreiben. Diese Methode ist so alt wie die Eisenbahn überhaupt. Es kann wohl vorkommen, daß die Reaktionsfähigkeit des Eisenbahners in einem kritischen Moment aussetzt; das bringt der schwere Dienst mit sich. Aber es ist auch festgestellt worden, daß zum Beispiel der schwere Eisenbahnunfall bei Stockerau in einem Materialfehler seine Ursache hatte. Es ist bekannt, daß nicht einmal, sondern häufig die Geistesgegenwart der Eisenbahner ernste Unfälle verhindert hat. Sieht man sich aber den Bericht darüber an, wie ein Eisenbahner mit jahrelangem tadellosem Dienst nach einem Unfall behandelt wird, muß man zu dem Schluß kommen, daß nach einem solchen Unfall nicht nach der Ursache geforscht, sondern ein Sündenbock gesucht wird.

Die Unfallursachen liegen aber meist viel tiefer. Sie liegen zum Teil darin, daß die notwendigen Erhaltungs- und Sicherungsarbeiten viele Jahre lang vernachlässigt wurden, und auch nicht selten in der unverantwortlichen Überlastung des Personals. Es hätte nicht erst des schweren Eisenbahnunglücks bei Stockerau bedurft, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Verkehrsverhältnisse der Nebenstrecken zu lenken. Niemand glaubt, daß es möglich ist, in einem Jahr gutzumachen, was hier durch Jahrzehnte und insbesondere durch den Krieg verschlampt worden ist. Aber wir sind der Auffassung, daß es heute nicht mehr notwendig ist, daß Arbeiterzüge mit Waggons ohne Heizung und sogar ohne Beleuchtung geführt werden. Die Instandsetzung des Zugmaterials für den Nahverkehr erfordert keinen Milliardenaufwand, und die Arbeiter haben ein Recht, unter menschlichen Bedingungen befördert zu werden und im Zug vielleicht sogar eine Zeitung oder ein Buch lesen zu können. Besonders im Winter bringen viele Arbeiter zwei bis drei Stunden

täglich unter den jämmerlichsten Verhältnissen in den Arbeiterzügen zu.

Es ist auch absolut unbegreiflich, warum es im energiereichen Österreich Bahnhöfe und Haltestellen — sogar im Wiener Stadtgebiet — gibt, die noch immer mit Petroleum beleuchtet werden. Im Interesse der Verkehrssicherheit ist es eine Notwendigkeit, daß hier eine Änderung eintritt. Vor allem ist es aber notwendig, daß auch auf den Nebenstrecken endlich der Oberbau und die Sicherungseinrichtungen überprüft und, wo dies erforderlich ist, erneuert werden.

Der Abg. Freund hat hier auf die großen Schwierigkeiten sowohl finanzieller Natur als auch in bezug auf die Materialbeschaffung hingewiesen. Wir bestreiten nicht, daß es solche Schwierigkeiten gibt, aber wir sind der Ansicht, daß es dringender wäre, das Verkehrswesen auszubauen, alle Kräfte und mehr Mittel auf die Überwindung dieser Schwächen im Verkehrswesen zu konzentrieren, als die Reichsautobahn zu bauen. Es wäre dies sowohl im Interesse der Wirtschaft, im Interesse des Verkehrs wie auch im Interesse der allgemeinen Verkehrssicherheit gelegen.

Wiederholt ist darauf hingewiesen worden, daß es den Bundesbahnen an Nachwuchs fehlt. Heute hat jeder fünfte Lokführer bereits seinen vollen Pensionsanspruch erreicht. Das bedeutet, daß ein Fünftel des Lokpersonals und insgesamt 15.000 diensttuende Eisenbahner sich schon in höherem Alter befinden. Jeder weiß, daß diese erfahrenen Beamten ihren Dienst vorzüglich versehen und ihr Bestes leisten. Aber man braucht doch einen Nachwuchs, wenn ein Fünftel des Personals schon Anspruch auf den Ruhestand hat, und der vorhandene Nachwuchs ist vollkommen unzureichend.

Nun einige Worte zur Post. Zu den Stiefkindern des öffentlichen Verkehrs gehören auch die Postautochauffeure. Sie müssen den ganzen Unmut der mit Recht über die Verkehrsverhältnisse empörten Fahrgäste unschuldigerweise auf sich nehmen und für miserable Bezahlung erhöhte Verantwortung tragen. Neben ihrer anstrengenden Arbeit als Wagenlenker müssen sie auch Karten verkaufen, Post empfangen, Post ausgeben und das Auf- und Abladen größerer Gepäckstücke besorgen. Sehr oft sind Chauffeure gezwungen, am Ort der Endstelle zu übernachten, wofür sie einen Betrag von sage und schreibe 3,60 S vergütet bekommen. Daher ist ihre Forderung nach Erhöhung der Nebengebühren nur allzu berechtigt.

Richtige Mädchen für alles sind die Beamten, meist sind es Frauen, die auf den Landpostämtern oft in einer Person Amtsleiter, Schalterbeamte, Telephonistinnen, Briefträger und Auf-

57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954 2635

räumefrauen sein müssen. Ihr Dienst beginnt oft schon lange vor Beginn der Schalterstunden, wenn zeitlich in der Früh die erste aus Wien einlangende Post zu übernehmen ist, und sie endet meist lange nach Schluß der Schalterstunden, wenn die vielfältige Verrechnungs- und sonstige administrative Arbeit in Ordnung gebracht ist.

Zu ihrer Hilfe gibt es auf den Landpostämtern einen Briefträger, der meist als sogenannte Pauschalentlohnungskraft für nur 400 S im Monat bei jeder Witterung bergauf, bergab, durch Schnee und Kot und bei glühender Sonnenhitze kilometerweit die Post bis zu den entlegensten Bauernhöfen bringen muß.

Aber auch sein Wiener Berufskollege hat kein herrliches Leben. Oft schwer bepackt muß ein Zusteller 30- bis 37 mal bis zu fünf Stock hohe Häuser treppauf, treppab abklappern. Aber die drakonischen Sparmaßnahmen der Postverwaltung machen es oft unmöglich, daß diese schwerbelasteten Menschen ihren jährlichen Urlaub, den sie dringend brauchen, auch tatsächlich ausnützen können. Es ist allgemein bekannt, daß die Posttarife in Österreich zu den höchsten der ganzen Welt gehören. Dennoch erfüllt der Staat in keiner Weise seine Verpflichtungen gegenüber den Postbediensteten, und der Personalstand entspricht noch nicht den ständig wachsenden Anforderungen.

Meine Damen und Herren! Zum Abschluß möchte ich mich noch mit einem Problem beschäftigen, das ebenfalls zu dem Aufgabenbereich des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe gehört, mit den Plänen um unsere Wasserkräfte. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß Österreichs Wasserkräfte der größte Reichtum unseres Landes sind. Diese Tatsache spielt auch eine große Rolle in den Plänen des ausländischen Kapitals.

Vor wenigen Tagen hat das Blatt des Großkapitals, „Die Presse“, Österreich als das Kraftwerk Europas bezeichnet. Aber es scheint, daß für unser Land das alte Sprichwort gilt: „Des Schusters Kinder gehen barfuß.“ Denn während österreichischer Strom bis ins Ruhrgebiet geliefert wird, während der italienische Riesen-trust Montecatini aus österreichischem Strom Riesenprofite herauswirtschaftet, ist Österreichs eigenes Industriegebiet vollkommen unzureichend mit Strom versorgt, weil der Ausbau einer der entscheidenden Kraftquellen der österreichischen Energiewirtschaft, der Donau, vernachlässigt wird.

Im neuen Budgetjahr wird endlich mit dem Bau von Ybbs-Persenbeug, dem ersten Donaukraftwerk, das der Stromversorgung von Wien und Niederösterreich dienen wird, begonnen. Viele Intrigen und Querschüsse mußten überwunden werden. Die Volksopposition hat seit

Jahren einen unermüdlichen Kampf dafür geführt, daß dieses Kraftwerk gebaut wird, und wir stellen mit großer Befriedigung fest, daß dieser Kampf endlich ein erstes Ergebnis gezeitigt hat.

Aber die Donau bietet noch viel größere Möglichkeiten. Zwar ist dadurch, daß im Interesse des westdeutschen Rüstungskapitals bei Jochenstein ein Kraftwerk gebaut wurde, der planmäßigen Ausnützung der österreichischen Donau ein schweres Hindernis geschaffen worden, aber es ist noch immer möglich, von Aschach bis Hainburg eine Reihe von Kraftwerken zu schaffen, die die rationelle Ausnützung der billigsten Energiequelle Österreichs, der Donau, erlauben.

Wir sind der Auffassung, daß der großzügige Ausbau der österreichischen Wasserkraftwerke eine der wichtigsten Aufgaben unserer Wirtschaftspolitik auf weite Sicht ist. Aber jede vernünftige Politik zum Ausbau der Energiewirtschaft muß vorsehen, daß zugleich mit dem Ausbau der Energieerzeugung auch die Voraussetzungen zur Steigerung des Verbrauches geschaffen werden. Das bedeutet: Ausbau des Kabel- und Versorgungsnetzes und schließlich Anlage von elektrochemischen und anderen Werken, die den Strom gewissermaßen veredeln. Es ist nicht einzusehen, warum die österreichische Wirtschaft nicht Betriebe schaffen könnte, die den österreichischen Strom im Lande selbst verwerten, statt daß er zu billigen Preisen ins Ausland geliefert wird, während der österreichische Kleinverbraucher außerordentlich hohe Strompreise zu bezahlen hat.

Der Konsum des Haushaltes, des Gewerbes und der Landwirtschaft ist in Österreich, verglichen mit anderen Ländern, die über Wasserkräfte verfügen, beschämend niedrig. Jede vernünftige Energiepolitik müßte davon ausgehen, daß der Stromverbrauch gesteigert wird und daß die Industrie, das Gewerbe und die Landwirtschaft ausreichend mit billiger Energie versorgt werden und die Arbeit der Hausfrau in Stadt und Land erleichtert wird. Sinn und Zweck der verstaatlichten Energiewirtschaft kann nicht sein, ausländischen Industrieunternehmen billigen Strom zuzuführen, sondern muß vor allem sein, die dringendsten Bedürfnisse im Lande selbst zu befriedigen.

Diesem Grundsatz, daß Österreichs Wasserkräfte in erster Linie Österreich dienen sollten, widerspricht das Projekt, das seit längerer Zeit in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Ich meine das sogenannte Projekt „Interalpe“. Da wird vorgeschlagen, eine internationale Gesellschaft zu gründen, deren Zweck es sein soll, die österreichischen Wasserkräfte in den Alpenländern auszubauen und auszubeuten. An dieser Gesellschaft, für deren Bildung sich Bundeskanzler

Raab, Finanzminister Kamitz und auch amerikanische Finanzkreise ausgesprochen haben, soll Österreich mit einem Viertel beteiligt sein. Mit anderen Worten: Bei der Ausbeutung österreichischer Naturschätze soll Österreich bestenfalls ein Mitspracherecht haben, während die Entscheidung darüber, was ausgebaut und wohin der Strom geliefert wird, in der Hand ausländischer Interessenten liegt.

Nach den Mitteilungen in der Presse haben die Verhandlungen über dieses Projekt auch bei den Gesprächen des Bundeskanzlers Raab in Amerika eine große Rolle gespielt. Aber das Parlament hat noch keinen Beschluß gefaßt, ja es kennt nicht einmal die Einzelheiten dieses Projekts. Der erste Wirtschaftsfachmann des Zentralorgans der SPÖ, Generalrat der Nationalbank Karl Ausch, hat in der „Arbeiter-Zeitung“ am 2. September gegen dieses Projekt Stellung genommen. Er stellte fest, daß in der Geschäftsführung der „Interalpe“ nicht Österreicher, sondern Ausländer bestimmen würden, zu welchen Preisen, wohin und zu welchen Bedingungen Strom geliefert werden soll. Darüber werden also die Ausländer entscheiden. Ausch erklärte weiter, daß die Gründung dieser Gesellschaft in Widerspruch zum 2. Verstaatlichungsgesetz steht. Der SPÖ-Wirtschaftsfachmann kritisierte in diesem Zusammenhang auch die Finanzierung der Osttiroler Kraftwerksvorhaben mit italienischen Lire, einen Widersinn, mit dem sich mein Freund Ernst Fischer erst vor kurzem auf dieser Tribüne auseinandergesetzt hat. Das katholische Wochenblatt „Die österreichische Furche“ ist diesem Projekt ebenfalls entgegengetreten und hat klar den Zusammenhang zwischen diesem Projekt und den westdeutschen Versuchen festgestellt, die größten Reichtümer Österreichs unter die Kontrolle des westdeutschen Kapitals zu bringen. Der ganze organisatorische Aufbau der geplanten „Interalpe“ entzieht Österreichs größte Energiereserve der Kontrolle unseres Landes. Und eine in Salzburg erscheinende Zeitschrift „Die österreichische Nation“ hat die „Interalpe“ als einen von langer Hand vorbereiteten Anschlag auf die österreichischen Wasserkräfte bezeichnet, als einen wirtschaftlichen Raubzug mit politischem Hintergrund. Und man kann dieser Kennzeichnung nur zustimmen.

Es sei festgestellt, daß zwei Regierungsglieder, der Bundeskanzler und der Finanzminister, ohne Befragung des Parlaments positiv zu diesem Projekt in der Öffentlichkeit Stellung genommen haben. Der zuständige Ressortminister, Ing. Waldbrunner, hat bis heute geschwiegen. Die Behandlung dieses Budgetkapitels macht es auch notwendig, daß der zuständige Ressortminister klar und eindeutig erklärt, ob er für oder gegen dieses Projekt der

Auslieferung der Energiereichtümer Österreichs an das ausländische Kapital ist, ob er für oder gegen dieses Projekt der Verletzung des Verstaatlichungsgesetzes ist.

Meine Damen und Herren! Im Verlauf der Budgetdebatte haben die Abgeordneten der Volksoption wiederholt auf die Tatsache hingewiesen, daß die Politik der Regierung dazu geführt hat, die Positionen des in- und ausländischen Kapitals in unserem Lande zu verstärken. Es wäre eine der wichtigsten Aufgaben der verstaatlichten Betriebe und ihrer Führung, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Das ist aber nicht der Fall. Die Beispiele, die ich hier angeführt habe, beweisen zur Genüge, daß sowohl in der unmittelbar verstaatlichten Industrie, vor allem aber in jenen Betrieben, die durch die verstaatlichten Banken verwaltet werden, die Positionen des Privatkapitals nicht schwächer, sondern stärker werden. Aus diesem Grunde lehnen die Abgeordneten der Volksoption auch dieses Kapitel des Budgets ab.

Präsident **Böhm**: Als nächster Redner gelangt der Herr Abg. Sebinger zum Wort.

Abg. **Sebinger**: Hohes Haus! Werte Damen und Herren! Die Gruppe X des Finanzgesetzes gibt wie kaum eine andere Gruppe Gelegenheit, auch grundsätzlich zu den Fragen der Wirtschaftsauffassung und -führung Stellung zu nehmen.

Die wirtschaftliche Entwicklung, die die verstaatlichte Industrie genommen hat, kann im allgemeinen als zufriedenstellend bezeichnet werden. Hätte nun diese zufriedenstellende Entwicklung ihre Ursache nicht in einer Weltkonjunktur, sondern in der Steigerung des Verbrauches von Konsumgütern aller Art, wie sie nur in einer Welt des Friedens und der Wohlfahrt möglich ist, so könnte man von einer echten Konjunktur reden, und wir könnten mit einer gewissen Befriedigung und Beruhigung in die Zukunft schauen. Dem ist aber nicht so. Die Begründung der weltwirtschaftlichen Konjunktur liegt leider in der Tatsache des latenten Gegensatzes zwischen Ost und West, der scheinbaren Unmöglichkeit des Abbaues des gegenseitigen Mißtrauens mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen. Eine davon ist die Tatsache, daß sich die Eisen- und Stahlindustrie in einer Hausse-Situation befindet, die den Konkurrenzkampf wesentlich mildert und verflacht, die Auftragszuschläge erleichtert, während der Konkurrenzkampf der Konsumgüterindustrie auf dem Weltmarkt immer schärfere Formen annimmt. Von dieser Warte aus muß man die Produktionsentwicklung der verstaatlichten Industrie und der Privatindustrie betrachten, wenn man nicht zu einer unrichtigen Schlußfolgerung gelangen will.

57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954 2637

Der Herr Minister hat auf eine Anfrage des Herrn Abg. Wolf im Finanz- und Budgetausschuß in dankenswerter Weise die Produktionsleistungen der verstaatlichten Industrie bei einem Produktionsindex von 1949 gleich 100 und die sich daraus ergebenden Vergleichszahlen bekanntgegeben: Im Jahre 1950: Produktionsleistung verstaatlichte Industrie 110, Gesamtindustrie 118; 1951: verstaatlichte Industrie 135,6, Gesamtindustrie 134,7; 1952: verstaatlichte Industrie 149,7, Gesamtindustrie 136,1; 1953: verstaatlichte Industrie 162,5, Gesamtindustrie 138,4.

Wenn man diese Zahlen genau betrachtet, so spiegeln sie die Konjunktorentwicklung, wie ich sie vorgetragen habe, ganz deutlich wider. Dies gilt auch im Vergleich zu den einzelnen Monaten dieses Jahres. Aber auch bei den Produktivitätsziffern sind ähnliche Ergebnisse festzustellen.

Nun kommt aber der Herr Minister zu einer Schlußfolgerung. „Der Vergleich zeigt“, — sagt er — „daß die verstaatlichte Industrie ihre Leistungen in rascher Folge außerordentlich gesteigert hat und über dem Durchschnitt der Gesamtindustrie liegt.“ Nun, diese Schlußfolgerung scheint mir sehr gewagt zu sein, weil sie von allzu häuslichen Aspekten ausgeht und das vorhin Gesagte vollkommen außer acht läßt.

Aber auch eine andere Tatsache wird in diesen Schlußfolgerungen schamhaft übergangen, nämlich, daß von den über 6 Milliarden Schilling aus den Marshallplan-Konten der verstaatlichten Industrie vier Fünftel zugefallen sind, während die gesamte Privatindustrie lediglich mit einem Fünftel bedacht wurde, und daß noch vor wenigen Jahren — jetzt soll dies dem Vernehmen nach ja anders geworden sein — die Steuerleistung der verstaatlichten Industrie nur einen Bruchteil dessen darstellte, was die übrige Wirtschaft an Steuerleistungen aufzubringen hatte. Das alles aber sollte man ins Kalkül ziehen, bevor man aus Produktionsvergleichszahlen Schlußfolgerungen zieht, die ein schiefes Bild geben, irreführend sind und daher auch verletzen.

Wenn ich hier auch nicht, wie mein Parteikollege Dr. Oberhammer im Finanzausschuß bei einem anderen Kapitel sagte, sagen will: — „Nein, Tell, die Antwort laß ich dir nicht gelten“, so möchte ich doch davor warnen, derartige einseitige Schlußfolgerungen aus Produktionsvergleichsziffern zu ziehen.

Die verstaatlichte Industrie hat aber nicht nur eine wirtschaftliche Seite, sondern ebenso eine eminent politische. Doch davon später. Zu den wirtschaftlichen Fragen gehört auch das Verhältnis der österreichischen Montan-

industrie zur europäischen Montanunion, und hier hat vor einiger Zeit eine Wiener Zeitung folgende Nachricht gebracht:

„Einen eindringlichen Appell an die österreichische Regierung, die Verhandlungen mit der Hohen Behörde der europäischen Montanunion bald wieder aufzunehmen, richtete der Ausschuß für politische Angelegenheiten des Montanparlaments Montag in Straßburg an die Adresse Wiens. Die bisherigen Verhandlungen seien wegen der starren Haltung der Wiener Delegation und den Forderungen der Österreicher nicht weitergekommen. Der Ausschuß betonte, die Hohe Behörde habe die Verhandlungen im Geiste großzügigen Entgegenkommens geführt. Eine Vorzugsregelung sei jedoch nicht möglich. Einem außenstehenden Lande, nämlich Österreich, könnten nicht Rechte gewährt werden, die denjenigen der Mitgliedstaaten nahekomen, ohne daß dieses Land bereit ist, demgegenüber auch entsprechende Verpflichtungen einzugehen.“

Die Zeitung kommentiert dann diesen Appell mit den Worten:

„Dieser Appell mit seiner höchst einseitigen Stellungnahme wird in Österreich berechtigtes Erstaunen hervorrufen. Die Vertreter der Montanunion haben bei den bisherigen Verhandlungen keineswegs das Entgegenkommen gezeigt, das der Bericht erwähnt. Man hat Österreich lediglich geringfügige Zollkonzessionen angeboten, dafür aber gefordert, daß die österreichische Eisen- und Stahlindustrie Preisbindungen eingeht, die kartellartigen Charakter tragen. Diese Preisbindungen hätten überdies von der österreichischen Regierung garantiert werden sollen, was aus politischen und juristischen Gründen unmöglich ist.“

Ich möchte dazu nur folgendes sagen: In diesem Hause besteht meines Wissens ein Ausschuß für europäische Angelegenheiten. Unsere Beziehungen zum Montanparlament sind eine österreichisch-europäische Angelegenheit. Es erschiene mir daher an der Zeit, daß die Regierung diesen Ausschuß mit dieser Frage beschäftigt. Warum dies bis jetzt nicht geschehen ist, ist mir nicht ganz erklärlich, zumal die Verschlechterung unserer Beziehungen zur Montanunion, die zum Abbruch der Verhandlungen geführt hat, keineswegs mehr ein Geheimnis darstellt.

Meritorisch aber möchte ich folgendes sagen: Das Montanparlament in Straßburg scheint vom Sonderfall Österreich, für den wir nicht verantwortlich zeichnen, noch keine Kenntnis erlangt zu haben. Dieser Sonderfall schließt den direkten Beitritt Österreichs zur Montanunion aus. Aber auch der Status einer assoziierten Macht ist für Österreich nicht akzep-

tabel. Der Sonderfall Österreich ist daher nur durch eine Vorzugsregelung zu lösen, die sich nicht in geringfügigen Zollkonzessionen erschöpft, sondern unter großzügigem Verzicht auf politische Verpflichtungen erfolgen muß.

Zum Tenor dieses eigenartigen Appells möchte ich sagen, daß wir immerhin einen Staat repräsentieren, der auf eine tausendjährige Geschichte zurückblicken kann und der seine bekannte Konzilianz auch in einer robuster gewordenen internationalen Atmosphäre bewahren will. Mut, Anpassungsfähigkeit und feste Haltung werden uns auch in diesem Fall zu einer für Österreich tragbaren und brauchbaren Lösung führen.

Und nun zu dem, was ich früher als die politische Seite der verstaatlichten Industrie bezeichnet habe. Der Herr Minister Waldbrunner hat in der Zeitschrift „Die Zukunft“ im Heft 6 aus 1953 unter dem Titel „Die Bedeutung der Staatsunternehmen für die Errichtung und Erhaltung der Wirtschaftsdemokratie“ einen sehr bezeichnenden Satz geschrieben. Er sagt: „Die Kontrolle soll sich nicht in der strengen Sächlichkeit eines Kontrollamtes erschöpfen, sondern die Volksvertretung beschäftigen, die neben der Gesetzgebung auch sonst die Kontrolle der Verwaltung ausübt.“ Und genau das möchte ich jetzt tun.

Wenn sich der Herr Minister in einem anderen Heft der „Zukunft“, und zwar im Heft 10/11 aus 1950 auf Seite 285, eine Richtlinie für die Personalpolitik gegeben hat, die wörtlich lautet: „Es ging in den vergangenen Jahren und es geht in der Zukunft nicht darum, eine Personalpolitik zu betreiben, die vom Türsteher bis zum Direktor das sozialistische Parteimitgliedsbuch als Einstellungsfordernis voraussetzt“, so muß ich sagen, daß mir diese Richtlinie eigentlich gefällt, denn sie ist eine klare Richtlinie. Aber wenn ich mir heute hier meinen Parteifreund, den Abg. Bleyer, angehört habe und dann die Resonanz, die seine Ausführungen bei unserem Koalitionspartner erweckt haben, näher betrachte, so werde ich das Gefühl nicht los, daß zwischen der Theorie des Herrn Ministers und der durchführenden Praxis sehr, sehr oft eine Havarie entsteht. Der Herr Abg. Bleyer hat uns hier an einigen Beispielen gezeigt, daß dieser Grundsatz, den der Herr Minister Waldbrunner auch für sich aufgestellt hat, nicht überall beachtet, ja anscheinend nicht sehr selten nicht beachtet wird.

Gerade das aber ist es, was wir von der Personalpolitik in den verstaatlichten Betrieben erwarten müssen. Es ist schon so, daß unter der Belegschaft der verstaatlichten Betriebe

sehr häufig — ob nun mit Recht oder zu Unrecht, das will ich nicht untersuchen — die Meinung verbreitet ist, daß die Arbeit und das Brot, das die verstaatlichte Industrie den Menschen gibt, ein sozialistisches Brot ist. Das ist es, was wir hier auszusetzen haben, und das ist es auch, worin wir eine Beeinträchtigung der Geisteshaltung des Menschen, eine Beeinträchtigung seiner persönlichen Freiheit und auch eine Verletzung des Koalitionsrechtes erblicken müssen. Und wir werden uns darüber sehr freuen, wenn dieser Grundsatz, den der Herr Minister in diesem Heft ausgesprochen hat, zum Allgemeingut in der Verwaltung und in der Personalpolitik der verstaatlichten Industrie wird, wenn Toleranz und Achtung vor der Weltanschauung des anderen dort wieder Platz greift.

In einem anderen Heft — ich muß Ihnen auch den Titel sagen: „Die verstaatlichten Betriebe — ein Aktivum der österreichischen Wirtschaft“ — sagt der Herr Minister: „Die Tatsache, daß sich diese Unternehmungen, die im Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe zusammengeschlossen sind, gegenseitig unterstützen und mit Hilfe des Ministeriums ihre Lebensnotwendigkeit geschlossen verteidigen können, hat sehr wesentlich zu diesem Erfolg beigetragen.“

Ich muß sagen, ich finde es als selbstverständlich, daß sich die verstaatlichten Betriebe, soweit es angängig ist, untereinander unterstützen. Aber hier ist vielleicht gerade in diesem Absatz der Herr Minister in seinem eigenen Ministerium nicht verstanden worden. Denn ich habe hier ein Rundschreiben des Ministeriums für verstaatlichte Betriebe. Es trägt die Zahl 79.072-V/1/51 und lautet:

„Die verstaatlichten Unternehmen sind dadurch, daß sie der Republik Österreich eigentümlich sind, Unternehmen derselben juristischen Person. Sie haben daher danach zu streben, daß sie sich, sofern sie nicht durch außerordentliche Verhältnisse der Verfügungsgewalt der ordentlichen Organe (öffentliche Verwalter) entzogen sind, gegenseitig zu fördern, genau wie die Unternehmungen eines Großkonzerns. Sie müssen daher bemüht sein, sich bei Lieferungen und Leistungen zu berücksichtigen. Die Geschäftsleitungen werden besonders darauf zu achten haben, daß den Einkauf bei anderen Unternehmungen nur sachliche Interessen entscheiden. Vor allem müssen die verstaatlichten Unternehmen sich damit vertraut machen, welche Arten von Lieferungen und Leistungen von anderen verstaatlichten Unternehmungen erbracht werden können, damit die Lieferungs- oder Leistungsmöglichkeit der verstaatlichten Unternehmen voll ausgenützt werden kann.“

57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954 2639

Dann folgt ein zweiter Absatz:

„Bei dieser Gelegenheit wird darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaft Raky-Danubia, die als Bohrunternehmen tätig ist, zu den verstaatlichten Gesellschaften zählt. Sie verfügt über Rotary- und Counterflush-Geräte, die mit Zustimmung der zuständigen Besatzungsmächte auch außerhalb Wiens und Niederösterreichs Verwendung finden können. Im Falle der beabsichtigten Vergebung von Bohraufträgen sollte daher auf jeden Fall ihre Heranziehung erwogen werden.

14. September 1951.

Für den Bundesminister:

Dr. Steiner-Haldenstädt.

Für die Richtigkeit der Ausfertigung:

Schütz m. p.“

Würde dieses Rundschreiben nur den zweiten Teil beinhalten, dann wäre dagegen nichts einzuwenden, aber so wird hier in einer, ich muß sagen, nicht sehr ungeschickten Form die Auftragserteilung an andere als verstaatlichte Unternehmungen wesentlich erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht. Damit unterbinden wir das freie Spiel der Kräfte, das in Zusammenwirken von Leistung, Angebot und Nachfrage besteht, und darüber hinaus wird das für eine gedeihliche Gesamtwirtschaft erforderliche gemeinsame Nebeneinander von verstaatlichter Industrie und privater Industrie und privater Wirtschaft in eine Kampfstellung zueinander gebracht. Ich kann nicht glauben, daß man mit einer solchen Diktion, mit einem solchen Rundschreiben etwa verfolgen wollte, in den verstaatlichten Industrien das zu propagieren, das zu veranlassen, was man in der Privatindustrie seit eh und je verdammt und verurteilt hat, nämlich die Trust- und Konzernbildung. Das kann nicht Aufgabe der verstaatlichten Industrie sein. Sollte man aber hier der Meinung sein: Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe!, dann weiß ich nicht, wie die Sozialistische Partei das mit ihrer bisherigen Haltung zur Trust- und Kartellbildung in Einklang zu bringen vermag.

Hohes Haus! In einem anderen Heft sagt der Herr Minister: „Gemeinwirtschaft und Privatwirtschaft könnten also durchaus zweckmäßig und friedlich nebeneinander leben, wenn sich nicht manche Teile der privaten Wirtschaft, obwohl sie Vorteile aus der Sozialisierung ziehen, in politischer Verblendung von den kapitalistischen Nutznießern der Monopolunternehmungen im Kampfe gegen die Gemeinwirtschaft als Vorspann mißbrauchen ließen.“

Nun, ich meine, es ist sicher richtig und zu begrüßen, wenn der Herr Minister entgegen diesem Rundschreiben dem gedeihlichen

Nebeneinander von Privatwirtschaft und verstaatlichter Wirtschaft das Wort redet. Gegen sogenannte kapitalistische Übergriffe aus politischen Gründen und als Ausfluß politischer Begebenheiten, glaube ich, wird der Herr Energieminister genügend Energie haben, um sich durchzusetzen. Was wir aber von ihm verlangen und was wir von der Sozialistischen Partei in den verstaatlichten Betrieben verlangen müssen, ist, daß die Grundsätze in der Personalpolitik und die Grundsätze für das gedeihliche Nebeneinander der privaten und der verstaatlichten Wirtschaft, die der Herr Minister selbst aufgestellt hat, konsequent zur Durchführung gelangen. Dann wird es keine wesentlichen Differenzen und keine wesentliche Auseinandersetzung zwischen uns geben. Lassen wir den Geist der Toleranz, den Geist der Duldsamkeit in allen diesen Betrieben walten! (*Abg. Horn: Aber bei der NEWAG auch!*) Ich glaube, Sie sind dort immer noch stark genug. (*Weitere Zwischenrufe.*) Schauen Sie, es fehlt ja nur noch eines, daß Sie wieder Ihren CVer-Komplex bekommen. Das fehlte noch. Glauben Sie nicht, daß so manches, was Ihnen unsympathisch ist, letzten Endes nur der Ausfluß dessen ist, was Sie selbst in den Betrieben, in denen Sie eine machtpolitische Rolle spielen, vorexerzieren? (*Abg. Marianne Pollak: Umgekehrt!*) Lassen Sie ab davon! (*Abg. Horn: Ihr auch! — Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident **Hartleb** (*der inzwischen den Vorsitz übernommen hat*): Ich bitte um Ruhe!

Abg. Sebinger (*fortsetzend*): Wir verlangen wirklich nicht von Ihnen, wie etwa der Herr Abg. Freund gemeint hat, er könne uns nicht die Mitglieder bringen, daß Sie das tun. Die besorgen wir uns schon selber. Aber wenn wir — und die Frage ist viel zu ernst — die Freiheit des Menschen wollen und wenn wir das Koalitionsrecht unantastbar aufrechterhalten wollen, dann ist es notwendig, daß die Grundsätze, die sich der Herr Minister hier aufgestellt hat, absolut und in jeder Hinsicht von allen seinen ihm anvertrauten Dienststellen eingehalten werden und daß bei Aufnahmen und bei Beförderungen wirklich nur die Grundsätze der Sachlichkeit, der Leistung ihre Anerkennung finden. (*Abg. Horn: Auch beim Landesrat Müllner! — Weitere Zwischenrufe.*) Wenn wir uns so verhalten (*lebhaftes Zwischenrufe und Unruhe*), wenn wir diese Forderung als unsere unabdingbare Forderung ... (*Anhaltende Zwischenrufe.*)

Präsident **Hartleb**: Ich bitte, keine Zwiesgespräche! (*Weitere Zwischenrufe und Unruhe.*) Ich bitte um Ruhe! (*Andauernde Zwischenrufe.*)

Abg. Sebinger (*fortsetzend*): Die verstaatlichte Industrie hat, das wollen wir mit Freude fest-

stellen, wesentliche Fortschritte erzielt. Sie ist zu einem wirtschaftlichen Machtfaktor geworden. Versuchen wir nicht, sie auch zu einem politischen Machtfaktor zu machen. (*Weitere Zwischenrufe und Unruhe.*) Versuchen wir nicht, sie zu einem politischen Machtfaktor zu machen, sondern anerkennen wir, daß die verstaatlichte Industrie nicht einer bestimmten Partei gehört, sondern dem ganzen österreichischen Volk, weil sie unsere gemeinsame verstaatlichte Industrie ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Hartleb**: Als nächster Redner ist gemeldet der Herr Abg. Haberl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Haberl**: Hohes Haus! Ich bin mit Interesse den Ausführungen über die verstaatlichte Industrie gefolgt, mit besonderem Interesse jenem Abgeordneten, der hier betont hat, daß er selbst aus der verstaatlichten Industrie komme (*Abg. Wallner: Der aus der Praxis stammt!*), weil man gerade bei ihm annehmen muß, daß er die Verhältnisse in diesen Betrieben kennt. Ich bin nun selbst auch in der Situation, als Arbeiter eines verstaatlichten Betriebes hier sprechen zu können. Der Abg. Bleyer ist ja mit der Länge seiner Ausführungen immer bescheidener geworden. Er hat zuerst dargelegt, daß er im Namen der Arbeiter in den verstaatlichten Betrieben spreche, und zuletzt hat er sich in der Weise geäußert, daß er sagte, es wären die Interessen eines Teiles dieser Arbeiter. Er hat mir aber auch nicht, obwohl er in der verstaatlichten Industrie beschäftigt ist, den Eindruck eines sogenannten „Staatssklaven“ gemacht, von dem er gesprochen hat, wie überhaupt in seinen Ausführungen manche Unklarheiten sind, denen ich jetzt entgegentreten möchte.

Er hat zuerst davon gesprochen, er sei kein Gegner der Verstaatlichung, gleichzeitig aber betont, daß er keinesfalls ein Anhänger der Verstaatlichung ist. Er hat zuerst für die Verstaatlichung gesprochen und im gleichen Atemzug davon, daß man die Verstaatlichung zumindest teilweise rückgängig machen müßte. Wenn man sich das hier so angehört hat, dann hat man nicht gerade den Eindruck des so oft propagierten klaren Kurses der Österreichischen Volkspartei, zumindest auf diesem Gebiet, gehabt.

Er hat auch einige Beispiele angeführt, doch müßte man zumindest bei ihm annehmen, daß er weiß, daß sie gar nicht so sind, wie er sie hier dargestellt hat. Mir ist bekannt, daß der Abg. Bleyer in Leoben beheimatet ist. Wenn er davon gesprochen hat, daß die Betriebe nicht den Parteien gehören, dann hätte er doch zumindest aus seinem eigenen Wirkungsbereich wissen müssen, daß Angehörige und Funktionäre der Österreichischen Volks-

partei in Leoben selbst von Baustelle zu Baustelle gegangen sind und den Bauarbeitern Anstellungen im Werk Donawitz versprochen haben, wenn sie nur Mitglied der Österreichischen Volkspartei werden. (*Hört! Hört!-Rufe bei den Sozialisten.* — *Abg. Horn zur ÖVP: Jetzt ist es auf einmal still bei Ihnen!*)

Er hat hier auch verschiedene Beispiele bezüglich der Personalpolitik angeführt und hat gesagt, die Österreichische Volkspartei lege Wert darauf, daß man vom Proporzsystem abkommt. Ich frage Sie: Wieso legen Sie dann gleichzeitig immer wieder Wert darauf, daß mehr als die Hälfte aller Vorstands- und Aufsichtsratsposten von der Österreichischen Volkspartei besetzt werden? Durch die Übernahme dieser vielen Posten sind Sie ja gleichzeitig zu mehr als der Hälfte auch für jene Personalpolitik verantwortlich, die Sie hier von dieser Stelle aus immer wieder so gern angreifen. (*Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.*) Außerdem sind mir selbst aus meinem eigenen Betrieb persönlich Beispiele genug bekannt. So hat ein Direktor der Österreichischen Volkspartei nicht davor zurückgeschreckt, sich mit der Aufstellung von Betriebsratslisten und ihrer Propagierung zu beschäftigen.

Auch verschiedene andere Dinge stimmen nicht, die der Herr Abg. Bleyer hier angeführt hat. Er hat zum Beispiel betont, daß die Österreichische Volkspartei für die Berufung auf einen solchen Posten eine gewisse Eignung verlangt. Ich kann Ihnen hier ein praktisches Beispiel aus der seinerzeitigen Hütte Liezen anführen, wo die gesamte Belegschaft ein ganzes Jahr hindurch einen entschlossenen Kampf führen mußte, um einen von Ihnen dort eingesetzten, angeblich so sehr geeigneten Direktor wegzukriegen, weil es sich auch in Ihren Reihen damals bereits herumgesprochen haben mußte — und viele Ihrer Funktionäre haben ja das zugegeben —, daß der Mann keinesfalls für die Führung dieses Betriebes geeignet war, sondern ihn vielmehr in eine Katastrophe geführt hätte.

Gleichzeitig wird hier erwähnt, daß für die Betriebsvertreter keine Möglichkeit zur Teilnahme an Generalversammlungen gegeben sei. Auch dies ist ein Irrtum. Ich selbst bin Vertreter der Belegschaft im Aufsichtsrat unseres Betriebes und habe jederzeit die Möglichkeit und werde auch eingeladen, an solchen Generalversammlungen teilzunehmen. Aber auch das ist sicher wieder eine Frage, wie man eine solche Funktion eben auffaßt, denn wenn man sie im Interesse der Belegschaft ernst auffassen würde, dann könnte man niemals zu einer solchen Meinung kommen, wie sie heute hier ausgesprochen worden ist, daß die Vertreter der Betriebsräte in diesen Aufsichtsräten sitzen und angeblich nichts zu reden haben.

Damit komme ich auch zu den Ausführungen, die der Herr Abg. Koplenig hier vorgebracht hat. Er hat eingangs erwähnt, daß Donawitz und die Betriebsräte dort einmal beispielgebend gewesen sind. Wahrscheinlich hat er jene Zeit gemeint, in der es dort noch mehr kommunistische Betriebsräte gegeben hat als heute. Ich kann Ihnen aber auch in diesem Fall aus der Praxis sagen, daß jene beispielgebende Arbeit bei einem Teil der Angestellten in einer Zeit, in der es dort einen kommunistischen Betriebsratsobmann gegeben hat, ungefähr so ausgesehen hat, daß die schichtführenden Meister fast in sämtlichen anderen Betrieben der verstaatlichten Industrie Österreichs in der Gruppe M 3 eingestuft waren, während in Donawitz fast sämtliche schichtführenden Meister in der Gruppe M 2 eingestuft waren und es dem Betriebsrat der Kommunistischen Partei dort nicht gelungen ist, eine höhere Einstufung zu erzielen. Ist das also jene beispielgebende Arbeit?

Der Abg. Koplenig hat hier besonders viel Zeit für die sogenannte Arbeitsplatzbewertung verschwendet, die ich ebenfalls aus meinem Betrieb kenne. Ich kann dazu im Namen unserer Belegschaft nur folgendes sagen, Herr Abg. Koplenig: Selbst wenn diese Arbeitsplatzbewertung aus Amerika kommen sollte, ist sie uns noch immer lieber als Ihr Stachanow-System, für das Sie eintreten! (*Beifall bei der SPÖ.*) Denn es ist eine Tatsache, daß überall dort, wo diese Arbeitsplatzbewertung bis heute eingeführt wurde, gleichzeitig auch eine Erhöhung der Gehälter und der Löhne vor sich gegangen ist. Außerdem muß man ehrlicherweise feststellen, daß diese Arbeitsplatzbewertung doch nur dann eingeführt wird, wenn die Vertreter der Belegschaft selber einer solchen Einführung zugestimmt haben.

Sie haben hier auch Beispiele von der VÖEST angeführt und gemeint, daß die Leistungen der verstaatlichten Betriebe — besonders auf dem Gebiete des Mietzinses — zu gering seien. Ich gehöre selbst als Betriebsratsobmann nicht zu jenen, die unbedingt festzustellen haben, daß die Leistungen schon genügend seien, denn es ist selbstverständlich unsere Aufgabe — und dazu braucht uns niemand anspornen —, alle Möglichkeiten auszunützen, um auf sozialem Gebiete immer weiter zu kommen. Zu der Frage der Mietzinse muß aber festgestellt werden, daß zum Beispiel die VÖEST in Linz bei allen Mieten, die über 10 Prozent des Einkommens des Betroffenen hinausreichen, die Mehrkosten in Form eines Zuschusses selbst übernimmt.

Auch das, was Sie über Lankowitz gesagt haben, stimmt nicht ganz. Hayden und Simoni sind Direktoren der Lankowitzer Kohlen-Compagnie gewesen, und zwar nur bis zum 30. Ok-

tober; seit der Verschmelzung mit der Graz-Köflacher fällt dies weg. Mayr-Melnhof scheint seit 1950 nicht mehr im Aufsichtsrat der Lankowitzer auf.

Abschließend möchte ich Ihnen nur noch raten: Da Sie auf dem Gebiete des Mitbestimmungsrechtes anscheinend Fachmann und Spezialist sind, könnten Sie einen Ihrer nächsten Vorträge vielleicht dazu verwenden, um dem Hohen Hause hier einmal etwas über das Mitbestimmungsrecht bei Ihren USIA-Betrieben zu erzählen.

Nun aber, meine Damen und Herren, wie ist es wirklich in der verstaatlichten Industrie? Stellen wir doch fest, daß man sich im Jahre 1945, als ein großer Teil der österreichischen Industrie entweder zerstört oder rücksichtslos ausgeraubt zurückgeblieben war, vor allem über zwei Erfordernisse im klaren war: erstens daß man die österreichische Wirtschaft, vor allem ihre Schwer- und Grundstoffindustrie auch als Fundament der österreichischen Selbständigkeit so schnell wie möglich wiederaufbauen und in Gang setzen mußte, und zweitens daß diese Aufgabe nach Größe und Umfang besonders zur damaligen Zeit, in einer Zeit des Hungers und der Not, nur der Staat selber lösen konnte und dieser auch nur deshalb, weil die arbeitende Bevölkerung damals mit ihren Leistungen über sich selbst hinauswuchs.

Über die einzige Möglichkeit, durch Teilnahme der Bevölkerung am direkten Geschehen dieser Betriebe die höchste Leistungsfähigkeit im Wiederaufbau dieser wichtigsten Wirtschaftsgruppe zu erreichen, waren sich damals alle Parteien und alle Abgeordneten im klaren. Die Entwicklung hat ihnen recht gegeben. Die Einmütigkeit der Beschlüsse von damals muß heute besonders bei solchen Reden, wie sie heute wieder gehalten worden sind, immer wieder betont werden. Über den größten geschlossenen Wirtschaftskörper unseres Landes kann man daher auch nicht polemisch reden, sondern eine so ernste Sache ist einer ernsteren Behandlung wert.

Dieser so wichtige Zweig unserer Wirtschaft ist wie kein zweiter seit 1945 immer wieder angegriffen und bekämpft worden. Diese Haltung hat aber der günstigen Entwicklung keinen Abbruch tun können. So ist zum Beispiel die Produktion von 1949 bis zum ersten Halbjahr 1954 um 65 Prozent gestiegen. Bei Rohstahl ist gegenüber 1952 mit einer Produktion von 1.005.000 t im ersten Halbjahr 1954 allein eine Produktion von 736.000 t festzustellen. Die Werksleistung zum Beispiel bei Braunkohle pro Mann und je Schicht betrug 1950 im Durchschnitt 1183 t und im ersten Halbjahr 1954 1636 t. Die Produktivität ist seit 1950 erneut um 35 Prozent gestiegen, wobei die

Kohle mit 40 Prozent und die Elektroindustrie mit 46 Prozent den stärksten Anteil haben.

Wir sehen, daß auch hier die Investitionen immer mehr Früchte zu tragen beginnen. Sie und die ständig steigende Leistung sind die Ursachen der großen Produktionszahlen und der stolzen Produktivitätswerte. Es ist nicht so, wie der Herr Abg. Sebinger angeführt hat, daß dies lediglich die Erscheinung einer augenblicklichen Konjunktur sei, sondern ich muß feststellen, daß diese Zahlen stetig und nicht sprunghaft gestiegen sind und sich noch immer weiter nach oben entwickeln.

Welch gewaltigen Umfang die verstaatlichten Betriebe haben und welch bedeutenden Platz sie innerhalb unserer Volkswirtschaft einnehmen, beweist ihr Umsatz, der ohne Elektrowirtschaft jährlich zirka 10 Milliarden Schilling beträgt, ebenso ihr Anteil am Gesamtexport mit 26 Prozent. Die sehr oft kritisierte Steuerleistung betrug 1953 allein 548 Millionen Schilling. Diese Zahlen sind schon einige Male und heute wieder von einer gewissen Seite angezweifelt worden. Ich möchte hier feststellen, daß es sich ausschließlich um Zahlen handelt, die aus den Betrieben selbst stammen und wahrscheinlich, ja wir können behaupten, sicher richtiger sind als Schätzungen eines privaten Instituts, die immer wieder zum Vergleich herangezogen werden.

Von verschiedensten Seiten wurde schon oft auf einen angeblichen Leistungsunwillen der Beschäftigten und auf eine sogenannte Leistungsfeindlichkeit der Unternehmungsleitungen hingewiesen. Ich muß beiden Begriffen schärfstens entgegentreten, weil sie nicht den Tatsachen in der verstaatlichten Industrie entsprechen. Die Arbeiter und Angestellten wissen genau, daß ihre Leistung und der damit verbundene wirtschaftliche Erfolg die Grundlage ihrer sozialen Rechte und auch ihrer weiteren Forderungen ist. Außerdem findet in allen Lohnschemas dieser Industrie die Leistungsanerkennung ihren Niederschlag. Neben dem Grundlohn sind fast durchwegs auf die Produktion aufgebaute Prämien zu einem Einkommensteil geworden.

Der Herr Abg. Köck von der Österreichischen Volkspartei hat bei der Behandlung des Berichtes des Rechnungshofes selbst anerkannt, daß die Löhne und Gehälter in der verstaatlichten Industrie durchwegs über den Kollektivverträgen liegen. Ich danke ihm für seine Ausführungen, denn diese Ausführungen sind gleichzeitig eine Anerkennung der Arbeit der sozialistischen Betriebsräte in den verstaatlichten Betrieben. *(Beifall bei der SPÖ.)* Denn 80 Prozent aller Betriebsräte in den verstaatlichten Werken sind Sozialisten, und ihre Erfolge sind es ja letzten Endes, denen diese Be-

zahlung zu danken ist. Die Beschäftigten bekommen also auch von Ihnen, von einem Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei, bestätigt, daß sie gut gewählt haben.

Wenn Sie aber in den Betrieben — und hier komme ich zu einer sehr ernsten Frage — eine geschlossene Front hinter den Sozialisten sehen, so reden Sie nicht immer von Terror, sondern sehen Sie darin das Erkennen der Vorteile dieser neuen Wirtschaftsform für die Arbeiter und Angestellten und die Anerkennung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Erfolge der Sozialisten durch die Beschäftigten dieser Werke. Übrigens, wenn Sie sich für Terror besonders interessieren, so könnte ich Ihnen einige Beispiele aus Ihren Kreisen nennen und einige Betriebe anführen, in denen es unter Androhung der Entlassung vom Betriebsinhaber der Belegschaft verboten wird, überhaupt einer gewerkschaftlichen Organisation beizutreten. *(Abg. Wallner: Wo ist das? — Abg. Prinke: Nennen Sie Namen!)* Ich frage Sie: Was ist denn das? Wieso nehmen Sie dazu nicht Stellung? Wahrscheinlich ist das jene Abart einer gewissen Freiheit, wie Sie sie verstehen. *(Abg. Prinke: Nennen Sie Namen! Das ist eine Pausalverdächtigung!)*

Doch auch andere große Sozialleistungen sind in der verstaatlichten Industrie durchgeführt worden. *(Abg. Prinke: Sie sind nicht in der Lage, einen Namen zu nennen! — Abg. Lackner: Das können Sie in einer Wahlversammlung machen, aber nicht hier!)* Ich erinnere nur als Beispiel an die Zuschüsse zur Altersrente *(Rufe bei der ÖVP: Namen nennen! — Abg. Horn: Bleyer hat auch keine Namen genannt! — Präsident Hartleb gibt das Glockenzeichen)*, an die verschiedenen Leistungen im Wohnungsbau, an die Mietenzuschüsse, an die Kindererholungsaktionen, an die Betreuung der Berufskranken, besonders der Silikose-Kranken, an die zusätzlichen Unfallversicherungen und auch an die Sportförderung *(Abg. Prinke: Zuerst verleumdern — und dann reden Sie von etwas anderem! Dann reden Sie von der Silikose!)* und an die Förderung der kulturellen Bestrebungen. *(Weitere Zwischenrufe.)*

Präsident **Hartleb** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte um Ruhe!

Abg. **Haberl** *(fortsetzend)*: Es wäre unrichtig, wenn man behaupten würde, daß alle Probleme in der verstaatlichten Industrie gelöst sind. Es wird natürlich Differenzen geben, sie werden immer wieder aufscheinen. Sie müssen nur anständig ausgetragen werden, und das Mitspracherecht der Belegschaft muß gesichert sein. Es bleibt aber unbestritten, daß viele soziale Einrichtungen in dieser Industrie vorbildlich sind. Über diese Alltagsfragen hinaus behandelt ein Sozialbeirat alle Fragen, berät

57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954 2643

den Minister und hat sich so schon vielfach bewährt. Ich muß hier auch auf den Kampf der verstaatlichten Industrie gegen die Winterarbeitslosigkeit hinweisen. Heuer allein sind in 37 verstaatlichten Unternehmungen von November bis März Investitionen in der Höhe von 322 Millionen Schilling vorgesehen.

Meine Damen und Herren! Nach dem 1. Verstaatlichungsgesetz sind auch die Anteilsrechte der Berndorfer Metallwarenfabrik verstaatlicht worden. Da der Betrieb unter fremder Verwaltung steht, mußte die Durchführung unterbleiben. Das Triestingtal ist inzwischen zu einem niederösterreichischen Notstandsort geworden. Die österreichische Regierung ist daher an die Besatzungsmacht um Rückgabe des Betriebes herangetreten mit der Absicht, die Erzeugung von Aluminium-Fertigwaren in Berndorf aufzunehmen. Dies ist ein in Österreich neuer Fertigungszweig, in dessen Entwicklung unser Land gegenüber anderen Industriestaaten zurückgeblieben ist und der für niemand im Inland Konkurrenz bedeutet hätte. Die verstaatlichte Aluminiumindustrie beliefert zum Beispiel die weiterverarbeitende Industrie mit Rohaluminium, dessen Preis niedriger ist als in den Vereinigten Staaten. Da die Finanzierungsfrage ebenfalls gelöst war, waren alle Voraussetzungen für den Beginn gegeben, und man hoffte, zirka 500 Menschen Brot und Arbeit geben zu können. Doch die Besatzungsmacht hat die Übergabe abgelehnt. (*Abg. Koplenig: Jetzt sind 900 dort beschäftigt!*) Wahrscheinlich, Kollege Koplenig, ein neuer Beweis der sowjetischen Arbeiterfreundlichkeit! (*Abg. Koplenig: Jetzt sind 900 beschäftigt, und Sie wollten nur 500 beschäftigen! — Abg. Horn: Er hat gesagt, zusätzlich!*) Alle Mitglieder der österreichischen Regierung sind sich darin einig, daß diesem Tal geholfen werden muß und daß man trotz dieser neuen Schwierigkeiten den Plan der Errichtung dieses Werkes verwirklichen wird.

Wenn ich aber von Notstandsgebieten spreche, so darf ich meine eigene Heimat nicht unerwähnt lassen. Die alte Eisenstadt Rottenmann war immer ein Ort der Schwerindustrie, dessen Hauptbetrieb durch die fast vollkommene Demontage im Jahre 1945 nahezu alle Erzeugungsmöglichkeiten entzogen wurden. Mit Hilfe des verstaatlichten Werkes in Liezen konnte wohl fast 200 Menschen eine neue Existenz gegeben werden, doch das Problem des Ortes selbst bleibt bestehen. Auch diesem echten Opfer des Krieges und der Besetzung muß geholfen werden.

Die Sicherung des Arbeitsplatzes macht die Menschen erst frei. Es gibt keine größere Unfreiheit als die dauernde Angst um die Beschäftigung. Darum hat diese Frage in

diesem Ministerium vor allen anderen immer den Vorrang gehabt. Der Minister, aber auch die Beamten des Ministeriums und die Leiter der Betriebe haben die Sorge um die Beschäftigung immer zu der ihren gemacht. Das denkbar Mögliche ist geschehen. Mit 109.000 Beschäftigten im Dezember 1954 ist der bisherige Höchststand von 105.000 im Jahre 1952 bei weitem überschritten, und das noch in einem Wintermonat, wo sonst die Beschäftigung immer mit zirka 100.000 fest war.

Ich erinnere hiebei auch an die Schwierigkeiten des Betriebes, in dem ich arbeite, an die Schwierigkeiten von Liezen im vorigen Jahr. Wenn die Solidarität der verstaatlichten Betriebe in dieser Frage nicht gewesen wäre, so wäre die Existenz von über 1000 Menschen fraglich geworden. Es ist ein Verdienst des Ministers und des Generaldirektors der VÖEST, Dipl.-Ing. Hitzinger, der hier auch immer wieder so gerne angegriffen wird, daß dieses Problem gelöst werden konnte.

Besonders eindrucksvoll ist aber auch der Energiesektor. Neben den fertiggestellten Großbauten sind neue im Entstehen, so Jochenstein und die Österreichisch-Bayrischen Kraftwerke, die im Verhältnis 50:50 eine österreichisch-deutsche Gemeinschaftsarbeit sind, ferner Reißbeck, die Draukraftwerke, das Lünnersee-Werk und Ybbs-Persenbeug, dessen Bau ebenfalls begonnen worden ist.

Wenn wir den ständig steigenden Stromverbrauch betrachten, so fällt uns auf, daß der Verbrauch der Industrie weitaus mehr steigt als der der Haushalte. Die Ursache liegt im Strompreis, vor allem in den Grundgebühren. Unser ganzes Wirtschaften hat doch nur einen Zweck, wenn wir damit den Alltag des Lebens verschönern helfen. Dazu ist aber heute die Energie notwendig. Erst wenn wir ihren Preis auf einen erträglichen Nenner bringen, wird auch der kleine Mann die Segnungen eines elektrifizierten Haushaltes genießen können, wobei aber die großen weiteren Aufgaben der Energiebetriebe keinesfalls ignoriert werden sollen.

Die Frage der Montan-Union ist heute hier schon angeführt worden. Österreich hat die Verhandlungen mit der Hohen Behörde in der Hoffnung begonnen, daß diese die auf der GATT-Tagung im Herbst 1952 gegebene Zusicherung, daß sie bei ihren Maßnahmen auf die Interessen dritter Länder Rücksicht nehmen würde, auch einhält. Diese Meinung begründete sich weiters auch noch auf eine ähnliche Zusage vom Herbst 1953. Österreich als Drittland wollte deshalb jene Begünstigungen, die die Länder der Montan-Union schon unter sich haben. Der Vorschlag verlangte jedoch von Österreich, daß es, ohne das

wichtigste Recht eines Mitgliedes der Union, nämlich die Zollfreiheit, zugestanden zu erhalten, die schwerwiegendste Verpflichtung, nämlich die der starren Preisbildung, so wie ein Mitgliedsstaat auf sich nehmen sollte. Darauf konnte Österreich nicht eingehen. Es ist dies nicht vielleicht die Meinung des Ministers oder irgendeines Ministeriums gewesen, sondern in erster Linie die Meinung der Industrie selbst. Die Hohe Behörde hat durch ihr Verhalten nicht beweisen können, daß sie bereit und gewillt ist, ihr Versprechen einzuhalten und vor allem der besonderen Lage Österreichs Rechnung zu tragen. Trotzdem wird man selbstverständlich versucht sein, zu einer Lösung, die allerdings besser als die bisher vorgeschlagene sein muß, zu kommen.

Ich habe schon gesagt, daß viele große Investitionen abgeschlossen sind und die Ausführung anderer gesichert ist. Die große Frage der Beschäftigung ist einigermaßen stabil und steht in dieser Industrie augenblicklich nicht so im Vordergrund wie in den letzten Jahren. Es kann daher anderen Fragen mehr Beachtung geschenkt werden als bisher. An der Spitze steht hierbei die Vermenschlichung der Arbeit und die Schaffung neuer Beziehungen, die beide einen besonders breiten Raum einnehmen.

In einer am 19. November stattgefundenen Werksärztekonzferenz der verstaatlichten Betriebe wurde zum Beispiel die Möglichkeit der Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Erleichterung der menschlichen Arbeit eingehend behandelt. Der Vermeidung von Überlastungen sowie der Bekämpfung gesundheitlicher Schädigungsschwerpunkte, wie Hitze, Lärm usw., wird in nächster Zeit erhöhtes Augenmerk zugewendet werden.

Die Frage der Beziehungen zwischen Leitung und Beschäftigten ist sehr weit fortgeschritten. Trotzdem wird — und ich erkläre dies hier offen — hier noch manches zu tun sein. Wir gehen dabei von der jetzigen Form aus und wollen versuchen, die bestehenden und immer wieder neu auftauchenden Probleme in einer praktischen Art zu lösen.

Die Gemeinwirtschaft — das ist unbestritten — ist aus der modernen Wirtschaft nicht mehr wegzudenken. Die Verstaatlichung ist ein fester Teil davon geworden. In ihrem Rahmen ist auch ein neues Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer entstanden. Es ist nicht mehr jenes der Ungleichheit, das wohl heute noch so manche gerne sehen würden, sondern eine Atmosphäre der gleichen Verantwortlichkeit, die natürlich gesteigerte Rechte für die Arbeiter mit sich bringt, hat ein neues Klima in den Betrieben geschaffen. Nur dadurch waren alle die gewaltigen Aufbau-

leistungen seit 1945 möglich, und vom Arbeiter bis zum Direktor reicht die Bürgschaft für den Erfolg dieser Werke.

Doch diese Bürgschaft gilt auch für die Wirtschaftsform selbst. Ich würde daher das Wort von der Reprivatisierung nicht so oft aussprechen wie manche andere. Wenn aber dieser Gedanke immer wieder auftaucht, so muß ich Sie bitten, Namen von Betrieben zu nennen, von denen Sie der Meinung sind, daß sie aus der Verstaatlichung herausgenommen gehören. (*Abg. Prinke: Sie sind noch andere Namen schuldig! — Abg. Mark: Sie sind noch viele schuldig!*) Allerdings muß ich Sie dann aber auch bitten: Sagen Sie es nicht nur hier, sondern gehen Sie in jene Betriebe, die Sie dazu ausersehen haben, und sagen Sie es dort in den Betriebsversammlungen! Ich glaube, dann werden Sie über die wirkliche Meinung der dort Beschäftigten ein wirklichkeitsgetreues Bild bekommen. Denn ob diese Menschen, die in einer Zeit, wo sich niemand um die damals meist leeren Betriebe gekümmert hat, die fleißig, treu und unter schwersten Bedingungen an den Aufbau ihrer Werke gegangen sind, damit einverstanden sein werden, das bezweifle ich.

Wenn ich hier die Bedeutung und die Verdienste der verstaatlichten Industrie besonders hervorgehoben habe, so soll dies keinesfalls die Leistungen der Privatindustrie schmälern oder gar gegen sie gerichtet sein. Wir wissen um ihre Notwendigkeit, auch um ihre Verdienste und davon, daß auch dort der Fleiß der österreichischen Arbeiter und Angestellten die Grundlage des Erfolges ist.

Vergessen wir auch nicht, daß die verstaatlichte Industrie einer der größten Auftraggeber der Privatwirtschaft ist. Der Bedarf und Verbrauch von unzähligen Betriebsstoffen und Materialien sowie die vielen baufördernden Investitionen bilden doch einen dauernden Strom von Aufträgen, die dieser Wirtschaft zugute kommen. Die private Wirtschaft versteht dies auch und weiß es auch zu schätzen. Beide Gruppen haben sich daher nicht nur miteinander abgefunden, sondern sie führen ihre Geschäftsverbindung im Geiste wirklich guter Zusammenarbeit.

Wir können also im allgemeinen sagen, daß die Erfolge der verstaatlichten Industrie sehr große sind und daß sich auch die Auseinandersetzungen in dieser Frage in der letzten Zeit doch etwas gemildert haben. Es ist wie immer im Leben: Gegenüber der Tatsache der Leistung und des Erfolges kann man sich auf die Dauer nicht verschließen. Zwangsläufig muß daher aus Ablehnung wenn schon nicht gleich Zustimmung, so doch zumindest eine gewisse Anerkennung werden.

57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954 2645

Damit will ich keinesfalls gegen eine berechnete Kritik sprechen. Wir wissen, daß besonders einer neuen Wirtschaftsform Mängel anhaften. Aber anerkennen Sie unseren Willen, solche abzustellen, und bedenken Sie bei aller Ihrer Kritik folgendes: Die verstaatlichte Industrie gibt fast 110.000 Menschen in unserem Lande direkte Beschäftigung. Durch ihre großen Aufträge finden weitere Zehntausende ständig Arbeit und Brot. Die Betriebe wurden aktiviert, und das Wort von der Verstaatlichung des Defizits ist durch die Tatsachen als Lüge entlarvt.

Die Verstaatlichung hat das Ansehen dieser Industrie gehoben und dem Ansehen dieser Industrie im Ausland keinen Abbruch getan. Im Gegenteil, eine rein österreichische Industrie hat neue Absatzmärkte erschlossen und ihre Leistungen werben für unser Land. Zu der wirtschaftlichen Leistung kommt also auch, wenn Sie wollen, eine nationale. Man zeigt mit Stolz ausländischen Besuchern diese Betriebe. Die Schwerindustrie, von der in der Ersten Republik manche Erschütterung ausgegangen ist, wurde durch die Verstaatlichung zu einem Gebiet des sozialen Fortschritts und damit zu einem wichtigen Faktor der Beruhigung in Österreich.

Wir können also alle, sofern wir uns zu diesem Werk bekennen, mit Genugtuung auf die erfolgreiche Arbeit zurückblicken. Wir alle müssen uns mit den Menschen, die für diese Form der Gemeinwirtschaft zu gewaltigen Anstrengungen bereit waren, verbunden fühlen. Wir wollen daher besonders diesen Menschen, die dort beschäftigt sind, von dieser Stelle aus unseren Dank aussprechen (*Beifall bei den Sozialisten*), den Dank jenem Bergmann und Hüttenarbeiter, dem Techniker und dem Kaufmann, die ungeachtet aller Gefahren ihre Arbeit nicht nur für ihre Betriebe, sondern für ganz Österreich geleistet haben.

Meine Damen und Herren! Seit Wochen wird hier im Parlament der Haushaltsplan 1955 behandelt. Vergessen wir nie, daß wir hiebei über Summen reden, die dem Fleiß dieses arbeitenden Volkes entspringen und von ihm geschaffen wurden. Verstehen Sie deshalb, wieso wir Sozialisten bei allen Beschlüssen für dieses schaffende Volk eintreten, denn einer Arbeit für Österreich gebührt auch der Dank des ganzen Landes! (*Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.*)

Präsident **Hartleb**: Als nächster Redner ist zum Wort gemeldet der Herr Abg. Guth. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Guth**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Das Budget 1955 steht vor der Gesetzwerdung. Nach Erledigung der De-

batten sind alle Ansätze richtunggebend für das kommende Wirtschaftsjahr. Was mich im Augenblick bewegt, sind die Ansätze der Bundesbahnen. Der Voranschlag für das kommende Jahr sieht einen Abgang von 1113 Millionen Schilling vor, während für das Jahr 1954 nur ein Abgang von 930 Millionen Schilling veranschlagt war. Es ist somit ein Mehrabgang von 183 Millionen Schilling bereits von Haus aus berücksichtigt worden. Dieser Mehraufwand bezieht sich auf eine Erhöhung des Personalaufwandes um 317 Millionen Schilling, die sich allerdings durch erhöhte Betriebseinnahmen nicht voll auswirkt. Durch die fortschreitende Motorisierung nimmt man beim Personenverkehr allein einen Rückgang von 11 Millionen Schilling an Einnahmen an.

Nun ist im zehnjährigen Investitionsprogramm der Regierung mit 5549 Millionen Schilling die Modernisierung der gesamten Bahnanlagen vorgesehen, hievon für die Elektrifizierung allein der Betrag von 3678 Millionen Schilling. Meine Frage geht nun dahin: Kann uns der Herr Minister die Gewähr dafür geben, daß nach menschlicher Voraussicht nach diesen durchgeführten Investitionen der Betrieb der Bundesbahnen, wenn schon nicht gewinnbringend, so doch nicht weiterhin defizitär sein wird? Ist man bei diesen Planungen so weit vorausschauend vorgegangen, daß man die Konkurrenz Schiene—Straße besteht? Denn ein gesunder Betrieb muß doch auf die Konkurrenz bedacht sein und kann sich nur in einem fairen Wettbewerb wirklich entwickeln.

Gewiß, die beiden großen Kriege haben an unseren Bahnen wie überall Raubbau betrieben. Nun sind wir aber vielleicht eben dadurch in die Lage versetzt worden, nicht allzuviel Ballast mitschleppen zu müssen und unser Verkehrswesen, soweit es die Bundesbahnen betrifft, auf ganz neue Grundlagen nach den neuesten Erkenntnissen der Technik und der Wirtschaft zu stellen. Ich maße mir als Nichtfachmann nicht an, hier Belehrungen zu geben, es sei mir jedoch gestattet, einige Gedanken dem Hohen Hause vorzubringen.

Unwillkürlich muß ich die Bundesbahnen mit meinem kleinen Betrieb vergleichen. Vor etwa 65 Jahren hatten wir eine Dampfmaschine zum Antrieb unserer Werkzeugmaschinen. Über die Transmissionsstränge ging wohl oft mehr als die Hälfte der aufgewendeten Kraft verloren. Da kam dann vor etwa 45 Jahren an Stelle der Dampfmaschine ein Elektromotor. Er war stärker, und das Arbeiten ging dadurch bereits flotter vorwärts. Aber der Strom war teuer, und ich mußte trachten, den Ballast der Transmissionen abzubauen. So ging ich zum Einzelantrieb über und sparte die Anschaffungskosten der Elektro-

2646 57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954

motoren bereits in Kürze durch geringere Stromrechnungen ein.

Wenn ich jetzt die großen Elektrolokomotiven, die an und für sich ja Wunderwerke der Technik sind, vor mir sehe, muß ich immer an meinen ersten Elektromotor denken. Eine starke Antriebsmaschine da wie dort. Nur schleppte ich eine Anzahl von Transmissionen und Riemen mit, und unsere modernen Elektroloks führen ein Eigengewicht von 100 bis 120 t spazieren, das sie wegen der notwendigen Adhäsion haben müssen. Sind wir da nicht auf der zweiten Stufe stehen geblieben? Da wir jetzt daran sind, unsere Bahnen zu modernisieren, sollten wir da nicht gleich den letzten Schritt tun und in verstärktem Ausmaß auf Einzelantrieb übergehen? Ich meine, daß unsere Techniker es bestimmt schaffen und die Fortbewegung der toten Massen ganz gehörig einschränken würden.

Im Personenverkehr stelle ich mir einzelne Kurswagen mit direkt angetriebenen Rädern vor. Das Gewicht des Wagens würde für die Adhäsion genügen. Wir würden eine weit größere Geschwindigkeit bei geringerem Kraftverbrauch erzielen und bessere Bremsmöglichkeiten haben. Anstatt der langen Züge könnten in kurzen Intervallen kleine Einheiten abrollen, wodurch ein dichter und besserer Verkehr erzielt werden würde. Die Unfallsziffer würde meines Erachtens wesentlich herabsinken. Nach und nach könnte der Einzelantrieb auch beim Güterverkehr in ähnlicher Weise Anwendung finden. Das zeitraubende und kostspielige Rangieren würde zum Großteil wegfallen.

Darf ich auch einen neuen Waggontyp erwähnen, der, wie ich erfuhr, auf der Messe in Hannover gezeigt wurde. Es ist dies ein Waggon, der durch entsprechende Räderausbildung sowohl auf der Schiene als auch auf der Straße verwendet werden kann. Meines Erachtens würde sich der Güterverkehr viel rascher abwickeln und dadurch für die Bahn mit weniger Unkosten verbunden sein. Dies ist umsomehr anzustreben, als der Anteil des Güterverkehrs 78 Prozent der Betriebseinnahmen der Bundesbahnen ausmacht. Auf diese Weise erscheint mir auch der Wettbewerb mit dem Kraftwagen viel aussichtsreicher, da ja dadurch ein verbesserter Dienst und ein klagloser sowie schneller Transport erreicht wird.

Es würden sich dann auch die von seiten der Österreichischen Bundesbahnen in letzter Zeit forcierten Kampfmaßnahmen gegen die Straße erübrigen, die das sachlich vertretbare Ausmaß bereits überschritten haben und in ihrer allgemeinen Fassung bereits ungünstige finan-

zielle Auswirkungen auslösen. Hierbei denke ich in erster Linie an die ungerechte Beförderungssteuer, die insbesondere die Bewohner entlang des Eisernen Vorhangs schwer trifft, da es diesen nicht möglich ist, selbst die 65 km-Freizone entsprechend auszunützen. Während also Lastkraftwagenunternehmer im Inneren des Bundesgebietes eine Fläche von 13.266,5 km² steuerfrei befahren können, steht den Unternehmungen entlang des Eisernen Vorhangs nur ein Bruchteil dieses Aktionsradius zur Verfügung. Dieses Unrecht wirkt umso schmerzlicher, als ja zum Beispiel das Burgenland ein sehr ungünstiges Bahnnetz aufweist und die meisten Gebiete überhaupt nicht an ein solches angeschlossen sind.

Daß dem Güterverkehr erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet werden muß, zeigt auch die Entwicklung des laufenden Jahres, da die von den Österreichischen Bundesbahnen geleisteten Nettotonnenkilometer im Güterverkehr um etwa 14 Prozent gegenüber dem Jahre 1953 zugenommen haben, während die daraus erzielten Einnahmen hingegen eine relativ weit größere Zunahme erreichten als die Verkehrsleistung.

Daß die Signalanlagen bei dieser Umstellung in der jetzigen Ausführung nicht ausreichen, ist mir klar. Auch da ist doch die Wissenschaft nicht stehengeblieben. Unsere jungen Ingenieure würden gewiß mit Feuereifer neue Ideen ausarbeiten. Mit einem Wort also: eine Neugestaltung der Bundesbahnen! Ich glaube, daß es dann auch nicht mehr nötig sein wird, parallel mit der Schiene staatliche Autobusunternehmungen zu unterhalten, die aus kommerziellen Überlegungen heraus nicht zu vertreten sind.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe mir erlaubt, Ihnen diese meine Gedanken vorzutragen. Ich bin mir bewußt, das Problem nicht restlos gelöst zu haben, aber oft sind auch Anregungen eines Laien von Wert. Vielleicht pflichten mir letzten Endes doch auch die Eisenbahnfachleute bei, und wir haben unsere Bundesbahnen wieder ohne Defizit, ja sogar mit einem erheblichen Reingewinn. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Hartleb**: Als nächster Redner ist zum Wort gemeldet der Herr Abg. Wunder. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Wunder**: Hohes Haus! Der Abgang bei den Österreichischen Bundesbahnen für das kommende Jahr ist, wie schon mein Vorredner erwähnt hat, mit 1,1 Milliarden Schilling festgesetzt, während er für das Jahr 1954 nur mit 930 Millionen Schilling veranschlagt war. Es ergibt sich daraus, daß von der Verwaltung der Österreichischen

Bundesbahnen in bezug auf eine Tarifierstellung — im Vergleich zu den westlichen Nachbarstaaten — nichts unternommen wurde, um das Problem einer Verringerung des Budgetabganges anzugreifen.

Die Öffentlichkeit vermißt bei den Österreichischen Bundesbahnen auch eine entsprechende Planung in wirtschaftlicher Beziehung. Ich bin der Meinung, daß sich bei der derzeitigen Organisation bei den Personalausgaben der Österreichischen Bundesbahnen kaum noch Einsparungen machen lassen, wenn man die Verkehrsleistungen mit in Betracht zieht. Aber es muß doch verlangt werden, daß die Österreichischen Bundesbahnen ehestens einen Wirtschaftsplan auf weite Sicht erstellen.

Das zweite, das hier bei den Bundesbahnen auffällt, ist der krasse Gegensatz zwischen der Anzahl der aktiven Bediensteten und der Pensionisten. Die Zahl der aktiven Bediensteten macht rund 73.000, jene der Pensionisten rund 88.000 aus. Das Verhältnis ist ganz unnatürlich. Der Pensionsaufwand beträgt allein 1,4 Milliarden Schilling und ist somit größer als der kassenmäßige Betriebsabgang.

Durch den dreimaligen Umbruch infolge der politischen Entwicklung innerhalb der letzten 35 Jahre, durch die Übernahme von Pensionisten aus den Nachfolgestaaten und dann auch durch die Pensionierungen anlässlich der Sanierung der Bundesbahnen — ich meine hier den begünstigten Abbau — ist die Zahl der Pensionsparteien so hoch geworden. Es ist daher nicht ganz richtig, daß dieser ganze Betrag in seiner vollen Höhe beim Kapitel 29, Eisenbahnen, ausgeworfen ist. Ein Zuschuß aus dem Kapitel Soziale Verwaltung wäre daher das Natürlichere, weil es sich dabei ja nicht um Ausgaben für aktives Betriebspersonal handelt.

Außer dieser budgetmäßigen Belastung belasten die Pensionisten auch noch die Kosten der Verwaltung der Österreichischen Bundesbahnen wesentlich. Es wäre zu erwägen, ob man nicht wieder einen Pensionsfonds bei den Österreichischen Bundesbahnen ins Leben rufen sollte, wie er vor dem Jahre 1914 bestanden hat. Es wäre dies auch deshalb günstig, weil durch die Fondsbeiträge weitere Neubauten errichtet werden könnten und damit für die Pensionisten auch wohnungsmäßig vorgesorgt würde. Die Pensionisten müßten dann nicht befürchten, aus ihren Personalwohnungen entfernt zu werden. Überdies würde damit so mancher Streit bei Wohnungskündigungen vermieden werden können. Auf diese Weise könnte ein großer Betrag aus dem Budget der Bundesbahnen herausgenommen und damit eine Verringerung des Defizits ermöglicht werden.

Bezüglich der Investitionen ist zu sagen, daß man den Eindruck hat, daß in einzelnen bevorzugten Städten Österreichs wohl sehr große, schöne und teure Bahnhöfe gebaut werden, daß aber noch viel zuwenig für die Neuanschaffung und Verbesserung der Triebfahrzeuge, vor allem der Personenwagen, geschieht. Die erste und wichtigste Aufgabe der Bundesbahn ist es ja, die Reisenden rasch, bequem und in sauberen Waggons zu befördern, was leider nicht der Fall ist. Mir scheint also, daß auch die Investitionen nicht nach einer weitschauenden Planung vorgenommen werden.

Als Kärntner Abgeordneter möchte ich nun auf einige verkehrsmäßige Fragen zu sprechen kommen und hiebei erfreuliche und unerfreuliche Erscheinungen aufzeigen. Die Schnellzüge fahren im Jahre 1954 im wesentlichen auch nicht viel schneller, als dies vor 50 Jahren der Fall gewesen ist. Man fährt von Wien nach Klagenfurt mit dem Schnellzug nahezu 7½ Stunden und nach Villach sogar 8¼ Stunden. Es ist hier also von dem großen Fortschritt nichts zu sehen, der von den Österreichischen Bundesbahnen in der Presse aufgezeigt wird. Es könnte hier noch allenthalben zur Beschleunigung der Schnellzüge getan werden, zum Beispiel durch Verbesserung des Oberbaues.

Der Übergang nach Italien dauert ebenfalls sehr lange. Man braucht von der Ankunft in Villach bis zur Ankunft in Tarvis immerhin 1¼ Stunden. Auch für eine Fahrt von Klagenfurt nach Spittal an der Drau in Oberkärnten braucht man mit dem Schnellzug 2 Stunden. Das ist eine Strecke von 75 Kilometern, die man leicht in einer Stunde zurücklegen müßte, wenn nicht der lange Aufenthalt in Villach wäre, was als ein Verkehrshindernis empfunden wird.

Es ist sehr erfreulich, daß man in Kärnten auf der Wörtherseestrecke bereits mit dem Bau eines zweiten Gleises begonnen hat und daß diese Strecke ab Villach elektrifiziert wird. Hoffentlich wird das Tempo dieser Arbeiten rasch sein. Man müßte auch die weitere Strecke St. Veit a. d. Glan—Friesach—Unzmarkt—Leoben—Semmering rascher elektrifizieren und diese Arbeiten forcieren. Diese Strecke ist jedenfalls weitaus wichtiger als etwa andere früher im Plan festgelegte Elektrifizierungen. Es wäre überhaupt zweckmäßig, die ganze Frage der Elektrifizierung in Steiermark und Kärnten zu forcieren, um den so notwendigen wichtigen Ausbau der Südbahnstrecke durchzuführen.

Das Lavanttal ist verkehrsmäßig vom übrigen Kärnten durch den Griffnerberg abgeschnitten, und man beschäftigt sich jetzt mit

dem Projekt der Bahn, die von Lavamünd nach Bleiburg gehen soll. Der Teil südlich von Wolfsberg, das untere Lavanttal, ist sehr schwer benachteiligt dadurch, daß bei einer Reise mit der Bahn der Umweg über Zeltweg gemacht werden muß, wenn man jugoslawisches Gebiet vermeiden will. Auch die Güterzüge müssen über Zeltweg fahren. Besondere Bedeutung hätte dieser Ausbau der Strecke Lavamünd—Bleiburg für den Holz- und Kohlenverkehr aus dem Lavanttal in das übrige Kärnten. Dieses Problem ist also nicht nur vom Gesichtspunkt einer rascheren Personenbeförderung, sondern weil es volkswirtschaftlich von großer Bedeutung ist, wert, in den Bereich der zur Realisierung stehenden Projekte gezogen zu werden. Nicht nur das industriereiche Gebiet des Lavanttales, sondern ganz Kärnten würde dadurch gewinnen.

Eine weitere Sache, die ohne Schwierigkeiten geregelt werden könnte, ist folgende: Wir fahren jetzt mit dem Triebwagen von Klagenfurt über Lavamünd nach Wolfsberg. Diese Triebwagen werden als Eilzüge geführt und halten an jeder Haltestelle zwischen Klagenfurt und Wolfsberg. Dieser Zustand ärgert vor allem die Wolfsberger Bevölkerung sehr, weil sie dadurch nicht rascher nach Klagenfurt kommt. Die größte Stadt des Lavanttales, Wolfsberg, müßte aber an die Landeshauptstadt eisenbahnverkehrsmäßig wesentlich besser angeschlossen werden. Mit der Verwirklichung des Projektes einer Bahnstrecke Lavamünd—Bleiburg wäre natürlich dieses mißliche Verhältnis behoben. Doch bis dahin wird noch viel Wasser die Lavant und die Drau hinunterfließen.

Man könnte aber schon jetzt eine Verbesserung dieses unleidlichen Zustandes dadurch herbeiführen, wenn die Eilzüge, die die Strecke Wolfsberg — Lavamünd — Unterdrauburg — Bleiburg—Klagenfurt befahren, nicht überall hielten. Diese Eilzüge sind gegenwärtig tatsächlich keine Eilzüge. Man müßte daher einen Teil der Haltestellen für den Eilzugsverkehr auflassen. Wenn wenigstens einer der drei Eilzüge tatsächlich als Eilzug fahren würde, wäre schon viel gewonnen und der Verkehr damit beschleunigt.

Es ist sehr erfreulich, daß im heurigen Jahr erstmals wieder ein Schnellzug die Strecke des Ossiacherseegebietes befahren hat. Das hat vor allem der Zweckverband für den Fremdenverkehr Feldkirchen—Turracherhöhe erreicht. Der Zug hat sich außerordentlich bewährt, und es wäre nun an der Zeit, daß dieses außerordentlich schöne Gebiet der Turrach und des Ossiachersees seitens der Bundesbahnen durch einen regeren Zugsverkehr aufgeschlossen werden würde.

Auch im Gailtal ist heuer zum erstenmal ein Eilzug gefahren, der sich ebenfalls sehr bewährt hat. Auch diese Gegend müßte verkehrsmäßig noch besser aufgeschlossen werden, umsomehr als dort auch die Straßenverhältnisse denkbar ungünstig sind. Eine Bahnfahrt von der Landeshauptstadt Klagenfurt nach Hermagor und Kötschach im Gailtal und zurück ist eine ganze Tagesreise, es muß daher alles darangesetzt werden, um diesen Zustand zu verbessern. Die Bevölkerung des Gailtales, des Gitschtales und Lesachtales würde einen rascheren Anschluß an die Landeshauptstadt nur wärmstens begrüßen. Auch die Bedeutung des Draudurchstiches bei Wernberg an der Strecke Velden—Villach möchte ich hervorheben.

Etwas, was man in Kärnten immer wieder kritisiert, ist die bedauerliche Tatsache, daß kein Geschäftsmann in der Provinz zur Belieferung der Bundesbahnen mit fabrikmäßig hergestellten Waren, wie Papierwaren, Büroartikeln, Einrichtungsgegenständen und anderen mehr, herangezogen wird. Auch keine Kleiderfirma der Provinz wird mit der Herstellung von Eisenbahneruniformen beschäftigt. Alles wird in Wien gemacht. Muß dies so sein, Herr Minister? Ich glaube, es wäre durchaus möglich, bei Vergebung von Geschäftsaufträgen auch die Provinz zu berücksichtigen. Nicht nur die Handels- und Gewerbetreibenden Kärntens, sondern ebenso auch deren Arbeiter und Angestellte sind daran interessiert.

Es ist heuer eine ganze Reihe von Unfällen durch Zusammenstoß von Kraftfahrzeugen mit Zügen an unabgeschränkten Straßenübersetzungen erfolgt. Diese unabgeschränkten niveaugleichen Übergänge bedeuten sowohl für den Straßen- als auch für den Eisenbahnverkehr eine große Gefahr. Es ist erfreulich, daß durch den Bau von Warnlichtanlagen, wie sie im Budget vorgesehen sind, Verbesserungen geschaffen werden sollen. Doch steht zu befürchten, beziehungsweise es ist begreiflich, daß solche Warnlichtanlagen nur dort geschaffen werden, wo sie den Bundesbahnen wirtschaftliche Vorteile bringen.

Es wäre auch hier zweckmäßig, wenn sich Eisenbahn und Straßenverwaltung zu einer gemeinsamen Aktion entschließen könnten, um ein auf mehrere Jahre sich erstreckendes Bauprogramm für die Schaffung solcher Warnlichtanlagen beziehungsweise für die Beseitigung gefährlicher Wegübergänge durch Über- oder Unterfahren aufzustellen. Wir haben aus eigener Anschauung in Klagenfurt gesehen, wie zweckmäßig die Frage der Kreuzung Villacher Straße mit der Eisenbahnlinie Klagenfurt—Villach gelöst wurde. Es haben sich daran finanziell die Bundesstraßenverwaltung, die Eisenbahn und die Stadtgemeinde Klagenfurt be-

teilt. Ähnlich zweckmäßig wird die im Bau begriffene Konzertkurve in Innsbruck sein.

Man hat in letzter Zeit schon so viel von Unfällen und menschlichen Unzulänglichkeiten im Eisenbahndienst gehört. Da liegt eine Ursache auch bei der Personalwirtschaft der Österreichischen Bundesbahnen. Die Eisenbahnbediensteten haben bei ungünstigen Verhältnissen trotzdem noch ihr Bestes getan. Sie haben über 1 ½ Millionen Plusstunden im letzten Jahr gemacht, deren Abgeltung allerdings noch in Frage steht.

Der sehr erfreuliche Aufschwung des Verkehrs im letzten Jahr hat auch eine starke Belastung des Eisenbahnpersonals mit sich gebracht, besonders für das Fahrpersonal, dessen Ruhezeiten oft bedeutend gekürzt wurden. Über 110.000 freie Dienstage haben Fahrdienstleiter und Weichensteller im abgelaufenen Jahr nicht erhalten. Diese Leistung des Eisenbahnpersonals, besonders des kleinen Mannes, muß durchaus anerkannt und hervorgehoben werden.

Es müßte aber von seiten der obersten Verwaltung der Österreichischen Bundesbahnen dafür Sorge getragen werden — und das müßte gerade von einem sozialistisch geführten Ministerium erwartet werden —, daß die sozialen Erfordernisse, wie Einhaltung der Dienstzeiten, Ausgleich von Überstunden oder deren Bezahlung, auch tatsächlich gewährleistet werden. Auch bei der Deckung des Personalbedarfs vermissen wir weitschauende Maßnahmen. Es kommt heute tatsächlich vor, daß wegen des Personalmangels, beziehungsweise um die Überstunden auszugleichen, neues Personal bei den Österreichischen Bundesbahnen aufgenommen wird, das nach verhältnismäßig kurzer Einschulungszeit bereits in einen verantwortungsvollen Dienst gestellt wird, dem es kaum gewachsen ist. Diese überhasteten Personalmaßnahmen sind zum Teil schuldtragend an der Häufung der Eisenbahnunfälle.

Es ist bekannt, daß das Eisenbahnpersonal an sich schlechter bezahlt ist als das Personal der sonstigen verstaatlichten Betriebe und daß die Beamtenschaft der Österreichischen Bundesbahnen ein ungünstigeres Gehaltsschema hat als die Bundesbeamten. Es ist bezeichnend, daß in den Industriegebieten nur sehr schwer Nachwuchskräfte für die Eisenbahn zu bekommen sind. Das gilt vor allem für das Mürital, Niederösterreich und Vorarlberg, wo die Leute nicht zur Bahn zu bringen sind, weil sie in der Industrie, auch in der verstaatlichten Industrie, wesentlich besser bezahlt sind.

Dasselbe gilt auch für die Beamtenschaft, die bei anstrengendem Dienst und großer Verantwortung ein schlechteres Gehaltsschema hat als die übrigen Bundesbeamten. Daraus ergibt sich

ein sehr starker Dienstpostenwechsel unter dem Personal zum Schaden der Österreichischen Bundesbahnen. Es wird dann versucht, außerordentliche Karriere zu machen, um besser bezahlt zu werden. Die besseren Karrieren sind aber ausschließlich den Sozialisten vorbehalten. Daher die Unzufriedenheit unter dem Personal, die durch Einführung einer Automatik in der Besoldung behoben werden könnte.

Eine Ausrede, etwa daß das Personal wegen des Defizits bei der Bundesbahn nicht besser bezahlt werden kann, ist nicht zutreffend, weil nie ein klarer Sanierungsplan für die Österreichischen Bundesbahnen gemacht worden ist. Auch eine Verwaltungsreform ist für die Bundesbahnen noch immer ausständig.

Im allgemeinen muß also gesagt werden — und damit komme ich zum Schlusse meiner Ausführungen —, daß für die Zukunft von den Österreichischen Bundesbahnen eine weitschauendere Planung sowohl in personal- als auch in betriebswirtschaftlicher Hinsicht verlangt werden muß. Dieses weitschauende Konzept fehlt heute bei der obersten Leitung der Österreichischen Bundesbahnen. Wenn dafür in Zukunft Sorge getragen wird, dann werden auch die Österreichischen Bundesbahnen in der öffentlichen Meinung jene Stellung einnehmen, die ihnen als dem größten staatlichen Verkehrsunternehmen zukommt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Hartleb**: Als nächster Redner kontra ist zum Wort gemeldet Herr Abg. Dr. Kraus. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. **Kraus**: Meine Damen und Herren! Ich muß Ihre Aufmerksamkeit doch noch einige Minuten in Anspruch nehmen. Denn ich stelle fest, daß bei den bisherigen Reden zwar sehr viel über organisatorische Dinge der verstaatlichten Betriebe und der Bundesbahnen gesprochen worden ist, aber nicht über das, was den einfachen Staatsbürger unmittelbar bei diesem Ressort interessiert. Deswegen möchte ich mich hier zum Anwalt des einfachen Reisenden auf den Österreichischen Bundesbahnen machen und einige Wünsche und Klagen vorbringen, welche immer wieder aus der Wählerschaft zu hören sind.

Wir haben in der Schule gelernt, daß jeder Betrieb, der seine Kundschaft schlecht behandelt, zugrunde gehen muß, weil ihm auf die Dauer die Kundschaft ausbleibt. Aber bei der Bundesbahn ist es nicht so, denn man kann mit niemandem anderen fahren als mit der Bundesbahn, es sei denn, daß sich die Bundesbahn mit Autos der KÖB oder den Postautobussen selbst Konkurrenz macht.

Das erste Anliegen ist die Ausstattung der Waggons. Wir stellen fest, daß gerade in den letzten Jahren in allen Nachbarstaaten

2650 57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954

sehr viel Sorgfalt und Mühe darauf verwandt wird, dem Reisenden die Reise so angenehm wie möglich zu machen, indem man ihm neue Waggons zur Verfügung stellt. Auf der Verkehrsausstellung in München im vorigen Jahr konnte man die besten technischen Fortschritte in dieser Hinsicht sehen. Bei uns in Österreich sind nur einige Waggons 3. Klasse verbessert worden, indem die Sitze gepolstert worden sind. Aber auch hier hat man eine falsche Sparsamkeit an den Tag gelegt, indem man die Sitzbänke so eng gemacht hat, daß man wirklich nicht angenehm sitzen kann. *(Zwischenrufe.)* Ich sagte schon im Ausschuß im vergangenen Jahr, wenn man nicht gerade ein sehr sympathisches Visavis hat, ist das kein Vergnügen. Aber besonders schlecht sieht es bei den Waggons 2. Klasse aus. Man hat den Eindruck, als ob man geradezu mit Absicht diese Waggons schlechter ausstatten wollte als die der 3. Klasse, um die Menschen, die sich die Reise angenehmer gestalten wollen, geradezu davon abzuhalten, die 2. Klasse zu benutzen und mehr zu bezahlen, damit das Defizit der Bundesbahnen geringer wird.

Aber eine der schlimmsten Erscheinungen ist die geradezu katastrophale Beleuchtung, unter der vor allem wir Abgeordnete leiden, aber auch andere Reisende, die gezwungen sind, auf der Eisenbahn zu arbeiten und zu lesen. Ich habe überhaupt den Eindruck, daß Österreich, das Land der größten Kraftstromwirtschaft, ein finsternes Land ist, wo man an nichts so spart wie an der Beleuchtung, und zwar schon von der Straßenbeleuchtung angefangen. Auf den Bahnhöfen ist es nur eine armselige Funsel, die den ganzen Bahnhof beleuchten soll, und in den Eisenbahnzügen ist ein so schlechtes Licht, daß wir alle, wenn wir noch öfter fahren müssen, uns und die Augen verderben und Brillen tragen müssen. Es müßte doch möglich sein, die nötigen Mittel aufzubringen, um in der Beleuchtung den Reisenden etwas entgegenzukommen — ich stelle als Vorbild die Schweizer Waggons hin — und auf diese Art und Weise zum Ausdruck zu bringen, daß der Leitung der Bundesbahn überhaupt etwas daran liegt, den Reisenden das Fahren angenehmer zu machen.

Bei der Rede meines Klubkameraden Dr. Gredler hat der Abg. Frühwirth den Zwischenruf gemacht, daß Gredler in Geographie sicherlich einen Einser in der Schule gehabt hat. Ich muß Ihnen nun sagen, daß ich in Geographie eben keinen Einser gehabt habe *(Abg. Frühwirth: Schämen Sie sich!)* und daß ich daher bei vielen Stationen nicht in der Lage bin, festzustellen, wo ich mich gerade befinde. Es ist geradezu herausfordernd, wie elend die Beleuchtung der Stations-

namen auf den österreichischen Bahnhöfen ist — mit einer Ausnahme, und das ist der Bahnhof Linz. Herr Minister, ich bitte Sie, machen Sie die Beleuchtung auf allen Bahnhöfen genau so wie in Linz, dann werden wir alle in dieser Hinsicht zufrieden sein. *(Abg. Dengler: Mehr Licht! — Abg. Altenburger: Mehr weißes und weniger rotes Licht!)*

Eine weitere Klage, die man immer wieder hört, betrifft die Heizung. Entweder ist der Waggon überheizt, sodaß man den Rock ausziehen muß oder sich gar nicht hinsetzen kann, oder aber die Heizung funktioniert überhaupt nicht. Ich will Ihnen nicht zumuten, daß Sie gleich darangehen, wie es die Nachbarländer tun, Klimaanlage zu bauen, aber man möge wenigstens von dem Prinzip abgehen, daß die Heizung für den ganzen Wagen nur vom Schaffner eingeschaltet und nicht auch von den Reisenden reguliert werden kann. Das müßte man schon erreichen können, und da müßten unsere Techniker etwas mehr zusammenbringen, nicht daß man auf der einen Stelle auf der Sitzbank verschmachtet und an einer anderen Stelle dem stärksten Zug vom Fenster herein ausgesetzt ist.

Eine weitere Frage ist die der Reinhaltung der Waggons. Ich stelle zwar seit zwei oder drei Jahren fest, daß in den durchgehenden Schnellzügen eigens Frauen zum Reinigen engagiert sind, aber zunächst muß ein entsprechender Bodenbelag gemacht werden, der die Reinigung überhaupt erst aussichtsreich macht; denn bei der Art und Weise, wie das jetzt geht, hat man immer das Gefühl, sich in einem sehr schmutzigen Raum zu befinden, und das trägt wesentlich dazu bei, daß es zum Beispiel für den Abgeordneten, der zur Parlamentssitzung nach Wien fährt, stets eine Qual ist, diese Reise auf sich zu nehmen.

Dann gibt es eine ganze Reihe von Kleinigkeiten, insbesondere in der Ausstattung der Toiletten wie der Beleuchtung. Als ich zum Beispiel zu der heutigen Parlamentssitzung hergefahren bin, mußte ich, als es finster wurde, feststellen, daß in meinem Waggon überhaupt keine Beleuchtung war. Ich habe im Bahnhof Linz den Zugführer gebeten, das doch in Ordnung bringen zu lassen, und habe meinen Wunsch recht bescheiden angemeldet. Angeschmault hat er mich, daß ich überhaupt so frech bin und es wage, eine solche Forderung zu stellen! Sehen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren — ich kann Ihnen die Zugnummer und alles Nötige angeben —, der arme österreichische Staatsbürger hat eben das Gefühl, daß er dem mächtigen Staat hilflos ausgeliefert ist, er muß eben fressen, was ihm der Staat bietet.

Dann eine wesentliche Sache zur Erleichterung der Lage jener Menschen, die gezwungen sind, ihre Reisen entweder in die Nacht oder doch in jene Stunden zu verlegen, die in die geschäftsfreie Zeit fallen. Ich stelle fest, daß man in anderen Ländern darangeht, auch jenen, die nicht etwa 8000 oder 12.000 S Monatseinkommen haben, die Möglichkeit zu bieten, in der Nacht menschenwürdig zu reisen, nämlich einen Volksschlafwagen zu schaffen. Es gibt ja jetzt eine besondere Einrichtung für einige Sportler oder sonst bevorzugte Menschen, nämlich den Liegewagen, aber sie reichen bei weitem nicht hin, und zweitens sind sie lieblos ausgestattet. Man könnte die Reise mit ein paar Kleinigkeiten wesentlich angenehmer gestalten. Das können Sie auch bei den Liegewagen der Abgeordneten feststellen, die auf der Westbahnstrecke fahren.

Schließlich könnte man auch die Fahrpläne so einrichten, daß man in einer Nacht aus jeder österreichischen Stadt in jede andere österreichische Stadt gelangen kann, insbesondere wenn man bei kürzeren Strecken einen solchen Wagen schon ein paar Stunden vor der Abfahrt betreten könnte. Man würde sich viel Zeit ersparen, wenn man seine Reise mit dem Nachtschlaf verbinden und sich das Hotel ersparen könnte. Wenn die Preise so wären wie die durchschnittlichen Hotelpreise, würde man mit solchen Volksschlafwagen den österreichischen Reisenden einen sehr großen Dienst erweisen.

Bei dieser Gelegenheit muß ich auf die Grundsätze der Fahrplangestaltung, insbesondere bezüglich der Bundeshauptstadt Wien, zu sprechen kommen. Mindestens die Bundeshauptstadt Wien hätte ein Recht darauf, daß im Fahrplan vor allem jene österreichischen Staatsbürger, die in ihre Hauptstadt kommen oder von dort wieder abreisen wollen, berücksichtigt werden und nicht nur der internationale Reiseverkehr. Dazu, Herr Minister, zwei Vorschläge: Auf jeder Hauptlinie soll ein Zug zwischen 6 und 7 Uhr nachmittags von Wien abfahren — wenn die Geschäftszeit zu Ende ist und man seine Dinge erledigt haben kann, damit man noch zu einer bürgerlichen Zeit in Graz, Linz oder sonstwo ankommen kann —, und dann soll ein Zug um 11 Uhr abends wegfahren, damit man des Morgens in Innsbruck, in Villach oder in Klagenfurt ankommen kann. Vom Südbahnhof fährt zum Beispiel überhaupt kein Zug ab, der diesen Erfordernissen entspricht. Nur vom Westbahnhof aus gibt es einen brauchbaren Nachtzug. Wenn man statt des Nachmittagszuges, der um 2 Uhr vom Westbahnhof wegfährt, oder des Triebwagenszuges, der um 1/8 Uhr wegfährt, einen Zug zwischen

6 und 7 einsetzen würde, könnte man zu einer Zeit in Linz oder Salzburg sein, zu der noch die Straßenbahn verkehrt, beziehungsweise in der man noch mit dem Obus nach Hause fahren kann und nicht gezwungen ist, ein Taxi zu nehmen. Ich möchte Sie also bitten, bei den kommenden Fahrplankonferenzen vor allem darauf Rücksicht zu nehmen und nicht nur daran zu denken, wann ein solcher Zug vom Südbahnhof in Venedig ankommt.

Dann möchte ich noch wegen einiger Strecken meines Wahlkreises meine Wünsche vorbringen. Jeder Schnellzug, der von Wien nach dem Westen fährt, hält in der Station Attnang-Puchheim, und zwar deshalb, weil man von Attnang-Puchheim in das Salzkammergut fahren kann. Die Züge halten auch um 1 Uhr in der Nacht, um 3 Uhr in der Nacht und um 11 Uhr abends. Doch ab 10 Uhr abends ist das gesamte Salzkammergut zugesperrt, da fährt kein Zug mehr, und auf den Bahnhöfen werden die Lichter ausgelöscht. Man kann nicht einmal Auskunft kriegen, man kann nicht ... (*Abg. Freund: Aber, Herr Kollege, das hängt doch alles mit der Frequenz zusammen!*) Sicherlich, aber man könnte wenigstens einen Zug einschalten, der in diesen Abendstunden verkehrt.

Ich zum Beispiel habe kein Auto und muß daher mit der Eisenbahn fahren. Und wenn ich nun Versammlungen in Gmunden, in Ischl oder sonst irgendwo habe, so kann ich am selben Abend überhaupt nicht mehr wegfahren. (*Abg. Altenburger: Dann ist's finster dort!*) Ja, dann ist's finster dort. (*Zwischenrufe der Abg. Slavik und Freund.*) Aber ich möchte Sie bitten, Herr Kollege Freund! Diese Vorschläge sind doch nicht ein persönlicher Angriff auf die Bundesbahner. Ich spreche nicht gegen die Bundesbahner, sondern gegen die Bundesbahnleitung. Aber wenn Sie als Sprecher der Bundesbahner mir dazu etwas zur Aufklärung oder zur Erwiderung zu sagen haben, dann bin ich bereit, Ihnen aufmerksamst zuzuhören. (*Abg. Freund: Das wird wahrscheinlich fruchtlos sein! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ihre Zwischenrufe verstehe ich nicht.

Einen weiteren Mißstand in meinem Wahlbezirk gibt es bei der Bahn Vöcklamarkt—Attersee, einer Privatbahn, die eine wichtige Funktion zu erfüllen hat, aber darunter leidet, daß dem ganzen Betrieb nur eine einzige Lokomotive zur Verfügung steht. Wenn also der Personenzug von Vöcklamarkt nach Attersee fährt, dann bleibt er in der Mitte, in St. Georgen, stehen, und zwar eine halbe Stunde oder eine Stunde lang, denn er muß dort die Lastwaggons rangieren, weil es sonst

keine Lokomotive gibt. Und erst wenn das vorbei ist, können die armen Reisenden ihre Fahrt fortsetzen. Diese Bahn, die sicherlich keine besondere Rentabilität aufweist, hat sich an die Eisenbahnverwaltung um einen Kredit gewendet, gar nicht hoch, damit sie über diese Schwierigkeiten hinwegkommt. Nun, entweder soll man diesen Kredit gewähren, oder man soll durch Autobusse eine Ausweichmöglichkeit für den Verkehr schaffen. (*Abg. Freund: Da müssen Sie sich an eine andere Adresse wenden!*) Aber in dieser Sache ist nichts geschehen.

Nun aber noch eine wichtige verkehrspolitische Frage, die das Autobuswesen der Bundesbahn und der Post betrifft. Hier im Parlament ist schon oft davon gesprochen worden, daß die KÖB und die Post einander Konkurrenz machen. Aber einen besonderen Aspekt gewinnt das Problem, wenn man feststellen muß, daß der Tarif auf einer Strecke, die schon von einer privaten Autofirma befahren wird, so gestaltet wird, daß die private Autobuslinie unbedingt zugrunde gehen muß. So verkehrt zum Beispiel zwischen Badgastein und Böckstein seit Jahren eine private Autobuslinie, die vollkommen ausgereicht hat, um den dortigen Bedarf zu befriedigen; aber dann hat man gefunden, man müsse die Privatwirtschaft ausschalten, hat von der Postverwaltung aus einen eigenen Autobusbetrieb eingerichtet und den Tarif so billig erstellt, daß er bei einer echten Kalkulation der der Bundesbahn tatsächlich entstehenden Kosten niemals zu rechtfertigen wäre, denn zahlen tut das ja nicht der Herr Minister Waldbrunner persönlich aus seiner Tasche, sondern zahlen tut das Ganze das Volk, wenn so etwas gemacht wird. Interessant ist nur, daß niemand darüber so entrüstet war wie die Arbeiter, die jeden Tag dort hin- und herfahren müssen, und daß sie trotz der billigeren Tarife der Postautobusse mit der privaten Autofirma fahren.

Ich möchte daher bitten, daß man diese vielen Anliegen der Reisenden berücksichtigt, jener gewöhnlichen österreichischen Staatsbürger, die nicht die Möglichkeit haben, sich auf dem Wege über die Politik bemerkbar zu machen oder sich das Reisen angenehmer zu gestalten, das heißt nicht die Vorteile haben, die Sie haben. Es wäre genau so wie bei jeder soliden Firma vorzugehen, die darauf aus sein muß, ihrer Kundschaft zu dienen. (*Beifall bei der WdU.*)

Präsident Hartleb: Als nächster Redner ist der Herr Abg. Ing. Pius Fink gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Pius Fink: Hohes Haus! Vorarlberg ist abgeschaltet! So stand es vor

einigen Wochen in Schlagzeilen in Wiener Mittagzeitungen. Zugegeben: der Verfassungsgerichtshof hat zuungunsten Vorarlbergs entschieden. Bestehen bleibt allerdings das Fragezeichen, das der Herr Kollege Professor Gschnitzer vor einiger Zeit mit klugen Worten und als Jurist hier im Haus gesetzt hat. Über die Durchführung jedoch hat der Verfassungsgerichtshof nichts gesagt. Da hätte man tatsächlich eine andere Form erwarten können, eine Form, die mehr der österreichischen Grundhaltung und dem Geist unserer Bundesverfassung entsprechen würde. Damit will ich aber niemanden persönlich treffen, ich möchte bei meinen Ausführungen bewußt die Sache von den Personen trennen. Wenn aber jemand glauben sollte, billige Siege feiern zu dürfen, so ist ihm zu sagen, diese überstürzte Maßnahme war eine Niederlage der österreichischen Idee. Man muß wirklich fragen, warum in dieser Art im westlichsten Fenster Österreichs Scherben gemacht wurden, denn auch im Radio gibt der Ton die Musik an.

Vorarlberg wurde abgeschaltet! — das Land, welches in einer großzügigen Planung ohne jede Mithilfe des Bundes schon vor mehr als dreißig Jahren die Vorarlberger Illwerke zu bauen begann. Diese Werke boten in den schwierigen Nachkriegsjahren neben der Stromabgabe an das Inland durch den Stromexport die Voraussetzung für den Kohlenbezug aus Westdeutschland und trugen wesentlich dazu bei, diesen devisenmäßig abzudecken.

Vorarlberg wurde abgeschaltet — das Land, das, bezogen auf die Einwohnerschaft, die höchste Industrieproduktion und daher auch eine sehr große Steuerleistung aufweist! Vorarlberg hat neben anderem über die Hälfte der Spindeln und Webstühle Österreichs. Viele Leute aus anderen Bundesländern finden in Vorarlberg Arbeit, manche auch ein Daheim. Die Bregenzer Festspiele, die Dornbirner Messe werben für Österreich im europäischen Westen.

Vorarlberg wurde abgeschaltet! — das noch kinderreichste Land Österreichs, welches trotz seiner starken Siedlungsdichte — im Rheintal und im Wallgau könnte man von einer aufgelockerten Großstadt reden — sogar eine noch höhere Geburtenfreudigkeit als die Nachbarländer Schweiz und Deutschland aufweist und im abgelaufenen Jahr neben Niederösterreich neuerlich die Geburtenzahl steigern konnte. Gewachsen an diesen Umwelteinflüssen, dürfen wir ohne Anmaßung hoffen, allen österreichischen Familien zu dienen. Politisch weitblickende Menschen könnten sogar der Meinung sein, daß gerade in Vorarlberg ein Sender von Nutzen wäre, der für den Familiengedanken wirbt.

57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954 2653

Vorarlberg wurde abgeschaltet! Die Vorarlberger haben innerhalb der österreichischen Stämme ein besonderes Volkstum. Ich stelle das nicht als Wertung fest, sondern nur als eine einfache Tatsache. Nachweisbar wird Radio Vorarlberg in den stammesgleichen Gegenden Süddeutschlands und in der Schweiz sehr viel gehört, allerdings nur dann, wenn die Sendungen nach diesem Volkscharakter gestaltet werden. Vorarlberg ist der Sender, der weit nach Westeuropa hineinragt, er steckt sozusagen in diesen Gegebenheiten drinnen. Vorarlberg ist ja das österreichische Rheinland. So könnte, wie gesagt, über stammesgleiche Art österreichisches Wesen bis an die obere Donau, den Mittelrhein und die Sprachengrenze im Süden und Westen ausstrahlt werden. Von Vorarlberg war übrigens schon am 2. Mai 1945, als erstem Sender innerhalb der rot-weiß-roten Grenzpfähle Österreichs Stimme zu hören. Wenn man sich jetzt wieder unter dem früheren Firmenschild Sender Vorarlberg meldet, ist damit nichts getan. Wesentlich vielmehr ist eine gedeihliche Zusammenarbeit mit dem Lande Vorarlberg.

Vorarlberg abzuschalten, schoß weit über das Ziel. Anderswo mag man solche Tatsachen weniger ernst nehmen, bei den Vorarlbergern sitzt das tiefer. Was ich hier sage, sage ich nicht als Vorarlberger, ich bin als österreichischer Patriot über dieses Vorgehen tief beunruhigt. Möge man doch die gute Tradition österreichischen Beamtentums fortsetzen, das es vortrefflich verstanden hat, die Länder in gegenseitiger Wertschätzung und Liebe zu betreuen. Auf diese Art läßt sich auch mit den Vorarlbergern ein gemeinsamer österreichischer Weg finden. Jener volksverbundene Mann hatte recht, der sagte: Laßt die Vorarlberger — und damit meinte er analog jedes andere von den acht Bundesländern —, laßt die Vorarlberger gute Vorarlberger sein, dann sind sie auch gute Österreicher! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Hartleb**: Als nächster Redner ist der Herr Abg. Professor Gschnitzer gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. **Gschnitzer**: Hohes Haus! Wenn ich mich zum Kapitel Verkehr zum Wort gemeldet habe, so nehme ich damit nicht eine Kompetenz in Dingen in Anspruch, von denen ich nichts verstehe. Vielmehr ist es so, daß das Bundesministerium für Verkehr eine Kompetenz in Dingen in Anspruch nimmt, von denen es nichts versteht (*Heiterkeit und Zustimmung bei der ÖVP*): es ist die geistige Gestaltung des Rundfunks. (*Abg. Probst: Obwohl Sie nichts verstehen, verstehen Sie das, ja?*) Bei der Behandlung des Kulturbudgets habe ich über die rechtliche Seite der Ange-

legenheit gesprochen, über die Unsinnigkeit einer Regelung, die den Geist unter die Technik stellt, die die technische Seite über den geistigen Inhalt entscheiden läßt, die den Setzer zum Chefredakteur macht. Heute will ich die politische Unhaltbarkeit darlegen.

Von den Vorgängen in Vorarlberg hat Freund Fink gesprochen. Man mag sich in der Zentrale damit beruhigt haben, daß Vorarlberg das einzige Land gewesen sei, das Widerstand leistete, daß es aber in Tirol ruhig blieb. Wenn wir nicht Widerstand geleistet haben, so in der Erkenntnis der Ausichtslosigkeit angesichts der durch das Urteil des Verfassungsgerichtshofes geschaffenen Rechtslage. Aber glauben Sie deswegen nicht, daß die Unzufriedenheit in Tirol geringer wäre als in Vorarlberg. Die Unzufriedenheit bei uns ist allgemein, der Bogen ist zum Zerbrechen gespannt. Überspannen Sie ihn nicht! (*Abg. Zechtl: Seien Sie nicht anmaßend, Herr Kollege, das stimmt ja nicht, was Sie sagen!*) Meine Herren, regen Sie sich nicht auf! Ich glaube, ich habe das Recht, im Namen von mehr Tiroler Wählern zu sprechen als Sie, Herr Kollege. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*) Es ist nicht das erste Mal, daß solche Dinge ... (*Abg. Probst: Die Präpotenz liegt bei Ihnen! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ. — Gegenrufe bei der ÖVP.*)

Präsident **Hartleb**: Ich bitte um Ruhe!

Abg. Dr. **Gschnitzer** (*fortsetzend*): Es ist nicht das erste Mal ... (*Neuerliche Zwischenrufe bei der SPÖ. — Gegenrufe bei der ÖVP.*)

Präsident **Hartleb**: Ich bitte nochmals um Ruhe!

Abg. Dr. **Gschnitzer** (*fortsetzend*): Wenn Sie Tirol die Stimme im Rundfunk nicht gönnen wollen, dann gönnen Sie ihm wenigstens die Stimme im Parlament. (*Lebhafteste Zustimmung bei der Volkspartei.*) Es ist nicht das erste Mal, daß sich solche Vorgänge abgespielt haben. (*Ruf bei der SPÖ: Deswegen spricht er noch lange nicht im Namen aller! Es ist eine wirkliche Anmaßung! — Ruf bei der ÖVP: Er spricht im Namen der Mehrheit! — Abg. Mark: Das ist eine schwache Mehrheit!*)

Präsident **Hartleb**: Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Abg. Dr. **Gschnitzer** (*fortsetzend*): Herr Kollege, kommen Sie heraus, wenn Sie zu sprechen wünschen!

Frühere Vorgänge wurden nur dem Eingeweihten kund, die Übernahme des Senders aber und des Studios wurde ein Alarmzeichen für alle. Tirol wie Vorarlberg sind Länder mit ausgebildetem Streben nach Selbständig-

2654 57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954

keit. Selbständigkeit, das heißt nicht Unabhängigkeit; Selbständigkeit heißt Eigenleben im Verband des österreichischen Bundesstaates. Wer ihre Selbständigkeit achtet, dem hängen diese Länder treu an. Es gibt dafür viele historische Beispiele. Das berühmteste ist das Verhalten dieser Länder in den Napoleonischen Kriegen. Wer aber ihre Selbständigkeit antastet, der hat mit erbittertem, zähem Widerstand zu rechnen.

Sprechen Sie nicht von Unbotmäßigkeit, von Aufrührerei und Separatismus. (*Zwischenruf.*) Sie haben es mir vorweggenommen. Sprechen Sie lieber von ausgeprägtem Rechtsbewußtsein und überzeugtem Föderalismus (*Beifall bei der ÖVP*), denn die Rundfunkfrage rührt an das Problem des Zentralismus und Föderalismus, und von dem grundsätzlich wollte ich sprechen. Es geht uns um mehr als um den Rundfunk. Es geht uns ums Prinzip. Es geht um die österreichische Bundesverfassung, nicht nur um einen Artikel, eine Ziffer oder einen Satz, sondern um die ganze Verfassung geht es, denn wenn der eine Pfeiler, der Pfeiler der Bundesstaatlichkeit, fällt, dann fällt der Pfeiler der Demokratie mit ihm. (*Abg. Frühwirth: Tirol hat nicht weniger Rechte als die anderen Bundesländer!*)

Österreichs ganze Struktur ist in einer Hinsicht die gegebene für einen Bundesstaat. Jedes der österreichischen Bundesländer ist geschichtlich, kulturell, geographisch eine Individualität. Man kann die österreichischen Länder nicht über einen Leisten schlagen, auch im Rundfunk nicht. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das beginnt beim Wetter und endet bei der Kultur. Freuen wir uns der Vielfalt! Wenn wir hier vermischen, gewinnen wir nichts, wir verlieren nur alles. Es kann zum Beispiel rein mundartlich Tirol und schon gar nicht Vorarlberg von Wien aus bedient werden.

Der Föderalismus ist in Österreich allein schon durch die sehr verschiedene Entfernung der einzelnen Länder von der sehr exzentrisch gelegenen Zentrale geboten. Weshalb tritt denn der Föderalismus in den entferntesten Bundesländern am stärksten auf? Es wäre nichts verfehlter, als darin separatistische Gelüste zu erblicken (*Abg. Dipl.-Ing. Pius Fink: Sehr richtig!*) und zu versuchen, das mit straffer Heranziehung zu bekämpfen. Im Gegenteil, solche straffe Heranziehung könnte derlei Gelüste nur wecken. Die Einräumung entsprechender Selbständigkeit wird den Zusammenhalt festigen.

Ich würde daraus sogar herleiten, daß zweckmäßigerweise die am weitesten entfernten Bundesländer das größte Maß an Selbständigkeit innerhalb des Bundesstaates zugewiesen

erhalten sollen. (*Abg. Frühwirth: Gleiches Recht!*) Das ist der alte Grundsatz der Gleichheit, der so oft überspannt wird. Es wäre richtiger, hier regional abzustufen.

Der Zentralismus würde auch in den am weitesten entfernten Gebieten am unzumutbarsten sein. Eine zentrale Verwaltung kann dort nicht exakt und prompt funktionieren. Ich verweise zum Beispiel auf die Klagen der Universität Innsbruck, daß es zu Verzögerungen führt, wenn man wegen jeder kleinsten Sache die Zentrale in Anspruch nehmen muß. Und es freut uns, daß der Herr Bundesminister für Unterricht in Erkenntnis dessen hier dezentralisieren will. Ich kenne ein Stück Weg in Innsbruck, und auch Sie, Herr Kollege, werden es kennen, das liegt nachts in ägyptischer Dunkelheit und bei Regen in grundtiefem Kot. Ursache: Es gehört dem Bund! Und wie berechtigt sind die Klagen der Pensionisten über die zu späte Berechnung und Auszahlung der Pension durch das Zentralbesoldungsamt! Wieviel Arbeit gibt das uns Abgeordneten!

Damit komme ich zu noch einem Übelstand des Zentralismus. Wer ferne von der Zentrale lebt, hat einen geringeren Einfluß auf die Zentrale als der näher oder in der Zentrale selbst Lebende. Wie verträgt sich das mit der demokratischen Gleichheit? Muß ich das näher ausführen? Meine Kollegen, vor allem die aus den entfernteren Bundesländern, werden es mir bestätigen.

Man hört, der Föderalismus schwäche den Staat, der Zentralismus stärke ihn. Ganz im Gegenteil! Wenn Österreich ein Zentralstaat gewesen wäre, ich weiß nicht, ob er dann die Zerreißprobe des Jahres 1945 bestanden hätte. Wie aber ein Schiff seetüchtiger ist, wenn es wasserdichte Kammern hat, weil dann, auch wenn eine Kammer überflutet wird — und Sie wissen, welche Flut ich damit meine —, die anderen Kammern, von ihr abgeschlossen, noch das Schiff zu halten vermögen, so scheint es mir auch mit Zentralismus und Föderalismus zu sein. (*Beifall bei der ÖVP.*) Die Bundesstaatlichkeit sichert das Staatsschiff, und gerade beim Rundfunk, diesem in Krisentagen oft so entscheidenden politischen Mittel, ist dieser Gesichtspunkt nicht zu übersehen.

In einer Hinsicht, meine Damen und Herren, habe ich gesagt, ist die Struktur Österreichs für den bundesstaatlichen Aufbau die gegebene; in einer anderen Hinsicht aber begegnet die bundesstaatliche Struktur Österreichs natürlichen Hindernissen, die andere Bundesstaaten nicht kennen, und darauf möchte ich hier besonders Ihre Aufmerksamkeit lenken. Die österreichischen Länder sind an Bevölkerungszahl, an wirtschaftlichem und poli-

57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954 2655

tischem Gewicht außerordentlich verschieden. Und nicht nur das! Österreich hat sich von einem Kern her gebildet, dem sich dann die anderen Länder assoziiert haben. Dieser Kern hat auch heute noch ein starkes Übergewicht. Niederösterreich und Wien sind ebenso Länder wie die übrigen, aber sie bilden zugleich das Zentrum. Das wird noch verstärkt durch ihr Übergewicht an Bevölkerungszahl und Wirtschaftspotential. Von dort geht der österreichische Name aus, und man unterscheidet im Sprachgebrauch gar nicht zwischen Wien als Land und Wien als Sitz der Zentralbehörde. Die Zentrale — das ist Wien!

In Deutschland etwa kommt der Name für das Ganze keinem der Teile zu, und die heutige deutsche Hauptstadt ist keine der Großstädte Deutschlands. Das erleichtert saubere Unterscheidungen. Der Zustand bei uns ist geeignet, solche Unterscheidungen zu verwischen. Es ist zum Beispiel nicht bundesstaatlich gedacht, Herr Verkehrsminister, wenn die Kraftfahrzeuge der Bundesbahn und Bundespost — dasselbe gilt aber auch von denen der Gendarmerie — in ganz Österreich mit der Wiener Nummer fahren. Diese Fahrzeuge gehören nicht Wien, sie gehören ganz Österreich! In anderen Staaten wäre das undenkbar. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Hillegeist: Dieser Kantönligeist! — Abg. Frühwirth: Sind wir nun alle zusammen Österreicher oder nicht?)* Schauen Sie in die Schweiz, schauen Sie nach Deutschland! *(Neuerliche Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Eben deswegen soll hier von Bundespost und Bundesbahn und nicht von Wiener Nummern die Rede sein.

Wien selbst ist gleich drei in einem: es ist Großgemeinde, Bundesland und Bundeshauptstadt. Es ist kein Wunder, wenn bei solchem Tatbestand gelegentlich Verwechslungen passieren, unbewußt und vielleicht auch manchmal bewußt. Wien vereinigt die heute schon recht fadenscheinig gewordene Landesautonomie mit einer recht inhaltsreichen Gemeindeautonomie. Das ergibt eine stattliche Fülle. Es präsidiert im Städtebund und nimmt an der Konferenz der Landeshauptleute teil. Wie soll da echte Solidarität mit den „reinen“ Ländern entstehen?

Angesichts dieser dem Föderalismus widerstrebenden Kumulierung um den Zentralpunkt geböte die politische Vernunft umso mehr, den nicht zum Kern gehörigen Ländern erweiterte Selbständigkeit zu geben und die an sich schwächeren ihre Unterlegenheit nicht zu sehr fühlen zu lassen.

Versetzen Sie sich in unsere Lage: Was würde Wien, was würde Niederösterreich empfinden, wenn der wirtschaftliche und politische Zug nach Westen ginge? Wir wissen es,

wir haben es erlebt, seitdem man, auf nichts als auf die Macht gestützt, uns durch Jahre und gegen jedes Gesetz die Volkszählung vor-enthalten hat, die uns Schwächeren wenn auch nur eine kleine Kraftzubeße bringen sollte.

Was ist denn heute noch übrig von der Landeshoheit? Wenig genug! In der Gesetzgebung nimmt uns immer wieder der Bund — und das Abgeordnetenhaus ist hieran nicht unschuldig — Kompetenzen weg, indem auch in der Rahmengesetzgebung der Rahmen fast bis zum letzten Strich mit Gemälden ausgefüllt wird. Die Finanzhoheit, Voraussetzung jeder Selbständigkeit, ist dahin. Die Länder leben von den milden Gaben des Finanzausgleichs. Sie sind fast zu Verwaltungsorganen herabgesunken. Und nun soll wieder ein Stück fallen. Sagen Sie nicht, schon die Ravag habe das Radio bundeseinheitlich betrieben! Warum stellt man dann die Ravag nicht wieder her, wie es Rechtsens wäre, und warum ließ man nicht den provisorischen Zustand wenigstens bis zur endgültigen Regelung bestehen? Warum „funkte“ man so dazwischen? Diese Regelung müßte den gerechten, den zweckmäßigen Ausgleich finden. *(Abg. Probst: Aber das hat doch der Verfassungsgerichtshof entschieden!)*

Glauben Sie nicht, daß ich zu den Nur-Tirolern gehöre. Wenn ich auch der Abstammung nach Tiroler bin, so bin ich in Wien an der Wieden geboren und habe meine ersten Lebensjahre in der Mariahilfer Straße verlebt. Ich liebe Tirol, aber ich liebe auch Wien, und die Spannung zwischen Wien und Tirol ist die Spannung meines Lebens, wie ich überhaupt der Ansicht bin, daß eine gesunde Spannung zwischen Zentrale und Bundesländern das Le- benselement Österreichs ist. *(Abg. Frühwirth: Darüber kann man anderer Meinung sein!)* Darum aber gebt dem Bunde, was des Bundes ist, aber auch den Ländern, was der Länder ist! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Slavik: Billige Schlagworte, inhaltslos!)*

Hier wie dort heißt es Maß halten. Herr Minister, halten Sie Maß! Der Verfassungsgerichtshof hat einen Weg aufgezeigt, den Weg der Konzessionserteilung an die Länder. Es ist ein Weg, es wird auch andere Wege geben. Wenn wir zu viele Sender haben, könnten zwei oder drei Studios an einen Sender angeschlossen werden. Wir könnten dabei auf die alte Dreiteilung Österreichs zurückgreifen, die heute noch in den drei Universitäten und bis vor kurzem in den drei Oberlandesgerichten fortlebte. Es kann ein Bundesprogramm von internationaler Geltung in Konkurrenz treten mit Länderprogrammen; wir haben ja ein Erstes, ein Zweites und ein UKW-Programm zur Verfügung.

Wenn man den Kostenpunkteinwendet — gewiß, der Föderalismus ist kostspieliger als der

Zentralismus, aber auch die Demokratie ist kostspieliger als die Diktatur. (*Abg. Frühwirth: Das ist die große Frage! Das ist ein Irrtum gewesen! Die Diktatur kommt teurer! — Abg. Slavik: Die Diktatur kostet viel mehr!*) Zunächst ist die Demokratie kostspieliger, aber am Schluß muß man die Diktatur schwer bezahlen. (*Abg. Probst: Eine reine Gedanken-spielerei! — Abg. Slavik: Die Diktatur ist schon am Anfang viel teurer als die Demokratie!*) Aber genau so würden Sie am Schluß für den Zentralismus schwer zahlen. Da könnten Sie dasselbe auch vom Zentralismus sagen, Herr Kollege!

Übersehen Sie auch eines nicht, Herr Minister! In der Welt tragen Namen wie Tirol und Salzburg ebenso weit wie die Namen Wien und Österreich. Im besonderen ist der Tiroler Rundfunk noch die Stimme jenes Landesteiles, der sonst keine Stimme hat.

Und nun auch noch ein Wort an die beiden großen Parteien. Die ÖVP bekennt sich zum Föderalismus, während sich die SPÖ, wie heute deutlich zum Ausdruck gekommen ist, zum Zentralismus bekennt. (*Abg. Slavik: Und Sie halten die Rede eines Separatisten!*) Trotzdem könnte sich meines Erachtens die Koalition bei der Lösung der Rundfunkfrage finden. Die Sozialisten müßten ihr Herz für die Länder entdecken. (*Abg. Frühwirth: Das haben wir schon lange gemacht!*) Sie müßten sich folgendes fragen: Wer wird den Sozialisten in den Ländern die Stimme geben, wenn sie den Ländern die Stimme nehmen?

Aber auch in der ÖVP müßte so mancher sein Herz für den So... — für den Zentralismus unterdrücken. (*Lebhafte Heiterkeit bei der SPÖ.*) Zentralismus und Sozialismus sind eben zu verwandte Begriffe. Dem Zentralismus haben wir schon so viel zuliebe getan, daß uns zu tun fast nichts mehr übrigbleibt. Von einem extremen Föderalismus sind wir himmelweit entfernt, und auch in der Rundfunkfrage handelt es sich um den gerechten Ausgleich zwischen Bund und Ländern.

Der Rundfunk ist die Stimme eines Landes. Die Stimme verlieren heißt für ein Land das Gesicht verlieren, das heißt die Selbständigkeit einbüßen; denn auch eine geliehene Stimme ist keine eigene. Es ist aber auch die Stimme Wiens, so klangvoll sie ist, nicht die Stimme Österreichs. Die Stimme Österreichs ergibt sich nur aus dem harmonischen Zusammenklang der Stimmen aller österreichischen Bundesländer. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident (*der inzwischen wieder den Vorsitz übernommen hat*): Als Gegenredner zum Wort gemeldet ist der Herr Abg. Hartleb. Ich erteile ihm das Wort. (*Abg. Stendebach: Jetzt kommt der tertius gaudens! — Heiterkeit.*)

Abg. Hartleb: Hohes Haus! Sehr geehrte Frauen und Männer! Ich habe mir in den abgelaufenen Jahren ein paarmal erlaubt, Kritik an der Fahrplangestaltung zu äußern. Als ich nun im Laufe des letzten Budgetjahres einmal Gelegenheit hatte, mit dem Herrn Betriebsdirektor zusammenzukommen, da hat er mich ohne besondere Gehässigkeit als seinen Todfeind bezeichnet und dies damit begründet, daß alle Welt mit den Fahrplänen zufrieden sei, nur ich sei derjenige, der meutert. Ich habe ihm versichert, daß ich selbst dann, wenn ich die Macht hätte und mir vollständige Straffreiheit zugesichert werden würde, nicht daran denken würde, ihn umzubringen, was aber nicht ausschließt, daß ich dann, wenn ich eine anständige Birkenrute und ein Mütterstrafrecht ihm gegenüber haben würde, davon nach jeder Fahrplanänderung ausgiebig Gebrauch machen würde. (*Heiterkeit.*)

Diese Dinge sind auch dann, wenn man sie in einer heiteren Form vorbringt, nicht ohne jeden Ernst. Wie liegt die Sache denn? Wir haben internationale Fahrplankonferenzen, und die Vertreter der Österreichischen Bundesbahnen gehen bei diesen internationalen Konferenzen Verpflichtungen ein, gegen die wir grundsätzlich nichts einzuwenden haben. Darunter befindet sich die Zusicherung, daß die Schnellzüge nicht zu oft halten sollen, damit der internationale Reiseverkehr dadurch nicht geschädigt wird.

Wenn die Bundesbahn in der Lage ist, diesen Versprechungen nachzukommen, ohne daß es auf Kosten der heimischen Bevölkerung geschieht, dann werden wir uns darüber nur freuen. Aber was wir in den letzten Jahren erlebt haben, das war etwas anderes. Man geht her, macht aus einem Eilzug oder aus einem anderen Zug einen Expreszug, gibt ihm einen Beinamen — der eine heißt Tauern-Expres, der andere heißt Steiermark-Expres usw. —, und das bedeutet dann, daß die Bevölkerung nun annehmen soll, daß dieser Zug, der bisher dem Inlandverkehr gedient hat, nunmehr nicht mehr in erster Linie für den Inlandverkehr da ist, sondern für den Auslandverkehr, das heißt, daß er im Inland, wo immer möglich, durchfährt und dem Inländer dadurch das Vergnügen bleibt, zuzuschauen, wie die Züge vorbeifahren.

Wenn man sich diese Dinge näher betrachtet, dann ist es in Wirklichkeit so: Da kommt aus Italien ein Zug, in dem sitzt ein Dutzend internationale Reisende, und durch das Nichthalten der Züge, die früher gehalten haben, wird nun die Fahrt von Tarvis bis Wien um 10 Minuten verkürzt. Rechnet man das auf die zwölf internationalen Reisenden um, so sind das 120 Minuten, also insgesamt 2 Stunden, die man ihnen erspart hat. Das hat aber Nebenwirkungen, weil nun die Züge in den Orten, wo

sie früher gehalten haben, nicht mehr stehenbleiben. Damit man wenigstens etwas für die Bevölkerung draußen tut, werden diese Menschen auf die Zubringerzüge verwiesen, das heißt, sie dürfen eine oder zwei Stunden vorher mit einem Zubringerzug irgendwohin fahren, wo der Schnellzug stehenbleibt. Und wenn man die Leute nun zählt, dann stellt sich in der Regel heraus, daß das mindestens zehnmal so viel sind, als internationale Reisende in diesem Zug sitzen. Jeder einzelne davon verliert aber so viel Zeit, wie die Gesamtheit der Ausländer dabei erspart. Man macht, auf deutsch gesagt, ein schlechtes Geschäft auf Kosten der heimischen Bevölkerung. Um den Ausländern insgesamt zwei Stunden Zeit zu ersparen, opfert man unbedenklich Dutzende von Stunden, die die inländische Bevölkerung dringend brauchen würde. Gerade die Bevölkerung auf dem Lande, wo der Mangel an Arbeitskräften besonders groß ist, spürt das am deutlichsten, weil dort jede Stunde dringend gebraucht wird. Und wenn nun in diesen Fällen geklagt wird, so geschieht dies sicher nicht zu Unrecht.

Aber auch wenn man die Interessen der einzelnen Orte vor Augen hat, muß man sagen, daß dieses Verhalten der Bundesbahn nicht mit den Interessen der inländischen Bevölkerung übereinstimmt. In der Obersteiermark zum Beispiel, wo sich das in den letzten Jahren besonders ausgewirkt hat, wo besonders viele Züge, die seit Jahrzehnten dort gehalten haben, nicht mehr halten, sondern durchfahren, haben wir ein Gebiet, das dem Fremdenverkehr noch nicht so erschlossen ist wie andere Gebiete Österreichs. Man muß aber zugeben, daß in fast allen Orten Leute vorhanden sind, die sich mit bestem Willen bemühen, auch dort den Fremdenverkehr zu heben. Das sind keine reichen Leute, nicht solche, die sich Hotelpaläste um Dutzende von Millionen Schilling bauen können, aber solche, die wenigstens den guten Willen haben, im Rahmen ihrer bescheidenen Möglichkeiten auch einen Fremdenverkehr zu pflegen. Und wenn die nun immer wieder und fast bei jeder Fahrplanänderung damit überrascht werden, daß wieder ein Zug nicht stehen bleibt und daß dadurch der Reiseverkehr in ihrem Ort eine weitere Verschlechterung erfährt, dann darf man sich bei Gott nicht wundern, wenn diese Leute auch nicht begeistert sind. Ich glaube nicht, daß es für die Entwicklung des internationalen Fremdenverkehrs in Österreich von ausschlaggebender Bedeutung ist, ob der Fremde nun um 10 Minuten früher nach Wien kommt oder nicht. Bei einzelnen Zügen beträgt die Zeitersparnis gar nicht 10 Minuten, sondern 2 Minuten, ein Zeitraum, den der einzelne gar nicht spürt; die Verspätungen sind ja oft größer als diese normalerweise eingebrachte Zeit.

Ich habe bei verschiedenen Gelegenheiten den Wunsch vorgebracht, daß man von diesem System abgehen soll, daß man nicht in einer Zeit, in der man fortwährend davon redet, daß alles in Österreich aufgebaut wird und daß man riesige Fortschritte macht, jede Gelegenheit dazu benützen soll, die Verkehrsverhältnisse für die Landorte zu verschlechtern. Das widerspricht sich, das ist nicht richtig und das kann nur Schaden bringen. Ich bin überzeugt, daß man bei gutem Willen einen Mittelweg finden und daß man die Fahrzeit einzelner Züge verkürzen könnte, ohne daß das immer auf Kosten der inländischen Bevölkerung geht. *(Abg. Marchner: Herr Abgeordneter! Als Sie Vizekanzler waren, haben Sie sich Ihren Fahrplan selber gemacht, indem Sie einfach Schnellzüge in der Station Neumarkt aufgehalten haben, um nach Wien zu fahren!)* Ich verstehe Sie nicht! Ich höre viel besser, wenn Sie von heroben reden und ich unten zuhöre. *(Abg. Marchner: Die Erinnerung an Eigenmächtigkeiten, die Sie sich geleistet haben, ist unangenehm!)* Sie können mir nicht unangenehm werden, Sie nicht! *(Weitere Zwischenrufe des Abg. Marchner.)* Ich lade Sie ein, über diese Frage einmal mit mir zu reden, aber Zwiesgespräche vom Rednerpult aus sind nach unserer Geschäftsordnung nicht zulässig.

Ich glaube nicht, daß es ein ungerechtfertigtes Verlangen ist, wenn ein Abgeordneter im Interesse seiner Wähler solche Wünsche beim Kapitel Verkehr vorbringt. Wenn Sie anderer Meinung sind, dann kann ich Ihnen natürlich nicht helfen. Ich glaube, daß es das gute Recht, ja daß es die Pflicht des Abgeordneten ist, die Budgetdebatte dazu zu verwenden, um auf derartige Mängel, die gar niemand bestreiten kann, aufmerksam zu machen und immer wieder die Forderung zu erheben, daß man bei der Gestaltung der Fahrpläne auch auf die Interessen der inländischen Bevölkerung Rücksicht nehmen soll.

Wenn ich hier nun auch Kritik geübt habe, möchte ich Ihnen doch zeigen, daß ich objektiv und auch bereit bin, von Dingen zu reden, bei denen wirklich manchmal eine Verbesserung eingetreten ist. Ich möchte dafür ein Beispiel bringen.

Vor ein paar Jahren bin ich einmal auf einer Nebenstrecke, wie der schöne Ausdruck lautet, gefahren und habe beobachtet, daß der Waggon nach außen mit einer Schiebetür abgeschlossen war. Bei jeder Station mußten der Schaffner und mindestens ein männlicher Reisender zusammenhelfen, damit sie die Schiebetür auf- und wieder zugebracht haben. Ich habe dem Schaffner gesagt: Hoffentlich wird das bald gerichtet! Drei, vier Monate später bin ich zufällig wieder auf der gleichen Strecke gefah-

ren und habe beobachtet, daß wieder mehrere zusammenhelfen mußten, um die Türe zu öffnen und zu schließen. Da sagte ich dann zum Schaffner: Herr Schaffner, ist denn das noch immer gleich? Da sagte er: Was heißt gleich! Damals haben wir zwei sein müssen, jetzt brauchen wir drei! (*Heiterkeit und Beifall bei der WdU.*) Und nun bin ich vor ein, zwei Monaten neuerlich auf der Strecke gefahren, und es hat mich interessiert, ob der Waggon noch da ist und ob der Zustand derselbe geblieben ist. Der Waggon ist noch da, aber die Türe kann jetzt auch von einem Menschen geschlossen werden. (*Abg. Probst: Ist das nicht ein Fortschritt?*) Ich will damit keine gehässige Kritik verbinden, ich möchte nur die leise Feststellung machen, daß das wahrscheinlich ein Partikel jener Agrarprotektion ist, von der man in Österreich hie und da reden hört.

Ich möchte aber nicht nur über die Eisenbahn reden, ich möchte auch einiges über Post und Telephon sagen. In der letzten Zeit habe ich ein paarmal Briefe aus abgelegenen Gegenden bekommen, in denen mir mitgeteilt wurde, daß Postämter, die seit 80 oder 100 Jahren bestehen, nunmehr aufgelöst werden sollen und daß die Bevölkerung an ein Postamt verwiesen werden soll, das 10, 12 km weit entfernt ist, weil eine Zählung ergeben hat, daß für diese Postämter eine gewisse Mindestzahl von Briefen in einem gewissen Zeitraum nicht eingegangen ist, die nun nach einer neuen Vorschrift für die Existenz eines Postamtes maßgebend sein soll. Ich habe interveniert. Ich weiß noch nicht, ob meine Intervention Erfolg haben wird, aber ich muß schon sagen: Wenn man tatsächlich solche Entscheidungen, die für die Menschen draußen doch von grundsätzlicher, nicht nur von wirtschaftlicher Bedeutung sind, von einer solchen Zählung, oder mögen es von mir aus zwei oder drei Zählungen sein, abhängig macht, dann habe ich dafür auch nicht das geringste Verständnis.

Wir hören auf der anderen Seite, daß sehr viel von der Ausgestaltung des Telephon- und Fernsprechwesens in Österreich gesprochen und daß es besonders gelobt wird. Wenn man draußen auf dem Land nun diesen Reden die Wirklichkeit gegenüberstellt, dann sieht man, daß auch hier die Entwicklung oft umgekehrt ist, daß man eher von einem Rückschritt als von einem Fortschritt reden müßte. In Orten, die jahrzehntelang Tag und Nacht Telephondienst gehabt haben, wird auf einmal verlautbart: Es gibt keinen Nachtdienst mehr. Am Sonntag hat man zwei Stunden, wo man telefonieren kann, an den übrigen Tagen von 8 Uhr vormittags bis 20 Uhr abends. In der übrigen Zeit ist es unmöglich, den Arzt, den Tierarzt oder sonst irgend jemand zu erreichen, mag die Situation

auch noch so kritisch und noch so dringlich sein. Ich möchte sagen: Auch das ist kein Fortschritt.

Ich wäre neugierig, was die Wiener sagen würden, wenn man ihnen eines Tages mitteilen würde: Es gibt zwischen 20 Uhr abend und 8 Uhr früh keinen Telephonverkehr mehr. Ich glaube nicht, daß es bei der nächsten Beratung des Kapitels Verkehr in diesem Parlament ganz ruhig abgehen würde, sondern da würde der Herr Verkehrsminister wahrscheinlich unfreundlichere Worte hören, als wir Landbewohner sie in unserer Bescheidenheit auszusprechen wagen. Ich glaube, man sollte wirklich nicht den Geist weiter pflegen, der immer nur die Großstadt und immer die Industrie sieht: und wenn dort Verbesserungen gemacht werden, das zu loben, aber dann leichtsinnig und ohne zu überlegen, die Landbevölkerung, die ohnehin benachteiligt ist, die ohnehin viele Vorteile nicht genießt, die der Großstadt zustehen, weiter in ihren Lebensbedingungen zu beeinträchtigen und zu schädigen. Bei gutem Willen, davon bin ich überzeugt, läßt sich so etwas vermeiden. Meine Bitte an den Verkehrsminister geht dahin, diesen guten Willen für die Zukunft zu zeigen. (*Lebhafter Beifall bei der WdU.*)

Präsident: Ich erteile dem nächsten vorgemerkten Redner, Herrn Abg. Zechtl, das Wort. (*Abg. Dr. Pittermann: Das ist der rote Tiroler Adler, nicht der schwarze! — Heiterkeit.*)

Abg. Zechtl: Hohes Haus! Die Länge der Debatte, die Vielzahl der Redner und die Menge der hier vorgebrachten Argumente zeigen das Interesse, das der Gruppe X und dem Kapitel 29 im besonderen entgegengebracht wird. Es ist hier vieles gesagt worden und es ist sicherlich sehr lohnenswert, sich mit den einzelnen Dingen, die hier vorgebracht worden sind, zu beschäftigen.

Eines möchte ich vorausschicken mit der Feststellung, daß ich erstaunt bin über die verhältnismäßig große Unkenntnis einzelner Abgeordneter über diese Spezialfragen. (*Abg. Dr. Withalm: Jawohl, Herr Professor!*) Sie sind vor allem nicht informiert, daß heuer im Sommer das österreichische Parlament eine sehr dankenswerte und sehr aner kennenswerte Tat gesetzt hat, nämlich die Beschlußfassung über ein zehnjähriges Investitionsprogramm. Die Beschließung dieses zehnjährigen Investitionsprogramms beinhaltet ja im wesentlichen die Modernisierung der Österreichischen Bundesbahnen. Ich kann nur noch einmal wiederholen: Man muß erstaunt sein, wie wenig manche Abgeordnete von all diesen Dingen, die in dieses zehnjährige Investitionsprogramm zur Durchführung der Modernisierung der Österreichischen Bundesbahnen hineingebaut worden sind, Kenntnis genommen haben.

Ich will nicht wiederholen, was mein Parteifreund Freund vorgebracht hat in bezug auf die Zerstörungen, die während der Zeit des zweiten Weltkrieges an den Objekten der Eisenbahn eingetreten sind. Ich will nicht wiederholen, was vergangene Zeiten an den Eisenbahnanlagen Österreichs gesündigt haben. Wir haben sehr lange an der Hypothek zu tragen, die schon in der Zeit des ersten Weltkrieges ihren Anfang nahm, die fortgesetzt wurde in der Zeit der Ersten Republik und die einen Höhepunkt in der Zeit des zweiten Weltkrieges erreicht hat. Wir sind jetzt in einem Stadium, wie es die Österreichischen Bundesbahnen seit dem Bestehen der österreichischen Bahnen noch nie gekannt haben, nämlich im Stadium des Umbaues und Neubaues, der Erneuerung, der Modernisierung und der Rationalisierung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich will hier nicht beweihräuchern; das ist eines Sozialisten unwürdig. Aber es ist notwendig, daß von dieser Stelle aus festgestellt wird, unumwunden und bedingungslos: Die motorische Kraft für diesen Gestaltungswillen der Österreichischen Bundesbahnen, das war, das ist und bleibt der Minister Waldbrunner! *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)* Man dankt ihm allein nicht nur, daß mit dem 19. Dezember 1952 ein wichtiger Abschnitt in Österreich zu Ende gegangen ist, nämlich die Elektrifizierung der Westbahnlinie. Dieser Tag, an dem zum erstenmal im Wiener Westbahnhof ein elektrisch geführter Zug in die Halle eingefahren ist, ist denkwürdig. Wir alle waren damals vor die bange Frage gestellt: Was wird nun in Österreich auf diesem Gebiete weiter geschehen? Soll die Westbahn nun Abschluß und Ende sein oder soll die Westbahn nur ein Zwischenstück, ein erfolgreiches Zwischenglied sein in der Kette der Modernisierung der österreichischen Eisenbahnlinien? Und Minister Waldbrunner hat die Antwort darauf gegeben — klar, deutlich und unmißverständlich. Und nun sind die Vorarbeiten schon voll im Gange für die Elektrifizierung der zweiten Hauptlinie Österreichs, nämlich der Südbahnlinie. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Eichinger: Wer hat das Geld gegeben?)*

Es wundert mich, daß man von diesen Reihen, wo man so viel von Patriotismus redet, während dieser Debatte öfters nach dem Ausland gesehen hat und vom Ausland Argumente holen wollte. Wir brauchen nicht in die Ferne zu ziehen, wir können uns im Lande umsehen und finden das Gute hier so nah.

Es ist zweifellos eine rühmensewerte Tat auch des österreichischen Parlaments und seiner Abgeordneten, daß sie heuer im Sommer dieses zehnjährigen Investitionsprogramms beschlossen haben, und es werden nun morgen bei der Schlußabstimmung die Regierungsparteien auch

der Gruppe X mit dem Kapitel 29 ihre Zustimmung geben. Die Zustimmung bedeutet, daß nun wieder für ein volles Jahr die Modernisierung der Österreichischen Bundesbahnen Stück um Stück weitergeführt wird.

Es ist begreiflich, daß Abgeordnete, die fachlich nicht die Kenntnisse haben wie die Fachleute, hier Übelstände und Mißstände aufzeigen. Aber es ist unsere Aufgabe, den Ursachen nachzuforschen und zu fragen, warum wir in Österreich nun diese unangenehmen Umstände haben, warum wir Verspätungen haben, warum wir dies und jenes Unangenehme zu verzeichnen haben. Dann können wir, wenn wir die Ursache erforscht haben, feststellen: Ja, das ist eine Begleiterscheinung dieses Umbauprozesses, dieses Modernisierungsprozesses. Ober glauben Sie nicht, daß die Erhaltung des kostspieligsten und wertvollsten Gutes der Österreichischen Bundesbahnen, nämlich des Oberbaues, der jahrzehntelang vernachlässigt wurde, nun nicht nur Geld benötigt, Mühe und Schwierigkeiten hervorruft, sondern auch organisatorische Maßnahmen erfordert? Niemand kann sagen, daß man das so ohneweiters, ohne Behinderung und Erschwerung des Verkehrs durchführen kann.

Wenn man immer wieder diese Klagelieder über die Verspätungen hört, so möchte ich Ihnen hier ein paar Zahlen zu Gemüte führen, damit Sie sehen können, warum es zu solchen Verspätungen kommt, die niemand mehr bedauert als die berufenen Funktionäre der Österreichischen Bundesbahnen, die ja ununterbrochen darauf sinnen, wie man am besten, am wirkungsvollsten, am raschesten dieser Schwierigkeiten Herr werden kann. Zwischen Wien-Westbahnhof und Innsbruck wurden während der Zeit bis Mitte November 361 km außerplanmäßig befahren, das heißt, es mußten Verzögerungen, Verminderungen von Geschwindigkeiten eingeführt werden, weil sonst die Züge im Reiseverkehr sicherheitsmäßig gefährdet worden wären. Von Wien-Westbahnhof bis Innsbruck waren mit Stand von Mitte November elf eingleisige Streckenabschnitte, das sind 83 km; auf der Strecke Wien-Südbahnhof bis Villach waren acht eingleisige Streckenabschnitte, das sind 40 km, und auf der Strecke Wels—Passau waren zwei eingleisige Streckenabschnitte, das sind 14 km. Wenn man ein klein wenig Ahnung von den Dingen hat, so kann man daraus ersehen, was das für Erfordernisse hervorruft, was das für Schwierigkeiten mit sich brachte, und darin haben Sie im wesentlichen die entscheidenden Momente für die Verspätungen bei den Österreichischen Bundesbahnen. Es wird leider, oder sagen wir Gott sei Dank, noch einige Zeit anhalten, bis der Anschluß an die normalen Zustände wieder herbeigeführt sein wird.

Wenn wir heute gehört haben, daß das alarmierend sei, was der Herr Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe erklärt hat, daß erst, wie gesagt, nach acht bis zehn Jahren der Anschluß gefunden sein wird, so sieht man aus dieser Gegenüberstellung die ganze Tiefe der Sünden der Vergangenheit, die wir nun Stück um Stück abzubauen haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn man als weiteres Schattenmoment in der Öffentlichkeit die Unfallsziffern der Österreichischen Bundesbahnen hinstellt und wenn der Herr Abg. Gredler heute erklärt hat, daß im Volksmund das geflügelte Wort umgeht: „Jeder Zug ein Unfall!“, so könnte man demgegenüber sagen: dann wäre jedes Auto ein Sarg, denn aus der Vielzahl der Autounfälle kann man das wohl eher behaupten als bei den Österreichischen Bundesbahnen. Wenn man der Öffentlichkeit das so darstellen will, als ob dienstliches Versagen, Mängel in der Organisation oder teilweise gar Unfähigkeit die Ursache der verschiedenen Unfälle wären, so möchte ich mir erlauben, Ihnen auch dazu einige Zahlen zu Gemüte zu führen, aus denen Sie die ganze Problematik des Zustandes ersehen können.

Im ersten Halbjahr des Jahres 1954 sind im Gesamtverkehr Österreichs 4027 Personen getötet oder schwer verletzt worden; hievon sind 138 Personen im Bereiche der Österreichischen Bundesbahnen getötet oder schwer verletzt worden. Sie sehen also daraus, wie verhältnismäßig sicher die Österreichischen Bundesbahnen verkehren. Es ist wahrlich nur dem aufopferungsvollen Diensteifer der Bediensteten zuzuschreiben, daß die Probleme unter den schwierigsten Verhältnissen derart gemeistert werden konnten.

Wenn man bedenkt, daß wir heuer einen Bauzustand gehabt haben wie nie zuvor, wenn wir bedenken, daß wir gleichzeitig einen Reise- und Güterverkehr gehabt haben wie selten zuvor, wenn man diese beiden Komponenten zusammennimmt, dann kann man wohl sagen, daß die Bundesbahnen ihre Pflicht nicht nur gegenüber dem Staat und gegenüber dem Volk, sondern auch gegenüber der Sicherheit der österreichischen Bevölkerung voll und ganz erfüllt haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wir haben heute vom Herrn Abg. Koplenig unter anderem gehört, daß man in Österreich nicht nach den kleinen Schuldigen suchen, sondern daß man in Österreich die Schuldigen ganz woanders suchen soll. Ich möchte demgegenüber folgendes feststellen: In jenen Ländern, wo die Parteigenossen Koplenigs ihre volle Macht besitzen, handelt man nicht nach diesem Grundsatz. Wer von uns erinnert sich nicht mehr an das Jahr 1952, als durch den Rundfunk und durch die Presse die Schreckensnachricht

von der Verurteilung und Hinrichtung des Lokomotivführers Molnar gegangen ist? Und ich werde mir erlauben, Ihnen hier ein Zitat aus der Presse der damaligen Zeit vorzulesen, damit Sie sehen können, was man dort getan hat und wie wenig Koplenig berechtigt ist, hier als Ankläger aufzutreten. Die „Arbeiter-Zeitung“ vom 31. Dezember 1952 berichtet aus Budapest:

„Wie Radio Budapest mitteilt, hat ein Sondergericht den Eisenbahner Imre Molnar zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde sofort vollstreckt.“ (*Abg. Frühwirth: Hört! Hört!*) „Nach der Mitteilung Radio Budapest hatte sich Molnar wegen eines Eisenbahnunfalls zu verantworten, der sich in ...“ — einem Vorort von Budapest — „ereignet hatte und in dessen Verlauf mehrere Personen den Tod gefunden hatten. Radio Budapest behauptet, die amtliche Untersuchung habe ergeben, daß das Unglück auf die Nachlässigkeit mehrerer Eisenbahner, unter ihnen Molnars, zurückzuführen war.“

Die Nachricht wurde am 26. Dezember der Welt kundgetan, und zwei Tage später schon war Molnar am Galgen und hat dort sein Leben ausgehaucht. Es war ein Sondergericht, ein Schnellgericht, man hat die Umstände nicht untersucht. Die Umstände waren im wesentlichen darin zu suchen, daß man zu der damaligen Zeit die Fahrpläne im Bereiche Budapests außer Kraft gesetzt hatte und dadurch ein solches Tohuwabohu eingetreten war. (*Abg. Koplenig: Alles nach der „Arbeiter-Zeitung“! — Abg. Rosenberger: Radio Budapest!*) Nicht nach der „Arbeiter-Zeitung“! Niemand konnte die Hinrichtung Molnars vertuschen. (*Abg. Koplenig: Was Oscar Pollak schreibt, ist keine Wahrheit!*)

Es gibt aber auch noch eine andere Nachricht, die ebenfalls nicht uninteressant ist. Sie ist vor einiger Zeit durch die Presse gegangen und lautete: „Zu einem nicht alltäglichen Prozeß kam es dieser Tage vor dem Kreisgericht Leipzig, wo sich Lokführer Müller und Lokheizer Kamchen wegen Transportgefährdung zu verantworten hatten. Wie die „Lausitzer Rundschau“ berichtete, hatten beide im September dieses Jahres nach durchzechter Nacht einen Güterzug übernommen. Während der Fahrt schliefen sie auf der Lok ein. Immer langsamer fuhr der Zug mit dem schlafenden Personal, bis er etwa 50 m vor dem Stellwerk Silberdamm stehen blieb. Der Lokführer wurde zu einem Jahr, der Heizer zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.“

Herr Abg. Koplenig, stellen Sie sich das auf Österreich übertragen vor! Österreichische Eisenbahnbeamte würden das machen und würden zu einem Jahr oder sechs Monaten verurteilt werden! Man könnte sich gar nicht

57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954 2661

vorstellen, was für ein Geheul die KP und ihre Presse dann anstimmen würden. Weil nun aber Eisenbahnbedienstete in Österreich durch unglückliche Umstände vor den Richter zu stehen gekommen sind und vom Gericht verurteilt wurden, wird hier ein Klage- und Jammergeheul angestimmt! Aber man kann in diesem Fall wirklich feststellen, daß hier mit zweierlei Maß gemessen wird und die KP kein Recht besitzt, in Österreich zu kritisieren. (*Abg. Koplenig: Sie haben ja gegen die Eisenbahner Stellung genommen, nicht ich!*) Wir haben nicht gegen die Eisenbahner Stellung genommen. (*Abg. Koplenig: Ihre Partei hat gegen die Eisenbahner Stellung genommen!*) Im Gegenteil! Die österreichischen Eisenbahner wissen in der Sozialistischen Partei ihre Rechte entsprechend gewahrt. Wir bringen keine Eisenbahner, die durch unglückliche Umstände ein Opfer ihres Berufes geworden sind, an den Galgen. (*Abg. Koplenig: Sie haben gegen die Eisenbahner Stellung genommen!*)

Es haben noch andere Abgeordnete zu den verschiedenen einzelnen Problemen Stellung genommen, und ich möchte mir erlauben, ihre Ausführungen ebenfalls einer kleinen Analyse zu unterziehen. Es war vor allem die Rede des Abg. Dr. Kraus, die mir, ganz offen gesagt, sehr „grauslich“ erschienen ist. Der Herr Abg. Kraus hat hier eine Behauptung aufgestellt, die eine Beleidigung der Beamten in der Generaldirektion darstellt, die mit diesen Dingen befaßt sind.

Am 1. Dezember hat die Verkehrstagung stattgefunden, einberufen vom Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe. Dort war auch Ihr Fraktionskollege Kandutsch anwesend, und Herr Abg. Kandutsch hatte Gelegenheit, die Redner aus allen Bundesländern anzuhören, die übereinstimmend von Vorarlberg bis nach dem Burgenland ein einziges Loblied der Anerkennung für die Belange der Österreichischen Bundesbahnen gesungen haben. (*Abg. Dr. Kraus: Weil sie Sozialisten sind!*) Nein, Herr Abg. Kraus, von den Personen, die dort gesprochen haben, war kein einziger ein Angehöriger der SPÖ, alle Anwesenden waren Angehörige der ÖVP. Erkundigen Sie sich beim Abg. Kandutsch, erkundigen Sie sich in der Generaldirektion und bei der Eisenbahn, und Sie werden dieselbe Antwort bekommen. (*Heiterkeit bei der WdU.*) Eine solche Antwort ist kein Argument. Dumm zu lachen, das ist keine Kunst, das ist etwas, was man Ihnen ohne weiteres zumuten kann! (*Zwischenrufe bei der WdU. — Abg. Horn: Von der Bahn versteht er nichts, nur von den Papierwaggons! — Abg. Dr. Kraus: Und im Parlament soll man keine Kritik vorbringen?*) Sie können hier Kritik vorbringen, aber Sie hätten sich unter allen Um-

ständen zunächst vergewissern sollen, ob Ihre Gedanken auch hieb- und stichfest sind, bevor Sie sich damit auf die Tribüne des Parlaments stellen. (*Abg. Dr. Reimann: Die sind hieb- und stichfest! — Abg. Dr. Kraus: Fahren Sie einmal mit der Bundesbahn! — Weitere Zwischenrufe.*) Das ist eine Verkennung der Tatsachen, wenn Sie so kritisieren.

Ich möchte Ihnen auch folgendes sagen: Wenn 20 und 30 Jahre lang auf diesem Gebiet nichts geschehen ist, dann ist die Zweite Republik nicht in der Lage, innerhalb kurzer Zeit einen solchen Zustand herbeizuführen, wie er in der Schweiz vorhanden ist. (*Abg. Dr. Kraus: Aber wir dürfen keine Kritik vorbringen?*) Die Österreichischen Bundesbahnen und das Ministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe haben entsprechende Aufträge erteilt. Würden Sie sich die einschlägige Literatur besorgen und durchsehen, dann kämen Sie darauf, daß die Österreichischen Bundesbahnen nicht nur modernisiert, sondern auch entsprechende Neuanschaffungen getätigt haben. Hier habe ich den Bericht über diese Tagung, und darin heißt es unter anderem (*Abg. Dr. Kraus: Ich will es sehen, aber nicht lesen! — Abg. Stendebach: Damit erkennen Sie ja die Mißstände an!*):

„Die im Jahre 1953 begonnene Lieferung von 20 vierachsigen Reisezugwagen 2. und 3. Klasse mit gesondertem Waschraum an einem Wagenende und mit Warmluftheizung wurde beendet.“ (*Abg. Dr. Reimann: Wir wollen wissen, wie es in Wirklichkeit steht!*) „Sämtliche Wagen konnten noch in der Winterfahrplanperiode eingesetzt werden.“ (*Abg. Dr. Reimann: Wo fahren denn diese Wagen?*)

Man hört immer dasselbe! Wo fahren sie denn? Wenn die Herren Abgeordneten des VdU hauptsächlich von Salzburg nach Wien mit dem Arlbergexpress fahren, dann können sie feststellen, daß der ganze Arlbergexpress manchmal nur einen einzigen österreichischen Wagen mitführt, weil die übrigen Wagen anderen internationalen Gesellschaften gehören. (*Abg. Dr. Reimann: Aber der österreichische Wagen ist der allerschlechteste!*) Schauen Sie, gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens! (*Abg. Stendebach: Da haben Sie recht! — Ironische Heiterkeit bei der WdU.*) Sie steigen hier herauf und kritisieren verschiedenes. Wenn ich Sie mir als Unternehmer vorstelle und Ihre Leistungen an den Zuständen im VdU messe, so muß ich Ihnen sagen: da müßte selbst der Minister zurücktreten wegen dieser Zustände, die Sie in Ihrer Partei haben. (*Abg. Dr. Kraus: Ach so!*) Sie sind mit Ihren zuständigen organisatorischen, mit Ihren politischen Belangen keine Empfehlung. Das nehmen Sie gefälligst zur Kenntnis! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn der Herr Kollege Hartleb hier heraufgestiegen ist und verschiedene Belange der Fahrplanerstellung kritisiert hat, dann möchte ich dazu folgendes feststellen. (*Abg. Doktor Kraus: Vertragt ihr keine Kritik?*) Die Fahrpläne werden auf internationalen Fahrplan-konferenzen erstellt. Wenn man sich erinnert, wie Sie hier des öfteren sprechen und von dieser Stelle von einem einigen, einem geeinten Europa reden, dann halte ich Ihnen entgegen, daß nun eben auch die Fragen des Verkehrs allmählich im Wege des neuen Europa zu lösen sind. Deshalb müssen auch die Fahrpläne den Belangen der anderen Staaten angepaßt werden. (*Abg. Dr. Reimann: Also die Reise von Wien nach Wiener Neustadt muß international angepaßt werden!*)

Wenn wir hier hören, daß die Züge zu lange ohne Aufenthalt durchfahren, daß sie zuwenig oft halten, dann hört man von der anderen Seite her wieder, daß die Züge zu oft stehenbleiben. Der Herr Abg. Wunder hat zum Beispiel kritisiert, daß ein Eilzug von Klagenfurt nach Wolfsberg zu oft stehenbleibt. Der Herr Abg. Hartleb hat wieder kritisiert, daß die Schnellzüge zuwenig oft stehenbleiben. Dazu kann man nur sagen: Allen Menschen recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann! Schauen Sie nach Italien, schauen Sie nach Frankreich, nach Deutschland, überall können Sie feststellen, daß die Fernzüge, FD-Züge, die Rapidos und die Rapides Hunderte von Kilometern durchfahren, ohne stehenzubleiben. Und da soll man sich vorstellen, daß in Österreich die Belange der Österreichischen Bundesbahnen von Neumarkt aus gelenkt werden können, von einem Mann, der einst, als er Minister gewesen ist, angeordnet hat, der Zug müsse dort stehen bleiben! (*Abg. Dr. Reimann: Ihre Argumentation ist ein bißchen primitiv!*)

Meine sehr verehrten Anwesenden! Wir haben keine Ursache, uns der Belange der Österreichischen Bundesbahnen irgendwie zu schämen! (*Abg. Doktor Kraus: Regen Sie sich nicht so auf! Das soll ja eine Diskussion sein!*) Wir können wohl feststellen, daß auf diesem Gebiete sehr viel geleistet wurde und noch viel mehr geleistet werden wird.

Hier wurde auch öfters auf das Defizit hingewiesen. Ja, das stimmt, aber ich möchte Sie noch einmal auf das Erbe hinweisen, das wir übernommen haben, wie auf die Aufgaben, die wir infolgedessen zu erfüllen haben. Letzten Endes kommen die Beträge, die in diesem Defizit aufscheinen, restlos der österreichischen Wirtschaft zugute, weil ja diese die Aufträge der Österreichischen Bundesbahnen bekommt, sei es die Ausführung von Bau-

werken, sei es die Modernisierung des Betriebes oder die Modernisierung des Wagenparks und des Lokomotivparks. (*Andauernde lebhaft Zwischenrufe. — Ruf bei der WdU: Er soll kein solches Gschistigschasti machen! — Abg. Rosa Jochmann: Nein, nein, er versteht etwas, er ist ja Lokführer!*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Kapitel Verkehr hat jedes Jahr die Leiden-schaften hochgehen lassen. (*Abg. Stendebach: Das kann ich mir vorstellen!*) Herr Stendebach, Ihre Beurteilung ist mir sehr wenig maßgebend! (*Neuerliche Zwischenrufe.*) Ihr Urteil in Kelkelowo, wo Sie Soldaten in den Tod geschickt haben, war dort wesentlich und entscheidend; Sie haben die Antwort bei den letzten Wahlen bekommen und Sie werden sie noch weiterhin bekommen! (*Beifall bei den Sozialisten. — Heftiger Widerspruch bei der WdU. — Abg. Dr. Kraus: Jetzt seien Sie aber still! Das ist sehr primitiv! — Abg. Dr. Reimann: Außerdem war es eine Frechheit! Eine Unverschämtheit und eine Frechheit war es! — Abg. Dr. Kraus: Eine Frechheit!*) Ihre Frechheiten interessieren mich gar nicht, Herr Dr. Kraus. Maßgebend ist, wie Sie in der Bevölkerung und bei den Wählern eingeschätzt werden. Und da kann ich nur sagen, daß sich Ihre Wähler „grauslich“ von Ihnen abwenden. (*Abg. Dr. Reimann: Mit solchen dummen Bemerkungen dürfen Sie nicht kommen!*)

Meine sehr verehrten Anwesenden! Die Sozialistische Partei, die Fraktion der sozialistischen Abgeordneten steht selbstverständlich zu ihrem Minister und wird ihn in allen Belangen verteidigen. Diese Verteidigung ist eine würdige und eine gerechte Sache. Die Österreichischen Bundesbahnen werden die ihnen gestellten Aufgaben, nämlich die Hebung der Verkehrssicherheit, die Verkürzung der Fahrzeiten, die Modernisierung in allen Belangen restlos erfüllen (*Ruf bei der WdU: Da werden wir warten müssen!*), und diese Aufgaben werden letzten Endes ganz Österreich zum Wohle gereichen! (*Lebhafter Beifall bei den Sozialisten. — Abg. Dr. Kraus: Das ist ein Häferl, das übergeht! — Abg. Slavik: Eine „grausliche“ Partei! — Abg. Dr. Kraus: Da müßt ihr bessere Redner herausschicken! — Abg. Slavik: Wichtiger wäre, daß ihr bessere ins Parlament hereinbringt!*)

Präsident: Als nächster Redner ist der Herr Abg. Katzengruber vorgemerkt. Ich erteile ihm das Wort. (*Abg. Dr. Kraus: Das war viel Lärm um nichts! — Abg. Probst: Der VdU steht auf einem Nebengeleise! — Abg. Horn: Ihr habt den Anschluß verpaßt!*)

57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954 2663

Abg. Katzensgruber: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich würde mich heute nicht zum Worte gemeldet haben, wäre heute nicht ausgerechnet über den Sender Vorarlberg gesprochen worden, und deshalb gestatte ich mir, einige Ausführungen und Feststellungen hiezu zu machen.

Ich weiß, daß man von einer Vergewaltigung spricht, ich weiß, daß man dem Minister Waldbrunner von seiten der ÖVP den Vorwurf macht, sozusagen einen gewaltsamen Raub des Senders begangen zu haben. (*Abg. Rosa Jochmann: Ja, das hat der Herr Abg. Gschnitzer gesagt!*) Wie sieht die Situation in Wirklichkeit aus? Ist die ÖVP Vorarlbergs berechtigt, den Sender allein für sich in Anspruch zu nehmen? Denn bisher hat sie das ja getan, obwohl festzustellen ist, daß sie nicht die gesamten Wähler hinter sich hat. Es gibt doch eine bestimmte Gruppe von Sozialisten, des VdU und anderer Parteien, und es gibt auch solche Hörer, die weder für die eine noch für die andere Partei ihre Stimme abgegeben haben. Alle diese Gruppen werden in Vorarlberg nicht berücksichtigt und selbstverständlich ausgeschaltet, einzig und allein die Österreichische Volkspartei nimmt in Vorarlberg den Sender für sich in Anspruch. Sie werden mir sagen: Bitte, wir sind ja die Mehrheit! (*Abg. Dipl.-Ing. Pius Fink: Beweise, Herr Kollege!*) Ich werde sie bringen, Kollege Fink, ich werde sie sofort bringen. Ich weiß, daß man das nicht gerne hört, denn die Österreichische Volkspartei sagt doch immer wieder, Vorarlberg sei die beste und schönste Stube Österreichs. Nun, schauen wir einmal in diese Stube etwas genauer hinein.

Ich weiß, daß in der Beschwerdeführung darauf hingewiesen wurde, daß der Betrieb klaglos geführt wurde. Ja, klaglos in Ihrem Sinn! Aber alle anderen hatten zu klagen. Sagen Sie, daß es demokratisch ist, wenn in einem Lande alle anderen Parteien, die ebenso ihre Wählergruppen hinter sich haben, kein Recht haben, die Rundfunkanlage zu benutzen? Ich frage Sie, Herr Abg. Fink, ob Sie das richtig finden, denn die Gebühren hierfür bezahlen ja auch die Sozialisten, die Anhänger der WdU, die Kommunisten und auch jene, die nicht die Stimme für eine Partei abgegeben haben.

Ist es nicht eine Vergewaltigung, wenn man beispielsweise in ganz Österreich die Parlamentsdebatten hören kann, aber in Vorarlberg nicht? Auch im Tiroler Land, das in der Struktur ja so ähnlich wie Vorarlberg ist, ist es möglich, die Parlamentsdebatten in der Übertragung zu hören. (*Abg. Dipl.-Ing. Pius Fink: Das hat mit Parteien nichts zu tun!*) Herr

Kollege Fink! Es hätte eigentlich mit Parteien nichts zu tun, es sollte nicht parteiisch gehandhabt werden, aber leider ist es so, daß man die Möglichkeit einer solchen Übertragung nicht hat. Fragen Sie die Vorarlberger, Herr Kollege Fink! Die Darstellung ist nicht ganz richtig, wenn man sagt, der Vorarlberger sei desinteressiert daran, was sich in Wien abwickelt. Der Vorarlberger selbst ist nicht besonders daran interessiert, unbedingt seinen Abgeordneten im Rundfunk zu hören, sondern er ist am Geschehen des gesamtösterreichischen Wirtschafts- und des gesamtösterreichischen politischen Lebens interessiert. (*Beifall bei der SPÖ.*) Ich denke, es wird bei Ihrer Partei so sein wie bei uns, bei den Sozialisten. Da sind alle, die die Sozialistische Partei gewählt haben, daran interessiert, was die Vertreter dieser Partei im Parlament tun, wie sie die Interessen der Wähler vertreten und was sie dazu sagen, ganz gleichgültig, ob das der Katzensgruber oder der Pittermann ist; das ist ihnen egal. Wichtig ist, was gesprochen wird, was behandelt wurde und wie es behandelt wurde. Leider haben wir keine Möglichkeiten gehabt, die Vorarlberger Wähler darüber zu unterrichten.

Ich frage Sie weiter, Herr Abg. Fink, wenn Sie Beweise verlangen: Was ist mit dem 1. Mai, der kein ausgesprochen sozialistischer Feiertag, sondern ein Weltfeiertag und auch unser Staatsfeiertag ist? Er ist in manchen Ländern, wo nicht die sozialistische Partei die Mehrheit hat, trotzdem ein Feiertag, überall wird er gefeiert, überall werden auch im Rundfunk diese Feiern übertragen. Eine geraume Zeit haben wir noch die Möglichkeit gehabt, diese Übertragungen von Innsbruck aus zu hören, aber dann hat man uns auch diese Schnur abgeschnitten, und wir haben etwas anderes gehört, beispielsweise über die Lichterprozession nach Rankweil. Aber vom 1. Mai kein Wort mehr. Man hat den politischen Parteien, in diesem Fall der Sozialistischen Partei, nicht die Möglichkeit gegeben, auch nur ganz kurz über die Bedeutung des 1. Mai zu sprechen, sondern einzig und allein dem Kammerpräsidenten diese Genehmigung mit dem Bemerken erteilt, daß er sich dabei unpolitisch verhalten soll. Also auch bezüglich des 1. Mai diese Ausschaltung!

Ich weiß, man spricht im Zusammenhang mit dem Vorarlberger Rundfunk so gern über Kultur und meint damit Kultus. Meine Damen und Herren! Wir haben Verständnis für die religiösen Sendungen. Wir Sozialisten waren noch nie entsetzt, wenn beispielsweise die Predigten des ausgezeichneten Predigers Pater Suso Braun übertragen wurden, aber worüber wir entsetzt waren, meine Damen und Herren,

2664 57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954

war die Übertragung der Predigt eines aus dem Ausland kommenden Priesters, des Herrn Pater Leppich, der damals, in Bregenz, Dornbirn und Bludenz beginnend, getrachtet hat, auch nach Tirol zu kommen. In der Bischofsstadt Feldkirch hat er jedenfalls nicht gesprochen, weil der Herr Bischof über die Ausdrucksweise entsetzt war, die er bei seinen Predigten gebraucht hat. Ich möchte das nicht wiederholen. Meine Damen und Herren! Auch Sie würden erröten, wenn ich die Tonart anschlagen wollte, in der er auf dem Platz vor der Kirche gesprochen hat. (*Abg. Rosa Jochmann: Sehr richtig!*) Es ist den Zuhörern, den tief religiösen Menschen, nicht die Schamröte, sondern die Zornesröte ins Gesicht gestiegen, als dieser Herr dort, beginnend bei den Fabrikmädeln, Bezeichnungen angewendet hat, die ich nicht wiederholen möchte; ich möchte nicht sagen, als was er sie bezeichnet hat. Ich könnte es vielleicht verstehen, daß er bei uns gesprochen hat. Aber daß man diese Reden noch aus Innsbruck importiert, das ist nicht zu vertreten. Sagen Sie mir nicht, Herr Kollege, daß das keine einseitige Handhabung war!

Es geht aber noch weiter! Man ist in Vorarlberg mit dem Sender so weit gewesen, daß eine bestimmte Gruppe der ÖVP von Haus zu Haus gegangen ist, um Unterschriften zu sammeln, damit täglich in der Früh ein Rosenkranz gebetet wird. (*Abg. Dengler: Es hätte aber dir auch nicht geschadet!*) Bitte, das ist Ihre Angelegenheit, aber Sie sehen, wie weit Ihre Meinung schon geht, daß der Rundfunk nur mehr für eine Gruppe, für die Kirche zu haben ist und sonst für niemand mehr.

Ich weiß, der Herr Landeshauptmann hat damals erklärt, sein Standpunkt sei, keiner politischen Partei den Rundfunk zur Verfügung zu stellen. Wir haben uns — allerdings unter Protest — damit abgefunden, denn wir sind ja in der Minderheit. Aber wenn der Rundfunk niemandem, keiner Partei, zur Verfügung gestellt wird, wie war es dann, als der Landesparteitag der ÖVP in Dornbirn abgehalten wurde, wo der Herr Bundesobmann der ÖVP, der Herr Bundeskanzler Raab, volle 45 Minuten im Vorarlberger Rundfunk über den Standpunkt der Volkspartei gesprochen hat? War das, meine Damen und Herren, nicht einer Partei zur Verfügung gestellt? Der Herr Kanzler war doch nicht in seiner Eigenschaft als Kanzler dort, sondern in seiner Eigenschaft als Bundesobmann der Österreichischen Volkspartei. Sie sehen also, daß man der Volkspartei ohne weiters 45 Minuten zur Verfügung stellt. Es gibt außerdem sehr viele Unterorganisatio-

nen, und in diesen Unterorganisationen hat man wiederum die Möglichkeit, Ihre Parteipolitik zu betreiben.

Wir Sozialisten sind bestimmt, das kann ich Ihnen ruhig versichern, für eine Eigenständigkeit, wir sind dafür, daß jedes Bundesland sein Brauchtum fördern kann. Aber auf der anderen Seite müssen Sie doch auch zugeben, daß wir letzten Endes Österreicher sind und daß wir auch im entferntesten Bundesland als Österreicher das Recht haben, am österreichischen Kulturleben teilzunehmen. (*Abg. Dengler: Du bist ja gar kein ständiger Vorarlberger!*) Ich bin auf jeden Fall ein guter Österreicher und schon sehr lange in Vorarlberg, ich habe auch mein Heimatrecht dort. Kollege Dengler, wir waren früher, vor ungefähr 40 Jahren, einmal beisammen, das ist also schon sehr lange her, und seit dieser Zeit bin ich draußen in Vorarlberg. Aber es macht mir nichts aus, wenn man mir vorwirft, ich sei nicht bodenständig. Bei der Volkspartei — das ist interessant — gibt es das nicht nur in Vorarlberg, sondern auch in Wien, daß man sagt: Du bist nicht bodenständig! Nun, das geniert gar nichts. Auf jeden Fall bin ich schon so lange dort, daß ich ein bestimmtes Recht habe, darüber zu sprechen.

Der Herr Abg. Gschnitzer hat vom Zentralismus gesprochen. Ich frage, Herr Abg. Gschnitzer, ob Sie den Zentralismus in der Form gemeint haben, wie er in Vorarlberg ausartet und wie er dort gehandhabt wird. Sie sagten ja: Gib dem Lande, was des Landes ist! Aber nur einer Gruppe, Herr Abgeordneter? Wenn schon dem Land etwas gegeben wird, so muß es die demokratische Freiheit im Lande sein, auch auf dem Gebiete des Rundfunkwesens! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn ich richtig verstanden habe, so hat man heute den Ausspruch getan, daß die Demokratie kostspieliger sei als die Diktatur. Ich kann mich erinnern, daß wir schon einmal die Diktatur kennenlernten und wir sie wohl als sehr kostspielig und teuer bezeichnen mußten.

Der Herr Abg. Bleyer hat heute einige Feststellungen gemacht, und ich möchte sie in Zusammenhang mit dem Rundfunk in Vorarlberg bringen. Sie sagen, die Sozialisten tun so, als ob die Betriebe ihnen allein gehören würden. Die Österreichische Volkspartei tut so, als ob der Vorarlberger Sender ihr allein gehört hätte! Er sagte: Die Interessen der Partei müssen in den Hintergrund treten. Auch da haben Sie wieder recht. Wir müssen dabei auch auf den Vorarlberger Sender hinweisen. Wir sind der Meinung: Zurücktreten der Parteiinteressen, der Allgemeinheit dienen!

Der Herr Abg. Bleyer hat erklärt, bei Anstellungen solle man nicht das Parteibuch

vorziehen und nach dem Parteibuch gehen. Da haben Sie recht. Ich verweise nur auf den Vorarlberger Rundfunk. Gerade bei uns sind zwei Männer ausgeschaltet worden. Der eine, der damals im Jahre 1945 unter den schwierigsten Verhältnissen gerade diesen Sender allein, ohne jede Hilfe, ins Leben gerufen und wieder in Betrieb gesetzt hat, wurde, obwohl er zu den fähigsten Fachleuten zählte, ausgeschieden (*Abg. Bleyer: Endlich einmal einer!*), weil er eine andere Meinung hatte und sich nicht politisch einseitig binden wollte. Wir hatten einen Programmgestalter, Ludwig Standl war es — ich kann ihn nennen —, er wurde beiseitegeschoben und ausgeschaltet, weil er sich nicht dazu bequemen wollte, seine Programme einseitig zu gestalten, weil er sagte: Ich kann nicht zu einer Partei gehen und ich will es nicht, weil ich als Programmgestalter völlig frei, ohne jede Bindung meine Programme gestalten. Und deshalb mußte er weg. Heute ist er bei Rot-Weiß-Rot. Sie haben die Möglichkeit, zu überprüfen, ob er ein fähiger Mensch ist oder nicht.

Der Herr Abg. Fink sagt: Laßt die Vorarlberger Vorarlberger sein, dann sind sie gute Österreicher! Ich stehe auf demselben Standpunkt und möchte dazu noch ergänzen: Aber laßt uns Vorarlberger auch an den Geschehnissen in Österreich im Rundfunk teilnehmen, damit wir dann wirklich den Beweis erbringen können, daß wir, weil wir mit den Geschehnissen im Lande draußen wirklich vertraut sind, uns auch wirklich als gute Österreicher zeigen können! Es sollte nicht immer wieder die Anspielung sein, so wie es kürzlich hier im Haus bei der Behandlung des Kapitels Inneres passiert ist, als hier ein Abgeordneter der Volkspartei dem Herrn Innenminister die Auslandsösterreicher so warm ans Herz gelegt hat, daß mich dann später boshafterweise ein Kollege gefragt hat, ob man damit die Österreichische Volkspartei in Vorarlberg gemeint hat. (*Heiterkeit.*)

Ich bin also der Auffassung, daß wir im Lande zusammenhalten, zusammenstehen und einträchtig auch den Beweis erbringen müssen, daß wir in Vorarlberg gute Österreicher sind. Wenn Sie, meine Herren, gute Österreicher sein wollen, dann werden Sie, Herr Kollege Fink, und auch Sie, Herr Abg. Gschnitzer, nur zustimmen, wenn ich sage: Es wäre auch notwendig und sicherlich von Vorteil, wenn nach Schluß der Sendung in Tirol so wie in Vorarlberg der Hinweis, daß wir Österreicher sind, auch dadurch gegeben wird, daß man zum Abschluß der Sendung die Bundeshymne spielt. (*Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.*)

Meine Damen und Herren! Damit habe ich Ihnen einen kleinen Ausschnitt aus der demokratischen Einrichtung des „Ländle“ gegeben, und ich glaube, Sie werden mir zustimmen, daß auch in dieser guten Stube nicht alles so ist, wie wir es uns als gute Österreicher vorstellen. (*Erneuter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Die Rednerliste zu dieser Gruppe ist erschöpft.

Ich erteile noch das Wort dem Herrn Abg. Koplenig, der sich zu einer tatsächlichen Berichtigung zum Wort gemeldet hat.

Abg. Koplenig: Meine Damen und Herren! Der Herr Abg. Haberl hat hier bestritten, daß die Familie Mayr-Melnhof im Aufsichtsrat der verstaatlichten Lankowitzer Kohlen-Compagnie vertreten ist. Er hat behauptet, daß Mayr-Melnhof seit 1950 mit der Lankowitzer Kohlen-Compagnie überhaupt nichts mehr zu tun hat.

Ich habe hier vor mir den Finanz-Compass Österreich, Ausgabe 1954, und ich werde mir erlauben, aus diesem Finanz-Compass die Stellen, die die Lankowitzer Kohlen-Compagnie betreffen, vorzulesen. Auf Seite 535 lesen wir:

„Die Lankowitzer Kohlen-Compagnie, Leoben, Stmk.; Repräsentanz: Wien IV., Brahmplatz 6. (Gegründet 1869.)

Aufsichtsrat: Dir. Karl Josef Tambornino, Dir. Dipl.-Ing. Leo Kozdon, Franz Mayr-Melnhof, Friedrich Mayr-Melnhof, Dir. Dipl.-Ing. Otto Sykora; Vorst.: Dr. Leopold Hayden, Dipl.-Ing. Hans Simoni.“

Dies wollte ich als tatsächliche Berichtigung gegenüber den Behauptungen des Herrn Abg. Haberl feststellen.

Präsident: Da die Debatte geschlossen ist und der Herr Spezialberichterstatter auf das Schlußwort verzichtet, erkläre ich die Aussprache über die Gruppe X für beendet.

Wir kommen nunmehr zur Spezialdebatte über die **Gruppe XI**. Diese umfaßt Kapitel 4: Staatsschuld, Kapitel 5: Finanzausgleich, Kapitel 6: Pensionen (Hoheitsverwaltung), Kapitel 16: Finanzverwaltung, Kapitel 17: Öffentliche Abgaben, Kapitel 18: Kassenverwaltung, Kapitel 25: Postsparkassenamt, Kapitel 26: Übergangsmaßnahmen (mit Ausnahme von Titel 2 und Titel 2 a § 2), Kapitel 27: Monopole, Kapitel 28 Titel 7: Hauptmünzamt, und Kapitel 30: ERP-Gebahrung.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abg. Dr. Rupert Roth. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter Dr. Rupert Roth: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Im Auf-

trage des Finanz- und Budgetausschusses habe ich die Ehre, den Bericht über die Gruppe XI zu erstatten. Diese umfangreiche Gruppe wurde am 18. November 1954 im Finanz- und Budgetausschuß vorberaten. Es hatten sich 17 Abgeordnete zum Wort gemeldet sowie der Bundesminister für Finanzen Dr. Kamitz, der zu allen dieses Ressort betreffenden Fragen ausführlich Stellung nahm. Die Gesamtübersicht ergibt folgendes Bild:

Kapitel 4: Staatsschuld. Der Schuldendienst für Anleihen und Kredite von zusammen 11.452,697.900 S erfordert im Jahre 1955 477,765.000 S, das sind um 121,506.000 S weniger als für das Jahr 1954. 109,079.000 S werden hievon von der Postverwaltung und den Bundesbahnen für die ihnen aus der Anleihegebarung zur Verfügung gestellten Kredite für Verzinsung und Tilgung getragen.

Kapitel 5: Finanzausgleich. Die Ausgaben aus diesem Kapitel erfahren gegenüber 1954 eine Erhöhung von 65 auf 86 Millionen Schilling. Erstmals ist ein Verrechnungsansatz von 10 Millionen Schilling als Bundeszuschuß zur Förderung der Behebung von Schäden durch Unwetterkatastrophen angesetzt.

Im Kapitel 6 ist für Pensionisten der Hoheitsverwaltung ein Bedarf von 1.542,165.000 S präliminiert, dem an Einnahmen 112,157.000 S gegenüberstehen.

Kapitel 16: Finanzverwaltung. Die Finanzverwaltung des Bundes mit allen untergeordneten Organen und dem Münzregal erfordert einen Aufwand von 513,086.000 S. Die Einnahmen sind mit 46,684.000 S veranschlagt.

An Steueraufkommen werden laut Voranschlag im Kapitel 17 16.828,400.000 S erwartet, sodaß nach Abzug der Überweisungen an die Länder und Gemeinden dem Bund 11.514,162.000 S verbleiben. An Ausgaben werden lediglich 10,650.000 S anfallen.

Im Kapitel 18: Kassenverwaltung, ist ein Erfordernis von 1.240,940.000 S, das ist um 199,735.000 S weniger als im Jahre 1954, vorgesehen. Das Mindererfordernis ist hauptsächlich in der Verminderung der Stützungsaktionen für Brotgetreide, Milch und Futtermittel begründet. Die Mindereinnahmen aus diesem Kapitel gegenüber 1954 um rund 40 Millionen Schilling ergeben sich vor allem aus der Verminderung der Gewinnabfuhr der Nationalbank.

Das Postsparkassenamt, Kapitel 25, bringt bei Ausgaben von 124,136.000 S und Einnahmen von 126,923.000 S einen Überschuß von 2,787.000 S.

Das Kapitel 26: Übergangsmaßnahmen, veranschlagt an Ausgaben 1.409,254.000 S und an Einnahmen 1.268,769.000 S. Der Haupt-

aufwand ist vor allem für die Gewährung der Kinderbeihilfen vorgesehen, doch dürfte dieser im Hinblick auf die Schaffung eines Familienlastenausgleichsgesetzes tatsächlich im Jahre 1955 von der Veranschlagung beträchtlich abweichen.

Die Monopole: Kapitel 27, das sind das Tabak- und das Salzmonopol, die Staatslotterien und das Branntweinmonopol, lassen bei veranschlagten Betriebseinnahmen von 627,740.000 S und bei Betriebsausgaben von 460,649.000 S einen Monopolertrag von 167,091.000 S erwarten. Das ertragreichste Monopol ist das Branntweinmonopol.

Das Hauptmünzamt, veranschlagt bei Kapitel 28 Titel 7, schließt mit einem Betriebsüberschuß von 123.000 S ab.

Im Kapitel 30: ERP-Gebahrung, werden an Rückflüssen 226,558.000 S veranschlagt, die wiederum der Wirtschaft zugeführt werden.

Im übrigen darf ich auf die sich in Ihren Händen befindliche Regierungsvorlage 385 der Beilagen mit den ausführlichen Erläuterungen sowie auf meinen Bericht 412 der Beilagen verweisen.

Bei der Abstimmung in der Ausschußsitzung am 24. November 1954 wurden die Ausgaben- und die Einnahmenansätze der Budgetgruppe XI gemäß der Regierungsvorlage unter Berücksichtigung der Druckfehlerberichtigungen angenommen.

Ferner hat der Ausschuß die diesem Bericht beige druckte, vom Abg. Eibegger beantragte Entschließung folgenden Wortlautes angenommen:

Der Bundesminister für Finanzen wird ersucht, die Verhandlungen über den Finanzausgleich 1956 mit den Parlamentsfraktionen zu führen und so zeitgerecht zu beginnen, daß der Gesetzentwurf bis spätestens 30. September 1955 dem Nationalrat vorgelegt werden kann.

Es ist wünschenswert, daß die Geltungsdauer des Finanzausgleiches zwischen dem Bund und den anderen Gebietskörperschaften auf einen längeren Zeitraum als das jeweils laufende Rechnungsjahr ausgedehnt wird.

Der Nationalrat erinnert an die in der Nationalratssitzung vom 13. Dezember 1951 angenommene Entschließung des Finanz- und Budgetausschusses, betreffend die Steuerleistung der Bundesbetriebe und der Monopolverwaltung.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

1. Dem Kapitel 4: Staatsschuld, dem Kapitel 5: Finanzausgleich, dem Kapitel 6: Pensionen (Hoheitsverwaltung), dem Ka-

57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954 2667

pitel 16: Finanzverwaltung, dem Kapitel 17: Öffentliche Abgaben, dem Kapitel 18: Kassenverwaltung, dem Kapitel 25: Postsparkassenamt, dem Kapitel 26: Übergangsmaßnahmen, Titel 1, 2 a §§ 1 und 4, Titel 3, 4, 4 a, 5 und 6, dem Kapitel 27: Monopole samt den dazugehörigen Geldvoranschlägen (Anlagen II/2, II/3, II/4), dem Kapitel 28 Titel 7: Hauptmünzamt samt dem dazugehörigen Geldvoranschlag (Anlage III/7), und dem Kapitel 30: ERP-Gebahrung, des Bundesvoranschlages 1955 in der Fassung der Regierungsvorlage (385 d. B.) unter Berücksichtigung der Druckfehlerberichtigungen wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

2. Die dem Bericht beigedruckte Entschließung wird angenommen.

Präsident: Als Gegenredner ist zum Wort gemeldet der Herr Abg. Dr. Stüber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Stüber: Hohes Haus! Die kürzlich eingebrachte Gesetzesvorlage, betreffend eine neuerliche Steuersenkung bei der Lohn- und Einkommensteuer, hat der heutigen Beratung des Kapitels Finanzen denselben Erfolgsakzent unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik aufgedrückt wie das ebenfalls kürzlich eingebrachte Familienlastenausgleichsgesetz diesem und dem schon vorhergegangenen Kapitel Soziale Verwaltung. Ich habe schon in der Debatte über letzteres auf die geschickte Regie hingewiesen, welche die Regierungsparteien damit bei der Verabschiedung des heurigen Budgets bewiesen haben. Immerhin kann man sich eine solche Regie wohl gefallen lassen, da durch beide Gesetzentwürfe dringenden und berechtigten Wünschen der Bevölkerung zwar nicht erschöpfend, aber doch wenigstens zu einem wesentlichen Teil Rechnung getragen worden ist.

Das Kapitel Finanzen ist insofern das interessanteste im ganzen Budget, als es über die Einkommensquellen des Staates zur Verwirklichung der gesamten Staatsaufgaben Aufschluß gibt, und da wiederum unter diesen Einkommensquellen die Steuern eine hervorragende Rolle spielen, ist es logisch, sich zuerst mit diesen Steuern, den direkten und den indirekten, zu beschäftigen. Hier ist nun folgendes festzustellen.

So erfreulich die nunmehr vorgeschlagene durchschnittlich zehnprozentige abermalige Senkung des Tarifs der Einkommen- und der Lohnsteuer ist, erfüllt sie doch noch keineswegs alle Forderungen hinsichtlich einer organischen Steuerreform. Zuerst einmal bleibt der Steuerdruck in Österreich auch nach dieser zweiten, vom Finanzminister bereits im Frühjahr angekündigten Steuersenkung

außerordentlich hoch. Ich persönlich begrüße es, daß die Senkung nicht schablonenmäßig linear durchgeführt worden ist, sondern daß mit ansteigender Einkommenshöhe eine Degression in der Ermäßigung stattfindet, bedauere aber, daß die Senkung in den untersten und mittleren Einkommensstufen noch immer nicht als ausreichend bezeichnet werden kann.

Es ist also die jetzige Steuersenkung Nummer 2 als ein weiterer Schritt zum Abbau der unerträglichen Steuerlasten, des unerträglichen Steuerdruckes zu bezeichnen, aber nicht als mehr. Weitere Schritte sollen und müssen folgen, und es ist nur zu hoffen, daß der Herr Finanzminister jetzt nicht endgültig haltmachen wird auf diesem Wege.

Der Vergleich mit der Vorkriegszeit in Österreich und der Vergleich mit der gegenwärtigen steuerlichen Belastung in anderen Ländern zeigt, daß unsere Steuern noch immer viel zu hoch sind, daß sie gegenüber dem Real-einkommen der Arbeiter und Angestellten wie der kleinen und mittleren selbständig Erwerbstätigen noch immer übervalorisiert sind, auch wenn man neben der nunmehrigen Steuersenkung auch die etwas erweiterte Kinderermäßigung und die Verbesserung bei den Kinderbeihilfen mit ins Kalkül zieht. Über alles dieses aber wird ja bei der Behandlung der betreffenden Gesetzesvorlagen selbst noch ausführlich zu sprechen sein.

Hier an dieser Stelle möchte ich aber heute schon darauf hinweisen, daß es ein Unrecht wäre, wenn man die Selbständigen wieder nicht von allem Anfang an in den Genuß der neuen Steuersenkung kommen ließe, sondern ihnen diesen Genuß bis zur Veranlagung des kommenden Steuerjahres, also frühestens bis ungefähr in die Mitte 1956, vorenthalten würde. Ein solches war bei der ersten Steuersenkung ursprünglich der Fall, bis sich das Finanzministerium auf vieles Drängen der Wirtschaft endlich entschloß, im Erlaßwege eine entsprechende, der Änderung des Steuertarifes kongruente Herabsetzung der laufenden Vorauszahlung zu verfügen, was ich aus Gründen der Steuergerechtigkeit und Steuergleichheit von allem Anfang an hier gefordert habe.

Ich gebe also diesmal der Erwartung Ausdruck, daß die Senkung der Einkommensteuer den selbständig Erwerbstätigen ebenso vom 1. Jänner 1955 an sofort fühlbar werden wird wie die Senkung der Lohnsteuer den Steuerabzüglern. Der Weg dazu ist die automatische Senkung der Vorauszahlungen auf Grund des neuen Steuertarifes, was von seiten der Finanzämter ohne besondere Mühe mit einer einfachen Rechenoperation bewerkstelligt werden kann. Keinesfalls wäre der Weg über ein besonderes jeweiliges Ansuchen jedes ein-

zeln Steuerpflichtigen zu empfehlen und befriedigend, da er leicht zur Ermessenswillkür führen könnte, im übrigen aber auch die Finanzverwaltung viel zu stark belasten müßte.

Sollte aber das Finanzministerium auf dem Standpunkt stehen, eine solche Herabsetzung der Vorauszahlungen trotzdem zu verweigern, dann stelle ich schon jetzt mit allem Nachdruck fest, daß sich dann der Staat damit auf Kosten seiner Steuerzahler ungerechtfertigte zinsenlose Darlehen verschaffen würde, was im Zusammenhang mit einer Reihe von anderen Praktiken der Finanzbehörden nicht genug verurteilt werden könnte.

Dies soll vorläufig zur technischen Seite der Steuersenkung oder, besser gesagt, zur schrittweisen Milderung des unerträglichen Steuerprogressionsdruckes genügen.

In keiner Weise wurden aber durch die eingebrachte Einkommensteuernovelle 1954 die Erwartungen der Bevölkerung hinsichtlich der allgemeinen Steuerreform, die eine dringliche Notwendigkeit darstellt, erfüllt. Und hieher gehört vor allem einmal die Frage der Haushaltsbesteuerung. Das Finanzministerium hat über diese Frage am 28. Oktober dieses Jahres eine Enquete veranstaltet und zu diesem Zweck ein ausführliches Elaborat versendet. In diesem Schriftstück wird unter anderem das Beispiel eines Ehepaares angeführt, das zusammen ein Jahreseinkommen von 60.000 S bezieht. 26 Varianten verschiedener Besteuerung sind da auf Grund der heutigen Rechtslage möglich, wobei die gesamte Belastung zwischen 6960 und 15.264 S schwankt. Dieses Beispiel allein zeigt die Unhaltbarkeit des heutigen Systems, das eine derart unterschiedliche Behandlung bei an sich ziffernmäßig gleichbleibenden Gesamteinkünften eines und desselben Ehepaares zur Folge hat. Das Finanzministerium hat denn auch den heutigen Zustand selbst als unbefriedigend bezeichnet und hält seine Beseitigung für nötig. Über die Mittel und Wege zu dieser Beseitigung aber scheiden sich die Geister, denn es ist doch unbillig, wenn das Finanzministerium einfach die Rückkehr zur vollen Haushaltsbesteuerung durch Beseitigung der Ausnahmebehandlung der Einkünfte der Ehegattin aus nichtselbständiger Arbeit in einem dem Ehegatten fremden Betrieb als die zweckmäßigste Lösung bezeichnet. Die Zusammenrechnung der Einkünfte beider Ehegatten in jedem Falle würde zwar formal gleiches Recht schaffen, beziehungsweise wiederherstellen, aber es ist denn doch zu simpel, daß man eine Last, die allgemein als ungerecht und vor allem auch als unsozial empfunden wird, nunmehr einfach allen aufbürden will, damit niemand durch eine Separatbevorzugung begünstigt erscheint.

Gewiß ist es, rein historisch gesehen, richtig, daß die Bestimmung des § 19 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung 1941 den durch die Kriegsverhältnisse bedingten Arbeitseinsatz der Frauen fördern wollte. Obwohl aber diese Bestimmung durch das gegenwärtige Überangebot an Arbeitskräften als Sondernorm keine Berechtigung mehr hat, wäre es trotzdem untunlich, sie durch Einführung der uneingeschränkten Haushaltsbesteuerung wieder aufzuheben. Die generelle Haushaltsbesteuerung, wie sie das Ministerium anstrebt, wäre überhaupt nur dann zu vertreten, wenn gleichzeitig damit eine ganz bedeutende Senkung des Steuertarifes verbunden werden würde. Die jetzt beantragte durchschnittlich zehnprozentige Steuersenkung reicht dazu weitaus nicht hin.

Weiten Kreisen der Bevölkerung, der Wirtschaft wie der Finanzwissenschaft erscheint es als einzig richtig, die Haushaltsbesteuerung überhaupt aufzugeben, das heißt, die Einkünfte der Ehegatten in keinem Falle zusammenzurechnen. Zusammengerechnet könnten natürlich und sollten wahrscheinlich auch die Einkünfte minderjähriger Kinder beim Haushaltsvorstand werden, und eine gewisse Grenze könnte allenfalls auch festgelegt werden, von der ab eine Zusammenrechnung der Einkünfte beider Ehegatten wirtschaftlich und sozial vertretbar wäre; vielleicht bei einem Gesamteinkommen von, sagen wir, 60.000 S pro Jahr.

Angesichts der Gründlichkeit, mit der diese Frage, die Frage der Haushaltsbesteuerung, bei der erwähnten Enquete, aber auch in den Zeitungen und wissenschaftlichen Diskussionen bereits behandelt worden ist, kann ich es mir hier ersparen, mich über dieses Thema zu weit zu verbreitern. Ich verweise nur kurz noch einmal auf den sozialfeindlichen Charakter dieser Bestimmung der Haushaltsbesteuerung, die heute schon vielfach durch Konkubinate und wilde Ehen umgangen wird, was zweifellos nicht den Intentionen des Gesetzgebers entsprechen kann.

Ein weiteres Anliegen der Bevölkerung für die Steuerreform betrifft die weitgehende Berücksichtigung der Familienlasten. Auch hier sind wir ja nun eben im Begriff, mit dem neuen Familienlastenausgleich, wie schon eingangs erwähnt, einen weiteren Schritt zu tun. Aber auch hier kann es sich vorerst nur um einen Schritt handeln; denn abgesehen von dem schweren Mangel des Gesetzes, daß die Selbständigen für ihr erstes Kind überhaupt keine Familienbeihilfe erhalten, was dem Grundsatz der Gleichheit der Staatsbürger elementar widerspricht, ist die steuerliche Benachteiligung der Familienerhalter überhaupt

noch immer derart groß, daß die Familiengründung in Österreich mehr und mehr als ein Experiment erscheint, dem viele junge Leute nur zögernd nähertreten.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch folgendes bemerken. Anlässlich einer Expertenkonferenz hat sich der Herr Finanzminister grundsätzlich zur prinzipiellen Steuergerechtigkeit bekannt. Kleine Gewerbetreibende mit einem Jahreseinkommen von 12.000 S haben bisher keinen Anspruch auf die Kinderbeihilfe gehabt, Generaldirektoren, Sektionschefs mit 80.000 bis 100.000 S Jahresgehalt erhielten bisher bereits die Kinderbeihilfe. Das erscheint doch als eine innere Unlogik und Ungerechtigkeit, die unvertretbar ist.

Bei dieser Gelegenheit aber auch noch einige weitere Kritiken an unseren derzeit geltenden Steuergesetzen beziehungsweise Steuerpraktiken. Die Jagdliebhaberei oder der Betrieb eines Rennstalles sind, worauf eine Wiener Nachmittagszeitung vor einiger Zeit mit Recht verwiesen hat, von der Einkommensteuer befreit, dagegen ist die Anschaffung von Umstandskleidern für werdende Mütter, Säuglingswäsche, Kinderwagen oder Trauerkleidern bei Ableben der nächsten Verwandten nicht steuerbegünstigt.

Dann die alte Klage, die immer noch frisch und lebendig ist und ihre volle Aktualität besitzt: Wer seine Steuern nicht rechtzeitig einzahlt, hat sofort Stundungszinsen und Säumniszuschlag zu entrichten. Verlangt aber umgekehrt der Steuerträger die Rückzahlung seines Steuerguthabens, so kann er erstens meist monatelang warten, bis dieser sein Antrag aufrecht erledigt wird, und dann erhält er selbst keine Zinsenvergütung, sodaß die Finanzverwaltung mit solchen in die Millionen gehenden Beträgen zinsenlose Darlehen genießt. Oder: Wird eine stempelspflichtige Eingabe dem Finanzamt ungestempelt vorgelegt, so hat dies die Vorschreibung der doppelten Stempelgebühr zur Folge. Wird aber ein Ansuchen gestempelt eingebracht, das an sich stempelfrei wäre, dann erfolgt die Rückgabe dieser Stempelgebühr niemals.

Der Reigen dieser Bemängelungen wäre sozusagen ins Endlose fortzusetzen. Aber ich will mir dies versagen und hier nur auf Separatwünsche zu sprechen kommen, die, wie ich meine, besonders dringlich sind. Der erste betrifft die Kriegssopfer. Die Kriegssopferstellten Jahre hindurch den Antrag, daß die steuerfreien Beträge der kriegsbeschädigten Lohn- und Gehaltsempfänger der derzeitigen Preiserhöhung angepaßt werden, ohne damit einen Erfolg zu erringen. Ich lege dem

Herrn Finanzminister diese Frage, die eine finanziell besonders schwache, aber sozial besonders berücksichtigungswerte Gruppe von Mitbürgern, eben die Kriegssopfer betrifft, besonders ans Herz.

Der zweite Wunsch betrifft die Freischaffenden, die Künstler, insbesondere die Schriftsteller. So soll der Schriftsteller, der neben seinem Einkommen ein solches aus einem Dienst- oder Lohnverhältnis bezieht, besser gestellt werden, und es sollen Unbilligkeiten vermieden werden. Dazu muß der Progressionssteuersatz, der nun zwangsläufig und automatisch eintritt, wenn sein Einkommen aus der künstlerischen oder Schriftstellertätigkeit mit jenem aus seinem Lohn- oder Angestelltenverhältnis zusammengerechnet wird, wegfallen. Es wäre eine Frage der Billigkeit, die insbesondere auch mit Rücksicht auf die besonders schweren Verdienstmöglichkeiten und Erwerbsverhältnisse der Schriftsteller dringlich erscheint, daß hier beide Einkommensarten getrennt zu versteuern wären, das heißt, daß im Steuertarif höchstens jenes Prozent als Versteuerungsprozent maßgebend sein dürfte, das auf den einen, wenn auch den höheren Bezug aus der einen Einkommensart entfällt, und nicht jenes, das auf die beiden zusammengerechneten entfällt. Der § 4 Z. 13 des Umsatzsteuergesetzes vom 14. Oktober 1934 in der Fassung der Novellen wäre in der Hinsicht abzuändern, daß die Umsätze aus der Tätigkeit eines Privatgelehrten, Künstlers oder Schriftstellers überhaupt umsatzsteuerfrei sein sollten. Der Entwurf zur Steuerfreisetzung der geistigen Arbeit in einem solchen Sinne würde nur der alten österreichischen Regelung des § 10 der Verordnung der Bundesregierung vom 11. März 1923 folgen, deren Wortlaut demnach wiederherzustellen wäre.

Und nun von diesen Dingen, die die Veranlagung betreffen, abgesehen, zum Grundsätzlichen der Einkommensteuer überhaupt. Die veranlagte Einkommensteuer ist im heurigen Budget um ein Fünftel höher präliminiert als für das Vorjahr, für das heurige Kalenderjahr 1954 mit 2 Milliarden, für das kommende Jahr mit 2,4 Milliarden Schilling, während gleichzeitig die Lohnsteuer um 350 Millionen niedriger präliminiert erscheint, nämlich für das laufende Jahr mit 1750 Millionen Schilling und für das kommende mit nur 1400 Millionen Schilling. Es ist mir unerfindlich, auf welchen Schätzungsgrundlagen diese Präliminarziffern beruhen. Die Einkommensteuer, die, wie gesagt, für 1954 mit 2 Milliarden Schilling veranlagt war, hat tatsächlich nach dem Bundesrechnungsabschluß 1953 für dieses Jahr bereits 2260 Millionen Schilling erbracht, und die Lohnsteuer, die mit 1876

Millionen Schilling veranlagt war, 1920 Millionen Schilling.

Bei der Lohnsteuer erscheint nun der niedrigere Voranschlag logisch, weil die Tarifsenkung und noch dazu die jetzt abermals geplante Senkung um 10 Prozent, von der ich nicht weiß, ob sie schon in den Präliminanziffern mitberücksichtigt ist, dies rechtfertigen. Wieso aber die Einkommensteuer höher präliminiert ist, obwohl sich die Tarifsenkung 1954 ja genau so auswirken müßte, kann ich nicht einsehen; es sei denn, daß man, worauf ich schon verwiesen habe, die Absicht haben sollte, die Senkung der Einkommensteuer sich im kommenden Jahr nicht voll auswirken zu lassen, sondern ihre Auswirkung auf das Veranlagungsjahr 1956 zu verschieben, wozu ich dann aber nochmals ausdrücklich bemerke, daß ich das für ein Unrecht halte und für einen Verstoß gegen die Steuergleichheit.

Ich erkenne also die Gründe für diese Diskrepanz im Präliminare, daß die Lohnsteuer niedriger, die Einkommensteuer gleichzeitig höher veranlagt wird, nicht an, zumal es sich doch hier im Prinzip um dieselbe Steuergattung handelt und nur die Ermittlung und die Einhebung bei den Selbständigen und bei den Unselbständigen verschieden ist.

Nun könnte der Finanzminister aber entgegenen, daß er die Konjunkturbelebung der Wirtschaft für so groß hält und insbesondere auch jene Konjunkturbelebung, die er sich von der Senkung des Steuertarifs verspricht, daß trotz einer solchen Senkung der Einkommensteuereingang bei den selbständig Erwerbstätigen noch immer höher sein würde als ursprünglich angenommen. Aber für die große Masse der Selbständigen, die Gewerbetreibenden, den kleinen Handel ist das doch füglich zu bezweifeln.

Der Herr Finanzminister veranschlagt nun, um zu einer anderen Steuer überzugehen, die Umsatzsteuer samt Bundeszuschlag mit 5025 Millionen Schilling, die Zölle mit 830 Millionen, die Verbrauchsteuern mit 2251 Millionen, diese drei genannten Kategorien zusammen somit mit 8106 Millionen Schilling, das macht pro Einwohner unseres Staates das hübsche Sümmchen von 1158 S.

Die Statistik sollte sich einmal daranmachen, auszurechnen, was die einzelnen Einkommensgruppen an Verbrauchsteuern zahlen. Man wäre — soweit hier angesichts der Steuerüberwälzung überhaupt eine präzise Rechnung möglich ist — überrascht, was der Bezieher eines von direkten Steuern freien Einkommens, zum Beispiel ein Kriegsverwehrt, an indirekten Steuern zu zahlen hat. Je kleiner die Einkommen und je kinderreicher die Familie, umso unsozialer sind die

preiserhöhenden Steuern auf lebensnotwendige Güter. Es wäre auch — ehe man an die Bildung von Familienausgleichskassen denkt — sozialer und einfacher, auf die steuerliche Belastung des unentbehrlichen Bedarfes zu verzichten, da die Verbrauchsteuern, multipliziert mit der Zahl der Familienmitglieder, vor allem das Einkommen der Kinderreichen belasten. In einer sozialen Marktwirtschaft — und eine solche vertritt ja der Herr Finanzminister, auch wenn er den Begriff nicht oder nur selten gebraucht — sollte es überhaupt Steuern auf den lebensnotwendigen Bedarf nicht geben. Sie sind ein Überrest aus der Zeit des Absolutismus und müßten in der modernen Einkommensteuer, die die steuerliche Erfassung viel gerechter gewährleistet, längst untergegangen sein.

Nun aber zu etwas anderem, was das Gesamtbudget betrifft, wenn es auch in unmittelbarem, direktem Zusammenhang mit diesem Kapitel steht. Der Herr Finanzminister weist darauf, daß die Gebarung des Bundeshaushaltes für 1953 zum erstenmal seit 1929 mit einem Gebarungsüberschuß abgeschlossen wird. Hierunter ist die Gesamtgebarung zu verstehen, das heißt der ordentliche Haushalt und der außerordentliche Haushalt. Nun ist zuzugeben, daß der Überschuß des ordentlichen Haushalts für 1953 per 795,5 Millionen Schilling sehr beachtlich ist. Trotzdem wäre bei der Gesamtgebarung noch immer kein Überschuß, sondern noch immer ein Abgang da, wenn sich nicht der außerordentliche Aufwand, nämlich die Investitionen, von 1952, wo er 1827,1 Millionen Schilling betragen hat, auf 1953, wo er 1502,3 Millionen Schilling betrug, um 324,8 Millionen Schilling verringert hätte. Wäre aber der außerordentliche Investitionsaufwand gleichgeblieben, dann wäre eben auch in der Gesamtgebarung noch immer ein Abgang, nämlich, da der Überschuß jetzt 107,2 Millionen Schilling ausmacht, von 217,6 Millionen Schilling vorhanden. Ich will also damit nur sagen, daß dieses erstmalig aktiv abgeschlossene Verrechnungsjahr seinen Gebarungsüberschuß nicht nur durch die günstigen Einnahmenergebnisse, sondern vor allem durch die Drosselung des außerordentlichen Aufwandes, der Investitionen, erzielt hat.

Da aber der Herr Finanzminister mit einer längeren Periode früherer Jahre Vergleiche anstellt, muß er solche Vergleiche auch mir gestatten. Danach ergibt sich, daß der budgetierte Gesamtgebarungsabgang seit dem Bestehen der Zweiten Republik noch nie so groß war wie für das jetzt budgetierte Jahr 1955, 2600,3 Millionen Schilling, in welchem Betrag auch ein Abgang des ordentlichen Haushalts in der noch nie erreichten Höhe von 869,7 Mil-

tionen Schilling enthalten ist. Wie man da, rein zahlenmäßig gesehen, von einem „ausgeglichenen Budget“ reden kann, ist mir ein Rätsel.

Der Finanzminister hat zur Erklärung dessen entweder die Einnahmen zu niedrig präliminiert und sich von vornherein stille Reserven geschaffen, dann ist also der Optimismus berechtigt, allerdings erscheint dann auch das ganze Budget problematisch, oder der Herr Finanzminister hofft auf eine weitere Entwicklung der sogenannten Hochkonjunktur, dann operiert er mit Imponderabilien, die eintreten können, aber auch nicht eintreten können, und dann ist das Budget umso mehr problematisch.

In seiner vorjährigen Budgetrede hat der Herr Finanzminister erklärt, er werde einer Wirtschaft mit deflationistischen Erscheinungen ebenso entgegentreten wie einer mit inflationistischen Tendenzen. Es scheint mir nun angebracht, daran zu erinnern, daß sich heute bereits versteckt unter der Oberfläche doch gewisse Merkmale zeigen, die in ihrer Auswirkung deflationistische Tendenz haben könnten.

Ohne dies nun hier erschöpfend zu beurteilen, will ich auf zwei Dinge verweisen. Das erste ist das private Konsumratengeschäft, das mit rund 2,5 Milliarden Schilling pro Jahr ein schon sehr beachtliches Volumen angenommen hat. Ich berufe mich hier auf die Untersuchungen, die das Wirtschaftsforschungsinstitut in der letzten Oktobernummer veröffentlicht hat, und stelle fest, daß es sich bei einem Ratengeschäft von solchem Umfang doch bereits um die Eskontierung erst späterer Einkommen und Einkommensquellen handelt, die, wenn nun die Erwartungen des Herrn Finanzministers einer gleichbleibenden Wirtschaftsstabilität nicht in Erfüllung gehen sollten und wenn der gleichbleibende Beschäftigungsgrad nicht erreicht werden sollte, leicht zu recht krisenhaften Auswirkungen für den einzelnen Ratenschuldner wie für die Gesamtheit der Ratengläubiger, der Wirtschaft, führen könnte. Aber was hier auf dem Sektor des Privatkonsums geschieht, das ist im Staatshaushalt ähnlich der Fall, denn wir dürfen nicht vergessen, daß es sich bei soundso vielen Vorhaben, bei soundso vielen Investitionen um ein Vorziehen späterer Einkünfte und ihr Zusammenballen in einzelnen Jahren handelt, was auch spätere Einkünfte eskontiert und, wie das beispielsweise in der Bauwirtschaft der Fall sein kann, dann plötzlich zu einem Abreißen der Konjunktur und zu einem umso gefährlicheren rapiden Wiederanschwellen der Arbeitslosigkeit führen könnte. Hierin stecken

also schon Merkmale, die zu einer deflationistischen Entwicklung, ich behaupte nicht, führen werden, die aber dazu führen könnten, wenn man hier nicht strenge Vorsicht walten läßt und den Umfang nicht ins Ungemessene anwachsen läßt.

Zu den verschiedenen anderen Gegenständen dieser Gruppe werde ich vielleicht später noch einiges zu sagen haben. Ich möchte heute zum Schluß auf eine Angelegenheit kommen, die mir von außerordentlicher aktueller Bedeutung erscheint. Wir lesen von Zeit zu Zeit in der Presse von den ungeheuren Forderungen, die die jüdischen Weltorganisationen im Zusammenhang mit dem sogenannten erblosen jüdischen Vermögen an Österreich stellen. Wir mußten aus den Zeitungen erst kürzlich wieder, und zwar auch im Zusammenhang mit dem Besuch des Bundeskanzlers in den Vereinigten Staaten vernehmen, daß das organisierte Weltjudentum mit Drohungen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigließen, gegenüber Österreich vorgegangen ist. Wenn sich dabei einzelne jüdische Führer und Organisationen sogar so weit verstiegen haben, daß sie die Aufnahme Österreichs in die UNO von der widerspruchslosen Erfüllung ihrer maßlosen Wünsche abhängig gemacht haben, dann muß man diesen Versuch schon als eine internationale Erpressung bezeichnen.

Leider liegen offizielle Erklärungen Österreichs zu dieser Frage bisher nicht vor. Nur inoffiziell hört man manchmal von Beträgen, die zu zahlen die österreichische Regierung angeblich bereit sein soll. Über die ganze Angelegenheit ist der Schleier des Geheimnisses gebreitet; er ist auch in der Budgetdebatte über das Kapitel Äußeres nicht gelüftet worden. Da es hier aber um enorme Beträge geht, die der österreichische Steuerzahler aufbringen müßte, und die Beunruhigung in der Öffentlichkeit bereits groß genug ist, scheint es mir an der Zeit zu sein, beim Kapitel Finanzen, in das ja die Angelegenheit sachlich ohne Zweifel gehört, einige notwendige Klarstellungen anzuführen. Ich stütze mich dabei nur auf einwandfreies Material, und zwar nicht nur auf die statistischen Erhebungen und rechtlichen Klarstellungen des Verbandes der Rückstellungsbetroffenen, sondern auch auf das bürgerliche Gesetzbuch, aber auch auf die Äußerungen des Verbandes der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde und die Äußerungen sehr vieler österreichischer Juden, die mit der gesamten österreichischen Bevölkerung in Frieden leben wollen und über die Einmischung von Ausländern sehr wenig glücklich sind.

Das österreichische Nationalvermögen hat im Jahre 1938 rund 3 Milliarden Dollar be-

tragen. Nach eigenem Eingeständnis ihrer ausländischen Vertreter wurde den Juden seit 1945 durch die Rückstellungsgesetzgebung bereits rund 1 Milliarde Dollar in Geld und hauptsächlich in Sachwerten zurückgestellt. Einwandfreie Unterlagen über die Höhe des gesamten jüdischen Vermögens, das in der deutschen Zeit in arischen Besitz überging, sind natürlich nicht zu erbringen. Man wird aber gewiß nicht fehlgehen, wenn man dieses jüdische Vermögen mit höchstens 1 Milliarde Reichsmark annimmt und weiter den Teil, der davon auf das sogenannte erblose jüdische Vermögen entfällt, mit 50 Millionen Reichsmark beziffert. Höhere Beträge anzunehmen, ist volkswirtschaftlich widersinnig, da die Juden nach dem Gesagten gar keinen höheren Anteil am österreichischen Nationalvermögen gehabt haben können als höchstens ein Drittel. Das österreichische Nationalvermögen war zu klein, als daß die jetzt von den jüdischen Weltorganisationen geschätzten Beträge in ihm überhaupt hätten Platz finden können.

Geht man daher von den genannten Zahlen aus, dann findet man, daß die Juden für das ihnen entzogene Vermögen von 950 Millionen Reichsmark bereits Vermögenswerte von einer ganzen Milliarde Dollar, also rund 25.000 Millionen Schilling restituiert erhalten haben.

Der Bogen wird daher von seiten der jüdischen Weltorganisationen maßlos überspannt, wenn sie jetzt für den verbleibenden Rest von höchstens 50 Millionen Schilling vom österreichischen Staat — es sind sogar noch höhere Beträge genannt worden — 200 Millionen Dollar, also sage und schreibe 5000 Millionen Schilling fordern oder fordern sollen. Unser Staat soll also für das sogenannte erblose Vermögen, das nach dem Heimfallsrecht des § 760 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches ihm gehören würde, 200 Millionen Dollar zahlen, und diese Kleinigkeit soll nicht etwa für die Juden in Österreich aufgewendet werden, sondern zur Verbesserung der Lebenslage jener Juden dienen, die ohne Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Machtergreifung in Österreich im Ausland organisiert sind.

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, muß den entschiedensten Widerspruch aller rechtlich denkenden Menschen, einschließlich der österreichischen Juden selbst, geradezu herausfordern. Niemand, der es ehrlich meint, der offen für das Recht und für den Weltfrieden eintritt, wird den Opfern irgendwelcher Unterdrückung und irgendwelcher Vergewaltigung die ihnen gebührende Wiedergutmachung vorenthalten wollen oder mißgönnen. Wir beklagen allerdings, daß die Juden im Rahmen einer solchen Wiedergutmachung, die all-

gemein menschlichen Charakter haben sollte, auf Kosten zahlreicher anderer Opfer ehemaliger Gewaltakte einen Ausnahms- und Vorzugsplatz eingeräumt bekommen haben, nicht zuletzt auch gegen die Interessen der Judenschaft selber, weil durch ein solches abermaliges Unrecht, durch solches zweierlei Maß, zwangsläufig neuer Unfriede gestiftet werden muß.

Wo ist die Wiedergutmachung — ich habe in diesem Hause schon wiederholt darauf verwiesen — beispielsweise für die durch das Hitler-Mussolini-Übereinkommen vom Jahre 1939 zwangsvertriebenen und zwangseingewanderten österreichischen Staatsbürger geblieben? Es gibt kein Gebot Gottes, daß einzig und allein das auserwählte Volk Wiedergutmachungsansprüche stellen darf, wir aber nicht. Ich glaube, daß auf österreichischer Seite viel zu wenig Nachdruck auf die Feststellung gelegt wurde, daß es für hunderttausende und aberhunderttausende österreichische Staatsbürger nichtjüdischer Nationalität keine Wiedergutmachung hinsichtlich ihrer ausgebombten Häuser und Wohnungen, ihrer geraubten Möbel und ihres sonstigen Besitztums, ihrer verlorenen Existenzen und Spargroschen gibt, von den immateriellen Werten, von Leben und Gesundheit der Betroffenen und ihrer nächsten Angehörigen gar nicht zu reden.

Man soll es sich also im Namen des Rechtes und im Interesse eines wirklichen Völkerfriedens und einer dauernden Verständigung endlich abgewöhnen, so zu tun, als ob die Juden die einzigen Opfer des nationalsozialistischen Regimes und des letzten Krieges gewesen wären, und man soll auf jüdischer Seite endlich auch Einsicht für die wirtschaftliche Kraft und das wirtschaftliche Leistungsvermögen Österreichs aufbringen und diese Dinge nicht durch Maßlosigkeit auf die Spitze treiben.

Nach den Erfahrungen, die wir seit 1945 gemacht haben, ist aber zu befürchten, daß die von der jüdischen Weltorganisation geschickt ausgespielte Drohung mit dem Staatsvertrag ihren Zweck nicht verfehlen wird, denn wenn die österreichische Regierung irgendwo das Wort Staatsvertrag hört, dann wird sie regelmäßig schwach und scheint nur allzu leicht bereit zu sein, auch sachlich völlig ungerechtfertigten Forderungen nachzugeben. Schließlich ist ja auch das NS-Gesetz, das heute von verschiedenen maßgeblichen Persönlichkeiten der Regierungsparteien selbst als das grausamste und ungerechteste Gesetz aller Zeiten bezeichnet und bedauert wird, unter dem Hinweis darauf zustande gekommen, daß es die notwendige Voraussetzung zum Abschluß des Staatsvertrages sei.

Man muß also befürchten, daß unsere Regierung und unsere Koalitionsparteien hinsichtlich des erblosen jüdischen Vermögens abermals einem Schwächeanfall erliegen und einer Forderung nachgeben könnten, die in ihrer derzeitigen Höhe nie und nimmer erfüllt werden darf. Ich pflichte hier dem Rechtsvertreter der Rückstellungsgeschädigten bei, wenn er sagt, es sei eine Herausforderung ohnegleichen, die österreichische Bevölkerung in ihrer Gesamtheit für geschichtliche Entwicklungen, an denen sie keine Schuld trägt, mit Kontributionen züchtigen zu wollen, dabei von einer Verpflichtung zur Wiedergutmachung zu simulieren und die Vertreter der Republik Österreich dadurch zu einer ungerechtfertigten Leistung nötigen zu wollen, daß man vorgibt, auf die Errichtung des Staatsvertrages irgendeinen Einfluß zu besitzen.

Der schon seit langem verlangte, auch von Regierungsseite, zumindest von der Österreichischen Volkspartei in Wahlzeiten versprochene Härteausgleichsfonds ist noch immer nicht verwirklicht worden; angeblich, weil kein Geld dazu vorhanden ist. Gleichzeitig scheint aber doch so viel Geld vorhanden zu sein, um ungerechtfertigte Ansprüche von Ausländern zu befriedigen. Wenn es etwas gibt, was allein schon für sich die Ablehnung dieses Kapitels und damit des ganzen Budgets einem deutschbewußten, freiheitlich gesinnten Österreicher zur Pflicht macht, dann ist es dieser Umstand und dieses Verhalten unserer Regierung.

Präsident **Böhm** (der inzwischen den Vorsitz übernommen hat): Als nächster Redner gelangt der Herr Abg. Hofeneder zum Wort.

Abg. Dr. **Hofeneder**: Hohes Haus! Das uns vorliegende Budget ist nicht nur ein Spiegelbild der Konjunktur, der gesetzgeberischen Konjunkturbeeinflussung und der allgemeinen Wirtschaftspolitik. Dieser verwirrende Zahlenurwald, das Werk unzähliger fleißiger Hände und Hirne von Beamten, denen unser spezieller Dank gebührt, ist viel mehr, ist eigentlich alles: Es ist das Hauptbuch über Sorge, Zufriedenheit und hoffentlich das Glück des gesamten österreichischen Volkes. Als ehrliche und initiativ Buchhalter gehen daher die staatstragenden Parteien heute an das wichtigste, zum Abschluß der Debatte zur Verhandlung stehende Kapitel Finanzen heran, und jeder einzelne Abgeordnete muß und wird sich auch persönlich dafür verantwortlich fühlen. Dies möchte ich als Hauptredner meiner Partei zum Kapitel Finanzen besonders hervorheben, weil mir kürzlich ein Nationalratskollege im Wege seiner Parteizeitung die persönlich beleidigende Klassifikation zuteil werden ließ, ich fühlte mich

nicht als Abgeordneter. Obwohl selbst im Wahlkampf loyale Politiker auf persönliche Verunglimpfungen des Gegners verzichten, will ich den Herrn ehemaligen Bundesminister, der nunmehr seine damaligen Energien auf die stadträtlichen Personalangelegenheiten — hoffentlich ohne Spinnennetzzusammenbrüche — umgeschaltet hat, nicht persönlich diffamieren.

Ich spreche als frei gewählter Abgeordneter der Österreichischen Volkspartei zum Budget, und wenn mir auch die Interessen der Wirtschaft besonders angelegen sind, so habe ich selbstverständlich vor meinem Gewissen und als Abgeordneter einer Volkspartei die jeden anständigen Österreicher verpflichtende Rücksicht auf alle Schichten des österreichischen Volkes zu nehmen. Es hätte da nicht des „schmückenden“ Beiwortes vom „Agenten der Handelskammer“ — das erinnert mich sehr an die frühere Zeit: Wer ist schuld? — Weil's wahr ist! —, bedurft, um die Hereinziehung des Privatberufes eines Abgeordneten in die politische Debatte als unfair zu charakterisieren. Wir Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei sind nicht etwa „rabiater Raabianer“, wie es Kollege Pittermann wirklich witzig ausgedrückt hat. Seien auch Sie, meine Kollegen von der Sozialistischen Partei, wenn es sich um Erfolge der Koalitionsregierung handelt, nicht etwa raunzende oder, wie man in diesem Fall sagen kann, „migschelnende pitter-schärfe Pollakiaten“. (Heiterkeit.)

Und nun zur Sache: Ich denke selbstverständlich nicht daran, wie es mir Herr Kollege Dr. Migsch anzudichten beliebte, jetzt vor irgend jemandem einen Kotau zu machen, und ich habe nachweislich noch keine meiner Reden mit so einer verächtlichen Handlung begonnen. Ich werde vielmehr nichts anderes tun, als im Namen meiner Partei zu untersuchen, in welcher Weise das Finanzressort in der Koalitionsregierung auch für das kommende Budgetjahr zum Wirtschaftsaufstieg Österreichs auf dem schwierigen Weg von der Stabilisierung zur heutigen und hoffentlich anhaltenden Hochkonjunktur beigetragen hat.

Um die drohende Inflation abzufangen, war eine Konjunkturbremse an der Wende 1951 auf 1952 unerlässlich. Wir alle wußten um die Schwere dieser Maßnahme, aber auch um die Notwendigkeit. Nur das Ausmaß und nicht etwa die grundsätzliche Notwendigkeit war politisch umstritten. Jedenfalls hat nach unserer Meinung mit der Stabilisierung, die sich ja vornehmlich als Ausgleich zwischen den Bundeseinnahmen und den Bundesaufgaben charakterisierte, der eigentliche Wirtschaftsaufstieg Österreichs begonnen. Während

2674 57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954

im Voranschlag 1952 gegenüber dem Milliardenpräliminare der früheren Jahre die Investitionsrate auf 652 Millionen Schilling herabgesetzt werden mußte, konnte sie in dem uns zur Beratung stehenden Voranschlag für 1955 bereits wieder mit 1,7 Milliarden veranschlagt werden.

Weiters ist im Mai 1954 von der österreichischen Bundesregierung ein langfristiges Investitionsprogramm beraten und vom Parlament beschlossen worden, das bekanntlich 10 Milliarden umfaßt und bis zum Jahre 1963 reicht. Das Programm ermöglicht nicht nur wesentliche technische Fortschritte in Bundesbetrieben und im Verkehr im weitesten Sinne einschließlich der Autobahn, sondern es trägt auch erheblich zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei, deren Beseitigung uns allen am Herzen liegt. Für die Arbeitslosenversicherung wurden mit 1168 Millionen um 30 Millionen weniger als für das Jahr 1954 präliminiert, und wir wollen alle hoffen, daß in dieser noch immer gigantischen Summe weitere Reserven liegen.

Durch umfassende Bemühungen von Staat und Privatwirtschaft gelang es unbeschadet der retardierenden Wirkungen, die jede Stabilisierung, jede Rückstauung von Inflationstendenzen mit sich bringt, in den letzten Jahren und vornehmlich im heurigen in Österreich eine Prosperität zu erreichen, die weit über dem europäischen Durchschnitt liegt. So zum Beispiel liegen die jüngst veröffentlichten Ziffern zur Produktionsstatistik Großbritanniens, also eines Landes, das immerhin auf der Seite der Siegermächte stand und von einer vierfachen Besatzung verschont blieb, wenn man für 1948 gleich 100 setzt, heute auf 130. In Österreich dagegen ist von der gleichen Basis 1948 gerechnet der Produktionsindex bereits auf 200 angestiegen.

Diese nüchternen Zahlen würden nichts sagen, wenn man dahinter nicht den Menschen sähe, die arbeitenden Menschen in Stadt und Land. Auch hier sind wir offenkundig auf dem richtigen Weg, wie uns, nur eines für vieles, der Beschäftigtenindex in der österreichischen Industrie zeigt. Wenn man den Juni 1953 gleich 100 setzt, so lag seither kein einziger Monat unter dieser Ziffer. Im Oktober 1954 wurde ein Stand von 111,7 erreicht. Die verstärkte Beschäftigung in der Industrie und in der gesamten gewerblichen Wirtschaft zeigte sich als außerordentlich wichtiger Stabilisierungsfaktor in allen Bereichen der Volkswirtschaft und macht sich begreiflicherweise vor allem auf dem Gebiete der öffentlichen Finanzen vorteilhaft bemerkbar.

Wie maßgebend übrigens die gewerbliche Wirtschaft zu dem Aufkommen aus direkten

Steuern beiträgt, geht aus den jüngsten Veröffentlichungen des Statistischen Zentralamtes hervor, die allerdings der Natur der Sache nach erst für 1951 verfügbar sind. Sie sind aber nichtsdestoweniger überaus eindrucksvoll. Nach dieser Statistik betragen die veranlagten Gesamteinkünfte nach Durchführung des Verlustausgleiches 9,9 Milliarden. Davon sind allein die Einkünfte aus Gewerbebetrieb 7,1 Milliarden. Will man die Bedeutung dieser Ziffern ganz richtig erfassen, so muß man auch die Wirkung der Progression berücksichtigen, immer alles auf die Basis der Statistik von 1951 gebracht. Damals stammten bei Einkommen über 8000 S schon mehr als 50 Prozent der Einkünfte aus Gewerbebetrieb, und dieser Satz stieg infolge der Progression in den höheren Stufen bis zu 95 Prozent. Die vom Finanzressort vorgeschlagene, von der Gesamtregierung gebilligte und zu verantwortende erfolgreiche Stabilisierung unserer Währung ist aber nicht etwa ein Ziel selbstgefälligen Ausruhens, sondern sie muß ständig erkämpft werden, damit sie gefestigt bleibt.

Regierung und Parlament sind im Zuge dieser Bemühungen erstmals im Vorjahr zu der Erkenntnis gelangt, daß eine Steuersenkung, verbunden mit einer richtigen, die Produktion fördernden Wirtschaftspolitik, einen wirksamen Antriebsfaktor der Gesamtwirtschaft abgibt. Das Finanzressort als Initiator, der Nationalrat als Legislator und das gesamte österreichische Volk als Nutznießer können auf diese in der Finanzgeschichte einmalige Tat bei aller in Österreich üblichen Bescheidenheit stolz sein. Als guter Föderalist möchte ich nur hoffen, daß diesem so raschen Fortschritt auf der Bundesebene fesch und „resch“ von der Finanzgesetzgebung der Länder entsprechend nachgefolgt wird; denn es wäre doch für die Länder rückschrittlich, wenn man den Bund morgen etwa schon den zweiten Schritt tun ließe, ohne auf der Landesebene und auf dem Gebiet der Landesfinanzen den ersten Schritt auch nur zu bedenken. (Abg. Dr. Migsch: Daher Herabsetzung der Landeskammerumlage!) Da der Herr Kollege Migsch zu meiner großen Freude eingetroffen ist, kann ich ihn beruhigen. Die Beiträge zu den Handelskammern sind meines Wissens bereits für das nächste Jahr um 12 Prozent heruntergesetzt. Ich bin neugierig, wann die Beiträge zur Arbeiterkammer heruntergesetzt werden, die infolge dergesteigerten Bemessungsgrundlage von 1800 auf 2400 S ein durchaus ungerechtfertigtes Ausmaß erreicht haben. (Abg. Frühwirth: Wie schaut es beim Arbeitgeberverband aus?)

Der bisherige Erfolg, Hohes Haus, spricht jedenfalls für die Erfolge der Bundesgesetz-

57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954 2675

gebung auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung, und wir können nach wie vor den Ländern nur zumindest die Erwägung gleicher produktionsfördernder Gedanken nahelegen.

Wenn wir die Richtigkeit der gesetzgeberischen Maßnahmen für die vorjährige Steuersenkung überprüfen wollen, ist es gewiß nützlich, sich die Erläuternden Bemerkungen zur Regierungsvorlage über das Einkommensteuergesetz 1953 ins Gedächtnis zu rufen. Wir lasen unter anderem darin, daß ein überhöhter Steuertarif in der Wirtschaft den ökonomischen Grundsatz einer kostensparenden Betriebsführung ins Hintertreffen geraten lasse. Somit trage nicht der Steuerpflichtige, sondern die Staatskasse den größeren Teil der Betriebsausgaben. Unökonomische Wirtschaft sei ein volkswirtschaftlicher Nachteil, weil entweder das Sozialprodukt verringert wird oder Preissteigerungen eintreten. Die Exportmöglichkeiten würden verringert, dadurch aber wieder die Arbeitslosigkeit gefördert und die Zahlungsbilanz verschlechtert. Somit verhindern überhöhte Steuersätze die Hebung des Lebensstandards der Allgemeinheit.

Wenn vielleicht da und dort diese Erläuterungen zur vorjährigen Steuersenkung nicht ganz ernst genommen wurden, spricht jedenfalls heute der Erfolg für sich selbst. *(Beifall bei der ÖVP.)* Zunächst zeigten die ziffernmäßigen Ergebnisse des Einkommensteueraufkommens eine gegenläufige Entwicklung. Im Voranschlag 1953 war die veranlagte Einkommensteuer mit 2 Milliarden, im Rechnungsabschluß 1953 mit 2260 Millionen, im Voranschlag 1954 mit 2 Milliarden und im Voranschlag 1955 mit 2,4 Milliarden enthalten. Die Lohnsteuer war im Jahre 1953 mit 1870 Millionen, dem Rechnungsabschluß 1953 mit 1920 Millionen zu entnehmen. Sie ist im Voranschlag 1954 mit 1750 Millionen präliminiert, für das Jahr 1955 aber nur noch mit 1400 Millionen. In dieser divergierenden Entwicklung kommt die stärkere Senkung der Lohnsteuer klar zum Ausdruck. Dieser stärkeren Senkung der Lohnsteuer stimmt die Österreichische Volkspartei mit Überzeugung zu, wie sie alle echten sozialen Ertragsenschaften bejaht, die wirtschaftlich tragbar sind und möglichst gleichmäßig allen Bewohnern dieses Landes zugute kommen. *(Abg. Dr. Migsch: Erst dann, wenn wir sie erkämpft haben, stimmen Sie zu!)* Es ist neu, aber in dieser Form wiederholt gebracht, daß die Sozialistische Partei im allgemeinen und vornehmlich der Herr Kollege Migsch im besonderen Vorkämpfer der Einkommensteuersenkung waren. Vor der vorjährigen Einkommensteuersenkung hörte man es ebenso wie bei der Autobahn ganz anders.

Ein Jahr nach dieser so erfolgreichen Steuersenkung wird sich das Haus bereits morgen mit der zweiten zu befassen haben. *(Beifall bei der ÖVP.)* Man geht wohl nicht fehl in der Erwartung, daß die trefflichen Auswirkungen der ersten Steuersenkung auf die derzeit so günstige Wirtschaftslage auch den letzten Skeptiker bekehrt haben.

Nach den Berechnungen des Instituts für Wirtschaftsforschung sichert die erste Senkung der Steuertarife in Verbindung mit der Erhöhung des Werbungskostenpauschales der erwerbstätigen Bevölkerung ein zusätzliches Nettoeinkommen von rund 1500 Millionen Schilling im Jahr. Davon entfallen 1000 Millionen auf die Lohn- und Gehaltsempfänger und rund 500 Millionen auf die Selbständigen. Diese Erhöhung der privaten Kaufkraft hat der österreichischen Wirtschaft im Jahre 1954 im Zusammenhang mit den konjunkturfördernden Ausgabenposten der Budgets der öffentlichen Körperschaften usw. so starke Impulse gegeben, daß die gegenwärtige Konjunktur entstehen konnte oder zumindest zu einem beträchtlichen Teil von ihr beeinflusst wurde. *(Abg. Frühwirth: Dann müßten wir neue Lohnforderungen stellen, wenn die Situation ohnehin so günstig ist!)* Zu stabilisieren ebenso wie zu verfeinern ist nun unsere Aufgabe und damit — um ein Gleichnis zu bringen ... *(Zwischenrufe bei der SPÖ. — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen.)*

Wir haben also die gegenwärtige Konjunktur zu stabilisieren und zu verfeinern, damit, um ein Gleichnis zu gebrauchen, aus dem gleich und regelmäßig schlagenden Finanzherz ein gesunder Blutstrom in alle Teile des österreichischen Volkskörpers fließt.

Bei der letzten Senkung des Einkommensteuertarifs sind in erster Linie die kleinen und bis zu einem gewissen Ausmaß die mittleren Einkommen berücksichtigt worden, die höheren hingegen fast gar nicht. Nun gilt es in der zweiten Etappe, durch eine steuerliche Maßnahme die Produktion anzuregen und damit die Beschäftigung auf längere Zeit sicherzustellen.

Die Früchte der ersten Steuersenkung haben sich übrigens auch für den Fiskus überraschend schnell eingestellt. Er konnte schon ein Jahr nach der ersten Senkung feststellen, daß seine Einnahmen, im ganzen gesehen, nicht geringer, sondern größer geworden sind. Es hat sich also die Vermutung als richtig erwiesen, daß der primäre Steuerausfall durch die positiven Sekundärwirkungen kompensiert, ja überkompensiert werden wird.

Wenn nun das Parlament auf diesem Wege morgen weiterzuschreiten gedenkt, so verfolgt es offenkundig neben sozialen Erwägungen

und jenen der Konsumvergrößerung auch eine moderne, marktwirtschaftlich sehr richtige Politik, nämlich die der Produktivitätssteigerung. Durch Stimulierung der Produktion soll eine Beschäftigung auf lange Sicht sichergestellt werden, denn es gilt, geschickt zwischen hohem Beschäftigtenstand einerseits und inflationären Erscheinungen andererseits hindurchzusteuern. Und dies geschieht nach der wahrscheinlich morgen mit überwiegender Mehrheit ausgesprochenen Meinung der österreichischen Abgeordneten auch dann, wenn die Einkommensteuersenkung nunmehr auch höhere Gruppen erfaßt, jene also, die in erster Linie dazu berufen sind, produktionsmäßige Auswirkungen im weitestgehenden Sinn hervorzubringen. Der Einzelunternehmer wird erfahrungsgemäß solcherart ersparte Beträge in seinem Betrieb einsetzen, um dessen Produktionskraft zu erhöhen. Aber auch eine Beteiligung mit den durch die Senkung ersparten Beträgen auf dem Kapitalmarkt ist möglich.

Da der allgemeine Erfolg der ersten Steuersenkung trotz verschiedener professioneller Unkenrufe auf der Hand liegt, darf man sich auch bei der zweiten Etappe nicht durch demagogische Schlagworte beirren lassen. Der große Schauspieler Alexander Girardi erklärte einmal sehr treffend, er könne auch keine silbernen Nockerln essen, und wenn tatsächlich die verstärkte Frequenz zum Beispiel der Heurigen in Wien auf unternehmerische und durch die Steuersenkung gesteigerte Trinkgelüste zurückzuführen ist — im übrigen ist ja auch die Zahl der Motorräder und der Motorroller sehr stark gestiegen —, so erscheint dieser in den Augen einiger bestehende Nachteil einer steuersenkenden Finanzgestaltung angesichts der unleugbaren Erfolge gering. Mit abwertender Kritik und progressiver Steuerbelastung versperrt man dem Tüchtigen — gleichgültig, ob er selbständig oder unselbständig ist — freie Bahn und Anerkennung. Die neidige Diffamierung eines ehrlich erworbenen Verdienstes ist bemerkenswerterweise gerade in jenen demokratischen Staaten nicht üblich, in denen der Lebensstandard der breiten Massen wesentlich höher ist als bei uns.

Wenn weiters die Gesetzgebung die produktionspolitischen Erwägungen der Regierung durch Beschließung von Steuersenkungsgesetzen als richtig anerkennt, sollte in diesem Zusammenhang nicht versäumt werden, auch das Problem der Körperschaftsteuer zu erörtern. Die Körperschaftsteuer ist mit rund 900 Jahresmillionen seit dem Rechnungsabschluß 1953 ungefähr stabil geblieben. Welcher vernünftige Grund hindert uns, auch hier nach dem Rechten, das heißt nach dem für die

gesamte Volkswirtschaft Zweckmäßigen zu suchen? Die Über- und Doppelbesteuerung der Kapitalgesellschaften behindert auf das bedenklichste die Bildung eines wirklich funktionsfähigen Kapitalmarktes. Bei einer 70- bis 80prozentigen Gewinnbesteuerung läßt sich eben eine angemessene Rendite nicht erzielen, und die Neuausgabe von Aktien ist, wie das Beispiel lehrt, bisher noch fast unmöglich.

In einer sozialen Marktwirtschaft, die meine Partei aus Überzeugung bejaht und die auch die Sozialistische Partei — man höre nur die Ausführungen des bekannten Theoretikers der Arbeiterkammer Dr. Wirlandner auf dem Gewerkschaftstag 1952 — als für die Unselbständigen vorteilhaft hinnimmt, müssen gleiche Startbedingungen gelten. Der Staat kann also nicht gut durch seine Anleihopolitik in Verbindung mit der überhöhten Besteuerung der Kapitalgesellschaften das langfristige Investitionskapital von der Privatwirtschaft ablenken, um es der öffentlichen Hand zuzuführen. Dadurch würde auch die Gründung und die Entwicklung moderner Betriebe — und ein notwendig bedeutender Kapitalaufwand wird eben meistens in der Form von Kapitalgesellschaften aufgebracht — zum Nachteil des Volksganzen beschränkt und verzögert.

Eine der schönsten Aufgaben der österreichischen Volksvertretung besteht zweifelsohne darin, den materiellen Wohlstand unseres Volkes zu mehren. Es gereicht diesem Hause zur Ehre, innerhalb von Jahresfrist zum zweitenmal eine Steuersenkung zu beraten und durchzuführen. Wenn auch begreiflicherweise über das Wie der Verteilung Meinungsverschiedenheiten der beiden staatstragenden Parteien vorhanden waren, eines schien uns gemeinsame Auffassung: den Menschen einen möglichst großen Teil ihres ehrlich erworbenen Einkommens zur freien Verfügung zu überlassen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Bejaht man allerdings diesen Grundsatz, dann müßte man folgerichtig und gerecht eine Milderung der Doppelbesteuerungsbelastung der kleinen und mittleren Selbständigen herbeiführen, also, so unangenehm es klingen mag, die Gewerbesteuer weiter senken. Wenn das uns vorliegende Budget den Gewerbesteuerertrag für 1955 mit 1½ Milliarden veranschlagt, so ist dies das 42fache des Vorkriegsertrages. Im Verhältnis zur Einkommensteuer ist der Gewerbesteuerertrag gegenüber der Vorkriegszeit doppelt so hoch.

Neben Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer stellt die Umsatzsteuer samt Bundeszuschlag die zweite tragende Säule des Bundesbudgets dar. Der Rechnungsabschluß 1953 zeigte uns 4,55 Milliarden, der Voranschlag 1954 3,35 Milliarden und das Budget 1955 über

57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954 2677

5 Milliarden. Daraus kann unschwer die Folgerung abgeleitet werden, daß die allgemeine Kräftigung der Volkswirtschaft trotz des hohen Satzes der Umsatzsteuer ein steigendes Aufkommen ermöglicht.

Die dritte Hauptstütze des Budgets waren in der Vorkriegszeit die Zölle. Nach fast völligem Versiegen dieser wichtigen staatlichen Einnahmequelle in den ersten Nachkriegsjahren sind die Zolleinnahmen auch heute noch relativ niedrig. Der Bundesrechnungsabschluß für 1953 wies hier 576 Millionen aus, der zur Beratung stehende Voranschlag präliminiert 830 Millionen.

Die Verbrauchsteuern waren und sind die vierte Stütze in unserem Budget. Wir finden für 1955 2251 Millionen präliminiert gegenüber 2 Milliarden im Rechnungsabschluß 1953. Die wichtigste Post sind hier Tabaksteuer und Monopolabgabe. Der Rechnungsabschluß 1953 weist an Einnahmen 1051 Millionen oder um 116 Millionen weniger als das Präliminare aus. Für 1955 sind 1140 Millionen oder um 55 Millionen weniger als für 1954 präliminiert. Es wäre zu erwägen, ob nicht analog den im Ausland, zum Beispiel in Westdeutschland, gemachten Erfahrungen eine Senkung des Tabaksteuersatzes das Aufkommen erhöhen würde.

Eine vernünftigeren Regelung ist überdies bei verschiedenen Zweigen des Verbrauchsteuersystems angebracht. Verschiedene Abgaben — und Sie können sich aus den Teilheften davon überzeugen — liegen bei einem Jahresertrag unter 1 Million Schilling. Es dürfte jedem halbwegs mit der Materie Vertrauten klar sein, daß bei einer solchen Steuer die Verwaltungsausgaben wahrscheinlich mehr ausmachen, als durch die Steuer praktisch hereinkommt. Auch an eine Vereinfachung des Rechtes der Gebühren und Verkehrssteuern müßte schon aus reiner Zweckmäßigkeit und wirtschaftlichen Erwägungen herangegangen werden.

Aus der jüngsten Entwicklung haben wohl alle die eindeutige Erkenntnis gezogen, daß eine Förderung der Produktion ein Aufblühen der Wirtschaft und damit den von uns allen gewünschten sozialen Fortschritt mit sich bringt. So hat zum Beispiel im Finanzressort das Ausfuhrförderungsgesetz 1953 mit seiner Abschreibungsfreiheit von 50 Prozent für bewegliche und 20 Prozent für unbewegliche Investitionsgüter der Wirtschaft einen sogar für die Vorkämpfer dieser Maßnahme unerwartet starken Auftrieb gegeben. Es ist daher begrüßenswert, daß ebenfalls morgen in diesem Haus eine Verlängerung dieses erfolgreichen und wichtigen Gesetzes beschlossen wird. Nur wer die Volkswirtschaft durch eine stark getrübte Parteibrille betrachtet, sieht in der Bewertungsfreiheit ein Steuer-

geschenk zum Nachteil für die Allgemeinheit. Wäre dies so, dann würde doch die Bewertungsfreiheit nicht zum überwiegenden Teil für die unbeweglichen Anlagegüter der verstaatlichten Industrie in Anspruch genommen werden. Wo wäre auch der Nachteil einer solchen Maßnahme, durch die in der Regel der Zeitraum der Abschreibung um ein Jahr verkürzt wird, andererseits nach diesem verkürzten Zeitraum die erhöhte Steuerprogression auf die Betriebe wirkt?

Auch die Ausfuhrförderung durch Umsatzsteuervergütung ist unbedingt erfolgreich und soll ebenfalls morgen verlängert werden. Eine Erhöhung des Realeinkommens ist ja nur dann möglich, wenn gleichzeitig die Investitionsrate steigt. Eine ausgiebige Expansionsmöglichkeit liegt immer nur in einer verstärkten Verankerung unseres Exports nach verschiedenen Abnehmerländern, und so ist ein verstärkter Export eben auch notwendig, um die durch die Liberalisierung verstärkte Einfuhr von Fertigwaren zu bezahlen.

Bei verschiedenen Gelegenheiten haben wir, wie gewöhnlich bei allen modernen und neuen Maßnahmen, das Argument gehört, daß angeblich der angestrebte Effekt der im heurigen Jahr schon auf 83 Prozent gebrachten Liberalisierung unserer Einfuhr infolge der hohen Zölle nicht erreicht worden wäre. Auch hier mögen sicherlich die prophetischen Unken etwas stiller geworden sein, nachdem sie die Import- und Exportziffern der Monate September und Oktober 1954 gesehen haben; denn in diesen Monaten haben die Importe schon sehr beträchtlich, zum Teil um über 200 Millionen Schilling die Exporte überstiegen.

Was aber das Gerede von den angeblich überhöhten österreichischen Zöllen anlangt, würde ein Vergleich mit anderen Staaten im großen Durchschnitt weit zu unseren Gunsten ausfallen. Im übrigen ist mir das Gerede von den angeblich überhöhten Zöllen schon deswegen nicht begreiflich, weil ja dieses Hohe Haus, in dem die erste und zweite Zolltarifnovelle beschlossen wurde, Gelegenheit hatte, unsere Zölle mit denen des Auslands zu vergleichen. Da diese beiden Zolltarifnovellen eine sehr große Mehrheit in diesem Haus gefunden haben, ist anzunehmen, daß das Hohe Haus unsere Zölle nicht als überhöht betrachtet hat.

Hohes Haus! In der Finanzpolitik gibt es ebensowenig wie im staatlichen und menschlichen Leben Vollkommenes. Ich glaube aber, wir Abgeordneten haben uns, jeder an seinem Platz, ehrlich bemüht, die Lebensbedingungen unserer Mitbürger in unserem Heimatland durch ständigen und systematischen Ausbau unserer Volkswirtschaft ohne Experimente auf

der Geldseite zu verbessern. Wir trachteten, die Schaffung zusätzlicher Einkommen zu vermeiden, denen keine Leistung entspricht, und wir können uns mit einiger Genugtuung sagen, daß die von der Regierung vorgeschlagenen und vom Parlament gebilligten Maßnahmen der Finanzpolitik erfolgreich waren. Der günstige Stand unserer Volkswirtschaft spricht dafür. Wenn aber der bisher von der Volksvertretung bestimmte Weg der Finanzpolitik zum Erfolge geführt hat, dann ist auch eine konsequente Fortsetzung dieser Gedankengänge erforderlich.

Ich möchte diese meine abschließenden Betrachtungen unter das Motto stellen: Selbstverantwortung, nicht ständiges Verlassen auf Staatshilfe! Sollte nicht auch in der Finanzpolitik der absolutistische und durchaus überholte Grundsatz „L'état c'est moi“ einem demokratisch-nachdenklichen „L'état sont nous“ weichen? Wir, die Staatsbürger, sind der Staat, und wir können über ihn nicht mehr verteilen, als wir leistungsfreudig und auch verantwortungsbewußt aufbringen. Unsere Gesetzgebung soll auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet dem einzelnen Staatsbürger — Arbeiter, Angestellten, Beamten, Freiberuflichen, Bauern, gewerblichen Unternehmer — neben staatspolitischen auch wirtschaftliche Grundlagen, auch jene zur Ausbreitung von Selbstbewußtsein und Selbstverantwortung in steigendem Maße zurückgeben. Wir haben als Gesetzgeber in erster Linie die Schwachen zu schützen. Wir können aber mit gutem Gewissen auch unsere Mitbürger zum Vertrauen auf ihre Tüchtigkeit und ihre Leistungen aufrufen. Denn wer nicht ein aschgrauer Pessimist ist, kann im wirtschaftlichen Leben gewissen Wagnissen nicht ausweichen und immer wieder in den schützenden Hafen des Staates einlaufen.

Wenn auch die in- und ausländischen Konkurrenzverhältnisse schwieriger werden und vielleicht auch der bisherige Konjunkturauftrieb nicht im gleichen Tempo weitergeht, so ist doch zweifelsohne Optimismus nötig. Erinnern Sie sich doch: Vor drei Jahren hat noch eine ganz gehörige Portion eines bis dahin ganz unösterreichischen Optimismus dazugehört, an eine österreichische Volkswirtschaft ohne ausländische Hilfe zu glauben, und im Vorjahr schon beriet dieses Hohe Haus im noch immer vierfach besetzten Österreich mit den offenen Grenzen nach dem Osten die erste aktive Handelsbilanz seit 1918 und beschloß angesichts der so bedeutend gebesserten Lebensbedingungen eine erste Steuersenkung, der morgen eine zweite folgen wird.

Der Gesamtaufwand des Bundesvoranschlags 1955 ist mit 23 Milliarden Ausgaben in der ordentlichen und mit 1,7 Milliarden Schilling in der außerordentlichen Gebahrung bei einem Ge-

samtabgang von 2,6 Milliarden nur unter der Voraussetzung einer enormen Tragfähigkeit der österreichischen Volkswirtschaft zu billigen. Der durch unsere finanzpolitischen Maßnahmen zu fördernde weitere Aufstieg der Wirtschaft wird manche heute noch als notwendig erscheinende Ausgabe entbehrlich machen und so eine gesunde Wechselwirkung zwischen Verstärkung der Wirtschaftskraft und Steuerentlastung bieten.

Wenn die Österreichische Volkspartei dem vorliegenden Kapitel Finanzen nunmehr die Zustimmung gibt, so hat sie auch Anerkennung und Dank auszusprechen: Anerkennung für die Regierung, die eine zielbewußte und erfolgreiche Finanzpolitik zur Regierungspolitik gemacht hat, zu einer Regierungspolitik, die dem gesamten österreichischen Volk zugute kommt. Dank aber sagen wir dem Herrgott, der auch diese Arbeit so sichtbar gesegnet hat für unser Österreich. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Böhm: Als nächster Redner gelangt zum Wort der Herr Abg. Dr. Kraus.

Abg. Dr. Kraus: Meine Damen und Herren! Beim Kapitel Finanzen hat sich, wie zu erwarten war, die ÖVP vor allem damit gerühmt, daß ihr Finanzminister eine Steuersenkung zuwege gebracht hat und, wie der Abg. Hofeneder sagt, sogar eine sehr erfolgreiche Steuersenkung. Es ist anzunehmen, daß nun nach mir der Sprecher der SPÖ sich vor allem damit in die Brust werfen wird, die SPÖ hätte dem kleinen Mann eine höhere Ermäßigung bei der Steuerreform erkämpft, als sie den Reichen zugestanden wird. Das macht sich gut für die Propaganda, die beide Parteien brauchen. Und die beiden Parteien gehen dann sicherlich friedlich in die Weihnachtsferien. *(Abg. Rosa Rück: Können wir auch!)*

Diese Betrachtungsweise läßt aber doch einiges außer acht und geht vor allem am Kern des Problems, das wir hier mit Ernst zu behandeln haben, vorbei. Sie läßt erstens außer acht, daß seit dem vorigen Jahr die Preise um 6,6 Prozent gestiegen sind, daß die Abzüge für die Sozialversicherung ganz wesentlich höher geworden sind. Die Kaufkraft konnte also keine nennenswerte Erhöhung durch diese Steuersenkungen erfahren. *(Abg. Mayrhofer: Am Sonntag sollten Sie auf der Mariahilfer Straße gehen!)* Ein Mann, der 2400 S im Monat verdient, zahlt im Monat 82 S mehr an Sozialversicherung. Das trifft aber nicht nur denjenigen, der diese 2400 S Bruttoeinkommen hat, sondern auch Arbeiter mit geringerem Verdienst, welche alle ihre Zulagen, wie da sind für Überstunden, Akkord-

57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954 2679

und Nacharbeit, in die Berechnung der Sozialversicherung eingeschlossen bekommen.

Auf diese Art und Weise ist sowohl die letzte Steuersenkung als auch die morgen zu beschließende wieder zu einem großen Teil aufgehoben. Der einzige Unterschied besteht darin, daß gewisse Gelder, die bisher an ein ÖVP-Ressort gegangen sind, nunmehr an die Sozialversicherungsanstalten und an die Arbeiterkammern des sozialistischen Machtbereiches gehen. Das aber ist für denjenigen, der zu zahlen hat, weniger interessant. Interessant ist die Erhöhung der Kaufkraft für den einzelnen. Und deswegen, Herr Finanzminister, ist diese Steuersenkung von uns nicht als eine große Errungenschaft zu betrachten, sondern sie ist mehr als überfällig!

Die genannte Betrachtungsweise läßt zweitens aber auch außer acht, daß wir heute die seltene Gelegenheit einer teilweisen Konjunktur haben, die für eine grundsätzliche Steuerreform ausgenützt gehört. Diese Konjunktur ist weder das Verdienst des Finanzministers noch das Verdienst der SPÖ. (*Abg. Hillegeist: Noch des VdU!*) Ich verkenne zwar nicht den Wert eines gesunden Hausverstandes eines Finanzministers und auch nicht gewisse Vorteile der von der SPÖ geforderten staatlichen Investitionen für die Arbeitsbeschaffung, aber die Voraussetzung für das, worauf sich beide so viel zugute tun, ist ja durch die internationale Rüstungskonjunktur gegeben. (*Abg. Dr. Gorbach: Honner, hör zu!*)

Es kommt nun darauf an, diese Konjunktur für unsere Volkswirtschaft richtig zu nutzen. Und dazu, meine sehr geehrten Damen und Herren, muß ich sagen, daß diese Chance auf dem Gebiete der Steuerpolitik nicht richtig genutzt worden ist, denn die Höhe unserer Steuern ist nach wie vor ganz unmöglich und ungesund, besonders dort, wo eine Kapitalbildung erfolgen sollte. Da türmen sich aufeinander die Gewerbesteuer, die Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, und dann kommen noch daneben die Vermögensteuer und alle möglichen Steuern dazu, sodaß eine Firma, welche unter normalen Verhältnissen als gut verdienende Firma angesehen wird, 82 Prozent ihres Gewinnes an den Staat abführen muß.

In der primitiven Propaganda, wie sie die Parteien brauchen, macht es sich vielleicht ganz gut, zu sagen, die Reichen sollen nur zahlen, damit die Armen besser wegkommen. Aber, meine sehr Geehrten, was ist, wenn die Reichen dann eben aufhören, versteuerbares Einkommen zu verdienen, oder nur bis zu der Grenze arbeiten, bis zu der sie alles von der Steuer absetzen oder vertuschen können?

Das Ergebnis ist dann, daß die ganze Last des staatlichen Geldbedarfes nur wieder auf den Schultern der Armen lasten bleibt. Es ist ein Selbstbetrug, man lügt sich in die eigene Tasche, wenn man sagt, daß man mit einer solchen Steuerprogression, die die sogenannten Reichen um so viel stärker heranziehen will, einen Vorteil für die Armen oder für den gesamten Staat schaffen könnte. (*Zustimmung bei der WdU.*)

Sobald der Bogen überspannt ist, sobald eine gewisse Grenze überschritten ist, hört die Leistung auf, vor allem die besonders wertvolle Leistung, die zu zusätzlichen Produktionen führt. Es wird der Leistungswille gedrosselt, sodaß einfach nur mehr die Hälfte herauskommt. Das ganze System ist krank und vernunftwidrig; da helfen die 10 Prozent mehr Vernunft, welche wir morgen beschließen sollen, auch nicht.

Aber was sind die Gründe für diese grundsätzlich falsche Linie, die in unserer Steuerpolitik eingeschlagen worden ist? Auf der einen Seite eine bestimmte politische Absicht, auf der anderen Seite eine grundsätzlich falsche geistige Einstellung.

Die politische Absicht geht dahin, eine sogenannte kalte Verstaatlichung dort durchzuführen, wo man nicht mit Gesetzen verstaatlichen kann. Denn die Verstaatlichung, welche wir heute zu fürchten haben, ist die Verstaatlichung durch den Steuerexekutor, und nicht die durch Enteignungs-, Kolchos- oder Verstaatlichungsgesetze. (*Abg. Eichinger: Bessere Vorschläge!*) Außerdem will man, daß aus der Privatwirtschaft heraus nicht jene Kapitalbildung erfolgt, welche jede Volkswirtschaft zu ihrer Modernisierung und Erweiterung ständig braucht; man will, daß neue Produktionen nur mit Hilfe des Staates erfolgen können.

Und dann die falsche geistige Einstellung! Es ist in Österreich das Gut-Verdienen verfehmt; als ob unsere ganze öffentliche Meinung nur getragen wäre vom Gefühl des Neides. Ich habe oft das Gefühl, daß man sich in diesen Dingen auf Instinkte der Bevölkerung verläßt, die nicht die besten sind. Man muß endlich einmal offen sagen, daß man auch in unserem Lande nicht nur Gewinne machen darf, sondern auch Gewinne machen soll und muß. Man muß sich also in unserem Land dazu entschließen, der privaten Wirtschaft neben der Verstaatlichung grundsätzlich das Lebensrecht einzuräumen, und zwar auch in der Steuerpolitik. Denn diese Steuerprogression, diese Steuerhöhe, wie sie heute herrscht, auch nach der Steuerermäßigung, die morgen bevorsteht, verdirbt die Moral und verleitet den einzelnen Selbständigen zum Schwindeln.

Ich möchte dazu ein offenes Wort sagen: Hier in Österreich lebt ein Volk, das grundsätzlich auf Ordentlichkeit und nicht auf balkanische Schwindeleien eingestellt ist. Es ist ein ungeheurer Schaden für unser Land, wenn man hier künstlich ein balkanisches Schwindeln hervorrufen will, und das als Ergebnis der bisherigen Steuerpolitik.

Was wir brauchen, ist nicht 10 Prozent mehr Steuervernunft, sondern eine grundsätzliche Kursänderung, eine Steuerreform von Grund auf. Denn es ist kein Zweifel, daß man in dem Augenblick, in dem man die Belastungsfähigkeit der Wirtschaft nicht mehr übersteigt, auch mehr Steuern haben wird. Wir haben es in der Ersten Republik erlebt, als man plötzlich die Dividendensteuer auf das Zehnfache hinaufgesetzt hat: Das Ergebnis war, daß im nächsten Jahr der Eingang dieser Steuer ein Zehntel dessen betrug, was im Jahr vorher eingegangen war. Diese Progression führte ja auch dazu, daß man ein ganzes System von Ausnahmen machen muß, um die schlimmsten Härten zu vermeiden, angefangen von der Haushaltsbesteuerung bis zur Investitionsbegünstigung. Ich bin nicht der Meinung des Abg. Hofeneder, daß die Investitionsbegünstigung ein solcher Vorteil ist, denn sie hat zu sehr vielen Fehlinvestitionen geführt. Viel gesünder wäre es, eine angemessene Steuerhöhe einzuführen und Investitionen nur über den Kapitalmarkt machen zu lassen, die dann wirklich rentabel sind. (*Beifall bei der WdU.*)

Da hat letztlich die Sozialistische Partei einen sehr interessanten Vorschlag gemacht. Sie sagte, man solle die Steuerbekenntnisse veröffentlichen. Ich sage, der Vorschlag ist sehr interessant; wir haben uns in unserer Fraktion ausführlich damit befaßt und sind zu folgendem Ergebnis gekommen: Auch wir sind für diesen Vorschlag, aber nur unter bestimmten Voraussetzungen: erstens, daß die Steuerhöhe eine solche ist, daß sie nicht die Leistung behindert und zum Schwindeln verleitet, und zweitens, daß die Verfemung des Verdienens in unserem Lande endlich aufhört. (*Neuerlicher Beifall bei der WdU.*) In den Vereinigten Staaten von Amerika gilt der Mann, der mehr verdient, etwas in der Öffentlichkeit. Er schämt sich nicht und sucht es nicht zu vertuschen, daß er mehr verdient. Ja sogar in Moskau hat der Generaldirektor, der 25mal mehr verdient als sein Arbeiter, ein höheres Ansehen. Nur bei uns in Österreich kommen wir aus der Armenhausatmosphäre nie richtig heraus.

Unsere dringendste Mahnung zu diesem Kapitel ist daher, daß erstens die schon längst fällige grundsätzliche Steuerreform jetzt wäh-

rend dieser vielleicht nur kurzen Konjunkturperiode gemacht wird und daß zweitens diese Steuerreform nicht nach parteipolitischen Propagandarücksichten, sondern nach den Grundsätzen einer gesunden Wirtschafts- und Volkspolitik erfolgt. Damit aber eine solche Steuerreform ein wirklich geschlossenes System darstellt, ist es notwendig, daß schon vor der geplanten Neufassung der Steuergesetze an der Gestaltung der neuen Gesetze mitgearbeitet werden kann, und zwar sowohl von seiten der Parlamentarier als auch von seiten der dafür in Frage kommenden Fachleute. Das System der Enqueten, das sich schon in manchen Ressorts außerordentlich bewährt hat, wäre gerade in dieser Frage besonders zu berücksichtigen.

Ich möchte dazu einige Grundsätze, auf die es uns bei einer solchen allgemeinen Steuerreform vor allem ankommt, anführen.

Der eine ist eine größere Einfachheit der Steuergesetzgebung. Heute sind eine Reihe von Bestimmungen in den verschiedensten Gesetzen verstreut; sie müssen zusammengefaßt werden. Außerdem ist die Erfassung einzelner Steuern durch die Steuerbeamten außerordentlich mühsam. Wir müssen uns bemühen, die Arbeit der Steuerbeamten zu erleichtern und diese Arbeit so zu vereinfachen, daß man das Heer von Steuerbeamten reduzieren und die verbleibenden besser bezahlen kann.

In dieses Kapitel fällt auch die Frage der Pauschalierung der Umsatzsteuer. Es bestehen da innerhalb der Wirtschaft große Meinungsverschiedenheiten. Wir sind der Meinung, daß die Pauschalierung für die Gewerbetreibenden, für die Handwerker und kleineren Betriebe wohl ein geeignetes Mittel dieser Steuervereinfachung ist, während bei den Großbetrieben die bisher vorgebrachten Bedenken wirklich zu berücksichtigen sind.

Der zweite Grundsatz, der bei einer solchen allgemeinen Steuerreform zu berücksichtigen ist, ist eine größere Klarheit. Der Steuerzahler muß wissen, was er wirklich zu bezahlen hat. Es gibt da eine Reihe von Fällen, insbesondere bei kleineren und mittleren Firmen, die nur alle drei Jahre einmal vom Finanzamt überprüft werden und dann plötzlich feststellen müssen, daß sie einer riesigen Steuerschuld gegenüberstehen. Das Ergebnis ist, daß diese Firmen bei einer gesunden Absatzlage und sonst gesunden Verhältnissen in kürzester Zeit zugrunde gehen. Ich muß allerdings der Finanzverwaltung zugestehen, daß sie bei solchen Schwierigkeiten einzelner Betriebe bezüglich des Konkursantrages oder sonstiger Schwierigkeiten verhältnismäßig viel Verständnis zeigt, ganz im Gegensatz zur Krankenkasse. Es ist

57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954 2681

unglaublich, wie viele kleine und mittlere Firmen, die sich ohneweiters noch am Leben erhalten könnten und von deren Existenz praktisch das Einkommen von vielen Arbeitern abhängt, geradezu mutwillig durch einen Konkursantrag der Krankenkasse zum Bankrott getrieben werden. Ich selbst kenne eine Reihe derartiger Fälle.

Ein weiterer Grundsatz, den wir bei einer allgemeinen Steuerreform berücksichtigt wissen wollen, ist, daß man nicht nur nach der Art des Herrn Finanzministers das Leistungsprinzip berücksichtigt, sondern auch die Erfordernisse der Volkspolitik. Wenn der Herr Finanzminister der Meinung ist, daß die Steuerpolitik kein geeignetes Mittel der Familienpolitik ist, so sind wir doch etwas anderer Meinung. Die kinderreiche Familie muß auch in der Steuerpolitik besser, als es bisher der Fall gewesen ist, berücksichtigt werden.

Das vierte Erfordernis ist, daß insbesondere bei der bevorstehenden Neuregelung der Umsatzsteuer auch eine gewisse Wirtschaftspolitik betrieben wird. Ich habe da vor allem eine besondere Sache im Auge. Wir haben hier in den letzten Wochen mehrmals festgestellt, daß die Landwirtschaft mit den Preisen, die ihr heute vorgeschrieben sind, nicht ihr Auslangen finden kann. Man hat errechnet, daß der Bauer für seine Arbeit einen Stundenlohn von nur ungefähr 3 S hat. Auf der anderen Seite stehen wir aber vor der Schwierigkeit, daß man gerade die Preise der Nahrungsmittel für die städtische Bevölkerung nicht ohneweiters erhöhen kann. Der einzige Ausweg bleibt, daß man die Belastung wegnimmt, die man am leichtesten wegnehmen kann, das ist die Umsatzsteuer. Bei der Umsatzsteuerreform, die jetzt in Deutschland geplant ist, hat man, gerade um eine solche Preispflege für die Landwirtschaft zu machen, eine derartige Bestimmung vorgesehen. Das wäre ein Weg, der, ohne die städtische Bevölkerung zu belasten, den Bauern die Forderung erfüllen könnte, die sie mit Recht seit Jahren, jedoch vergeblich vorbringen.

Damit komme ich auf ein anderes wichtiges Problem zu sprechen, nämlich auf das Problem der Preispolitik, die zum größten Teil von der Steuerpolitik abhängt. Hier muß ich im Gegensatz zu meinem Vorredner feststellen, daß die österreichische Wirtschaftspolitik zweifellos versagt hat. Die Rüstungskonjunktur, die in den anderen westeuropäischen Ländern dieselben Voraussetzungen geschaffen hat wie in Österreich, hat in den anderen Ländern meist sogar zu Preissenkungen, aber in keinem Fall zu Preissteigerungen geführt. Es hat hier nicht nur die oberste Leitung der Wirtschaftspolitik versagt, sondern auch der Österreichische

Gewerkschaftsbund. Denn mit lendenlahmen Erklärungen und mit Mahnungen allein ist es nicht getan. Die derzeitige Preisentwicklung ist wirklich als eine bedenkliche Gefahr für die ganze österreichische Wirtschaftsentwicklung anzusehen.

Aber wie soll man nun zu einer notwendigen Preisermäßigung oder wenigstens zu einer Verhinderung weiterer Preissteigerungen gelangen? Ich bin im Gegensatz zu Hofeneder der Meinung, daß die Zölle immer noch zu hoch sind. Wir haben ja Zölle für eine Reihe von Artikeln, die in Österreich gar nicht hergestellt werden! Und wir haben dort, wo die Liberalisierung eingeführt wurde und aus einer begreiflichen Angst die Vertreter dieser Branchen natürlich den größten Widerstand zuerst gegen die Liberalisierung erhoben und nachher nach höheren Zöllen geschrien haben, allzu leichtfertig nachgegeben.

Es ist auch etwas bedenklich, wenn wir aus den Ziffern des Budgets entnehmen, daß der Finanzminister die Zolleinnahmen wesentlich höher angesetzt hat, statt mit 550 Millionen mit 830 Millionen. Herr Hofeneder kann es sich auch nicht so leicht machen und sagen: Das Haus hat diese Zölle beschlossen, und damit Schluß, basta! Das ist eben der verkehrte Weg, daß das Parlament in allen diesen Fragen vor vollendete Tatsachen und vor ein fertiges Programm gestellt wird, zu dem man entweder ja oder nein sagen kann, aber nichts anderes. Meiner Meinung nach gehört schon bei der Erstellung der Zolltarife eine entsprechende Mitarbeit des Parlaments, sei es in Form einer Enquete, sei es in Form einer entsprechenden Aussprache im Zollausschuß. Aber daß man einfach diese Dinge hinter verschlossenen Türen nur im Ministerium ausarbeitet und nachher die fertigen Tarife in die Abstimmungsmaschine des Parlaments liefert, ist kein gesunder Weg.

Das zweite Erfordernis ist, daß wir in der Liberalisierung weitergehen. Bei den OEEC-Staaten wird das ja gar nicht aufzuhalten sein, aber ich möchte meine Mahnung, die ich schon bei der Generaldebatte vorgebracht habe, nämlich die Liberalisierung auch auf den Dollarraum auszudehnen, hier wiederholen.

Dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein sehr wichtiges Problem: Wir müssen feststellen, daß die Binnenkonjunktur Österreichs zu einem allzu großen Teil nur auf öffentliche Bauaufträge zurückzuführen ist. Staatssekretär Dr. Bock sprach von einem Plafond von 8 Milliarden Schilling. Das hat wesentlich mitgewirkt, daß die Preise nicht gesunken, sondern gestiegen sind. Wir müssen im gleichen Maße, in dem wir die Bauwirtschaft ausweiten, auch die Konsumgüterindustrie entsprechend

ausweiten und zu neuen Produktionen kommen. Ich erinnere mich da an eine Aussprache, die ich mit dem späteren Vorsitzenden der Montan-Union, Jean Monnet, vor vier Jahren hatte. Er sagte: Wenn man in irgendeinem Land zu neuen Produktionen kommen will und dafür Geld braucht, so stellt man heute in Europa fest, daß das dafür notwendige Geld nirgendwo mehr in privaten Händen zu finden ist, sondern nur beim Staat. Nun aber ist die Möglichkeit zu einer Änderung gegeben, und in anderen Ländern hat es sich auch schon entsprechend geändert. Allerdings den Kapitalmarkt, den die Schweiz, Westdeutschland oder Frankreich haben, den haben wir noch lange nicht, obwohl bei den Banken eine derartig große Flüssigkeit vorhanden ist, denn die Gelder, die bei den Banken liegen, sind ja nur kurzfristige Gelder.

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, wie es die westdeutsche Bundesrepublik gemacht hat, um ihre Industrieproduktion in den letzten Jahren so außerordentlich stark auszuweiten. Da hat man den Mut gehabt, im Rahmen des Lastenausgleichs den heimatvertriebenen Unternehmern, Direktoren und sonstigen Leuten, die einen Anspruch hatten, staatlich verbürgte Kredite zu geben, mit denen sie eine ganze Reihe von Betrieben neu errichten konnten. Ich habe mich in Deutschland danach erkundigt, wie dieses Experiment ausgegangen ist und wie viele von diesen neugegründeten Fabriken, für die der Staat die Garantie übernommen hatte, nacher bankrott gegangen sind. Es sind gar nicht so wenige gewesen, die nachher zugrunde gingen; es waren ungefähr 18 bis 20 Prozent. Aber der deutsche Finanzminister erklärte, die Verluste habe er kaum gespürt, daß er für diese Kredite, für die er gehaftet hat, nun bezahlen muß. Denn wenn beispielsweise eine Schuhfabrik mit 3 Millionen Mark gegründet wurde, dann ergab der volle Anlauf einen jährlichen Umsatz von 5 Millionen Mark. Bei diesen 5 Millionen D-Mark hat der Finanzminister aber einen so hohen Steuereingang an Körperschaftsteuer, an Einkommensteuer, an Lohnsteuer und an Umsatzsteuer erzielen können, daß er die Verluste von den 20 Prozent bankrott gegangenen Firmen gar nicht gespürt hat.

Auch wir hier in Österreich, meine sehr verehrten Damen und Herren, hätten die Möglichkeit, solche staatsverbürgte Kredite zu geben, da der private Kapitalmarkt noch gar nicht in der Lage ist, jene neuen Produktionen zu schaffen, die wir brauchen, um einerseits konkurrenzfähig zu werden gegenüber dem Ausland und andererseits die Konsumgüterproduktion gegen die aufgeblähten Investitionen in der Güterproduktion, insbesondere in der Bauwirtschaft, nachzuziehen.

Der Herr Finanzminister hat bezüglich des Kapitalmarktes sehr oft davon gesprochen, daß er die Möglichkeit, die der Kapitalmarkt bietet, keineswegs dem Staat allein reservieren will. Er hat es nun schon mehrmals erklärt, aber mit Erklärungen allein ist es nicht getan. Wir müssen feststellen, daß mit Ausnahme der Semperit-Wandel-Anleihe und der neuen Philips-Anleihe bisher keine einzige privatwirtschaftliche Anleihe auf den Kapitalmarkt gekommen ist. Es wäre wirklich notwendig, daß sich die private Wirtschaft gegenüber der Allmacht des Staates entsprechend zur Wehr setzt.

Wir werden auch nicht darauf verzichten können, uns die uns fehlenden langfristigen Gelder für solche Investitionen zum Teil im internationalen Kapitalverkehr zu beschaffen. Die erste Voraussetzung dafür ist die Konvertibilität unserer Währung. Wir müssen, so wie wir den Warenverkehr liberiert haben, auch beim Finanz- und Kapitalverkehr liberieren können. Und dazu — muß ich sagen — hat die Nationalbank eine viel reaktionärere und zurückhaltendere Einstellung als der Finanzminister. Erst dann werden wir dazu kommen, die notwendigen neuen Produktionen zu schaffen, und ich bin überzeugt davon, daß wir aus dieser Armenhausatmosphäre in Österreich nur dann herauskommen, wenn wir unseren Produktionsapparat verdoppeln.

Vergleichen Sie einmal die Entwicklung der Industrien in unseren Nachbarstaaten. Seit 1914 haben alle unsere Nachbarländer, sogar einschließlich Jugoslawiens, ihren Produktionsapparat verdreifacht, andere Länder sogar verfünffacht, während wir in Österreich von einem Index von 100 im Jahre 1914 auf nunmehr 180 gekommen sind. Wir haben eben einfach zu wenig Fabriken und zuwenig Produktionsstätten, um unsere sieben Millionen Österreicher ebenso gut zu beschäftigen, wie die Schweizer ihre vier Millionen beschäftigen können. Aber dazu bedarf es eines klaren Konzepts. Demgegenüber stellen wir fest, daß man bei uns nur ein Loch aufreißt, um ein anderes zuzustopfen. Wenn man in die Weihnachtsferien geht, macht man noch schnell Steuergeschenke, die keine wesentlichen grundsätzlichen Änderungen herbeiführen, und man hat am Schluß nur ein Flickwerk und Stückwerk. Erst wenn wir sehen, daß hier von den Regierungsparteien ein solches geschlossenes System einer gesunden Wirtschaftspolitik und ein klares Konzept vorgelegt wird, sind wir bereit, dem Budget und dem Kapitel Finanzen unsere Zustimmung zu geben. Vorher nicht! *(Beifall bei der WdU.)*

Präsident Böhm: Als nächster Redner gelangt der Herr Abg. Honner zum Wort. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Gorbach. — Abg. Honner: Die Katze kann das Mäusen nicht lassen, Herr Dr. Gorbach! — Heiterkeit.)*

Abg. **Honner**: Sehr geehrte Damen und Herren! Die bisherige Finanzpolitik des Ministers Dr. Kamitz erfreut sich zweifellos der ungeteilten Zustimmung der österreichischen Kapitalisten. Sie wird auch von den in Österreich anwesenden Kontrollorganen der amerikanischen Monopolkapitalisten gebilligt, deren Zustimmung der österreichische Finanzminister leider jedesmal vor der Behandlung des Budgets oder vor der Entscheidung über wichtige finanzpolitische Fragen einholen muß. Wir glauben daher — und nicht nur wir, sondern mit uns viele Arbeiter, vor allem sozialistische Arbeiter und Funktionäre —, daß die Kapitalisten, die inländischen wie die amerikanischen, allen Grund haben, mit dem Raab-Kamitz-Kurs zufrieden zu sein. Daß die Amerikaner zufrieden sind, das haben sie dem Bundeskanzler Raab während seines Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten mehrmals bestätigt; sie haben herausgefunden, daß es sich in Österreich für die Kapitalisten schön verdienen läßt, daß bei der Verteilung der Lasten auf die Bevölkerung die kapitalistischen Elemente außerordentlich geschont werden.

Über die Lastenverteilung gibt das zur Debatte stehende Budget zwar nur in einem bescheidenen Umfang Auskunft, aber es ermöglicht doch, Berechnungen anzustellen, die deutlich zeigen, welchem Ziel die Finanzpolitik unserer Regierung dient. Der Finanzminister Dr. Kamitz hat bei der Erörterung dieses Budgets — innerhalb und außerhalb des Parlaments — sehr deutlich seine Absicht verkündet, die private Unternehmertätigkeit zu fördern, den Unternehmern, den Kapitalisten mehr Mittel aus ihren Einkünften zu lassen, dafür aber die Hauptlast des Staatshaushaltes den arbeitenden Menschen aufzuerlegen. Finanzminister Dr. Kamitz ist sich aber sehr wohl darüber im klaren, daß der direkten Besteuerung des Einkommens der Arbeiter und der Angestellten gewisse Grenzen gesetzt sind. (Abg. Dr. **Withalm**: *Siehe Lohnsteuertabelle!*) Es ist nämlich unmöglich, die direkten Steuern der Unternehmer weiter zu senken und gleichzeitig die Lohnsteuer auf ihrer bisherigen Höhe zu halten. Dadurch würde die bestehende Steuerungerechtigkeit gegenüber den arbeitenden Menschen zu offensichtlich hervortreten, und dies würde deren schärfsten Widerstand hervorrufen.

Aus diesem Grunde hat Dr. Kamitz den Weg gewählt, die Lohnsteuer in einem bescheidenen Ausmaß zu senken, um damit den berechtigten Unwillen der Arbeiter und Angestellten abzufangen. (Abg. **Dengler**: *Das paßt dir nicht!*) Zugleich aber hält der Finanzminister unentwegt an den indirekten Massensteuern fest, die vor allem das Budget der arbeitenden Menschen belasten. Es gibt gegenwärtig in Österreich

keine Luxussteuer, aber die Umsatzsteuer belastet unser tägliches Brot. Das Seidel Bier des Arbeiters ist steuerlich unverhältnismäßig stärker belastet als die Flasche Champagner des Millionärs. Darüber hinaus ist der Arbeiter und Angestellte genötigt, alle Ausgaben zur Erhaltung seiner Arbeitskraft voll zu versteuern, während der Unternehmer das nicht zu tun braucht. Kauft sich der Arbeiter ein Motorrad, dann gibt der Staat keinen Groschen dazu, kauft sich aber der Unternehmer ein Luxusauto, dann kann er den Kaufpreis dieses Autos von der Steuer absetzen. (Abg. **Dipl.-Ing. Kotulinsky**: *Bleiben Sie bei der Wahrheit!*) Der Kapitalist kann für die Abnutzung des Kapitals, für die Abnutzung seiner Maschinen und Anlagen jährlich sehr große Beträge von dem zu versteuernden Einkommen abschreiben (*Zwischenrufe bei der ÖVP*), der Arbeiter darf für die Abnutzung seiner Arbeitskraft, die ja infolge der Rationalisierung und der Steigerung in der Ausbeutung von Jahr zu Jahr größer wird, keinen Groschen herausnehmen.

Man könnte stundenlang von den Möglichkeiten erzählen, die der Unternehmer besitzt und nicht nur besitzt, sondern auch ausnützt, um weniger Steuer zu bezahlen. Dennoch beklagen sich gerade die Unternehmer und Kapitalisten immer wieder über mangelnde Steuergerechtigkeit, darüber, daß sie zuviel Steuer zahlen, und der Finanzminister stimmt allzu gerne in diese Klagen ein. Aber jeder Mensch in unserem Land — und ich nehme an, auch hier in unserem Hause — weiß doch, daß die Großkapitalisten ein Vielfaches von dem verdienen, was sie als steuerpflichtiges Einkommen einbekennen, was sie fatieren, daß sie der Steuerbehörde niemals ihre wirklichen Einkünfte angeben. (Abg. **Doktor Withalm**: *Das ist Sache der Betriebsprüfung!*)

In ihrem beharrlichen Kampf gegen die ungerechte Steuerbelastung hat die Arbeiterschaft zwar erreichen können, daß sie mit Beginn des nächsten Jahres etwas weniger Lohnsteuer zahlt, aber unvergleichlich besser kommen wieder die Kapitalisten weg. Darin besteht eben das System Dr. Kamitz. Mit vollem Recht fordern daher die Arbeiter und Angestellten, die kleinen Steuerträger immer wieder, daß mit diesem System der steuerlichen Begünstigung der Großkapitalisten und der Reichen endlich Schluß gemacht wird. (Abg. **Krippner**: *Die USA-Direktoren, die müßten Steuer zahlen!*) Ihnen verzeihe ich alles! (*Heiterkeit.*)

Der Finanzminister rechtfertigt seine Methode damit, daß er sagt, man müsse durch Steuernachlässe die Kapitalisten dazu anspornen, größere Investitionen zu machen. Betrachtet man jedoch die Investitionstätigkeit auf einem der wichtigsten Sektoren, nämlich auf dem Gebiet des Bauwesens, dann kann man

feststellen, daß nur dort eine Bereitschaft der Kapitalisten besteht, Kapital anzulegen, wo der Staat ein Vielfaches der Eigenmittel der Kapitalisten in der Form verschiedener Anleihen und Zuschüsse zur Verfügung stellt. Die vielgerühmte Exportbegünstigung durch Rückvergütung der Umsatzsteuer hat sich, wie allgemein bekannt ist, zu einem schmutzigen Geschäft einiger Gangsterbanden der kapitalistischen Spekulation gestaltet. (*Abg. Krippner: Mit USIA-Fakturen! Holzscheiteln haben sie fakturiert!*) USIA! Ich werde Ihnen immer das Zeichen geben, wann Sie „USIA!“ schreien sollen, damit Sie ja keinen Zwischenruf verpassen! (*Heiterkeit.*) Bis heute ist nichts davon zu sehen, daß die Investitionsbegünstigungspolitik des Dr. Kamitz etwas anderes gebracht hätte als eine Begünstigung der großen Profite und des aufreizenden Luxus einer kleinen Gruppe der größten Kapitalisten.

Ich habe schon bei der ersten Lesung des Budgets auf die Riesenprofite hingewiesen, die einzelne Kapitalisten aus der Kamitz-Politik herausgeholt haben. Vor kurzem veröffentlichten 38 Aktiengesellschaften der Sektionen Industrie und Handel ihre Bilanzen für das Geschäftsjahr 1953. Es handelt sich dabei, mit wenigen Ausnahmen, um kleinere Gesellschaften. Aber selbst diese weisen für das angeblich ungünstige Geschäftsjahr 1953 nach Abzug aller Steuern einen Reingewinn in der Höhe von 21,5 Millionen Schilling auf. Dabei wurden den Gläubigern und Banken Zinsen von 30,2 Millionen Schilling bezahlt, es konnten Abschreibungen in der Höhe von 107,4 Millionen Schilling und Rücklagen von 61,8 Millionen Schilling gemacht werden, während die Rückstellungen um 12,4 Millionen Schilling erhöht wurden. Insgesamt konnten diese 38 Aktiengesellschaften — weniger als ein Zehntel aller österreichischen Aktiengesellschaften — aus den Profiten der letzten Jahre finanzielle Reserven in der Höhe von 699,5 Millionen Schilling anhäufen, das ist 4,7mal so viel, als das gesamte Aktienkapital dieser 38 Aktiengesellschaften ausmacht.

Die Finanzpolitik eines Staates kann nur danach beurteilt werden, wem sie dient, wen sie begünstigt. Genau so, wie sich der Richter bei jedem Fall, der ihm vorgetragen wird, fragen muß, wem eine Handlung nützt, muß insbesondere auch bei der Finanzpolitik die Frage gestellt werden, wer aus ihr den hauptsächlichsten Nutzen zieht. Die Bilanzen der angeführten 38 Aktiengesellschaften geben eine eindeutige Antwort auf diese Frage. Aber auch im Budget selbst finden wir sie nachdrücklich erläutert. Ich verweise hierbei auf das gewaltige Ansteigen der Erträge der indirekten Steuern, die im Kapitel Öffentliche Abgaben nachzulesen sind.

Der Abg. Dr. Migsch hat im Finanz- und Budgetausschuß kritisch festgestellt, daß die Umsatzsteuer in jeder Phase eingehoben wird, was oft dazu führt, daß bei verschiedenen Endprodukten der Anteil der Umsatzsteuer 15 bis 25 Prozent des Verkaufspreises beträgt. Der Finanzminister hat die Richtigkeit dieser Feststellung nicht bestritten. Im Gegenteil, er hat das zugegeben.

Auch der „Wiener Börsenkurier“ stellt fest, daß die Belastung der Verbraucherpreise mit der Umsatzsteuer derzeit viel höher ist als vor dem Krieg. So lasten gegenwärtig auf Bekleidungsgegenständen durchschnittlich 12,5 Prozent an Umsatzsteuer, vor dem Krieg waren es nur 6 Prozent; auf gewerblichen Konsumgütern lasten jetzt 12 Prozent, vor dem Krieg waren es 5,5 Prozent; für Heizmaterial beträgt die Umsatzsteuer jetzt 7 Prozent gegenüber 3,5 Prozent vor dem Krieg. Die durchschnittliche Belastung von Nahrungs- und Genußmitteln mit derzeit 9 Prozent ist ebenfalls höher als vor dem Krieg, wo sie nur 7 Prozent betrug. Selbst der „Wiener Börsenkurier“ muß also zugeben, daß an der Gesamtbelastung der Lebenshaltungskosten einer Arbeiterfamilie mindestens 15 Prozent die indirekten Steuern ausmachen.

Selbst in einer im Rahmen des Budgets durchaus nicht entscheidenden Post läßt sich der unsoziale Charakter der Steuerpolitik nachweisen. Ich meine hier die Post Stempel und Gebühren. Jeder weiß, wie drückend diese Stempel und Gebühren von den Menschen empfunden werden. Jede Eingabe an ein Amt, jedes Gesuch, fast schon jeder Beschwerdebrief muß gestempelt werden, ganz abgesehen von den Fällen, in denen Menschen irgend etwas von der Behörde bestätigt brauchen. Und wenn so ein Stempel nicht aufgeklebt wird, dann kommt später die Steuerbehörde und schreibt nicht nur die Gebühr nachträglich vor, sondern verdoppelt oder verdreifacht sie sogar. Ist es notwendig, von den Fällen wieder zu erzählen, die schon so oft in der Presse behandelt wurden und die mit Recht allgemeine Entrüstung hervorgerufen haben?

Da haben wir zum Beispiel den wohnungslosen Familienvater, der sich vier Jahre lang vergeblich um eine Wohnung bewirbt und weiter mit Frau und Kindern in einer baufälligen Baracke hausen muß. Er schreibt an den Bürgermeister und bittet ihn, ihm endlich eine Wohnung zu beschaffen. Zuerst bekommt er einen vorgedruckten Antwortbrief, daß seine Eingabe an das Wohnungsamt abgetreten worden sei. Monate später erhält er dann die Benachrichtigung, daß sein Brief an den Bürgermeister nicht gestempelt worden sei und daß er darum nicht bloß den Eingabestempel von 6 S, sondern zusätzlich weitere 12 S, zusammen also 18 S bezahlen muß.

57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954 2685

Ähnliches ist Menschen passiert, die sich in ihrer Not in irgendeiner Sache an den Bundespräsidenten, an die Regierung, an eine Landesregierung, an irgendeinen Bürgermeister usw. gewendet haben. Bekannt sind ja auch die Fälle, in denen man den Menschen Stempelgebühren aus der Tasche riß, deren Auszüge aus der Heimatrolle man auf einmal nicht mehr als Staatsbürgerschaftsnachweis gelten lassen wollte und die sich daher neue Staatsbürgerschaftsnachweise besorgen mußten. Man könnte eine ganze Menge von Fällen dieser Stempel- und Gebührenschikanen aufzählen, die vor allem die kleinen Menschen belasten.

Dank dieser Übung — die Stempel und Gebühren sind überdies um ein Vielfaches erhöht worden — stiegen die Einnahmen dieser Budgetpost von Jahr zu Jahr. Im Budget für das Jahr 1951 waren 527 Millionen Schilling veranschlagt, im Budget für das Jahr 1952 waren es bereits rund 882 Millionen, im Budget für 1954 schon 949 Millionen Schilling und im Budget für das kommende Jahr, für 1955, werden es 1,088.000.000 S sein. Dabei sind diese Summen, wie die Erfahrung beweist, bedeutend niedriger angesetzt, als dann der wirkliche Ertrag ist. Diese Schikane gegen notleidende Menschen, die glauben, daß die Amtsträger, an die sie sich in ihrer Not wenden, ihnen helfen werden, macht sich also bezahlt. Auch das ist ein Kennzeichen jener unsozialen Finanzpolitik, die den Kleinen aussackelt und für die Großen immer eine offene Hand hat.

Zu den Besonderheiten der österreichischen Finanzpolitik gehört aber auch das Kapitel der sogenannten Zuschläge zu den verschiedenen Steuern. Sie wurden ursprünglich für Zwecke des Wiederaufbaues eingeführt, sie verbleiben aber nahezu ausschließlich in der Kasse des Finanzministers und bringen in vielen Fällen noch mehr ein als die eigentliche Stammsteuer.

So ergab die Mineralölsteuer im Jahre 1953 die Summe von 109,9 Millionen Schilling, während der Bundeszuschlag zur Mineralölsteuer 436,3 Millionen Schilling einbrachte. Der Bundeszuschlag brachte also genau das Vierfache der Stammsteuer ein. Für das Jahr 1955 ist die Mineralölsteuer mit 142,5 Millionen Schilling veranschlagt, während der Bundeszuschlag zur Mineralölsteuer 570 Millionen Schilling einbringen soll. Bekanntlich fließt der Bundeszuschlag zur Mineralölsteuer, deren Ertrag ständig wächst, zur Gänze in die Kassen des Finanzministers, obwohl die Stammsteuer, die Mineralölsteuer, der Abgabenteilung zwischen Bund und Ländern unterworfen ist. Ähnlich ist die Lage auch bei einigen anderen Steuerzuschlägen, Aufbauschlägen, wie sie früher geheißen haben. Dieses System der Sanierung des Bundeshaushaltes schädigt die Länder und die Gemeinden.

Im Zusammenhang mit dieser Tatsache kritisierte im Finanz- und Budgetausschuß der Abg. Dr. Hofeneder, der Parteifreund des Finanzministers, die in den letzten Jahren eingerissene Unsitte, eine für einen bestimmten Zweck mit begrenzter Dauer eingeführte Steuer jährlich zu verlängern. Dabei wird, wie zum Beispiel bei der Sonderabgabe vom Bier, mit der Verlängerung gleichzeitig der ursprüngliche Zweck abgeändert, um sich dadurch einen leichteren Vorwand für die weitere Beibehaltung und Einhebung dieser Steuer zu sichern. Auf die diesbezügliche Anfrage im Finanz- und Budgetausschuß mußte der Finanzminister selbst zugeben, daß das ein schwerer Schönheitsfehler ist, der unserer beziehungsweise seiner Steuerpolitik anhängt. Der Finanzminister tröstete aber das Parlament mit der Erklärung, daß es eine alte finanzpolitische Erfahrung ist, daß eine einmalige Sondersteuer immer beibehalten wird. Die arbeitenden Menschen in unserem Lande, die sich ab und zu ein Krügel Bier leisten, wird diese Sonderabgabe vom Bier, die jährlich 40 Millionen Schilling einbringt, nicht über den unverschämten Griff in ihr Geldbörstel hinwegtrösten können.

Während also der Finanzminister die Besteuerung der Werktätigen, der arbeitenden Menschen, mit hartem Griff durchführt, die direkten Steuern den Arbeitern und Angestellten vom Lohn und Gehalt einfach abzieht, ist er gegenüber den Kapitalisten weicherzig und großzügig. In den bisher beschlossenen Steueränderungsgesetzen gibt es immer neben einigen kleinen Erleichterungen für die arbeitenden Menschen große Steuerbegünstigungen für die Reichen. Aber selbst diese Steuerbegünstigungen an die Kapitalisten haben sie nicht daran gehindert, den Steuerbetrug mit allen Mitteln zu betreiben und fortzusetzen. (*Abg. Krippner: Meint der die USIA?*) Ich habe erwartet, daß Sie jetzt wieder „USIA!“ schreien. (*Abg. Krippner: Schrei dafür fünfmal „Kapitalist!“ und geh!*)

Die vielgerühmte Steuermoral der Reichen läßt sehr viel zu wünschen übrig. Die „Solidarität“, das Organ des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, veröffentlichte vor kurzem die Zuschrift einer Kontoristin, die sich über den ständigen Steuerschwindel ihres Chefs beklagt. In dieser aufschlußreichen Zuschrift heißt es: „Da wird zum Beispiel ein Schlauchboot geliefert, berechnet als Reifen für den Personenwagen.“ Denn als solcher kann er von der Steuer abgesetzt werden. „Auf Geschäftskonto wird Gummi-Bodenbelag gekauft, es liegen aber nur Abfälle davon im Büro. Die Tapeziererrechnung steht als Autopolsterung verbucht, es waren neue Tapeten

2686 57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954

für die Privatwohnung. Eine Bedienerin wird jahrelang im Büro verrechnet, obwohl sie hier noch keinen Handgriff verrichtete. Kunden mit Empfehlungen haben 10 Prozent Nachlaß, falls sie auf die Ausstellung einer Rechnung verzichten. Höherer Abfallverkauf kommt in die Privatkasse. Auf diese Weise verdient“ — so schreibt diese Kontoristin — „unser Herr Chef, nach außen ungesehen, jedes Jahr an die hunderttausend Schilling. Dabei erzählt er, wie sparsam er lebt, wie er nur ganz wenig aus der Geschäftskassa nimmt.“ Die Herren Kapitalisten betrügen und bestehlen also nicht nur ihre Arbeiter und Angestellten, sondern auch den Staat und damit das ganze Volk.

Aber nicht genug mit dem Steuerbetrug, mit dem systematischen Steuerschwindel der Kapitalisten! (*Zwischenruf des Abg. Krippner.*) Nicht einmal jene Steuern, die ihnen schließlich nach langer Zeit, wegen Arbeitsüberhäufung der Finanzämter, vorgeschrieben werden und die ohnedies nur einen Bruchteil dessen ausmachen, was sie eigentlich an Steuern schulden, werden zeitgerecht bezahlt. Dem Arbeiter, dem Angestellten, dem Beamten, dem Rentner, dem Pensionisten zieht man die Lohnsteuer von seinem Lohn oder Gehalt, von seiner Rente oder seiner Pension ab. Er ist der pünktlichste Steuerzahler und hätte demnach ein Recht, vor allen anderen Steuerzahlern begünstigt zu werden. (*Abg. Krippner: Bei der USIA wird es abgezogen, aber nicht abgeführt!*) Wenn eine Frau ein Kilogramm Mehl oder ein halbes Kilogramm Margarine, Socken oder Schuhe für ihr Kind oder irgendeinen anderen Bedarfsartikel kauft, dann zahlt sie sofort mit dem Kauf der betreffenden Waren die hohe Umsatzsteuer. Und wenn sich der Arbeiter wieder, wie ich schon gesagt habe, ein Krügel Bier oder einmal ein Viertel Wein leistet, zahlt er einen erklecklichen Betrag für den Herrn Finanzminister. Darin liegen auch zum Teil die Ursachen für die Schwierigkeiten, unter denen unsere Weinbauern zu leiden haben. Nicht anders ist es natürlich beim Kauf von Zigaretten, von deren Preis ja mehr als die Hälfte auf Steuerabgaben und Gebühren verschiedenster Art entfallen.

Die Kapitalisten zahlen ihre Steuern im nachhinein, und zwar beträchtlich im nachhinein, was man feststellen muß. Und nicht einmal dann, wenn sie zu zahlen verpflichtet werden, bezahlen sie. Sie drücken sich vielmehr um die Bezahlung der Steuern, wo es nur geht und soviel sie nur können. (*Abg. Krippner: Er redet schon wieder von der USIA!*) Seit Jahren gibt es gewaltige Steuerrückstände. Sie sind nach Mitteilungen des Finanzministers selbst, die er im Budgetausschuß machte

(*Abg. Krippner: 1 Milliarde schuldet die USIA pro Jahr!*), so groß wie die für Investitionen aufgewendeten Summen.

Die Steuerschulden an den Staat gehen also nach den Mitteilungen des Finanzministers selbst in die Milliarden, und der Finanzminister, das muß man auch feststellen, unternimmt nichts, um die rückständigen Steuern der Großverdiener und Kapitalisten einzutreiben. Hier redet er sich auch darauf aus, daß der Apparat der Finanzverwaltung mit so vielen Aufgaben belastet ist, die eigentlich gar nicht in dieses Ressort gehören würden, daß die Beamten mit den Steuervorschreibungen eben nicht fertig werden und diese daher sehr stark im Rückstand bleiben. Da muß man eben die Agenden, die nicht zum Ressort der Finanzverwaltung gehören, den Behörden zuschieben, in deren Kompetenz sie fallen, damit die Finanzverwaltung in der Lage ist, die Steuerschulden, die, wie ich schon sagte, in die Milliarden gehen, auch einzutreiben. Aber jedem kleinen Gewerbetreibenden und jedem Kleinbauern wird sofort, wenn er ein wenig nur mit seiner Steuer im Rückstand ist, der Exekutor ins Haus geschickt. Hier kennt der Herr Finanzminister keine Nachsicht, obwohl sich die Fälle von Selbstmorden Kleingewerbetreibender wegen solcher Steuerexekutionen erschreckend häufen. Bei den Großen findet der Herr Finanzminister Dr. Kamitz lauter Entschuldigungen. Er hält die Steuerrückstände der Kapitalisten mehr oder weniger für etwas Selbstverständliches, mehr noch, er begrüßt sie geradezu als Kennzeichen des Wirtschaftsaufschwunges. Jedenfalls aber entschuldigt er sie ausdrücklich und offiziell. Wie anders soll man es denn verstehen, wenn der Finanzminister Dr. Kamitz in einer, wie das Unternehmerorgan „Die Presse“ schreibt, grundsätzlichen Rede über moderne Finanzpolitik, die er vor dem Österreichischen Gewerbeverein im November dieses Jahres hielt, ausführte — ich zitiere wörtlich „Die Presse“ —: „Untersuchungen und Beobachtungen haben jedoch bewiesen, daß es der Wirtschaft unmöglich ist, gleichzeitig zu investieren und hohe Steuern zu zahlen. Wenn von gewisser Seite auf die hohen Rückstände der Einkommensteuer verwiesen wird, so muß gesagt werden, daß weniger die schlechte Steuermoral daran schuld trägt als die Überbesteuerung.“

Da haben wir es also! Der böse Staat, sagt Finanzminister Dr. Kamitz, hebt von den Großverdienern, von den Kapitalisten, deren Profite unaufhörlich und sprunghaft steigen, zuviel Steuern ein. Es ist selbstverständlich, daß sie dann diese Steuern schuldig bleiben, meint er. Hiezu darf man wohl sagen: Dr. Kamitz ist wirklich ein Musterbeispiel eines

Finanzministern. Es wird kaum irgendwo in der Welt einen anderen Finanzminister geben, der ein solches Verständnis für die Steuerschuldner, und zwar für die großkapitalistischen Steuerschuldner aufbringt. Nichts, meine Herren, beweist deutlicher den antisozialen Inhalt der Finanzpolitik, wie sie von unserer Regierung betrieben wird.

Am 18. November dieses Jahres hat sich die „Arbeiter-Zeitung“ in einem Leitartikel mit dem Unterschied zwischen der wirtschaftspolitischen Auffassung der SPÖ und der ÖVP beschäftigt. Danach wollen die Sozialisten eine Neuverteilung des Volkseinkommens und der Steuerlasten zugunsten der Kleinen, Doktor Kamitz und die ÖVP möchten aber eine solche zugunsten der Großen. Wie aber aus dem Budgetkapitel Finanzen und aus der Abänderung des Steueränderungsgesetzes ersichtlich ist, haben nicht die Sozialisten mit ihrer richtigen Auffassung gesiegt, sondern der Sieg liegt eindeutig bei der ÖVP und ihrem Finanzminister.

Die Steuerpolitik der gegenwärtigen Regierung hat also trotz der Korrekturen bei der Einkommensteuer, die sich die kämpfende Arbeiterschaft erzwungen hat, einen eindeutigen Charakter: die Begünstigung der Kapitalisten. Anders kann es schließlich auch gar nicht sein, wenn die Vertreter und Sachwalter des Kapitals die Schlüsselpositionen in der Regierung in Händen haben.

Die Stärkung der Arbeiterklasse in Österreich, die in ihr schlummernde politische Kraft zwingt die Kapitalisten allerdings, damit sie ihre Herrschaft weiter aufrechterhalten können, auch den Arbeitern gewisse Zugeständnisse zu machen. Diese Zugeständnisse, die viel größer wären, wenn die volle Kraft der Gewerkschaften in die Waagschale geworfen würde, ändern aber nichts daran, daß dieser Staat dem Kapitalismus dient. Ihn als einen sozialen Wohlfahrtsstaat zu bezeichnen, wie das der Herr Vizekanzler Schärf auf dem Sozialistischen Parteitag getan hat, bedeutet nichts anderes als den Versuch, vor den arbeitenden Menschen dieses Landes die tatsächlichen Verhältnisse in Österreich zu verschleiern.

Es wird hervorgehoben, daß die Vollbeschäftigung eine große, eine unleugbar große soziale Tatsache ist. Aber wir dürfen nicht übersehen, daß trotz des hohen Beschäftigungsstandes, den wir gegenwärtig haben, in der Industrie 100.000 Arbeitslose in der besten Saison eine sehr hohe Ziffer für ein kleines Land wie Österreich sind. Wir können auch so lange nicht von Vollbeschäftigung reden, als zehntausende Jugendliche nach Beendigung der Schule keine Lehrstellen und

oft nicht einmal Hilfsarbeiterplätze finden können. Wir können von keiner Vollbeschäftigung reden, wenn weibliche Angestellte über 35 Jahren nur mit größter Mühe einen Arbeitsplatz finden können, wie die Frau Abg. Rehor hier in diesem Hause erst kürzlich ausgeführt hat.

Darüber hinaus können wir die Augen nicht davor verschließen, daß die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre in vieler Hinsicht einen gefährlichen Weg geht. Die Massenausfuhr von Rohstoffen, die Fehlorientierung beim Ausbau und bei der Nutzbarmachung unserer Wasserkräfte und die anderen in dieser Debatte bereits angeführten Maßnahmen zur Unterwerfung unserer Wirtschaft unter die Westeuropas, insbesondere unter die Westdeutschlands, bedeutet, daß Österreichs Wirtschaft in immer größere Abhängigkeit von jeder Konjunkturschwankung in den kapitalistischen Ländern des Westens gerät. Der Lieferant von Rohstoffen, das ist eine internationale wirtschaftliche Erfahrung, wird von Rückschlägen der Konjunktur viel schwerer getroffen als ein Land, das sich mit einer Vielfalt seiner Produktion, vor allem mit Fertigfabrikaten am internationalen Warenaustausch beteiligt. Nun ist es aber eine Tatsache, daß die entscheidenden Posten der österreichischen Ausfuhr der elektrische Strom und das Holz sind, also Rohstoffe. Es ist weiter eine Tatsache, daß die Lohnpolitik der Unternehmer und die Steuerpolitik der Regierung der Hebung der Kaufkraft der breiten Massen und damit der Entfaltung des Binnenmarktes wesentliche Hemmnisse bereiten. An diesen Tatsachen kann man nicht vorübergehen, wenn man den Charakter unseres Staates beurteilen will.

Auch in den anderen Punkten, in denen Dr. Schärf nachweisen wollte, Österreich sei heute ein sozialer Wohlfahrtsstaat, ist keine Rede von wahrer sozialer Wohlfahrt. Solange noch 50.000 Wiener Familien keine eigene Wohnung haben und in ganz Österreich nach den Angaben des Städtebundes 200.000 Wohnungen fehlen, solange es Obdachlosenheime, Barackenwohnungen und Kellerlöcher unter Denkmalschutz gibt, so lange kann man von keiner Lösung der Wohnungsfrage in Österreich sprechen. Auch von einer ausreichenden Altersversorgung sind wir heute noch sehr weit entfernt, gibt es doch viele zehntausende Rentner, die keine 500 S, ja nicht einmal 400 S im Monat beziehen. Was schließlich den gerechten Anteil der arbeitenden Menschen am Nationaleinkommen betrifft, so habe ich bereits die Tatsachen angeführt, die zeigen, daß der Anteil der Millionäre am Nationaleinkommen nicht sinkt, sondern im Steigen ist. Auf jeden Schilling, der im vergangenen

Jahr als Lohn ausbezahlt wurde, kamen 2 Schilling Profit der Unternehmer. Ein solcher Staat ist kein Wohlfahrtsstaat, er ist ein Klassenstaat der Kapitalisten und nicht ein Staat, in dem die arbeitenden Menschen einen wachsenden Anteil am Produkt ihrer Arbeit haben, wie es ihnen zukommen würde.

Daran ändert auch nichts, daß, wie Vizekanzler Dr. Schärf sagte, zwei Drittel des Aktienkapitals entweder in der Hand des Staates sind oder unter Kontrolle der verstaatlichten Banken stehen. Diese verstaatlichten Banken und ein großer Teil der verstaatlichten Betriebe stehen, wie bereits mein Freund, der Abg. Koplenig nachgewiesen hat, unter der Leitung von Kapitalisten oder ihrer Vertrauensleute. Sie werden auch nach kapitalistischen Grundsätzen geleitet. Unter diesen Umständen ist es gefährlich, die Wachsamkeit der Arbeiter damit einschläfern zu wollen, daß man ihnen vorspiegelt, daß das nach dem System Raab-Kamitz regierte Österreich ein Wohlfahrtsstaat für die Arbeiter sei. Nein! Den Arbeitern wird in diesem Staat nichts geschenkt. Was sie brauchen, müssen sie sich schwer erarbeiten und erkämpfen.

Es ist vielleicht nicht uninteressant, in diesem Zusammenhang und von dieser Tribüne aus festzustellen, wer der geistige Vater des Schlagwortes vom sozialen Wohlfahrtsstaate ist. Als der deutsche Reichskanzler Bismarck zu seinem Schlag gegen die deutsche Arbeiterbewegung ausholte, als er in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Sozialdemokratische Partei verbot, da wurde zum erstenmal von einem sozialen Wohlfahrtsstaat gesprochen. Der soziale Wohlfahrtsstaat ist also in der Zeit der Bismarckschen Sozialistengesetzgebung erfunden worden. Dieses Schlagwort vom Wohlfahrtsstaat wurde damals von den deutschen Sozialdemokraten auf das schärfste bekämpft, sie verstanden, daß der Erbauer des militaristischen Reiches des deutschen Großkapitals das Schlagwort in die Welt gesetzt hatte, um die Hände der Arbeiter zu binden.

Was damals richtig war, ist auch heute nicht falsch. Was der Todfeind der deutschen Arbeiter damals erfand, kann auch heute den österreichischen Arbeitern und Angestellten nicht dienen. Ein Staat, in dem die kapitalistische Profitwirtschaft vorherrscht und begünstigt wird, ist weder ein sozialer Staat noch ein Wohlfahrtsstaat.

Aus dem uns vorliegenden Budget für das Jahr 1955 und insbesondere auch aus dem Kapitel Finanzen geht mit voller Deutlichkeit hervor, daß in diesem Staate die kapitalistische Profitwirtschaft begünstigt wird und daß auch diesmal wieder die größten und schwersten Lasten auf die Schultern der Arbeiter und der

arbeitenden Menschen abgewälzt wurden. An einzelnen Beispielen habe ich gezeigt, wie die Finanzpolitik Dr. Kamitz', die die Finanzpolitik der Regierung ist, aussieht. Dieser Finanzpolitik, die weder sozial ist, noch einer wirklichen Wohlfahrt dient, sondern nur den Interessen der Kapitalisten dient und nur deren Interessen berücksichtigt, kann die Volksopposition ihre Zustimmung nicht geben. Sie wird daher gegen das Kapitel Finanzen wie gegen das gesamte Budget stimmen.

Und nun, meine Damen und Herren, noch einige Worte zum Ablauf der bisherigen Spezialdebatte zum Budget. Da das Kapitel Finanzen als letztes Kapitel die Budgetdebatte zum Abschluß bringt, möchte ich noch kurz zu einigen Begebenheiten in der Spezialdebatte Stellung nehmen. In jeder Budgetdebatte ist es natürlich, daß in der Spezialdebatte auch Fragen berührt werden, die zwar über den Rahmen des jeweiligen Kapitels hinausgreifen, die aber doch mit der allgemeinen Politik der Regierung und der Regierungskoalition, deren Ausdruck ja das vorliegende Budget ist, irgendwie zusammenhängen.

Die ÖVP hat zu den Fragen der Innenpolitik den Abg. Dr. Gorbach als ihren Sprecher bestimmt, und sie ist daher für das, was Dr. Gorbach sagte, verantwortlich. Kann man es als einen Zufall bezeichnen, daß die ÖVP ausgerechnet jenen Abgeordneten zum Hauptredner bestimmt hat, der zugegebenermaßen mit dem hitlerischen Feldmarschall und Kriegsverbrecher Kesselring während dessen Aufenthaltes in Österreich zusammengekommen ist, mit jenem Mann also, den die Hauptschuld an dem Tod vieler tausender österreichischer Soldaten trifft? Gewiß kann man das nicht als zufällig betrachten, denn sonst würde sich ja die Österreichische Volkspartei von den Ausführungen Dr. Gorbachs distanzieren haben.

Dr. Gorbach hat bei seiner Stellungnahme zum Kapitel Inneres ein offenes Bekenntnis zum Hitler-Krieg und seinen Zielen abgelegt, und darüber hinaus hat er den räuberischen Überfall der Hitler-Armee auf die Sowjetunion verteidigt. Er hat den Versuch unternommen, den Raubzug Hitler-Deutschlands gegen den Osten Europas in einen Kampf um die Würde und Freiheit der Menschen umzufälschen. Dr. Gorbach hat in seiner Stellungnahme hier im Hause der Sache des Kampfes um die Unabhängigkeit Österreichs einen schlechten Dienst erwiesen. Er hat diesem Kampf einen schweren Schlag versetzt. (*Abg. Dr. Withalm: Das überlassen Sie uns!*) Was Herr Gorbach unwidersprochen von den anderen Abgeordneten seiner Partei hier gesagt hat, ist nichts anderes als glatter Hochverrat, dessen Sie uns, meine Herren, bei jeder Gelegenheit beschuldigen

gen. (*Ruf bei der ÖVP: Und mit Recht! — Abg. Machunze: Sie sind ja auch die Hochverräter!*) Daß Dr. Gorbach den räuberischen faschistischen Angriff auf die Sowjetunion, ausgerechnet auf das Land, das uns mit den zahllosen Blutopfern seiner Söhne vom Hitler-Joch befreit hat, für gerecht hält, zeigt, wie tief der hitlerische Ungeist, der hitlerische Kriegsgeist in gewissen Kreisen der ÖVP sitzt. Seine Worte zeigen auch, wie wenig sich die Gorbach-Leute darum scheren, was aus Österreich wird. Für sie ist anscheinend die Hauptsache, daß jene Kräfte wieder stark werden, die 1941 die Sowjetunion überfielen, nachdem sie 1938 Österreich, unsere Heimat ins Unglück gestürzt hatten. (*Ruf bei der ÖVP: 1939 habt ihr einen Pakt mit Hitler gemacht! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Die Ausführungen Dr. Gorbachs haben Österreich ohne Zweifel geschadet, und sie sind auch eine Beleidigung für alle jene, die im Kampf gegen die Annexion Österreichs, im Widerstand gegen den Hitler-Krieg gefallen sind oder hingerichtet worden sind. Es ist kein Zufall, daß Dr. Gorbach dieses Bekenntnis zum Hitler-Krieg gerade jetzt abgelegt hat, wo darangegangen wird, Westdeutschland wieder aufzurüsten und den deutschen Militarismus wiederherzustellen. (*Abg. Machunze: Was hat das mit dem Budget zu tun?*) Das war nicht einfach eine Erklärung für das Vergangene, sondern ein Bekenntnis zu den Zielen des deutschen Militarismus in der Gegenwart! (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Von Dr. Gorbach führt eine direkte Linie zum ÖVP-Staatssekretär Graf. Graf verbeugt sich vor den Verleumdern der Widerstandskämpfer, und Dr. Gorbach verherrlicht den Hitler-Krieg. Der Kreis ist damit geschlossen, meine Herren! (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

In gewissen Kreisen der Regierungsparteien hat sich die Mode eingebürgert, bei jeder Gelegenheit die Kommunisten als ausländische Agenten und Hochverräter und die Kommunistische Partei als antiösterreichische Partei zu beschimpfen. (*Abg. Machunze: Seid ihr ja auch!*) Sogar hier im Parlament geschieht das immer wieder. Wir halten es daher für notwendig, den Regierungsparteien von der Fortsetzung dieser Praxis abzuraten, da sie unter Umständen zu einem Bumerang gegen sie selber werden könnte. (*Abg. Dr. Withalm: Sehr lieb von Ihnen!*)

Wir halten es ferner für angezeigt, meine Damen und Herren, mit allem Nachdruck daran zu erinnern, daß die Unabhängigkeitserklärung unserer Zweiten Republik, das historische Dokument der Wiedergeburt Österreichs vom 27. April 1945, auch die Unterschrift der Kommunistischen Partei Österreichs trägt. (*Abg. Krippner: Und was ist mit dem Staatsvertrag?*)

Das wird sich noch einmal herausstellen! (*Abg. Krippner: Was ist mit der Unabhängigkeit?*) Die Kommunisten haben — das kann nicht bestritten werden — entscheidend dazu beigetragen, daß die Republik Österreich wiederhergestellt werden konnte. Das dürften auch Sie wohl kaum zu bestreiten wagen. (*Abg. Dengler: Beim Tito!*) Tausende Kommunisten haben für Österreich, für die Wiederherstellung eines freien Österreichs ihr Leben geopfert. Nehmen Sie, meine Herren und Damen, nur das amtliche Dokument über die Wiedergeburt Österreichs und den darum geführten Kampf, das „Rot-Weiß-Rot-Buch“ von 1946, zur Hand und lesen Sie es aufmerksam durch! Sie werden darin viele Beweise des Eintretens der Kommunistischen Partei Österreichs für Österreich und des heroischen Kampfes der Kommunisten gegen die hitlerischen Annexionisten für die Wiederherstellung eines freien, demokratischen und unabhängigen Österreichs finden.

Als in der Nacht vom 11. zum 12. März 1938 die hitlerischen Panzerkolonnen in unser Land einzogen, umjubelt von vielen, die sich heute uns gegenüber als die einzigen und echten österreichischen Patrioten aufspielen möchten, wandte sich das Zentralkomitee meiner Partei (*Ruf bei der ÖVP: Wo waren Sie, wo war der Honner?*) — hier war ich —, wandte sich das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs mit einem Aufruf an das österreichische Volk und an die Welt. In diesem Aufruf wurden die Österreicher aufgefordert, sich ohne Unterschied der Partei und der Weltanschauung zu einer festen Front aller Österreicher gegen Hitler zusammenzuschließen. (*Ruf bei der ÖVP: Wo war Honner am 12. März?*) An die Welt appellierte die Kommunistische Partei, das österreichische Volk in seinem Kampf um die Wiederherstellung seiner staatlichen Existenz nicht im Stiche zu lassen. (*Abg. Dr. Schwer: Was hat das mit Finanzen zu tun?*) Ja, Sie drückt das schlechte Gewissen. (*Abg. Machunze: Aber wir sind beim Kapitel Finanzen! — Präsident Hartleb, der wieder den Vorsitz übernommen hat, gibt das Glockenzeichen.*) In einem im Juli 1938 veröffentlichten Manifest an das österreichische Volk legte die Kommunistische Partei Österreichs wieder ein stolzes Bekenntnis zu Österreich und zu seinem Volk ab, das wieder mit der Aufforderung an die Arbeiter, Bauern und Bürger Österreichs endete, sich zusammenzuschließen zum Sturze der braunen Fremdherrschaft, zum Sturze der faschistischen Kriegsbrandstifter und ihrer Tyrannei, für den Frieden und Wohlstand des Volkes, für ein freies und unabhängiges Österreich. (*Abg. Krippner: Wo bleibt der Staatsvertrag?*) Nicht wenige von denen, die die Kommunistische Partei Österreichs heute

gerne als antiösterreichische Partei bezeichnen, haben damals geschwiegen und alles getan, um die Hitler-Zeit möglichst gut zu überdauern. (*Heiterkeit bei der ÖVP. — Ruf bei der ÖVP: Wer?*) Gehen Sie ins Landesgericht, schauen Sie nach! Tausende Kommunisten haben im Kampf für die Wiedergeburt unserer Heimat, eines selbständigen, unabhängigen und demokratischen Österreichs, ohne zu zaudern, ihr Leben hingeopfert. Das Bekenntnis zu Österreich war nicht selten ihr letztes Wort auf dem Gang zum Schafott.

Bei der Behandlung des Budgetkapitels Inneres sah sich der Herr Innenminister gezwungen, die Widerstandsbewegung und die Kämpfer für Österreich gegen neofaschistische Verleumder in Schutz zu nehmen. Dabei sagte er, es müsse jede Handlung, die dazu beigetragen hat, die Zeit der furchtbaren Nazi Herrschaft zu verkürzen, unvergessen bleiben. Es sei traurig — so sagte er —, wenn die Handlungsweise vieler dieser Männer, der Männer der Widerstandsbewegung, die aus lauterer österreichischer Gesinnung gehandelt haben, umstritten wird. Jedes Nein für diese Taten sei ein Ja für Hitler, ein Ja für die Aggression, ein Ja für die Rassendiskriminierung, die Judenpogrome, Konzentrationslager und die Verneinung der menschlichen Freiheit. Das waren die Worte des Innenministers. Das waren die Worte, die Innenminister Helmer am Schluß des Budgetkapitels Inneres, provoziert durch die Verteidigung der Verleumder des Gendarmeriemajors Kaes, hier den Abgeordneten als seine Meinung vorgetragen hat. (*Abg. Machunze: Zur Sache bitte! — Abg. Withalm: Wir sind jetzt bei Finanzen!*) Diese Leute, so sagte der Innenminister weiter ... (*Rufe: Gehört das zur Budgetdebatte?*) Das gehört zur Budgetdebatte! — Diese Leute hätten auch nichts dagegen einzuwenden gehabt (*lebhaftes Zwischenrufe*), wenn man die Insassen der Konzentrationslager reihenweise niedergemacht und den Krieg noch mehr verlängert hätte! (*Abg. Zeillinger: Die falsche Rede!*) Es kann nicht bestritten werden, höchstens von neofaschistischen Verleumdern von der Sorte, die sich den Gendarmeriemajor Kaes aufs Korn genommen hat, daß der Anteil der Kommunisten im Kampf für die Befreiung unseres Volkes und unseres Landes aus faschistischer Knechtschaft und für die Wiederverstärkung Österreichs sehr groß ist. Keinerlei antikommunistische Hetze vermag diese historische Tatsache zu verwischen. (*Abg. Zeillinger: Auch der Honner nicht!*) Daher antworten wir allen jenen, die uns bekämpfen und verleumden, kurz und bündig mit den Worten beziehungsweise im Sinne der Worte des Innenministers. Und merken Sie sich:

Jede Diskriminierung der Kommunisten ist Schützenhilfe für die neofaschistische Wühlarbeit in unserem Lande. Alle aufrechten Demokraten und fortschrittlichen Menschen aber sollten auf Grund der Lehren der Vergangenheit nicht vergessen, daß der Antikommunismus niemals der Demokratie und dem Fortschritt, sondern zu jeder Zeit nur der Reaktion und dem Faschismus gedient hat!

Präsident **Hartleb**: Als nächster Proredner ist zum Wort gemeldet der Herr Abg. Doktor Lechner. Ich erteile ihm das Wort. (*Anhaltende Zwischenrufe. — Abg. Honner: Das ist eine gemeine, niederträchtige Hetze in diesem Haus gegen uns! — Abg. Krippner: Wegen euch vier kriegen wir den Staatsvertrag nicht!*) Ich bitte um Ruhe!

Abg. Dipl.-Ing. Dr. **Lechner**: Hohes Haus! Das neuralgische Problem des Haushaltes des Bundes, der Länder und Gemeinden ist der Finanzausgleich. Daher haben wir allen Grund, uns auch hier in diesem Hause immer eingehender mit ihm zu befassen. Das Finanzverfassungsgesetz 1948 bestimmt im § 2, daß der Bund und die übrigen Gebietskörperschaften den Aufwand zu tragen haben, der sich aus der Besorgung ihrer Aufgaben ergibt, und im § 4, daß die Aufteilung der Besteuerungsrechte und Abgabenerträge zwischen Bund und Ländern in Übereinstimmung mit der Verteilung der Lasten der öffentlichen Verwaltung zu erfolgen habe und darauf Bedacht zu nehmen sei, daß die Grenzen der Leistungsfähigkeit nicht überschritten werden.

Wie in der Zeit der Ersten Republik mit dem Finanz-Verfassungsgesetz und dem Abgabenteilungsgesetz vom Jahre 1922 sind nun mit dem vorerwähnten Gesetz von 1948, im besonderen durch die zitierten Gesetzesstellen die verfassungsmäßigen Grundlagen, die Zielsetzungen und auch die Grundsätze für eine Abgabenteilung beziehungsweise für den Finanzausgleich zwischen den beteiligten Gebietskörperschaften festgelegt worden. Für diese Übereinstimmung zwischen Aufgabenumfang und Abgabenertrag muß es als eine selbstverständliche Forderung gelten, daß er der von unserer Bundesverfassung normierten Gewalten- und Aufgabenteilung, also dem bundesstaatlichen Aufbau entspricht und daher verfassungsmäßig ist, weiters, daß der Finanzausgleich dem Grundsatz, daß jeder Bürger vor dem Gesetze, vor dem Staate gleich ist, also gleiche Ansprüche gegenüber der öffentlichen Verwaltung hat, entspricht, also auch gerecht ist, und daß er darüber hinaus auch sozialen Gesichtspunkten Rechnung trägt, daher auch sozial ist.

Die gliedstaatliche Stellung der Länder nach unserer bundesstaatlichen Verfassung muß

57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954 2691

wesensgemäß mit einer Finanzhoheit verbunden sein, die ohne eigene Steuerrechte unwirksam ist. Die Entmachtung und Entrechtung der Länder im Jahre 1938 zur Herstellung eines extrem zentralistischen Einheitsstaates ist auf dem Gebiete der Finanzverwaltung noch nicht gutgemacht worden. Gerade auf diesem Gebiet sind die politischen Realitäten mit den Verfassungsnormen noch nicht in Einklang gebracht worden. Die Länder sind also wohl die einzigen Opfer der NS-Zeit, die eine Wiedergutmachung beziehungsweise Rückstellung nicht erfahren haben und, wie es scheinen könnte, auch nicht erfahren sollen, obwohl eine Wiederherstellung der Rechtslage der Zeit vor 1938 für den verfassungsmäßigen bundesstaatlichen Aufbau unerlässlich ist. Dieser Forderung, daß der Finanzausgleich in diesem Sinne verfassungsmäßig sei, entspricht nun weder der Finanzausgleich der vergangenen Zeit, noch der in der Gegenwart, der Finanzausgleich vom Jahre 1955.

Sektionschef Dr. Pfaundler, der anerkannte Fachexperte auf diesem Gebiet, stellte erst in allerletzter Zeit für diesen Finanzausgleich fest, daß er alle grundsätzlichen Fragen offengelassen hat, im besonderen die Wiederherstellung einer effektiven Finanzhoheit der Länder.

Wie prekär gerade auf diesem Gebiet die Position der Länder ist, weist besonders anschaulich die Entwicklung des Anteilsverhältnisses zwischen Bund und Ländern an der Mineralölsteuer auf. Hier vor allem sollten wir eine Rückkehr des Bundes zur verfassungsmäßigen Ausgangslage und zu einer ehrlichen Partnerschaft zwischen Bund und Ländern erhoffen können. Die Verfassungsmäßigkeit des Finanzausgleiches in diesem Sinne wird ins solange nicht zu erhoffen sein, als dieser in seiner Entstehung und in seinem Inhalt ein Pakt des Bundes vor allem mit den Gemeinden und deren Organisationen und nicht mit den Ländern ist. Diese wären nach § 1 des Finanz-Verfassungsgesetzes vor allem dazu berufen, da in diesen Paragraphen nur ein Wirkungsbereich des Bundes und ein solcher der Länder auf dem Gebiete des Finanzwesens anerkannt ist.

Daß der Finanzausgleich gerecht sei, dafür fordert Sektionschef Dr. Pfaundler in seiner Publikation „Die Finanzausgleichsgesetzgebung 1948/49“ in Anwendung des § 4 des Finanz-Verfassungsgesetzes, daß er eine verhältnismäßig gleiche Befriedigung des Bedarfes, der sich aus der Erfüllung der den Gebietskörperschaften obliegenden Verwaltungsaufgaben ergibt, beinhalte und sichere. Die für einen solchen Lastenausgleich insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel sind

also gleichmäßig und im Verhältnis der Lasten zu verteilen. Weil nach der vorzitierten Gesetzesvorschrift auch die Grenzen der Leistungsfähigkeit zu beachten sind, ist als mitentscheidender Verteilungsmaßstab auch die Finanzkraft in gleicher Weise mitzubersichtigen.

Jene andere Forderung, die Leistungen aus dem Finanzausgleich insbesondere auf die Gemeinden nach deren Steueraufkommen, also nach dem, was die Gemeinde hat, und nicht nach dem, was die Gemeinde berechtigterweise braucht, aufzuteilen — sie ist erst wieder in der letzten Etappe der diesjährigen Verhandlungen zum Finanzausgleich von einem Vertreter einer daran beteiligten Gruppe in der Öffentlichkeit erhoben, beziehungsweise angedroht worden —, steht daher im schärfsten Widerspruch mit der Norm des vorerwähnten § 4 des Finanz-Verfassungsgesetzes und kann daher auch niemals mit dem zwingenden Gebot einer gleichmäßigen, daher gerechten Verteilung in Einklang gebracht werden und stellt darum eine Umkehrung der Verteilungsgrundsätze und der Verteilungsergebnisse dar.

Es fehlt eben noch allzu vieles an den bisherigen Finanzausgleichen wie auch im Finanzausgleich 1955, als daß er als ein organischer Lastenausgleich anerkannt werden könnte, daß ein gleichmäßiges, gerechtes Maß des Bedarfes mit einem gleichen Maß des Anteiles am Ertrag in Einklang wäre und so auch in diesem Bereich der Verfassungsgrundsatz der allgemeinen Gleichheit vor dem Gesetz, vor dem Staat wahr und wirklich wäre. Am krassesten fällt dieses ungleiche Maß, dieses Unrecht in dem Mißverhältnis der Kopfquoten der Gemeinden aus eigenen Gemeindeabgaben, insbesondere aus der Gewerbesteuer, auf und schreit nach einer radikalen Remedur.

Das „Kärntner Gemeindeblatt“ vom 30. September 1954 veröffentlichte eine Darstellung darüber vom Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes Dr. Hanner. Tirol hat danach die Gemeinde mit der niedrigsten Kopfquote aus eigenen Gemeindeabgaben. Sie beträgt 13 S pro Einwohner und Jahr. Demgegenüber hat ein anderes Bundesland eine Gemeinde mit der höchsten Kopfquote Österreichs, nämlich mit 4020 S pro Einwohner und Jahr. In Tirol beträgt die höchste Kopfquote einer Gemeinde 3615 S. Die steuerstärkste Gemeinde Österreichs hat demnach das 309fache an Steuerertrag pro Einwohner und Jahr gegenüber der steuerschwächsten Gemeinde Österreichs, und in Tirol hat die steuerstärkste Gemeinde gegenüber der ärmsten das 278fache pro Einwohner und Jahr. Das heißt, daß die eine Gemeinde für jeden ihren Einwohner über 4000 S beziehungsweise 3600 S jährlich aus eigenen Steuererträgen

für Straßen- und Wegbauten, Wasserversorgungsanlagen, Wohnungsbauten und dergleichen aufwenden kann, während die ärmste dieser Gemeinden — sie ist in Tirol — nur 13 S pro Einwohner und Jahr aufwenden kann.

Kann es irgend jemanden geben, dem es nur daran zu denken, geschweige denn davon zu reden einfiele, daß dieses Verhältnis in der Aufteilung der Besteuerungsrechte und Erträge nur irgendwie mit der Verteilung der Lasten der öffentlichen Verwaltung in den einzelnen Gemeinden in Einklang zu bringen wäre, daß dies eine gleichmäßige und gerechte Verteilung wäre? Es ist nichts anderes als das Ergebnis dessen, daß die Macht derer, die haben, über das Recht der Armen herrschen kann, auch in einem Rechtsstaat, auch unter den Augen von bestimmten Garanten einer sozialen Gerechtigkeit, von denen in einer nicht allzu lange zurückliegenden Zeit zu lesen war. Diese *beati possidentes* haben dafür kein anderes Argument, keine bessere Rechtfertigung, als daß sie haben, und darum ist es recht. (*Hört! Hört!-Rufe bei der WdU.*) Ihre Macht, nicht ihre Argumente überzeugen.

Die aus dem System der verbundenen Steuerwirtschaft erfolgenden Zuteilungen aus den Abgabenerträgen an den gemeinschaftlichen Bundessteuern an die Gemeinden könnten und sollten irgendwie einen Ausgleich der vorhin dargestellten Ungleichheiten der Erträge gemeindeeigener Abgaben zwischen den Gemeinden herstellen. Der als Verteilungsgrundlage gegenüber den Gemeinden angewendete abgestufte Bevölkerungsschlüssel — vor 1938 war er als sogenannter Danneberg-Schlüssel bekannt — ist aber viel mehr dazu angelegt, diese Ungleichheit noch zu verschärfen, indem er davon ausgeht, daß mit der Einwohnerzahl der Gemeinden — und damit geht im allgemeinen auch die finanzielle Stärke parallel — auch der Bedarf, und zwar pro Kopf, und damit der Anspruch steige und also, weil sie schon mehr hat, auch noch mehr als die anderen zu bekommen habe. Die daran Interessierten geben diesen Grundsatz schon sozusagen als ein Axiom aus, also als etwas, was man nicht zu beweisen braucht, weil man es allerdings auch nicht beweisen kann. Es ist aber deswegen nicht wahrer, es kann in dieser allzu simplen Vereinfachung auch nicht wahr sein, weil sich der öffentliche Aufwand und der berechnete Bedarf nicht nur nach der Einwohnerzahl, sondern unter anderem auch nach der zu betreuenden Gemeindefläche richten und sich für eine gleiche Einwohnerzahl von zwei Gemeinden für die eine Gemeinde mit einem Vielfachen an Gemeindefläche, wie es gerade bei den meisten Berggemeinden zutrifft, zwangsläufig ein wesentlich erhöhter Aufwand für Wege- und

Wasserbauten, Schulhausbauten und dergleichen ergeben muß. Auch darin ist also kein positives Element eines Lastenausgleichs zu erkennen, und wenn auch dieses Unrecht durch eine Minderung der Spanne von einstmal 1 : 3,5 nun im Finanzausgleich 1955 auf 1 : 2 gemildert worden ist, so bleibt es doch Unrecht.

In dem Kampf alle die Jahre her um einen besseren und gerechteren Finanzausgleich stand gerade der abgestufte Bevölkerungsschlüssel immer im Vordergrund.

Ich will nicht die unübersehbare Vielfalt der Argumente dafür wiederholen, daß die bevölkerungsschwachen Gemeinden, insbesondere die Berggemeinden, in ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entfaltung so weit zurückgeblieben sind und ein Übermaß an Aufwendungen vor sich haben, damit also ihren einzelnen Einwohnern nicht nur gleich viel wie eine große Gemeinde, sondern eher noch mehr aufzuwenden hätte, ohne damit die auch aus anderen Zusammenhängen kommende wirtschaftliche, soziale und kulturelle Unterbewertung des Landvolkes nur irgendwie aufholen zu können. Ich will mich auf einige weniger geläufige Hinweise beschränken.

Der sicherlich wohlgelungene Internationale Städtekongreß in Wien hat in zahlreichen Berichten, Referaten und Diskussionsreden die Sonderprobleme der kleinen Gemeinden in ihrer staatspolitischen und wirtschaftspolitischen Wichtigkeit in erfreulich positiver Weise in den Vordergrund treten lassen. Vor diesem internationalen Forum der Gemeinden aller Welt, wie es dieser Internationale Städtekongreß war, könnten die Finanzausgleiche der Vergangenheit und der Gegenwart — damit aber auch deren Urheber vor allem im Wiener Rathaus — bestimmt nicht in Ehren bestehen.

Auf dem zweiten Europäischen Gemeindetag letzthin in Venedig standen die Probleme des Gleichgewichts zwischen Stadt und Land — zwischen volkreichen Städten und ihrem Umland, aus dem sich diese volkreichen Städte allein mehren und nähren — im Vordergrund. Nach einem dort erstatteten Hauptreferat zur Charakterisierung des Verhältnisses der großen Städte zu ihrem Hinterland schälte sich das Bild heraus von Kolonialherren und dem unterentwickelten Kolonialland, dem eine Lebensberechtigung, wie vor Jahrzehnten in anderen Erdteilen, nur zur billigen Rohstoff- und Lebensmittelversorgung und also zur Sicherung eines billigen hohen Lebensstandards der herrschenden Schichten zukomme. Auf diesem Kongreß hat man aus den gleichen Tatsachen die Verpflichtung zu einem umfassenden Meliorationsprogramm im weitesten Sinne dieses Wortes für alle unter-

entwickelten Gebiete um diese Städte herum abgeleitet.

Bei uns spricht und schreibt man von einer wachsenden Begehrlichkeit der Kleinen, von dem Ende der Geduld und der Gnade dieser Großen. Und dies, obwohl zum Beispiel Frau Abg. Emhart noch im Vorjahr — es war am 3. Dezember — in diesem Hause in überzeugender Weise dargetan hat, wie viele dringende Bedürfnisse der Bürger ihrer Gemeinde nicht erfüllt werden können, ja daß nicht einmal ausreichende Mittel für eine entsprechende Wasserversorgung vorhanden sind und daß diese Mittel nicht beschafft werden können, weil diesen Gemeinden die notwendigen Mittel aus eigener Steuerkraft und aus den Anteilen nicht zur Verfügung stehen.

Das Land Kärnten vermochte nach der Feststellung im „Kärntner Gemeindeblatt“ vom 20. November dieses Jahres in einem Bericht über die Wasserversorgung Österreichs mit besonderer Berücksichtigung der Kärntner Verhältnisse bis zu Beginn des Jahres 1952 68 Prozent aller geschlossenen Siedlungen nicht oder nur unzulänglich mit Trink- und Nutzwasser zu versorgen und führt als Entschuldigung für diesen Rückstand ausdrücklich die wesentlich geringere Steuerkraft der Gemeinden des Berglandes Kärnten einerseits und den dagegen wesentlich höheren Aufwand dieser abgelegenen Gemeinden durch solche Maßnahmen andererseits an.

Der ungerechte Finanzausgleich der vergangenen Zeit bis 1952 und bisher hat diesen Gemeinden Kärntens die notwendigen Mittel vorenthalten, um nur die wichtigsten und bescheidensten kommunalpolitischen Aufgaben zu erfüllen, während dieser Finanzausgleich anderen Gemeinden schon lange nach diesem Maßstab Übergewöhnliches zu tun erlaubt.

Das Land Kärnten hat wiederum im Zuge seiner vorbildlichen Landplanung eine Überfülle von Material zusammengetragen und in einer Ausstellung in Klagenfurt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Diese hätte sich die besondere Aufmerksamkeit und die eindringliche Beachtung aller Persönlichkeiten und Stellen verdient, die auf den Finanzausgleich irgendeinen Einfluß haben, weil damit nämlich in einmaliger Weise der wirtschaftliche, soziale und hygienische Notstand und Rückstand so vieler abgelegener Gemeinden und ihrer Einwohner, aber auch die fortschreitende Aufsaugung und Entleerung der landwirtschaftlichen Gebiete um industrielle Zusammenballungen herum aufgezeigt wird.

Das Land Kärnten hat aber eine noch dringlichere Anklage gegen das herrschende Abgabenteilungssystem und damit also gegen die dafür verantwortlichen Interessentengruppen erhoben. Es hat nämlich vor wenigen Jahren

in einer außerordentlich eingehenden und eindringlichen Publikation über eine über das ganze Land ausgedehnte Erhebung über die Gesundheitsverhältnisse der Schulkinder berichtet und dabei sachgemäß feststellen müssen, in wie weitem Abstand der Gesundheits- und Entwicklungsstand der Schulkinder in den Dörfern gegenüber denen in den großen Orten zurückbleibt und daß umfassendste Maßnahmen dringendst notwendig wären, um einer solchen argen Verelendung des Volksnachwuchses vom Land her zu begegnen. Es sind Kinder armer Gemeinden mit armen Bürgern und armen Eltern, es sind vor allem Bauern- und Landarbeiterkinder, also Dorfkinder, von denen im Vorjahr die Frau Abg. Pollak gesprochen hat, daß sie gegenüber dem geadelten Antlitz von Arbeiterkindern um 60 Jahre zurückgeblieben seien, und zwar durch die Benachteiligung und Unterbewertung der Landwirtschaft und der kleinen Gemeinden. Diesen kleinen Gemeinden, diesen Dörfern, den Bürgern dieser kleinen Gemeinden gehen nämlich genau jene Geldsummen für Maßnahmen der Gesundheitspflege ab, die große, reiche Gemeinden für Einrichtungen und Maßnahmen aufwenden können, die über das notwendige und nützliche Maß hinausgehen.

Die Feststellungen und Folgerungen, die ich hier nach den Erhebungen in Kärnten gebracht habe, treffen auch für Tirol zu, denn dort sind im letzten Winter gleiche Erhebungen über die Gesundheitsverhältnisse der Schulkinder mit dem gleichen Ergebnis gemacht worden. Auch dort bleibt der Entwicklungs- und der Gesundheitszustand der Dorfkinder hinter dem der Kinder in der Stadt und hinter dem der Kinder in den großen Orten auffallend weit zurück. All dies und noch vieles andere, was bei anderen Gelegenheiten von anderen geltend gemacht worden ist, hätte hoffen lassen müssen, daß der neue Finanzausgleich 1955 ein anderes Gesicht haben würde, aber die langen Verhandlungen um den neuen Finanzausgleich haben die kleinen Gemeinden nur um einen Schritt aus den tausend Schritten Rückstand nach vorwärts gebracht.

Die finanziell bedeutsamste Änderung in diesem Finanzausgleich ist die Korrektur des abgestuften Bevölkerungsschlüssels, einmal durch die Erhöhung des Vervielfachers für die Gemeinden der untersten Größengruppe bis zu 1000 Einwohner auf $1\frac{1}{6}$, durch die Erhebung der Gemeinden in der Größengruppe von 1001 bis 2500 Einwohner in die nächsthöhere Vervielfacherstufe und durch die Einengung der Spanne der Vervielfacher auf das Verhältnis 1 : 2. Damit werden im Bundesgebiet 60 Millionen Schilling Abgaben-

ertragsanteile von den bevölkerungsstarken zu den bevölkerungsschwächeren Gemeinden umgelenkt.

Um die konkreten Auswirkungen dieser Änderung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels anschaulich zu machen, nehme ich die zahlenmäßigen Verhältnisse Tirols zum Beispiel. Diese Änderung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels bringt den Gemeinden Tirols bis zu 1000 Einwohner Mehreinnahmen von 1.300.000 S, das sind je Einwohner und Jahr 13 S, den Gemeinden mit 1001 bis zu 2500 Einwohnern insgesamt 4.200.000 S, pro Einwohner und Jahr 25 S mehr. Dem ist gegenüberzustellen, um für diese Zahlen noch die richtige Größenvorstellung zu finden, daß sich in Tirol im Jahre 1953 für die steuerstärkste Gemeinde aus Reineinnahmen aus dem Finanzausgleich eine Kopfquote von 5766 S pro Kopf und Jahr und für die schwächste Gemeinde eine solche von 113 S im Jahr ergeben haben. Es ist also doch eine sehr unansehnliche Angleichung der Kopfquoten, die die steuerstärksten und die schwächsten Gemeinden aus dieser Neuerung des Finanzausgleichs erfahren.

Eine weitere beachtenswerte Neuerung des Finanzausgleiches 1955 ist der geänderte Gewerbesteuer ausgleich beziehungsweise die Neueinführung eines Gewerbesteuer spitzen ausgleiches. Die näheren Details des recht umständlichen Verfahrens dabei will ich mir erlassen und nur erwähnen, daß damit von einem Gesamtgewerbesteuerertrag in Österreich von rund 1500 Millionen Schilling im Jahre 1955 rund 34 Millionen, also gut 2 Prozent, in Bewegung gebracht, beziehungsweise umgelegt werden.

Mit all dem, was dieser neue Finanzausgleich beinhaltet und Neues und Besseres bringt, soll nun, wie erklärt worden ist, dem Recht der kleinen, der armen Gemeinden genüge getan sein. Dieser neue Finanzausgleich ist aber noch lange kein gerechter Finanzausgleich, und solange er das nicht ist, kann er auch kein sozialer Finanzausgleich sein. Aber auch dieser Forderung soll einmal ein Finanzausgleich genügen, schon aus dem her, daß wir nicht nur ein Rechtsstaat, sondern auch ein sozialer Staat sein wollen.

Der entscheidende Punkt für einen besseren, für einen gerechten Finanzausgleich ist die Gewerbesteuer. Allein der Herr Bundesminister für Finanzen Dr. Kamitz war es, der die Verhandlungen zu dem gegenwärtigen Finanzausgleich an diesem wirksamsten Punkt ansetzte. Was an diesem Finanzausgleich an Besserem also zu loben ist, ist daher vor allem ihm zuzuschreiben, ihm zu danken. Die kleinen Gemeinden hoffen von ihm, daß er sich von diesem Ansatzpunkt bei der Gewerbesteuer bei den kommenden Verhandlungen

zum Finanzausgleich nicht abbringen läßt und daß er von diesem Punkt aus das ganze bisherige Finanzausgleichssystem aus den Angeln hebt.

Wien hat vor nicht allzu langer Zeit von sich sagen lassen, daß es die Hauptstadt des sozialen Gewissens ist. Das Antlitz der Dorfkinder von Kärnten, von Tirol und von anderen, die ich erwähnt habe, legt Zeugnis dagegen ab. Erst mit einem neuen, mit einem gerechten und sozialen Finanzausgleich, der auch den kleinen, den armen Gemeinden das Gerechte und das sozial Billige zukommen läßt, kann sich Wien diesen Ehrentitel verdienen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Hartleb: Als nächster Redner ist zu Worte gemeldet der Herr Abg. Dr. Pfeifer. Ich erteile ihm das Wort. (*Zwischenrufe. — Abg. Dr. Pfeifer: Wir haben ausgemacht, um 3/48 ist Schluß!*) Der Abg. Dr. Pfeifer hat das Wort. (*Abg. Dr. Pittermann: Herr Professor, weichen Sie nicht dem Terror! — Heiterkeit.*) Bitte keine Auseinandersetzungen! Ich habe Ihnen das Wort erteilt, Herr Doktor!

Abg. Dr. Pfeifer: Hohes Haus! Ich will mich bloß mit zwei Kapiteln der umfangreichen Gruppe XI befassen, nämlich mit dem Kapitel 6: Pensionen, und mit dem Kapitel 26: Übergangsmaßnahmen.

Zunächst also ein paar Worte zu dem Kapitel 6: Pensionen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß sich die Staatsverwaltung durch vorzeitige Pensionierung erfahrener Beamter wertvoller Fachkräfte beraubt hat und daß dies überdies den Bund und letzten Endes die Steuerträger mit überflüssigen Pensionen belastet. Der Herr Finanzminister möge daher unsere Bemühungen unterstützen, daß freie, freiwerdende oder neugeschaffene Dienstposten mit solchen vorzeitig in den Ruhestand versetzten Beamten besetzt werden. Die also eingesparten Pensionen mögen dazu benützt werden, daß auch den Ruhestandsbeamten die Dienstjahre von 1938 bis 1945, soweit es noch nicht geschehen ist, endlich angerechnet werden. Dadurch würde nur die Gleichheit vor dem Gesetz und damit die Gerechtigkeit hergestellt.

Soweit die betreffenden Beamten auf Grund des Beamten-Überleitungsgesetzes in den Ruhestand versetzt wurden, ist die nachträgliche Anrechnung durch Abänderung der seinerzeitigen Verfügung ohne weiteres möglich. Soweit die betreffenden Beamten aber bereits vor 1938 vorzeitig in den Ruhestand versetzt worden waren und nach 1938 reaktiviert wurden — das ist insbesondere auch bei Berufsmilitärpersonen vorgekommen, aber auch bei zahlreichen Beamten —, steht der Anrechnung der neuerlichen Dienstzeit der § 10

57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954 2695

des Pensionsüberleitungsgesetzes hindernd im Wege. Dieses gesetzliche Hindernis ist unseres Erachtens zu beseitigen, da es sich sehr ungerecht auswirkt.

Was kann etwa der Berufsoffizier des ersten Weltkrieges dafür, daß er nach 1918 eben infolge der damaligen Entwicklung seine Stellung verlor und daß er nach 1938 wieder zur Militärdienstleistung einberufen wurde? Will man ihn dafür strafen, daß er zum zweitenmal sein Leben für Volk und Heimat eingesetzt hat? Ist es nicht schlimm genug, daß alle Beförderungen des zweiten Weltkrieges nicht zählen; kann man ihm da auch die reine Dienstzeitanrechnung noch verweigern?

Und ebenso wie bei den Offizieren verhält es sich auch bei den Beamten. Es gab viele weibliche Beamte, die bloß deswegen, weil sie geheiratet haben, vor 1938 in den Ruhestand versetzt wurden, dann aber während des Krieges, als Not an Personal war, wieder zu aktiven Dienstleistungen herangezogen wurden, zum Teil auch über das Jahr 1945 hinaus gedient haben und so oft acht, neun Jahre wieder aktiven Dienst geleistet haben. Dennoch wird ihnen diese Dienstleistung für den Ruhestand nicht angerechnet, weil eben das Pensionsüberleitungsgesetz es nicht möglich macht. Wenn den von 1933 bis 1938 Entlassenen bei Gewährung von außerordentlichen Versorgungsgenüssen die Dienstzeit von 1938 bis 1945 angerechnet werden kann — und dies wurde zugestanden —, muß dies umsomehr auch bei den vor 1938 Zwangspensionierten möglich sein. Aber bisher ist das noch nicht geschehen.

Zu den außerordentlichen Versorgungsgenüssen, die gewährt werden, haben wir nur die Bitte und den Wunsch, daß man bei dieser Gewährung möglichst großzügig vorgehen möge. Solange das Pensionswiedergewährungsgesetz, das der Nationalrat am 2. Juni dieses Jahres beschlossen hat, noch nicht in Kraft getreten ist, sollte man dem Willen des Nationalrates durch Gewährung von außerordentlichen Versorgungsgenüssen einstweilen entsprechen. Darüber hinaus aber sollte man auch in allen jenen Fällen, wo der Verlust der Pension, durch eine Ausnahmegesetzgebung verursacht, eine besondere Härte darstellt, ebenfalls in dieser Weise vorgehen.

Bei den Heimatvertriebenen vertreten die außerordentlichen Versorgungsgenüsse die Stelle gesetzlicher Pensionen, die wir vorziehen würden und die in Westdeutschland auf Grund des Ausführungsgesetzes vom 11. Mai 1951 zum Grundgesetz an die vertriebenen Volksdeutschen gewährt werden. Ein gesetzlicher Anspruch ist einer bloßen Gnadengabe, deren Zuerkennung und Berechnung sich im geheimen vollzieht, unbedingt vorzuziehen.

Bei der Einreihung oder Einstufung dieser Bewerber um Versorgungsgenüsse geschehen leider oft Fehler, die bei einer gesetzlichen Regelung dann im Rechtswege bekämpft werden könnten, derzeit aber in dieser Weise nicht bekämpft werden können. Mit dem unkontrollierten Geheimverfahren, das sich oft nach engstirnigen Gesichtspunkten abspielt, wird viel Unrecht gestiftet und damit geradezu die „Interventionitis“ gefördert.

Wir wollen es aber mit Dankbarkeit und Freude verzeichnen und anerkennen, daß endlich mit dem Erlaß des Finanzministeriums vom 9. November dieses Jahres eine Forderung von uns zugunsten der südostdeutschen Versorgungswerber erfüllt wurde, indem man sich nun mit dem öffentlichen Dienst im Herkunftsland begnügt und keine Dienstzeit in der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie als Voraussetzung mehr verlangt. Wir wollen hoffen, daß nun diese zahlreichen Anwärter aus dem Osten und Südosten, die schon so lange auf die Gewährung eines Versorgungsgenusses gewartet haben, rasch und gerecht behandelt werden. Ebenso hoffen wir, daß die in den österreichischen Dienst übernommenen, pragmatisierten und nachher erst pensionierten volksdeutschen Beamten — es sind nur wenige an Zahl — ebenso wie ihre aktiven Kollegen behandelt werden, das heißt, daß ihnen die Vordienstzeiten, die sie in der ehemaligen Heimat zugebracht haben, voll angerechnet werden sollen, voll angerechnet auch für den Ruhegenuß. So viel zu dem Kapitel Pensionen.

Nun noch zu dem Kapitel Übergangsmaßnahmen, und zwar zunächst zum Titel 1, Besatzungskosten. Bei der vorjährigen Budgetdebatte haben wir der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Besatzungskostenbeiträge, wenn sie trotz Wegfalles des eigentlichen Zweckes, den das Gesetz vorsah — nämlich die Bedeckung der Besatzungskosten —, im Jahre 1954 dennoch weiter eingehoben werden würden, in erster Linie für die Entschädigung der Besatzungsgeschädigten verwendet werden sollten. Die Besatzungskostenbeiträge, die für 1954 mit 650 Millionen Schilling veranschlagt waren, wurden zwar auch im laufenden Jahr eingehoben, jedoch nicht für den nächstliegenden Zweck, für die Entschädigung der Besatzungsgeschädigten, verwendet. Vielmehr hat uns der Herr Minister auf meine Frage im Ausschuß geantwortet, daß die Besatzungskostenbeiträge im Rahmen der allgemeinen Budgetierung verwendet wurden. Damit wird aber doch offen zugestanden, daß die hübsche Summe von 650 Millionen Schilling nicht für den gesetzlichen Zweck, sondern zum Nachteil der Besatzungsgeschädigten als stille Reserve für andere im Budget vorgesehene Ausgaben

2696 57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954

verwendet wurde. Für 1955 könne, so sagt der Herr Minister, eine Präliminierung für Besatzungsschäden nicht erfolgen, weil ein Besatzungsschädengesetz noch nicht beschlossen sei. Die Einbringung der bezüglichen Vorlage werde noch einige Zeit in Anspruch nehmen, weil noch Meinungsverschiedenheiten bestünden und mit den Alliierten noch Fragen zu klären seien. Hingegen wäre mit der Einbringung eines Vergütungsgesetzes in Bälde zu rechnen.

Ich will nicht näher untersuchen, ob das so ganz richtig ist, ob man nicht, ohne daß das Gesetz schon vorliegt, doch schon eine voraussichtliche Ausgabenpost einsetzen könnte. Jedenfalls ist es in anderen Fällen wiederholt geschehen, etwa in dem Falle, wo es sich um die Fürsorge für Spätheimkehrer handelt hat, und bei anderen Gelegenheiten, wo auch keine gesetzliche Regelung vorlag und dennoch Ausgabenposten für diese Zwecke im Bundesfinanzgesetz vorgesehen worden sind, das ja selbst auch ein Gesetz ist. Gewiß, wir wollen die gesetzliche Regelung haben, aber ich glaube, es müßte möglich sein, wenn man nur ein Gesetz ernstlich beschließen will, schon im Voranschlag dafür Vorsorge zu treffen.

Das Schuldkonto der Regierung und im besonderen des Finanzministeriums ist, was dieses Kapitel Besatzungsschäden anlangt, groß. Besatzungskostenbeiträge für andere Zwecke verwenden und das Gesetz durch Jahre hinauszögern, um nicht zahlen zu müssen, ist eine Ungeheuerlichkeit, denn die allein Leidtragenden sind die Besatzungsgeschädigten.

Wir bringen daher folgenden Entschließungsantrag ein:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, im Nationalrat ehestens den Entwurf eines Bundesgesetzes, betreffend Vergütungen für zwangsweise in Anspruch genommene Leistungen (Vergütungsgesetz), und den Entwurf eines Bundesgesetzes, betreffend Entschädigungen im Zusammenhang mit der Besetzung Österreichs (Besatzungsschädengesetz), einzubringen und in den bezüglichen Regierungsvorlagen den geäußerten Wünschen der Interessentenverbände und Kammern weitgehend Rechnung zu tragen. Insbesondere sollten bei der Ermittlung der Wiederanschaffungs- und Instandsetzungskosten die Preis- und Entgeltverhältnisse im Zeitpunkte des Inkrafttretens des Gesetzes berücksichtigt werden.

Die Regierung wird ferner ersucht, für die Bedeckung der Kosten schon jetzt Vorsorge zu treffen.

Ich möchte hier zur Ergänzung dieser Dinge noch sagen, daß gegenwärtig auch im Deutschen Bundestag ein Gesetzentwurf, der durch die Initiative von Abgeordneten eingebracht wurde, über dieselbe Angelegenheit der Entschädigung der Besatzungsgeschädigten in Beratung steht und daß im Deutschen Bundestag ein eigener Spezialausschuß für diese wichtige Frage eingesetzt wurde. Man mißt also der Angelegenheit im Deutschen Bundestag eine sehr große Bedeutung bei. Soviel uns mitgeteilt wurde, hat dort das Finanzministerium einen Gegenentwurf zu diesem Initiativentwurf der Abgeordneten ausgearbeitet, weil natürlich auch gewisse Meinungsverschiedenheiten zwischen den Abgeordneten und dem Finanzminister bestehen; das scheint so eine internationale Angelegenheit zu sein. *(Heiterkeit.)*

Was die beiden gewünschten Gesetze anlangt, von denen wir hoffen, daß sie bald im Hause eingebracht werden, will ich mich auf wenige Bemerkungen beschränken. Was das Vergütungsgesetz anlangt, das eben zwangsweise in Anspruch genommene Leistungen vergüten soll, ist noch immer in den bisherigen Entwürfen ein Pferdefuß enthalten, und zwar der, daß man hier vorsehen will, daß der Bund durch Vertrag mit den Alliierten über das Eigentum österreichischer Staatsbürger einfach verfügen kann. Das ist ein tiefgehender Eingriff in die Freiheit des Eigentums, den wir nicht gutheißen können. Sowohl für das Vergütungsgesetz als auch für das Besatzungsschädengesetz haben wir den grundsätzlichen Wunsch, daß die Rahmenpreise oder Normenpreise, die dort für die Vergütung von Leistungen und für die Entschädigungen von Schäden festgesetzt werden sollen, nicht einfach durch Verordnung des Finanzministeriums festgesetzt werden sollen, denn das Finanzministerium ist ja in dieser Angelegenheit Partei, weil es selber die Kosten dafür aufzubringen hat, sondern es müßte da schon ein anderer Modus vorgesehen werden, daß eine neutrale Stelle entscheidet und insbesondere daß auch die Betroffenen und Sachverständige mitwirken können.

Was das Besatzungsschädengesetz anlangt, wäre insbesondere noch ein Wunsch zu vermerken. Die wiederholt unter Zwang abgegebene Verzichtserklärung der Geschädigten müßte als unwirksam erklärt werden, wie es dem bürgerlichen Gesetzbuch entspricht, denn wenn jemand die Verzichtserklärung nur deswegen abgegeben hat, damit er überhaupt seine Wohnung von der Besatzungsmacht wieder zurückbekommt, so ist das eben unter Druck und Zwang zustande gekommen, und eine solche Verzichtserklärung ist ungültig.

57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954 2697

Wir ersuchen die Regierung ferner, auf die weitere Freigabe von Hotels, Häusern und Wohnungen durch die Besatzungsmächte hinzuwirken. Sofern die Hotels von den Alliierten noch benötigt werden, was zum Teil noch der Fall ist, soll man zumindest von seiten der Alliierten den rechtmäßigen Eigentümern dieser Hotels die Möglichkeit der eigenen Geschäftsführung des Unternehmens einräumen. Wenn man schon die Räume benötigt, so soll man doch wenigstens dem Eigentümer das Hotel als sein Hotel bewirtschaften lassen, das hier zugunsten der Alliierten verwaltet und vermietet wird.

Wir hatten bereits voriges Jahr verlangt, daß aus den damals veranschlagten 650 Millionen auch die Bombengeschädigten bedacht werden sollten, denn für viele von ihnen ist bisher noch nichts geschehen, ebenso auch nicht für die große Zahl der Heimatvertriebenen und auch nicht für jene Heimatvertriebenen, die zweimal ihren Besitz verloren. Das sind jene Heimatvertriebenen — etwa aus dem Sudetenland, aber auch aus anderen Gebieten der ehemaligen Monarchie —, die dort vertrieben wurden und alles im Stich lassen mußten und hier in Österreich Zuflucht suchten, wo sie noch irgendeinen Besitz von früher her von den Eltern oder Großeltern hatten. Und was geschah mit diesem Besitz? Hier ist ihnen das Letzte, was ihnen übriggeblieben war, unter dem falschen Titel Deutsches Eigentum durch Beschlagnahme entzogen worden. Dies ist also eine besondere Gruppe innerhalb der Heimatvertriebenen, die hier noch ein zweitesmal an ihrem Eigentum in Österreich aus dem Titel des Deutschen Eigentums, was eben mit der Besatzung zusammenhängt, geschädigt wurden.

Es sind hier von der betreffenden Organisation schon wiederholt Wünsche an das Finanzministerium herangetragen worden. Diese Wünsche scheinen uns durchaus berechtigt zu sein, nämlich daß man alle diese Leute auch in dem zu schaffenden Besatzungsschädengesetz berücksichtigen soll, weil es ja eben eine Auswirkung der Besatzung ist, daß ihr Eigentum beschlagnahmt wurde, oder aber, daß man, wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß sie deutsche Staatsangehörige sind, mit der Bonner Regierung verhandelt, daß ihnen aus dem deutschen Lastenausgleich etwas gegeben wird. Auf jeden Fall sollte man diesen Leuten helfen, weil so oder so etwas für sie herauskommen muß und in Wahrheit eine zu Unrecht erfolgte Inanspruchnahme ihres Eigentums erfolgt ist. Denn es handelt sich ja in Wirklichkeit um das Eigentum von Altösterreichern, die genau so wie die Österreicher selbst im Jahre 1938 durch die damaligen Ereignisse deutsche Staatsangehörige wurden. Es sollte

ihnen also wenigstens im Wege der Vorfinanzierung etwas gegeben werden.

Aber gleichgültig, ob Bombenschaden oder Vertreibungsschaden oder ob der Schaden durch Beschlagnahme des Eigentums entstanden ist, für diese Kriegs- und Nachkriegsgeschädigten geschieht in Österreich heute noch nichts, während in der Bundesrepublik Deutschland bekanntlich das Lastenausgleichsgesetz vom 15. August 1952 für einen gerechten Lastenausgleich sorgt. Das Ziel dieses Lastenausgleichsgesetzes ist, wie das Gesetz sagt, die Abgeltung von Schäden und Verlusten, die sich infolge der Vertreibungen und Zerstörungen der Kriegs- und Nachkriegszeit ergeben haben, sowie die Milderung von Härten, die infolge der Neuordnung des Geldwesens eingetreten sind.

Als Ausgleichsleistungen werden dort gewährt: 1. Hauptentschädigung, 2. Eingliederungsdarlehen, 3. Kriegsschadenrente, 4. Hausratentschädigung, 5. Wohnraumhilfe, 6. Leistungen aus dem Härtefonds, 7. Leistungen auf Grund sonstiger Förderungsmaßnahmen, 8. Entschädigung im Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebenen. Die Förderungsmittel werden durch eine einmalige Vermögensabgabe, durch eine Hypothekengewinnabgabe und eine Kreditgewinnabgabe sowie durch Zuschüsse der Länder gewonnen.

Dadurch ist Westdeutschland erst wirklich ein sozialer Rechtsstaat im Sinne des Grundgesetzes geworden, der sich eben nicht nur darin erschöpft, daß der Staat in seiner Sozialpolitik für das Wohl der unselbständig Erwerbstätigen eintritt, sondern daß er sich vor allem der vielen, die durch ein persönlich unverschuldetes Schicksal in Not und Elend geraten sind, in wahrhaft großzügiger Weise annimmt. Ich glaube, daß dieses Gesetz ein solch muster-gültiges Gesetz ist, daß auch wir gut daran täten, es zu studieren und zu verwirklichen. Man hat es bei uns aber noch nicht einmal zu dem schon so lange angekündigten Besatzungsschädengesetz gebracht.

Noch einer besonderen Gruppe von den vielen Geschädigten habe ich zum Schluß zu gedenken, und das sind die Rückstellungsbetroffenen. Ich spreche kein Wort von denen, welche durch List oder Zwang in unredlicher Weise den Besitz eines anderen um einen Pappenstiel erworben haben, ich spreche aber von den vielen tausenden Rückstellungsbetroffenen, welche in rechtlich völlig einwandfreier Weise zum angemessenen Preis ein Objekt vom seinerzeitigen Eigentümer oder vom Deutschen Reich erworben haben. Im ersten Fall erhalten die Rückstellungspflichtigen den völlig entwerteten und überdies geschmälerten Kaufpreis für das wertbeständige Objekt, das sie zurückgeben müssen, zurück.

2698 57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 14. Dezember 1954

Im zweiten Fall bekommen die Rückstellungsbetroffenen überhaupt nichts, obwohl sie im guten Glauben und im Vertrauen auf das Grundbuch vom Deutschen Reich beziehungsweise seiner Finanzverwaltung erworben haben. Ja es gibt auch Gruppen von Rückstellungsbetroffenen, wie die Döllersheimer Bauern, die zweimal schuldlos ihren Besitz verloren haben. Wir haben darum in dieser Gesetzgebungsperiode neuerlich eine Novelle zum Dritten Rückstellungsgesetz eingebracht, die bisher noch nicht in Behandlung gezogen wurde.

Was den Erwerb vom Dritten Reich anlangt, möchte ich darauf verweisen, daß dieser redliche und gutgläubige Erwerber alles zurückgeben muß und nichts bekommt, während etwa nach dem am 2. Juni 1954 vom Nationalrat beschlossenen Vermögensrückübertragungsgesetz diejenigen, welche von der Republik Österreich eingezogene Vermögenswerte erworben haben, diese behalten. Der Geschädigte soll nur den entwerteten Verkaufserlös bekommen, weil man diesmal eben den gutgläubigen Erwerber schützen wollte. Sie sehen hier das zweierlei Maß, das angewendet wird, und ein verschiedenes Maß für die einen und für die anderen ist immer schlecht.

Wir sind der Meinung, daß den redlichen Rückstellungsbetroffenen, die man an den Bettelstab gebracht hat, dringend geholfen werden muß, und zwar vom Staat selbst, da dieser Staat das Unrecht geschaffen hat. Man kann nicht ein Unrecht dadurch beseitigen, daß man ein neues Unrecht setzt. Aus diesem Grunde glauben wir, daß unbeschadet der nach wie vor verlangten Novellierung des Dritten Rückstellungsgesetzes so rasch wie möglich ein Härteausgleichsgesetz zum Ausgleich der größten Härten zu schaffen wäre. Für den Härteausgleichsfonds könnte unter anderem auf die heute schon erwähnte sogenannte erblose Masse des jüdischen Vermögens und ferner auf die 125 Millionen gegriffen werden, welche auf dem Konto Nr. 13.350 in der Nationalbank erliegen und aus Gegenleistungen für Vermögensübertragungen stammen, und noch auf manche andere Werte. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg, Unrecht wiedergutzumachen und die Not zu überwinden.

Ich verweise zum Abschluß auf den in jüngster Zeit vom Rechts- und Verfassungs-

ausschuß des bayrischen Landtages gefaßten Beschluß, der sich einstimmig gegen das von der amerikanischen Besatzungsmacht 1947 erlassene Rückerstattungsgesetz wandte. In diesem Beschluß, so heißt es, wurde erklärt, „es solle keineswegs die Wiedergutmachung als solche angegriffen werden. Man könne jedoch ein Unrecht nicht dadurch wiedergutmachen, daß man neues begehe. Dieser Grundsatz werde in dem Gesetz gröblich verletzt, das vor allem den Schutz des gutgläubigen Erwerbs nach deutschem Recht nicht anerkenne. Die Staatsregierung wurde ersucht, beim Bund auf entsprechende Verhandlungen mit der Besatzungsmacht hinzuwirken. Die sittenwidrigen Bestimmungen des Rückerstattungsgesetzes sollten durch ein deutsches Gesetz mit anerkannten Rechtsnormen ersetzt werden. Auch die Wiederaufnahme abgeschlossener Verfahren müsse möglich werden.“

Sie sehen: Genau dieselben Probleme, die hier sind, sind auch dort, nur daß es dort Gesetze der Alliierten, hier aber leider ein Gesetz des österreichischen Nationalrates war, das offenbar auch, um den sagenhaften Staatsvertrag zu erlangen, auf dem Altar dargebracht wurde, das heißt auf dem Rücken der davon Betroffenen.

Ich verweise ferner auf den kürzlich im niederösterreichischen Landtag von einigen Abgeordneten der ÖVP eingebrachten Antrag zugunsten der zweimal enteigneten Döllersheimer Bauern. Es ist eben so: Allzu grobes Unrecht läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten. Wir wollen hoffen, daß sich auch das Finanzministerium und die Bundesregierung dieser Ansicht nicht verschließen und das Nötige tun werden, um auch diese Ungerechtigkeit zu beheben und auch hier den Bedrängten und in Not Geratenen eine Hilfe zu leisten, die nur recht und billig ist. (*Beifall bei der WdU.*)

Präsident **Hartleb**: Der mir von Herrn Abg. Pfeifer übergebene Antrag trägt die erforderliche Zahl von Unterschriften. Er steht daher zur Behandlung.

Ich breche die Verhandlungen ab.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Mittwoch, den 15. Dezember, 9 Uhr vormittag, ein. Die Tagesordnung ist bereits verteilt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 20 Uhr 20 Minuten